F. Kleinwaechter

Der Untergang der Oesterr.-ungarischen Monarchie

84.301

THE LIBRARY
OF
THE UNIVERSITY
OF CALIFORNIA
RIVERSIDE

ID 2475671

Der Untergang der Oesterreichisch-ungarischen Monarchie

von

Friedrich F. G. Kleinwaechter

„In der jetzigen Zeit soll niemand schweigen oder nachgeben; man muß reden und sich rühren, nicht um zu überwinden, sondern sich auf seinem Posten zu erhalten; ob bei der Majorität oder Minorität ist ganz gleichgültig."

Goethe (aus „Kunst und Altertum")

K. F. Koehler, Verlag, Leipzig
1920

DB48
K54

Copyright by K. F. Koehler, Verlag, Leipzig 1920

Druck von J. B. Hirschfeld (A. Pries) in Leipzig

Dem Andenken meines Vaters,

Universitätsprofessors

Dr. med. Ludwig Kleinwaechter

gewidmet,

dem ich auf dem Gebiete des politischen
Denkens Alles verdanke

Vorwort.

Ich bin Deutscher, nicht allein der Erziehung, Bildung und dem Gefühle, sondern auch — von Vater- wie von Mutterseite — der Abstammung nach. In Prag geboren, verbrachte ich einen Teil der Kinderjahre in Innsbruck. Dann kam ich nach Czernowitz in der Bukowina, jenes Land, das mit seinem Völkergemisch ein kleines Österreich darstellt. Ich stand in Czernowitz, Prag und Wien und wieder in Czernowitz im Staatsdienste. Im Jahre 1908 wurde ich in das österreichische Finanzministerium berufen. Ich erlebte dort das Aufflackern der letzten Kräfte der Monarchie und sah ihren jähen Untergang zu einer Zeit voraus, wo maßgebende Persönlichkeiten noch an einen Siegfrieden glaubten. Die Vergeblichkeit meiner Arbeit einsehend, ergriff ich im Jänner 1918 eine sich bietende Gelegenheit, um nach Kärnten zu gehen, dessen Schönheit mir täglich teuerer wird.

Zufälligkeiten des Lebens und berufliche Pflichten ließen mich die Monarchie genauer kennen lernen, als es sonst bei Deutschen üblich ist. Persönliche Beziehungen verbanden mich mit fast allen Ländern der Monarchie. Es gibt kein Land von Tirol bis zur Bukowina und von Böhmen bis nach Dalmatien und Bosnien und der Herzegowina, das mein Fuß nicht betreten hätte. Die Kenntnis slawischer Sprachen ließ mich Dinge sehen, die sonst Deutschen verschlossen bleiben.

Obwohl ich sonst kein Freund davon bin, daß der Verfasser seine Person in den Vordergrund rückt, so glaube ich diese per-

sönlichen Bemerkungen nicht unterlassen zu dürfen, denn sie sollen die Begründung dafür sein, warum ich mich für berufen halte, das auszusprechen, was die folgenden Zeilen enthalten.

Wenn ich eine Bitte an den Leser habe, so ist es die: das Buch als das zu nehmen, was es ist, als Ausdruck des Erlebens.

Und zum Schluß noch eins. Wenn ich stellenweise harte Wahrheiten ausspreche, so geschieht es nur, weil ich glaube, daß die Zeit vorüber ist, wo uns mit Schönfärben gedient sein könnte. Meiner Überzeugung nach ist die Voraussetzung für die Wiederaufrichtung unseres deutschen Volkes die rückhaltlose Erkenntnis seiner Irrtümer. Das deutsche Volk ist trotz allem Unglück stark genug, um die Wahrheit nicht zu scheuen. Aus ihr wird es neue Kräfte schöpfen für den Bau seiner Zukunft, an die ich auch in den schwersten Stunden den Glauben nicht verloren habe.

Klagenfurt, im Mai 1920.

Friedrich F. G. Kleinwaechter.

Inhalt.

Seite

Vorwort V
I. Einleitung 1
II. Der habsburgische Hausmachtgedanke 6
III. Der oesterreichische Staatsgedanke 51
IV. Der Mangel des Staatsgedankens und die Nationen 65
V. Der Mangel des Staatsgedankens und die Verwaltung 218
VI. Die Stellung des Deutschen Reiches zur Oesterreichisch-ungarischen Monarchie 285
VII. Krieg und Untergang 307

I. Einleitung.

An einem sonnigen Tage im Juni 1918 stand ich in Sarajevo an der Stelle, an der den Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich und seine Gattin die tödlichen Schüsse trafen.

Historische Stätten strömen eine geheimnisvolle Wirkung aus. Vernunftgemäß betrachtet, bieten sie dem Wanderer, der nicht mit den Absichten und dem wissenschaftlichen Rüstzeug des Geschichtsforschers gekommen ist, nichts Neues. Und dennoch ist es, als empfinge das Denken neue Tatsachen, als ordnete sich das schon Bekannte in neuer Klarheit, als flöge die Erkenntnis über ihren bisherigen Rahmen hinaus neuen Ergebnissen zu.

Noch niemals hatte ich diese geheimnisvolle Wirkung so tief empfunden wie hier.

Am rechten Ufer der Miljačka zieht als breite Straße der Appelkai dahin. Diesen Weg — in der Richtung des Flußlaufes — nahm der Kraftwagen, vom Rathause kommend, um das Paar zum Garnisonsspital zu bringen, wo der Erzherzog den beim ersten erfolglosen Attentat verwundeten Begleiter, Oberstleutnant Merizzi, besuchen wollte. Bis zur Lateinerbrücke, die den Appelkai mit dem anderen Ufer verbindet, war der Wagen gekommen. Statt den Appelkai entlang weiter zu fahren, bog der ortsfremde Wagenlenker in die gegenüber der Brücke in den Appelkai einmündende schmale Seitengasse ab. Kaum in die Gasse eingefahren, erkannte er seinen Irrtum, hielt den Wagen an, um umzukehren. Diesen Aufenthalt benützte der an der rechten Häuserseite der Gasse stehende Attentäter, um die Schüsse abzufeuern.

Die Stelle, an der der Wagen im Augenblicke der Tat stand, ist durch eine in den Asphalt der Gasse eingelassene Metalltafel bezeichnet. Am Kai, neben der Brücke, erinnert ein — übrigens höchst geschmackloses — Sühnedenkmal den Wanderer an das folgenschwere Ereignis.

Die Frage ist für uns müßig, ob der große Krieg auch ausgebrochen wäre, wenn Franz Ferdinand nicht einen gewaltsamen Tod gefunden hätte. Manche behaupten, der Krieg sei unvermeidbar gewesen; wenn nicht im Sommer 1914, so wär's 1916 zum Waffengange gekommen, denn dann wären die Gegner mit ihren Vorbereitungen fertig gewesen. Hierüber läßt sich streiten. Wir wissen von Konflikten — Faschoda und Hull sind zwei Beispiele von vielen — die aufs äußerste zugespitzt, sich schließlich doch friedlich gelöst haben. Dazu kommt, daß die Vorgänge unmittelbar vor Kriegsausbruch heute noch in Dunkel gehüllt sind. Daran ändern auch die infolge des inneren Umsturzes möglich gewordenen Enthüllungen in den Ländern der Mittelmächte nichts, denn die Ententestaaten hüllen sich — abgesehen von ihren offiziellen, historisch ziemlich wertlosen, diplotischen Kundgebungen und den Streiflichtern, die aus Rußland kamen — in Schweigen; sie werden erst reden, bis entweder ähnliche Umwälzungen, wie in Mitteleuropa, oder entsprechender historischer Abstand die Archive öffnen.

Soviel können wir jedoch trotz unserer lückenhaften Kenntnis der Tatsachen sagen: Der Krieg wäre in dem Zeitpunkte, in dem er ausgebrochen ist, nicht ausgebrochen, wenn Franz Ferdinand und seine Gattin heil nach Hause gekommen wären. Wie dann sich die politischen Probleme gelöst hätten, gewaltsam oder durch Ausgleich oder — eine nur zu wenig beachtete dritte Lösungsform — durch langsames Versanden, mag phantasiebegabten Denkern überlassen bleiben.

Und nun ergab sich mir, im blendenden Sonnenglanze neben der Gedenkplatte stehend, die groteske Erkenntnis: Der Krieg und in seinem Gefolge die größte Umwälzung, die die Menschheitsgeschichte kennt, war in Gang gekommen, weil ein Wagenlenker den Weg verfehlt hatte.

Man wird mir darauf natürlich sofort erwidern: es gab an den Sarajevoer Festtagen eine Schar von tatbereiten Angreifern; wär's nicht hier geschehen, so in einer anderen Straße. Möglich. Aber der, der die Tat ausgeführt hatte, hätte sie nicht ausführen können, wenn der Wagen statt rechts einzubiegen, weiter gefahren wäre. Bei der Aussichtslosigkeit des Beginnens hätte der Täter die Waffe kaum erhoben. In der schmalen Straße stand der Wagen eine Weile still; dann folgte der bei einem großen Wagen und der Enge des Raumes umständliche und zeitraubende Vorgang des Wendens; der Angreifer konnte aus unmittelbarer Nähe bequem seine Schüsse auf ein ruhendes Ziel abgeben. Auf dem breiten, nahezu geradlinigen Appelkai konnte der Wagen fast seine ganze Schnelligkeit entfalten. Die Treffsicherheit beim Schießen auf einen in voller Fahrt befindlichen Kraftwagen, noch dazu aus einer Seitengasse heraus, ist äußerst gering. Es hätte eines besonderen Zufalles bedurft — zumal der erste mißlungene Angriff zur Vorsicht gemahnt hatte —, damit der Anschlag gelingen konnte.

Alle diese Umstände zwingen daher zu der Folgerung: wenn der Wagenlenker den Weg nicht verfehlt hätte, kein Mord an Franz Ferdinand, keine Untersuchungen, kein Ultimatum an Serbien usw. Die ganze Kette der Ereignisse hätte nicht entstehen können, weil ihr erstes Glied nicht entstanden wäre.

Ich bin mir vollkommen bewußt, daß diese Schlußfolgerung Willkür ist, aber nicht mehr Willkür als jedes Verketten von

Ursache und Wirkung, das unser Verstand vornimmt und ohne dem unsere Erkenntnis nicht auszukommen vermag.

Nochmals also: Der Weltkrieg ist ausgebrochen, weil ein Wagenlenker den Weg verfehlt hatte.

Und in der leuchtenden Sommersonne Sarajevos tauchte ein zweiter Gedanke auf, noch grotesker als der erste: der Mann, der Franz Ferdinand und seine Gattin getötet hatte, hieß Princip, oder aus der serbokroatischen Orthographie in die deutsche übersetzt: Prinzip. Also: Franz Ferdinand und seine Gattin waren einem Prinzip zum Opfer gefallen.

Es klingt, als hätte der Geist der Geschichte, aus seiner Zurückhaltung heraustretend, mit teuflischer Ironie eine zarte Andeutung über seine Absichten machen wollen. Und, wie um stilgerecht zu bleiben, hatte er sich eines Menschen als Werkzeug bedient, der nichts war als Werkzeug. Ein ganz uninteressanter junger Mann, ohne irgendeine Spur heroischer Drapierung, keine Persönlichkeit von besonderem Schnitt. Seine Lebensgeschichte gewöhnlicher Durchschnitt. Nichts, woran sich die Phantasie des Zeitungslesers mit gruselndem Behagen emporranken könnte. Ein Mensch von ausgesuchter Unpersönlichkeit. Die Waffe hier nicht, wie sonst, verlängerter Arm des Täters, sondern der Täter eine Verlängerung der Waffe, die dieser Verlängerung bedurfte, um losgehen zu können. Seine Aufgabe war zielen und losdrücken; die Aufgabe der Pistole loszugehen. Mit der Erfüllung ihrer Aufgaben waren beide — Schütze und Pistole — erledigt. Die Person des Täters ebenso gleichgültig wie die Nummer der Pistole. Und, um ihm gleichsam jeder Persönlichkeit völlig zu entkleiden, dieser Name. Als hätte Mephisto selbst einen Mann mit ironieerfülltem Namen ausgesucht. Ein Mann, der Grundsatz oder Prinzip heißt, wäre auf dem ganzen Erdenrund kaum zu finden gewesen. So

griff der Schalk zu einer kleinen Änderung der Orthographie und nun hatte er das Dorf Hadžići bei Sarajevo, in dem ein großer Teil der Einwohner den Namen trägt, den er brauchen konnte, der allgemein war, beinahe ein Gattungsname, und doch von besonderer Bedeutung — Princip[1]).

Der strenge Historiker wird mir mitleidig lächelnd sagen, daß diese Betrachtungen bedeutungslos sind, daß sie keinen Beitrag zur Erforschung geschichtlicher Wahrheit bieten. Ich gebe ihm — von seinem Standpunkte — recht. Und dennoch! Neben der Erkenntnis, die sich auf — sogenannten — exakt festgestellten Tatsachen sorgsam aufbaut, blitzt manchmal aus geheimnisvollen Tiefen ein Strahl hervor, der unbekümmert um Exaktheit, wie der Lichtkegel eines Scheinwerfers, einen Ausschnitt des Weltgeschehens erleuchtet. Wer das nicht erlebt hat, dem gebe ich recht, wenn er solche Möglichkeit leugnet, denn sie ist nicht beweisbar. Mir aber stieg, am Tatorte stehend, wie eine Vision, Entstehen und Untergang der Donaumonarchie empor. Immer deutlicher lösten sich aus der Fülle der Ereignisse die Linien, die zu einem Punkte führten, wo es nur mehr eines leisen Anstoßes bedurfte, um das ganze Gebäude umkippen zu lassen und mit seinem Sturze die alte europäische Welt aus ihren Angeln zu heben. Der Name des Mannes, der mit schwacher Menschenhand den entscheidenden Stoß führte, wurde zum Symbol. Eine neue Welt stieg empor, die alte war an einem Prinzip zugrunde gegangen.

---

1) Princip bedeutet Prinz, Fürst; erster Anfang, Grundsatz. (Ivan Filipović, Neues Wörterbuch der kroatischen und deutschen Sprache. II. Kroat.-deutscher Teil, 2. Band, Agram 1875.)

II. Der habsburgische Hausmachtgedanke.

Die Monarchie ist das Werk der Habsburger. Mögen auch andere mitgewirkt haben, mag mitunter auch die Person des Herrschers hinter der seiner Helfer an Bedeutung zurückgetreten sein, an der Tatsache wird dadurch nichts geändert, daß der habsburgische Hausmachtgedanke die treibende Kraft war. Wie ein geheimnisvoller Trieb, oft kaum die Schwelle des Bewußtseins überschreitend, erfüllte er die Männer und die eine Frau, die auf dem habsburger Throne saßen.

Aus kleinen Anfängen emporgewachsen, schuf die Familie, Steinchen für Steinchen zusammentragend, den Bau. Heiraten, Erbverträge, Diplomatenränke waren die gewöhnlichen Mittel; nie eigentliche Eroberungskriege. Wie ein Gutsbesitzer seinen Landbesitz vermehrt, so schufen sie ein Reich. Hier wird ein Stück Feld gekauft, dort geerbt; der Sohn wird mit des Nachbars einziger Tochter verheiratet, um den Nachbarhof der Familie zu sichern. Allmählich wuchs so eine Großmacht heran.

Die Methode, die mit nicht zu leugnender Tüchtigkeit geübt wurde, hatte durch die Jahrhunderte Erfolg über Erfolg gebracht. Damit hatte sie ihre Zweckmäßigkeit erwiesen.

Es würde ein vollkommenes Verkennen geschichtlicher Tatsachen bedeuten, wollte man den Habsburgern aus der Methode, wie sie ein großes Reich schufen, einen Vorwurf machen. In der Verfolgung des Hausmachtgedankens verfolgten sie — manchmal vielleicht ohne sich dessen bewußt zu sein — einen großen

geschichtlichen Gedanken. In den Zeiten, in denen die Monarchie heranwuchs, war der Hausmachtgedanke die einzig mögliche Idee, um die Völkerschaften, die das Gebiet der Monarchie bewohnten, als Bollwerk gegen die ständige Türkengefahr in einem Staatswesen zu vereinigen. Nur so war es möglich — und es wurde damit sowohl der Familie, wie der westeuropäischen Kultur gedient — der islamitischen Flut einen Damm zu setzen. Der einzige Vorwurf — wenn überhaupt in geschichtlichen Dingen dieser Begriff Anwendung finden darf — der ihnen gemacht werden könnte, ist der, daß sie den Augenblick nicht erkannt haben, als die erste geschichtliche Aufgabe der Monarchie erfüllt war und, wenn sie weitere Lebensberechtigung haben sollte, eine neue Aufgabe ihr von der Geschichte gestellt schien.

Die Türkengefahr war vorüber, die Aufgabe der Monarchie damit erfüllt. Nun war der Augenblick gekommen, ihr neue Ziele zu setzen. Der Möglichkeit, diese Ziele zu erkennen, trat ein bedeutungsvolles Moment in den Weg und erschwerte den Blick in die Ferne.

In der Auffassung des Staates war ein für die europäischen Völker folgenschwerer Wandel eingetreten. Die Völker waren erwacht. Der Untertan fing an, sich zum Staatsbürger zu wandeln. Der Herrscher, bisher Gutsherr auf seinem Gebiet, sollte zum Staatsorgan werden.

Es hätte einer Menschenmaß überragenden Herrscherpersönlichkeit bedurft, um rechtzeitig die Situation zu erfassen. Das neue äußere Ziel sollte erblickt und gleichzeitig die Notwendigkeit des inneren Wandels erkannt werden, denn mit der alten, früher durchaus geeigneten, jetzt aber verfehlten Methode war das neue Ziel, selbst wenn es erfaßt worden wäre, nicht zu erreichen.

Die Habsburger haben diesen entscheidenden Augenblick nicht

erkannt. Vielleicht, daß Josef II. das Problem geahnt hat. Ein Urteil hierüber ist heute kaum möglich. Sein Scheitern beweist nichts. Das Urteil über ihn wäre vielleicht ein anderes, wenn nicht Krankheit und Tod seine Bahn vor ihrer Vollendung abgeschnitten hätte.

Sein unmittelbarer Nachfolger stand den Dingen ratlos gegenüber. Kaiser Franz schlug instinktiv den einen der beiden einzig denkbaren Wege ein. Es gab nur zwei Wege: entweder mit der Entwicklung gehen oder — wenn man an solche Möglichkeit zu glauben vermag — die Entwicklung aufhalten. Kaiser Franz entschloß sich, dem Rad der Geschichte in die Speichen zu fallen. Ein gewisser Erfolg ist ihm nicht abzustreiten. Für seine Zeit ist es ihm gelungen, das Rad zum Stehen zu bringen. Es würde zu weit führen, die Folgen dieser Methode für die Psychologie der österreichischen Völker, insbesondere der Deutschen in Österreich, näher zu untersuchen. Es genügt darauf hinzuweisen, daß es ihm gelungen ist, während seiner Regierungszeit von seinen Staaten so ziemlich alles fernzuhalten, was geistig befruchtend hätte einwirken können. Ein guter Teil der vielgeschmähten übeln Eigenschaften des Wienertums findet seine Erklärung in der planmäßig betriebenen Ablenkung des Wieners von den großen Fragen der neuen Zeit auf Backhühner, Heurigen und Schrammelmusik. Gestalten wie Grillparzer, auf die zur Widerlegung gern hingewiesen wird, beweisen nichts oder richtiger, sie beweisen gerade das, was sie widerlegen sollen. Ein Blick auf das Lebenswerk des größten österreichischen Dichters läßt keinen Zweifel darüber, wie viel die geistige Bedrückung, unter der er lebte, im Keime erstickt hat. Wenn trotzdem noch Ansehnliches zur Entfaltung gekommen ist, so beweist das nur, wie stark seine Schöpferkraft, nicht aber, daß das damalige Österreich der für ihn geeignete Boden war.

Franzens Nachfolger, Ferdinand, kann hier außer Betracht bleiben. Seine Person ist ohne Bedeutung für die österreichische Geschichte. Mit seiner Thronentsagung und der Thronbesteigung Franz Josefs I. beginnt die moderne Geschichte der Monarchie.

Der Fall dürfte in der Geschichte wohl einzig dastehen, daß ein Herrscher fast 69 Jahre tatsächlich regiert hat und dabei seinen Völkern im Grunde fremd geblieben ist. Diese Erscheinung ist so sonderbar, daß sie mit einigen Schlagworten nicht abzutun ist. Andererseits ist aber die Persönlichkeit Franz Josefs für die Geschichte der Monarchie von weitaus größerer Bedeutung, als gewöhnlich angenommen wird. Wir müssen daher seine Person näher betrachten.

Franz Josef erschien seit Jahrzehnten — man kann fast sagen seit Generationen — den Bürgern seiner Länder in einer nahezu stets gleichbleibenden Gestalt, die keine Schlüsse auf den Menschen zuließ. Wenn man einen Österreicher fragen würde, wie war eigentlich Kaiser Franz Josef, so wird er, wenn er aufrichtig antworten will, in Verlegenheit geraten und antworten: ich weiß es nicht.

Er hat es verstanden, sich mit einer unsichtbaren Mauer zu umgeben, die jede Annäherung über eine gewisse Distanz verhinderte. Über diese Mauer trat auch er selbst nicht hinaus. Manche erblickten darin — insbesondere wenn sie an Kaiser Wilhelm II. dachten — einen Vorzug. Gewiß hatte dieses Verhalten manche Vorteile für ihn und den Staat. Ob die Vorteile die Nachteile überwiegen, mag dahingestellt bleiben, ist übrigens auch eine Frage von untergeordneter Bedeutung, da dieses Verhalten nicht eine originäre Erscheinung, sondern nur eine Folge seines Wesens war.

Kaiser Franz Josef sprach selten und wenig in der Öffentlichkeit und wenn, so war es das Ablesen eines überlegten, sorg-

fältig verfaßten Wortlautes. Ich bin weit davon entfernt in den leisen Hohn einzustimmen, den das Erscheinen des üblichen, vom Flügeladjutanten gerichteten Blattes Papier begleitete, wenn der Kaiser öffentlich sprechen sollte. Die Worte eines Herrschers sind zu bedeutungsvoll, zu sehr der ausgeklügeltsten Interpretation ausgesetzt, als daß ihre Formulierung ohne weiteres der Stimmung des Augenblicks überlassen werden könnte. Wohin man bei der Außerachtlassung dieser ewigen Wahrheit kommt, haben die Reden Kaiser Wilhelms II. bewiesen. Jeder von uns wäre gewiß erstaunt, wahrscheinlich entsetzt, wenn er plötzlich alles, was er je gesprochen, gedruckt vor sich sähe. Kaiser Franz Josef war sich dieser Erkenntnis offenbar auch vollkommen bewußt, denn es fiel ihm niemals bei, nach der Art gewisser Redner, die ihre Aufzeichnungen in der Tiefe eines Zylinderhutes zu verbergen suchen, aus dem Ablesen einer Rede ein Hehl zu machen und eine freie Rede vortäuschen zu wollen. Er nahm ruhig und offen den Zettel zur Hand, setzte sein Augenglas auf und las.

So schwerwiegend die Gründe sein mögen, die für diese Methode sprechen, eine nachteilige Folge war nicht zu vermeiden. Die öffentlichen Äußerungen des Kaisers waren damit jeder persönlichen Note entkleidet. Die Gestalt des Kaisers rückte mit seinen Worten immer mehr in die Ferne, statt, wie es im Interesse aller Beteiligten gewesen wäre, den Zuhörern näher zu kommen. Es mag dahingestellt bleiben, ob nicht zwischen den beiden Extremen — Wilhelm II. und Franz Josef I. — eine goldene Mitte möglich gewesen wäre.

Von dieser Zurückhaltung ging der Kaiser selbst in Gesprächen nicht ab. Der bäuerliche Abgeordnete wurde wohlwollend nach den Ernteaussichten gefragt, dem Industriellen versichert, daß der Herrscher die Bedeutung der Industrie für

den Staat nicht verkenne. Der empfangende Bürgermeister erfuhr, daß es den Monarchen mit Freude erfülle, die schöne Stadt wiederzusehen. Der gräfliche Statthalter wurde nach dem Befinden seines alten Vaters befragt, dessen Verdienste nicht vergessen seien. Es war an diesen Gesprächen nichts auszusetzen, jedes Wort war an seinem Platz, selbst der Klatsch weiß nichts von Personenverwechslungen zu melden. Ein mehr als ein halbes Jahrhundert umspannendes Gedächtnis erweckte Bewunderung.

Und doch wehte eine Kühle aus den Worten, die trotz körperlicher Nähe jede seelische Annäherung verhinderte. Dieses Distanzwahren verstand der Herrscher so meisterlich, daß er vertrauten Gesprächen, wo ein gewisses Heraustreten aus der Zurückhaltung unvermeidlich war, das Hinausdringen in die Öffentlichkeit dadurch unmöglich zu machen wußte, daß er die Teilnehmer des Gespräches — ohne ausdrücklichen Befehl — zum Schweigen zwang. Es war ein allgemein — auch von seinen Gegnern in den Zeiten heißester politischer Kämpfe — anerkanntes Dogma, über Unterredungen mit dem Kaiser nicht zu sprechen. Die ständige Antwort der aus dem Arbeitszimmer des Monarchen tretenden Minister und Politiker an die harrenden Zeitungsberichterstatter war: Seine Majestät erfreut sich des bestens Wohlseins. Er zeigte sich vollkommen informiert über die Lage und bringt ihr großes Interesse entgegen. Er empfing mich außerordentlich gnädig. Näheres über die Audienz mitzuteilen, bin ich selbstverständlich nicht in der Lage. Die Öffentlichkeit fand sich mit dieser Selbstverständlichkeit ab. Nicht einmal das Parlament wußte, was der ihm verantwortliche Ministerpräsident, selbst in den bedeutungsvollsten Augenblicken, mit dem Kaiser gesprochen hatte.

Wie Kaiser Franz Josef es verstanden hat, alle die, die mit

ihm in Berührung kamen, zum Schweigen zu veranlassen, ist eine der interessantesten und merkwürdigsten Seiten seines Wesens. Ein bezeichnendes Beispiel ist das tragische Ende des Kronprinzen Rudolf. Obwohl die Zahl der Personen, die alle Umstände bis in die kleinsten Einzelheiten kannten, eine verhältnismäßig große war, über das Ende des Thronfolgers ist bis zum heutigen Tage nichts Verläßliches in die Öffentlichkeit gedrungen. Auf Hintertreppen schlich der Klatsch herum, im Ausland fanden gedruckte sogenannte Enthüllungen Verbreitung, aber der Umstand, daß jede den Sachverhalt anders schilderte, zeigt, daß sie nicht von den eigentlich Wissenden ausgegangen waren. Wie undurchdringlich dieses Dunkel war, beweist der Umstand, daß sich die Volksphantasie der Gestalt des Kronprinzen bemächtigte; in einigen Ländern der Monarchie herrscht unter der Landbevölkerung der unausrottbare Glaube, Kronprinz Rudolf lebe noch irgendwo im Verborgenen und werde eines Tages erscheinen, um die Regierung anzutreten. Ein weiteres Beispiel — wenn auch anderer Art —, bis zu welchem Grade der Selbstverleugnung er die Schweigepflicht seiner Diener zu erzwingen verstand, ist der unglückliche Feldherr Benedek, der sein Schweigen selbst dann nicht brach, als seine Ehre auf dem Spiele stand und selbst die empfindlichste Moral ihn nicht mehr für gebunden halten konnte.

Diese Kraft, die Menschen zum Schweigen zu zwingen, hat zur Folge gehabt, daß es fast keine Memoirenliteratur aus der Regierungszeit Franz Josefs I. gibt. Nicht, daß es etwa in unterrichteten Kreisen an Persönlichkeiten gefehlt hätte, die Aufzeichnungen gemacht haben. Ich selbst weiß von einigen Memoiren, die heute noch in verschlossenen Pulten liegen. Nicht zur Befriedigung klatschsüchtiger Neugierde, sondern im Interesse der Erforschung geschichtlicher Wahrheit wäre die Ver-

öffentlichung wünschenswert. Aber es ist, als wäre ein Teil der Zurückhaltung der Kaisers auch auf jene Personen übergegangen, die ihm näher getreten waren, als hielten sie es trotz dem Untergange der Monarchie für unschicklich, über Dinge zu reden, über die der Kaiser nicht gesprochen wissen wollte. Wie tief dieser Einfluß gedrungen ist, zeigen die wenigen Äußerungen, die von unterrichteten Persönlichkeiten seit dem Umsturz in die Öffentlichkeit gedrungen sind. Aus ihnen klingt eine Zurückhaltung heraus, die nicht so sehr in wirklichen Gründen, als im Gefühl ihren Ursprung hat. Ein Beispiel dafür ist der gewesene Handels- und Finanzminister Dr. Alexander Spitzmüller, der in seiner Schrift „Der politische Zusammenbruch und die Anschlußfrage“ [1]) auf die Lücken seiner Darstellung mit der Begründung hinweist, daß er sich gewisse Schranken vor Augen halten müsse, zu denen seiner Ansicht nach auch das Amtsgeheimnis gehöre, an das er sich immer noch gebunden erachte. Von einer Pflicht zur Wahrung des Amtsgeheimnisses bei österreichischen Staatsbeamten im juristischen Sinne kann jedoch nach den eingetretenen inneren Umwälzungen und da die Republik es ausdrücklich ablehnt, die Nachfolgerin des alten Österreich zu sein, nicht mehr gesprochen werden. Ich glaube daher nicht fehlzugehen, wenn ich die Zurückhaltung Dr. Spitzmüllers weniger auf juristische Bedenken, als auf das innere Widerstreben gegen Erörterungen zurückführe, die besonders empfindliche Naturen als Taktlosigkeiten empfinden könnten. Ich kann trotz manchen von ihm geltend gemachten, nicht unberechtigten Bedenken und vollem Verständnisse für die gefühlsmäßige Seite seiner Auffassung jedoch aus dem Grunde nicht zustimmen, weil, wenn sie allgemeine Anerkennung fände, der geschichtlichen Forschung gerade das wertvollste Quellenmaterial entzogen würde.

1) Wien 1919. Seite 2.

Die Jahre vergehen, Menschen sterben, Erinnerungen verblassen, Aufzeichnungen gehen verloren. Das Dunkel, das über bedeutungsvollsten historischen Vorgängen ruht, verdichtet sich. Sache der Zeitgenossen ist es daher, das Material herbeizutragen. Unsere Nachkommen, die über die notwendige historische Distanz verfügen werden, können dann die Schlüsse ziehen.

Ich habe Minister gekannt, die vom Kaiser nicht mehr wußten als jeder gewöhnliche Zeitungsleser. Die Schilderung, die mir ein Minister über eine Audienz beim Kaiser machte, ist so bezeichnend, daß ich sie nicht verschweigen möchte.

Der Minister kam, um dem Kaiser über einen wichtigen Gegenstand Vortrag zu halten. Er trug seine Sache vor, der Kaiser stellte einige Fragen. Aus einer Frage entnahm der Minister, daß einige Aufklärungen am Platze wären, die scheinbar nicht unmittelbar zur Sache gehörten. Er brachte sie vor. Der Kaiser stand auf, schwieg eine Weile und nickte mit dem Kopfe — das Zeichen, daß die Audienz beendet war. Nach einer Pause entfernte sich der Minister. Die Etikette, auf deren Einhaltung der Kaiser großes Gewicht legte, schrieb vor, daß nur gesprochen werden durfte, was der Gegenstand der Audienz oder eine Antwort auf eine Frage des Kaisers war. Dieses Gebot hatte der Minister übertreten.

Ich hatte Gelegenheit zu vertrauten Gesprächen mit Personen, die mit dem Kaiser in jahrelangem unmittelbaren Verkehre standen. Sie schwiegen oder verschanzten sich hinter allgemeinen Phrasen über des Kaisers wohlwollende Freundlichkeit und dergleichen. Ob dieses Verhalten seinen Grund darin hatte, daß sie sich zum Schweigen verpflichtet hielten oder nichts zu sagen wußten, weil auch ihnen die Person des Kaisers sich nicht enthüllte, vermag ich nicht zu entscheiden. Ich vermute jedoch, daß beide Gründe mitgespielt haben.

Dieses Verhalten des Kaisers, das sich während einer ungewöhnlich langen Regierungszeit stets gleich blieb, brachte es mit sich, daß seine Gestalt zu einer fast schemenhaften, geradezu symbolischen Erscheinung wurde. Für viele war er der Kaiser. Ich kenne Personen, die nach seinem Tode erklärten, sie könnten sich einen neuen Kaiser gar nicht vorstellen, der neue Kaiser sei für sie eigentlich kein Kaiser. Diese Auffassung war weniger der Ausdruck schwärmerischer Liebe und Anhänglichkeit für den Dahingeschiedenen oder Abneigung gegen den Nachfolger, als einer instinktiven Erkenntnis, daß der Kaiser für die überwiegende Mehrzahl der Staatsbürger so ziemlich gar nichts Persönliches mehr hatte. Daher kam es auch, daß der erste Anblick des Kaisers nichts Neues bot.

Als ich Kaiser Wilhelm II. sah, empfing ich, trotzdem mir sein Antlitz aus unzähligen Bildern längst bekannt war, einen vollkommen neuen Eindruck. Der Anblick des Kaisers Franz Josef war eine Enttäuschung. Er sah in Wirklichkeit genau so aus wie auf den Münzen. Damit hängt es auch zusammen, daß die Karikatur seiner Gestalt gegenüber nahezu machtlos war. Im Inlande standen der Karikierung freilich große strafrechtliche Hindernisse im Wege. Aber selbst die ausländischen Witzblätter befaßten sich nur selten mit ihm und wenn, so wurde gewöhnlich ein mehr oder weniger gelungenes Porträt daraus, aber keine Karikatur. Seine Gestalt bot der Karikatur keine Angriffspunkte. Dies war ganz besonders auffallend während des Krieges. Selbst die Karikaturen der feindlichen Blätter, für die nunmehr auch die früher vielleicht geübte internationale Rücksicht auf einen fremden Herrscher fortgefallen war, waren eigentlich keine Karikaturen, sondern Bildnisse.

Damit ist natürlich nicht gesagt, daß Kaiser Franz Josef ein bloßer Schatten und nicht auch ein Mensch gewesen wäre.

Aber das Menschliche stand im Hintergrunde, unsichtbar für die große Menge. Was über sein Privatleben flüsternd erzählt wurde, verdient nicht der Erwähnung, denn es trägt zu sehr den Stempel des hämischen Klatsches über selbstverständliche Menschlichkeiten und bringt — was für uns das wichtigste ist — keinen neuen Zug in sein Bild.

Wenn über die Gestalt Kaisers Franz Josef hier ausführlicher gesprochen wurde, so geschah es aus dem Grunde, weil sie der Ausdruck seines Wesens und dieses Wesen bestimmend für das Schicksal eines großen Reiches war. Hierbei handelt es sich nicht darum, Werturteile zu gewinnen — ruhige Erkenntnis kennt kein gut und böse —, sondern Zusammenhänge aufzudecken. Diesen Zeilen liegt es ferne, sich heute mit Behagen gefahrlos in einer billigen abfälligen Kritik zu ergehen, die noch vor kurzem des größten Mutes bedurft hätte.

Blickt man tiefer in seine Natur, so wird seine Gestalt verständlich. Wenn er Distanz wahrte, so geschah es, weil er sich den anderen ferne fühlte. Ich glaube kaum, daß es in neuerer Zeit einen Herrscher gegeben hat, der tiefer und innerlicher vom Gottesgnadentum überzeugt war. Es waren „seine" Länder, „seine" Völker, die er regierte, „seine" Armee, die er befehligte. Das „mein" war keine veraltete Formel, sondern tiefgefühlte Wahrheit. Der Minister unterschied sich für ihn vom Kammerdiener nicht dem Wesen, sondern nur dem Grade nach. Auch das Kabinett war Gesindestube, eine bessere, aber eine Gesindestube. Daher seine Ansicht, daß ein Minister sein Portefeuille nicht zurücklegen, sondern lediglich um seine Entlassung bitten durfte. Bekannt ist seine Antwort an einen demissionierenden Staatsmann: „Sie werden gehen, bis ich Sie entlasse." Er stand turmhoch über den Staatsdienern, die „seine" Diener waren. Daher auch meist der Mangel eines persön-

lichen Verhältnisses zu ihnen. So mancher unserer Staatsmänner hat die betrübende Erfahrung gemacht, daß er trotz aller Gnadenbeweise dem Monarchen persönlich nichts bedeutete. War seine Zeit abgelaufen, so war er erledigt.

In eine Art persönliches Verhältnis, jedoch auch hier unter steter Wahrung der Distanz, kam er nur mit den aus dem Hochadel hervorgegangenen Staatsfunktionären. Sie standen zwar auch unter ihm, waren ihm aber als die seiner Auffassung nach oberste Lage der übereinander geschichteten Menschheit die verhältnismäßig Nächsten. Man diente ihm, nicht dem Staate. Im Begriffe des „ihm dienen" lag die Verpflichtung, sich für die Interessen des Monarchen und seines Hauses zu opfern. Nur zwei Beispiele von vielen.

Benedek, zuerst durch das Ehrenwort zu schweigen wehrlos gemacht, wurde durch eine offizielle Kundgebung in der amtlichen Zeitung aufs tiefste verwundet. Finanzminister Bruck wurde durch die Form seiner Entlassung in den Tod getrieben. Man verkennt die Dinge, wenn man derartige Vorkommnisse mit dem Schlagwort „Dank des Hauses Österreich" abtut. Nicht um bewußte Undankbarkeit handelt es sich, sondern um völlige Unkenntnis dieses Begriffes. Sich zu opfern, war selbstverständliche Pflicht. Dafür war man keinen Dank zu fordern berechtigt, keinen Dank zu leisten schuldig. Diese Auffassung machte es ihm möglich, auch mit Männern zu arbeiten, die ihm im Innersten widerstrebten, ihm aber durch politische Notwendigkeiten aufgezwungen waren. Ein Beispiel dafür ist die Ernennung Kossuths zum ungarischen Handelsminister, des politischen Erben und Sohnes jenes Kossuth, der das Haus Habsburg für abgesetzt erklärt hatte.

Die Völker hatten die Pflicht, sich zu vertragen, nicht um einen Staat zu bilden und zu erhalten, sondern weil die Unter-

tanen die Pflicht haben, Ruhe zu halten. Die oft hervorgehobene Objektivität des Kaisers gegenüber den Nationen seines Reiches hat hier ihre Wurzel. Niemand konnte sagen, ob ihm die Deutschen, Polen oder Tschechen näher standen. Das kam daher, weil sie seinem Herzen nicht gleich nahe, sondern gleich fern waren. Nur die Ungarn standen noch etwas weiter, denn sie waren die „Rebellen".

Daher auch der Mangel eines wirklichen Nationalitätsbewußtseins und eines modernen Patriotismus. Es ist nicht Charakterlosigkeit im gewöhnlichen Sinne des Wortes, wenn die Habsburger, je nachdem, wie es sich gerade als praktischer erwies, Spanier, Italiener, Deutsche waren. Sie hätten einen solchen Vorwurf nie begriffen, im Gegenteil, sie glaubten nur richtig zu handeln, denn, was sie taten, war eine Forderung des Hausmachtgedankens. Übrigens handelten die anderen ja auch nicht anders, wenn ein Hohenzoller Rumäne, ein Koburger Bulgare, ein Wittelsbacher Grieche, ein Wied gar Albaner wurde; die konnten sich nicht einmal auf eine große Vergangenheit berufen. Ging eine Provinz verloren und erwarb man dafür eine andere annähernd gleich wertvolle, so war die Sache eigentlich erledigt, wie beim Grundbesitzer, der ein Feld gegen ein anderes eingetauscht hatte.

Man urteilt verfrüht, wenn man über alle diese Eigenschaften ein hartes Urteil fällt. Man muß, wenn man schon in politischen Dingen Werturteile fällen will, das Urteil weiter zurückverlegen. Alle diese Eigenschaften wurzelten im Hausmachtgedanken, über den Kaiser Franz Josef niemals hinausgekommen ist. Er hat eine Zeit des größten Wandels in der Auffassung vom Staate durchlebt. In seinem Innersten wurde er aber von diesem Wandel nicht berührt. Gewiß ist, daß diese Auffassung mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringen

ist. Aber die Verfassung war ihm nicht wahrer Besitz und Ausdruck politischer Überzeugung. Sie war ihm, dem Herrscher von Gottes Gnaden, abgerungen, abgetrotzt von widerspenstigen Untertanen, seiner Meinung nach zu ihrem eigenen Schaden. Er hat der geänderten Zeit Zugeständnisse gemacht, aber sie waren äußere Zugeständnisse gegenüber der Macht der Tatsachen, nicht das Ergebnis inneren Wandels. Sie banden ihn innerlich nicht, wie schon Religion und gemeines Recht einer erpreßten Willenserklärung die Gültigkeit versagt. Wenn Kaiser Franz Josef Verfassungen gab, beschwor und wieder aufhob, so waren das für ihn keine Eidbrüche. Wenn er solche Verpflichtungen abschüttelte, so war er seiner Meinung nach genau so im Recht wie der einsame Wanderer, der das dem Räuber gemachte Zahlungsversprechen nicht mehr hält, sobald er wieder in Sicherheit ist. Noch mehr: Es war nicht bloß Recht, sondern auch Pflicht, denn Selbstregierung der Völker ist eine Verirrung, ihr Heil liegt in der weisen Führung des von Gott eingesetzten Alleinherrschers, der am besten weiß, was ihnen frommt. Der moderne Staatsbegriff mit dem Herrscher als Staatsorgan ist eine Auffassung, die er nicht zu erfassen vermochte. Hier konnte er nicht mehr mitgehen, auch wenn er wollte.

Seiner Meinung nach erfüllte er seine Herrscherpflicht in jeder Richtung. Bekannt ist sein diesem Pflichtbewußtsein entspringender außerordentlicher Fleiß. Die Sonne war noch nicht aufgegangen, und der Kaiser saß bereits beim Schreibtisch. Das bescheidene Mittagmahl wurde zwischen zwei Akten am Arbeitstisch eingenommen. Eine Expeditivität, die ans Unglaubliche grenzt. Vorträge der Ministerien kamen in wenigen Tagen mit der kaiserlichen Entschließung zurück. Rückstände gab es nicht. Die Ministerien rechneten mit einer Verzögerung, die mit der Einholung der Entschließung des Monarchen hätte verbunden

sein können, überhaupt nicht. Man wußte, daß der Weg einer Angelegenheit in die Kabinettskanzlei und zurück nur wenige Tage erforderte. Kein Sektionschef hätte auf die Dauer an sich derartige Zumutungen stellen lassen, wie sie im geschäftlichen Verkehr mit Kaiser Franz Josef selbstverständlich waren. Nicht einmal seine karg bemessene Nachtruhe war gesichert. In politisch bewegten Zeiten kam es vor, daß der Kaiser aus dem Schlafe geweckt wurde, um seine Entschließung einzuholen. Die Fülle der Geschäfte war, schon aus dem Grunde, weil zwei Staaten zu regieren waren, eine außerordentlich große. Erst in den letzten Jahren seiner Regierungszeit traten Erleichterungen ein, indem er gewisse Geschäfte nicht mehr seiner Entscheidung vorbehielt. Dabei beschränkte er sich keineswegs auf bloßes Unterschreiben. Er stieg, wie die Bureaukraten sagen, wirklich in die Akten hinein. Daß es natürlich in einem modernen Staate nicht Aufgabe des Herrschers ist, einen Hofrat zu ersetzen und seine Zeit an Dinge zu wenden, die jeder mittelmäßige Bureaukrat besorgen kann, ändert nichts an der Beurteilung.

Wenn man also über Kaiser Franz Josef ein Urteil fällen will, so muß es an diesen Punkt gelegt werden, nicht an die Erscheinungen, die hier als notwendige Folgen ihren Ursprung haben. Man kann ihm zum Vorwurf machen, daß er die Entwicklung, in die ihn das Schicksal hineingestellt hat, nicht erfaßt hat. Aber dieses Urteil ist, wenn man damit ethisch werten will, wertlos. Eine Erziehung, die ihn für die Probleme der Donaumonarchie hätte vorbereiten können, hat er, der — belastet mit der ganzen habsburgischen Tradition vor dem Jahre 1848 — nach dem damaligen Muster habsburgischer Prinzen erzogen wurde und als Achtzehnjähriger zur Regierung kam, nicht erhalten. Man kann vielleicht erwidern, daß eine 68jährige Regierungszeit genügend Zeit geboten hätte, um manches zu lernen.

Aber das ist von bestimmten Voraussetzungen abhängig. Vielleicht ist eine Anlage dagewesen, die entwicklungsfähig gewesen wäre, die ein ins Österreichische übersetzter Bismarck zur Entfaltung gebracht hätte. Wir wissen es nicht. Soviel wissen wir aber, daß die Monarchie keinen wahrhaft großen Staatsmann in der Umgebung des Kaisers gehabt hat. Das, was man im gewöhnlichen Sprachgebrauche als Schuld zu bezeichnen pflegt, zerrinnt uns bei dieser Art der Betrachtung zwischen den Fingern, und was übrig bleibt, ist das große Unbekannte, das wir Schicksal nennen.

Es ist eine Erscheinung, die man in der Geschichte immer wieder beobachten kann, daß bei Staaten, die sich auf absteigender Linie bewegen, sich gleichsam alles vereinigt, um das Tempo des Hinabgleitens zu beschleunigen. Das Glück drängt sich an seinen Günstling heran; das Unglück wendet auch die nebensächlichen Zufälligkeiten zum Bösen. Es war das Schicksal der Monarchie, daß gerade in ihrer bedeutungsvollsten Periode ein anpassungsunfähiger Herrscher durch eine Zeit regiert hat, die für drei oder vier Monarchen ausgereicht hätte. Wer weiß, wie die Dinge sich gestaltet hätten, wenn während dieser Zeit der Träger der Krone einigemal gewechselt hätte. Jeder Nachfolger hätte vielleicht ein Stück der neuen Zeit verdaut. Vielleicht hätte sich auf diese Weise die monarchische Regierungsform der geänderten Staatsauffassung angepaßt. Von manchen Seiten wird behauptet, daß Erzherzog Franz Ferdinand der rechte Mann gewesen wäre. Sein Charakter weist jedoch Züge auf, die kaum erwarten ließen, daß er im 20. Jahrhundert als Herrscher hätte ersprießlich wirken können.

Als Franz Josefs Nachfolger kam, war es bereits zu spät. Der Wagen bewegte sich mit einer Schnelligkeit dem Abgrunde zu, die auch eine stärkere Hand als die des Kaisers Karl nicht

mehr hätte vermindern können. Über ihn ist bei der Betrachtung des Untergangs der Monarchie nicht viel zu sagen, da er den Gang der Ereignisse nicht mehr zu beeinflussen vermochte. Bester Wille war gewiß vorhanden. Gottesgnadentum war ihm fern. Hervortretend seine persönliche Liebenswürdigkeit und Gutmütigkeit. Ob seine Fähigkeiten seinem Berufe gewachsen waren, ist eine müßige Frage. Auch das größte Genie hätte kaum mehr etwas ändern können. Es ist ganz verfehlt, die Manifestpolitik des Kaisers Karl für den Zerfall der Monarchie verantwortlich zu machen, wie dies von manchen Seiten geschieht. Wäre das Auseinandergehen der Nationen nicht durch das bekannte Manifest erleichtert worden, es wäre, vielleicht eine Weile später — spätestens während der Verhandlungen über den Frieden —, aber unausbleiblich gekommen.

Es war zu spät. Mit diesen furchtbaren Worten hatte die Zeit den letzten regierenden Habsburger begrüßt. Unter der Last eines solchen Erbes mußte jeder zusammenbrechen. Wir müssen daher, wenn wir von dem Einflusse sprechen, den der Thron auf die Geschichte der Monarchie ausgeübt hat, die Reihe der Herrscher mit Kaiser Franz Josef schließen. In diesem Sinne war er der letzte Herrscher und bis zuletzt der Vertreter des habsburgischen Staatsgedankens, der mit ihm untergegangen war.

Dieses vollständige Erfülltsein vom habsburgischen Hausmachtgedanken machte Kaiser Franz Josef unfähig, einen neuen österreichischen Staatsgedanken zu fassen, der der Monarchie neue Lebensmöglichkeiten geschaffen hätte. Die alte Idee hatte Kraft und Zweck verloren, eine neue war nicht aufgetaucht.

Dieses Fehlen eines modernen Staatsgedankens beim letzten wirklichen Herrscher hatte auch zur Folge, daß das Herrscherhaus fast vollständig den Boden in den Ländern verloren hatte, an deren Spitze es seit Jahrhunderten gestanden hatte. Obwohl

von den Lippen der offiziellen Redner die Loyalität für das angestammte Herrscherhaus nur so tropfte, dem schärferen Beobachter konnte es nicht entgehen, daß hier in den letzten Jahrzehnten ein bedenklicher Wandel eingetreten war. Es war fast nur mehr Lippendienst, wenn von Treue, Anhänglichkeit und Liebe gesprochen wurde. Ein auffallendes Zeichen war das Verhalten der Bevölkerung beim Tode des Kaisers Franz Josef. Wer die Zeit in Wien, der Kaiserstadt, miterlebt hat, konnte sich nicht genug wundern über die Ruhe, Gleichgültigkeit, gepaart mit Neugierde und Schaulust an dem Gepränge der Bestattung, mit der das Ereignis hingenommen wurde. Wenn man auch einiges den durch den jahrelangen Krieg abgestumpften Nerven zurechnen konnte, es blieb doch ein Rest übrig, der deutlich bewies, daß das Verhältnis zwischen Herrscher und Volk eine jähe Abkühlung erfahren hatte. Offen aber trat zutage, daß beide nichts mehr verband als höchstens die alte Gewohnheit, als der letzte Habsburger vom Throne schied.

Kaiser Karl hatte in seinem Manifest ohne eigentliche Thronentsagung die Regierungsgeschäfte zurückgelegt. Sofort — nur die Deutschen noch etwas zögernd — richteten sich die Nationen ihre Selbstregierungen ein. Nicht eine Stimme regte sich in einem der Länder, die den Monarchen zurückgerufen hätte. Selbst in Deutschösterreich, in Wien, ging man über die Habsburger zur Tagesordnung über. Es war eine Revolution ganz besonderer Art, gleichsam unter den Augen des Herrschers. Der Kaiser und der größte Teil der Familie blieb im Lande nicht nur unbehelligt, sondern mit einer gewissen kühlen Höflichkeit behandelt. Die Beziehungen waren so abgekühlt, daß die Trennung nicht einmal den bei Revolutionen sonst üblichen Zorn entfachte. Erst als die Anwesenheit des Kaisers politische Verlegenheiten zu bereiten begann und es nachgerade anfing, lächer-

lich zu werden, daß in der Republik ein Kaiser weiter ruhig Hof hielt, entschloß sich die Republik zur Landesverweisung.

Nicht wenig hatte zu dieser Loslösung vom Herrscherhaus auch das moralische Verhalten einzelner seiner Mitglieder beigetragen. Es widerstrebt mir, die Erinnerung im einzelnen hier wieder aufzufrischen. Aber ganz vorbeigehen können wir an diesen Dingen nicht, denn auch sie waren Axthiebe gegen die Grundfesten des Staates. Sie waren schon zu einer Zeit bekannt, als die Zeitungen noch nicht Freiheit hatten, sie mit Behagen zu erörtern. Alles das zusammengenommen waren deutliche Zeichen eines Geschlechtes, das mit dem Staatsgedanken auch den inneren Halt verloren hatte.

Eng verbunden mit dem Hausmachtgedanken war der Adel. Hier muß jedoch zum Verständnis für den nichtösterreichischen Leser eine Einschaltung gemacht werden.

Der Adel der Monarchie teilt sich in zwei voneinander scharf geschiedene Gruppen. Die eine Gruppe besteht aus den altadeligen Geschlechtern, die in Österreich Hochadel, Aristokratie, genannt werden, die andere aus dem aus neuerer Zeit stammenden Briefadel. Die Unterscheidung ist bei der Beurteilung des Einflusses des Adels von grundsätzlicher Bedeutung.

Die sogenannte Aristokratie setzt sich zusammen aus den uradeligen Geschlechtern und jenem Teil des Briefadels, der schon vor mehreren Jahrhunderten in den Adelsstand erhoben wurde und durch Heiraten mit den uradeligen Familien in verwandtschaftliche Beziehungen getreten ist. Eine scharfe Grenze läßt sich hier natürlich nicht ziehen. Im allgemeinen gilt als Voraussetzung für die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe die Fähigkeit zur Erwerbung der Kämmererwürde. Das schließt natürlich nicht aus, daß auch einzelne der Aristokratie zuzuzählen sind, deren Familie wohl eine sogenannte hochadelige ist, wo jedoch die

Kämmererqualität etwa durch standeswidrige Heirat des Vaters dem Sohne verloren gegangen ist oder wo eine Familie trotz des jungen Datums ihres Adels infolge ihres Reichtums und gesellschaftlichen Beziehungen Aufnahme in diese Gruppe gefunden hat. Ebenso kann es andererseits wieder geschehen, daß eine hochadelige Familie infolge Verarmung aus dieser Gruppe ausscheidet, weil zur Zugehörigkeit schon aus gesellschaftlichen Gründen ein gewisser Grad von Wohlhabenheit, der ein Schritthalten mit den Standesgenossen ermöglicht, Voraussetzung ist. Dieser Gruppe gehören nahezu alle gräflichen, dann gewisse freiherrliche und vereinzelt auch ritterliche oder einfache adelige Familien an. Ein großer Teil dieser Familien besitzt Fideikommisse.

Die zweite Gruppe, der übrige Adel, hat seinen Ursprung in den außerordentlich zahlreichen Adelsverleihungen der österreichischen Herrscher. Bis vor nicht langer Zeit war mit der Verleihung gewisser Orden der erbliche Ritter- oder Freiherrnstand verbunden. Diese Verbindung reichte in den rangmäßig eingeteilen Ordensgraden sehr tief herunter. So war beispielsweise mit dem Orden der Eisernen Krone III. Klasse bereits der Ritterstand verbunden. Da dieser Orden nach einem streng eingehaltenen Brauch Beamten und Offizieren der VI. Rangklasse verliehen wurde — ein niederer Orden konnte diesen nicht mehr verliehen werden —, erwarb bereits ein Statthaltereirat oder Oberst mit diesem Orden den erblichen Ritterstand. Die II. Klasse dieses Ordens — dem Range eines Sektionschefs entsprechend — brachte automatisch den erblichen Freiherrnstand. Die Folge davon war, daß fast alle Staatsbeamten und Offiziere, die eine über das bescheidenste Mittelmaß hinausgehende Laufbahn hinter sich hatten, in den letzten Jahren ihrer Dienstzeit oder anläßlich ihres Übertrittes in den Ruhestand den Adelsstand erhielten.

Diese Freigebigkeit in der Verleihung des Adelsstandes wurde seinerzeit durch das sogenannte Bürgerministerium eifrigst gefördert, da das Kabinett durch massenhafte Verleihung des Adels seine Entwertung herbeizuführen und die Macht des alten erbgesessenen Adels zu brechen hoffte. Gegen diese Übung machte sich ein heftiger Widerstand der Aristokratie geltend, der schließlich zur Folge hatte, daß das Recht auf den Adel auf Grund von Ordensverleihungen aufgehoben wurde (mit Ausnahme des nur im Kriege verliehenen militärischen Maria-Theresia-Ordens).

Wenn auch dadurch die Zahl der Adelsverleihungen eingeschränkt wurde, so blieb es doch auch weiterhin bei einer sehr freigebigen Übung bei der Verleihung des Adels, schon dadurch, daß auch bis zuletzt noch die Bestimmung bestand, daß jeder Offizier, vom Major aufwärts, nach einer gewissen Anzahl von Dienstjahren den Anspruch auf den erblichen einfachen Adel hatte. Außerdem wurde mit der Adelsverleihung als Auszeichnung auch weiterhin sehr freigebig vorgegangen, so daß eigentlich jeder, der eine halbwegs höhere Stellung erreichte, mit dem Adel rechnen konnte. Dies gilt nicht allein für Bureaukratie und Militär, sondern auch für Handel und Industrie. So wurde im Laufe der Jahre fast allen Direktoren der Wiener Großbanken der Adel verliehen. Dazu kommt noch, daß manche Regierungen in der Adelsverleihung ein bequemes Mittel fanden, ihre Dispositionsfonds zu stärken, und mit dem Adel geradezu einen schwunghaften Handel trieben. Ins Groteske stieg die Zahl der Adelsverleihungen im Laufe des Krieges. Fast jede Nummer der täglich erscheinenden amtlichen „Wiener Zeitung" enthielt die Kundmachung zahlreicher Adelsverleihungen, manchmal in einem solchen Umfange, daß ganze Seiten des Blattes für alle die Herren von Sandank, Piavesprung, Grabentreu usw. kaum ausreichten.

Die vom Bürgerministerium erhoffte Wirkung, die Macht der Aristokratie durch Massenadelsverleihung zu brechen, trat natürlich nicht ein. Die Sache kippte vielmehr ins Gegenteil um, indem sich bereits Persönlichkeiten in hervorragenden Stellungen fanden, die einen gewissen Stolz hineinsetzten, sich grundsätzlich nicht adeln zu lassen. Jeder Kenner der Verhältnisse und der menschlichen Psyche hätte diese Wirkung der Massenadelsverleihung voraussehen können. Die nächste Wirkung war, daß der alte erbgesessene Adel diesen neuen Adel natürlich nicht als gleichberechtigt anerkannte. Denn auch das schönste Adelsdiplom konnte die Tatsache nicht ungeschehen machen, daß der Graf X uradeliger Abstammung, die Familie des Grafen Y im 15. Jahrhundert geadelt worden war, der Herr von Maier oder von Müller aber im Jahre 1872 sein selbst komponiertes Wappen erhalten hatte, das er infolge der geänderten Zeitverhältnisse nicht mehr im Kampfe oder Turniere auf seinem Schilde führen, sondern höchstens auf seinen Wagenschlag malen oder in einen Siegelring gravieren lassen konnte. Dazu kommt noch, daß der Gothaer Almanach in höchst rücksichtsloser Weise die adeligen Familien nach ihrem Adel einteilt und die alten Familien in den geraden Jahrgängen anführt, die neuen Familien aber in die ungeraden Jahrgänge verweist, so daß auch derjenige, der in diese Feinheiten nicht eingeweiht ist, durch einen Blick in den „Gotha" den sogenannten Wert des Adels leicht feststellen kann.

Wenn auch die Frage der Anerkennung des jungen Adels durch den alten Adel rechtlich ohne Bedeutung war, so war sie doch vom gesellschaftlichen Standpunkt — und darauf kam es ja dem jungen Adel an — entscheidend. Die Ehe des Grafen X mit dem Fräulein von Mayer war ebenso Mesalliance wie die mit dem einfachen Fräulein Mayer. Diese Scheidung der zwei

Gruppen hatte ihren Grund jedoch nicht allein in der Idee, daß alter Adel den jungen an Wert übertrifft, sondern auch in sozialen Unterschieden.

Der alte Adel besitzt Fideikommisse, sitzt auf seinen Gütern oder steht, wenn überhaupt, in sogenannten standesgemäßen Berufen. Ich kenne keinen Fall, daß ein Mitglied dieser Familien Advokat geworden wäre. Dies hat zur Folge, daß alle Angehörigen dieser Gruppe im allgemeinen ziemlich auf dem gleichen gesellschaftlichen Boden stehen. Dazu kommt, daß infolge der meist standesgemäßen, das heißt innerhalb der Gruppe erfolgten Heiraten zu den gesellschaftlichen auch noch verwandtschaftliche Beziehungen treten. So stellt sich denn diese Gruppe als eine wirkliche Standesgruppe mit weitgehenden gemeinsamen Beziehungen und Interessen dar.

Die große Schar der Mitglieder des jungen Adels verbindet jedoch keinerlei Gemeinsamkeit. Schon die Vermögenslage der einzelnen weist die größten Verschiedenheiten auf. Neben dem reichen adeligen Industriellen steht der mittellose Sohn des geadelten Majors, der sich mit einer untergeordneten Stellung im Staatsdienst begnügen muß. Über die verschiedensten Berufe sind sie zerstreut. Offiziere und Staatsbeamte, Privatbeamte, Advokaten, Ärzte usw. In Österreich ist es keine Seltenheit, in ganz untergeordneten Berufen adelige Namen zu finden.

Diese Verschiedenheit in der gesellschaftlichen, beruflichen und finanziellen Lage bringt es mit sich, daß dem jungen Adel das Zusammengehörigkeitsgefühl des alten Adels fehlt, der, da er viele Einzelkräfte auf gemeinsame Ziele vereinigt, einen Machtfaktor darstellt. Der junge Adel ist daher keine Standesgruppe. Wenn man vom jungen Adel spricht, so ist das eine rein willkürliche Zusammenfassung einer großen Schar von Menschen,

die nichts anderes gemein haben als den Adel, im übrigen aber vollkommen getrennte Wege gehen.

Diese Ausführungen sind nicht zu umgehen, wenn man die Verknüpfung des Adels mit dem Hausmachtgedanken und seinen Einfluß auf die Geschichte des Staates untersuchen will. Nur die erste Gruppe, der alte eingesessene Adel, hat als Stand die Entwicklung des Staates beeinflußt. Es ist daher, wenn im folgenden vom Adel gesprochen wird, nur diese Gruppe gemeint.

Es würde einer besonderen, umfangreichen Untersuchung bedürfen, wenn man den Einfluß des Adels auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Monarchie historisch erforschen wollte. Ich glaube, daß eine Reihe neuer Erkenntnisse zutage käme und überraschende Zusammenhänge aufgedeckt würden. Hier soll lediglich, auf unsere Zwecke beschränkt, in großen Zügen der Zusammenhang zwischen Hausmachtgedanken, Adel und Staat gezeichnet werden.

Der Adel war, nach Überwindung seines Widerstandes gegen die Macht des Landesherrn, eine Stütze des habsburgischen Hausmachtgedankens geworden. Beide Teile — Herrscher und Adel — hatten erkannt, daß ihre Verbindung in gleicher Weise den Interessen beider zugute kam. Den ständisch geschichteten Staat konnte der Herrscher auch ohne bureaukratischen Verwaltungsapparat beherrschen, wenn er die oberste Schichte, den Adel, unter seinen Willen zwang. Der Adel wieder konnte, indem er sich dem Willen des Herrschers beugte und in ihm seinen Herrn anerkannte, seine Herrschaft über breite Schichten des Volkes am sichersten behaupten.

Wenn auch mit dem Wandel der Zeiten die rechtliche Grundlage der Herrschaft des Adels allmählich schwand, das persönlich nahe Verhältnis zum Herrscher blieb erhalten. Dieses Verhältnis, die Nähe zum Throne, gab ihm einen gewaltigen Vor-

sprung gegenüber den übrigen Staatsbürgern. Dazu kam noch, daß bis in die neueste Zeit privilegierte Wahlrechte ihm im Parlament und Landtage eine starke Vertretung sicherten. Wenn auch durch das allgemeine Wahlrecht seine bevorzugte Stellung im Abgeordnetenhause gefallen war, in den Landtagen blieb sie aufrecht, ebenso im Herrenhause des Reichsrates, wo ihm in der erblichen Mitgliedschaft einer Reihe adeliger Häuser eine Vertretung gesichert war, die selbst dem unmittelbaren Einflusse des Herrschers entzogen war.

Es ist eine der absurdesten, nur historisch zu verstehenden Ideen, Menschen ohne Rücksicht auf jede persönliche Eignung, lediglich nur auf Grund des Erbrechtes, zur Mitarbeit an der Gesetzgebung zu berufen. In einigen hundert Jahren werden vielleicht tiefgründige historische Arbeiten notwendig sein, um unseren Nachfahren eine Einrichtung, wie die erbliche Würde eines Mitgliedes des Herrenhauses, nur halbwegs erklärlich zu machen.

Wichtiger aber als alle die letzten Reste staatsrechtlicher Privilegien war die tatsächlich bevorzugte Stellung, die der Adel, als die dem Herrscher nächststehende Gruppe, besaß. Wenn sie einen gesellschaftlichen Ausdruck darin fand, daß der Monarch und die Mitglieder seines Hauses ihren persönlichen Verkehr nahezu ausschließlich in den Kreisen des Adels suchten, wenn die Annäherung an den Monarchen an die „Hoffähigkeit", das ist den Nachweis einer bestimmten Ahnenzahl, gebunden war, so war das keineswegs ein höfischer Firlefanz, über den der Staatsbürger lächelnd hinweggehen konnte. Dieses ganze verwickelte System höfischer Einrichtungen von Hoffähigkeit, Palastdamen, Kämmerern, Goldenem Vlies, Sternkreuzorden usw. war nur die Außenseite eines klug ersonnenen Apparates, sich die Nähe des Monarchen zu sichern. Wie eine Wolke umgaben die Angehörigen dieser Gruppe den Thron und versperrten ihm

den Ausblick. Durch Jahrhunderte standen sie an den maßgebendsten Stellen der Armee und der Verwaltung. Durch verwandtschaftliche und gesellschaftliche Beziehung aufs innigste miteinander verbunden, schlangen sie sich als engmaschiges Netz um Staat und Volk und dienten, indem sie dem habsburgischen Hausmachtgedanken dienten, sich selbst.

Eines hatte der Adel jedoch übersehen: das Schwinden der Bedeutung des Hausmachtgedankens. Das sollte auch der Untergang seiner Macht sein.

Es wäre eine Verkennung geschichtlicher Tatsachen, wenn man die Leistungen des englischen und preußischen Adels für ihre Länder leugnen wollte. Insbesondere Preußen verdankt sein Emporwachsen zum großen Teil seinem Adel. Der preußische Adel, ebenfalls eng verbunden mit seinem Herrscherhause, hat jedoch rechtzeitig angefangen, sich als Glied des Staates anzusehen. Der König war für ihn nur insofern ein Idol, als er die Spitze der Staatspyramide war. Gewiß, auch der preußische Adel wollte die Welt nach seiner Fasson selig machen und seine privilegierte Stellung erhalten, aber nicht lediglich aus Selbstsucht, sondern weil er seine Vorherrschaft für das zweckentsprechende Mittel, den Staat am besten zu verwalten und zu schirmen, hielt. Die Folge dieser Auffassung war, daß die Angehörigen dieser Gruppe auf den Plätzen, auf denen sie standen, auch ihren Mann stellten. Sie wollten den Staat in der Hand behalten und sie wußten, daß dies auf die Dauer nur durch Tüchtigkeit möglich war.

Anders war es in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Zu einer Staatsidee vermochte sich der Adel hier ebensowenig aufzuschwingen wie der Monarch. Der Hausmachtgedanke war im Schwinden. Der nicht-deutsche Adel begriff zuerst, daß er auf einem sinkenden Schiffe saß. Zunächst war es der unga-

rische Adel, der den neuen ungarischen Staatsgedanken — von dem im nächsten Abschnitt gesprochen werden wird —, erfaßt hatte. Er ging, ohne — schlauerweise — die höfischen Beziehungen ganz abzubrechen, in das andere Lager über, dem die Zukunft gehörte, suchte dort — und mit Erfolg — Wurzel zu fassen und sich eine neue Grundlage seiner Macht zu schaffen. Ähnlich verhielt sich der polnische Adel. Der tschechische Adel machte die Schwenkung etwas zaghafter; er büßt dieses Auf-zwei-Stühlen-sitzen-wollen heute in der tschecho-slovakischen Republik durch vollkommenes Beiseite-geschoben-werden.

Dem deutschen und dem sich ihm anschließenden Teile des nicht-deutschen Adels blieb es vorbehalten, am alten Hausmachtgedanken festzuhalten. Er fühlte sich — mit einem gewissen Stolze — als österreichischer Adel, wobei eigentlich niemand recht wußte, was unter diesem „österreichisch" zu verstehen sei, denn das „österreichisch" hier gleichbedeutend war mit „habsburgisch", das heißt mit dem habsburgischen Hausmachtgedanken, kam den wenigsten zum Bewußtsein.

Dieser Zustand brachte es mit sich, daß diese Adelsgruppe keine Fühlung mit dem deutschen Volke in Österreich suchte und auch keine Fühlung fand. Sie verlor dadurch den Boden, ihre Wurzeln sogen ihre Kraft nicht aus der heimischen Erde, sondern rankten sich um den Stamm des Herrscherhauses, aus seinem Safte Nahrung schöpfend. Hierbei gab sich der österreichische Adel einer merkwürdigen Täuschung hin. Die Schlingpflanze, die den Baum, ohne den sie nicht leben konnte, eng umschlang, hielt sich für die Stütze des Baumes. Und was eine noch merkwürdigere Täuschung war: der Baum selbst hielt die Schlingpflanze für seine kräftigste Stütze. Es dürfte für den letzten österreichischen Monarchen eine der herbsten Enttäuschungen gewesen sein, daß gerade in der Schichte des Staatsvolkes, die

seinem Hause am meisten zu verdanken hatte, für ihn sich nicht ein Finger gerührt hat. Jene Herrschaften mögen es sich selbst ausmalen, wie es auf den Zuschauer wirkt, wenn diejenigen, die das „Gut und Blut für unseren Kaiser" stets im Munde geführt und auf diese künftigen Opfer bereits umfangreiche Vorschüsse empfangen hatten, kaum daß der Hahn noch ordentlich gekräht, bereits in den Hintergrund verschwunden waren. Die Frage, wie der österreichische Adel seinem Herrscher die Treue gehalten hat, mögen die beiden Beteiligten untereinander ausmachen. Für uns ist diese Erscheinung nur insofern von Bedeutung, als sie die innere Schwäche dieser bevorrechteten Schichte erkennen läßt.

Es hat den Anschein, daß der österreichische Adel seine Kraft bereits ausgegeben hat. Tatsächlich hat diese Gruppe in den letzten Jahrzehnten keine überragende Persönlichkeit mehr hervorzubringen vermocht. Gestalten, wie sie aus der englischen oder preußischen Aristokratie hervorgegangen sind, denen selbst der politische Gegner die Anerkennung einer hervorragenden Persönlichkeit nicht versagen konnte, hat es seit Jahrzehnten im österreichischen Adel nicht gegeben. Bezeichnend ist, daß nach dem Verschwinden des Kurienparlamentes der österreichische Adel aus dem auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählten Abgeordnetenhaus fast ganz verschwunden war. Unter den gewählten 512 Abgeordneten befanden sich zuletzt bloß ein Fürst und vier Grafen. Von diesen waren — höchst bezeichnend — der Fürst und drei Grafen Polen; lediglich ein Graf war Deutscher.

Der österreichische Adel hatte nicht mehr die Kraft, sich im politischen Kampfe durchzusetzen. Figuren, wie der englische Aristokrat, der im Kraftwagen durch seinen Wahlbezirk rast und in Volksversammlungen um Stimmen wirbt, kennt die österreichische politische Geschichte nicht. Dem österreichischen Adel

war der politische Wind im Lande des allgemeinen Wahlrechtes zu rauh, er war zu empfindlich geworden gegen die neuen Sitten des politischen Kampfes. Dabei hielt er es für Verfeinerung des Empfindens, was in Wirklichkeit innere Schwäche war. Kampf war nicht seine Sache. Wo er den Platz nicht kraft seiner Geburt einnehmen konnte, wich er im Gegensatz zu seinem englischen und preußischen Standesgenossen zurück. Daß man im politischen Kampfe stehen, alle seine Kriegsmittel verwenden und dabei Aristokrat bleiben kann, war ihm ein Geheimnis geblieben, ebenso, daß vornehme Zurückhaltung hier den politischen Untergang bedeutet. So kam es, daß der parlamentarische Einfluß des Adels sich in der letzten Zeit in das windgeschützte Herrenhaus zurückgezogen hatte.

Aus der Armee war der Adel bereits fast ganz verschwunden, wir begegnen ihm hier nur in der Gestalt des Kavallerieoffiziers, der bis zum Rittmeister dient und sich dann auf seine Güter zurückzieht. In den obersten militärischen Chargen gab es, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, seit Jahren keine Aristokraten mehr. Unter den großen Heerführern des Krieges fehlen ihre Namen. Die Umgestaltung der Armee nach dem unglücklichen Jahre 1866 hatte ihnen den Boden entzogen. Die Armee war dem Monarchen zu wichtig, um sie — nach den gemachten Erfahrungen — auf adeligen Familienbeziehungen aufzubauen.

Eine teilweise Entschädigung bot dem Adel noch die Stellung, die er in der Staatsverwaltung hatte. Es gab Zeiten, wo ein Landeschef, der nicht dem Hochadel angehörte, in Österreich unmöglich war. Hier war dem Adel der Weg eröffnet, um auf Grund der Beziehungen zum Hofe und der von ihnen abgeleiteten Familienbeziehungen mühelos die obersten Sprossen der Beamtenleiter zu erklimmen. Durch Hin- und Herversetzen

aus einer Provinz in die andere war die Möglichkeit gegeben, gleichsam im Schatten den jungen Grafen die unteren Sprossen rasch erledigen zu lassen, um ihn dann plötzlich als fertigen Mann auf einen hervorragenden Posten zu stellen. Was in dieser Beziehung im alten Österreich geleistet wurde, geht weit über jenes Maß hinaus, was ein Staat an Protektionswirtschaft ohne Gefährdung seiner Lebenskraft noch vertragen kann.

Aber es gereichte dem Adel nicht zum Segen. Er hatte nicht mehr die Kraft, seine durch die Beziehungen zum Monarchen begünstigte Stellung noch durch fachliche Tüchtigkeit zu befestigen, wie es der preußische Adel getan hat. Diese Erleichterung der Lebensbedingungen förderten ihn nicht, sondern schwächten ihn noch mehr im Kampfe ums Dasein. Er begnügte sich damit, den Vorsprung, den er in der Verwaltung kraft seiner Geburt hatte, auszunützen; aus eigenem tat er nichts dazu. Hierbei übersah er freilich, daß er damit selbst die Grundlage seines Einflusses unterhöhlte. Die Zeiten waren vorüber, wo die Verwaltung eines Staates eine verhältnismäßig einfache Sache war, wo gesunder Menschenverstand, gepaart mit einer gewissen Sicherheit des Auftretens, als Rüstzeug des Verwaltungsbeamten auszureichen vermochte. Die Verwaltung des modernen Staates, der immer tiefer in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eingreift, bedurfte eines immer feineren und komplizierteren Apparates, um das Leben zu meistern. Die Folge davon war eine immer weitergehende Spezialisierung der Arbeit. Dazu kam die Kontrolle der Öffentlichkeit in Parlament und Presse. Der gesunde Menschenverstand stand hilflos da, wenn er nicht durch Fachkenntnisse ergänzt wurde. Es war einer der verhängnisvollsten Fehler in der Beurteilung der Lage, wenn der Adel glaubte, ohne Fachkenntnisse, nur gestützt auf seine bevorrechtete Stellung, die Dinge beherrschen zu können.

Grundbedingung ist, wenn man auf einem Gebiete die Macht in der Hand behalten will, daß man die Werkzeuge der Macht zu handhaben versteht. Es ist eine Täuschung, wenn man glaubt, als Minister Macht haben zu können, ohne von seinem Ressort etwas zu verstehen.

So kam es, daß der Adel sich immer mehr aus jenen Gebieten der Verwaltung zurückzog, wo ausgebreitete Fachkenntnisse die Voraussetzung einer einflußreichen Stellung sind. Es ist kein Zufall, daß unter den Beamten des österreichischen Finanzministeriums sich kein einziger Graf befand, wie es ebenso kein Zufall ist, daß das Ministerium des Äußern dreizehn Grafen und einen Prinzen aufwies. Die Arbeit im Finanzministerium war so angewachsen, daß sie die Zeit jedes einzelnen fast ganz in Anspruch nahm. Für vornehme Vergnügungen in weiterem Umfange blieb kein Raum. Ohne fachliche Kenntnisse waren auch einfache Sachen nicht zu erledigen. Mit dem gesunden Menschenverstand allein war man bald eine komische Figur, die den Apparat nicht zu verstehen, geschweige denn zu beherrschen vermochte. Überdies fehlte es hier so ziemlich an allen äußeren Ehren, auf die der Adel Gewicht zu legen pflegt. Kurz, die Sache war unbequem und unelegant. Anders im äußeren Dienst. Hier konnten gesellschaftliche Talente noch Fachkenntnisse ersetzen. Die Stellung des Diplomaten, insbesondere im Auslande, bot eine Fülle sozialer Vorteile. Hier konnte aus dem Schweben über dem profanum vulgus geradezu ein Beruf gemacht werden. Wohin wir freilich mit dieser diplomatischen Methode gekommen sind, ist eine andere Frage.

Neben der Diplomatie war es noch der politische Verwaltungsdienst, der auf den Hochadel einige Anziehungskraft ausübte. Zur Begründung eines richterlichen Urteiles reicht eine vornehme Geste nicht mehr aus, aber im politischen Verwal-

tungsbezirke ließ sich mit jovialer Bonhommie noch mancher Erfolg erzielen. Da in unserer Verwaltung das Gebiet des freien Ermessens ziemlich groß ist, fand durch Fachkenntnisse nicht getrübter gesunder Menschenverstand noch ein weites Betätigungsfeld. Überdies bot schon dem jungen Manne die Stellung als Bezirkshauptmann und dem reiferen die des Landeschefs Gelegenheit zu repräsentativer Betätigung. Hier konnte man, wenn auch in sehr verkleinertem Maßstabe, doch noch ein wenig Vizekönig spielen. Aber auch in die politische Verwaltung drang der Nichtaristokrat, der den Mangel der Beziehungen durch Fachkenntnisse und Fleiß ersetzen mußte, immer weiter vor, denn mit der Zeit kam selbst der hochadelige Chef darauf, daß es sich mit fachlich gebildeten, wenn auch gesellschaftlich nicht gleichgewerteten Hilfsarbeitern leichter regieren ließ als mit den eigenen Standesgenossen.

In diesem Wettbewerbe erwies sich der Adel immer mehr als der schwächere Teil. Ohne grundsätzliche Änderung in der bevorzugten Stellung des Adels, lediglich infolge der Macht der Tatsachen, ging die Entwicklung der österreichischen Verwaltung immer mehr in der Richtung der Demokratie. Diese Entwicklung spiegelt sich besonders deutlich in den Zentralbehörden. Nach dem niederösterreichischen Amtskalender für das Jahr 1918 befanden sich unter den Konzeptsbeamten im Ministerium des Äußern 13 Grafen und 1 Prinz, im Ministerratspräsidium 3 Grafen, im Ministerium des Innern 9 Grafen und 1 Prinz, im Ministerium für Kultus und Unterricht 4 Grafen, im Eisenbahnministerium 2 Grafen, im Handelsministerium 1 Graf und 1 Prinz, im Arbeitsministerium 1 Graf; das Finanzministerium, Ackerbauministerium und Justizministerium wiesen keinen Grafen mehr auf. In einem ähnlichen Verhältnisse stehen die Zahlen der nichtgräflichen Angehörigen hoch-

adeliger Familien in den Ministerien. Diese Ziffern reden eine deutliche Sprache. Da mir die notwendigen Behelfe gegenwärtig fehlen, kann ich diese Ziffern für die letzten dreißig oder vierzig Jahre nicht angeben. Sie würden den Rückgang des Adels in der Verwaltung zahlenmäßig beweisen.

Der Adel in Österreich hatte den Kampf ums Dasein aufgegeben. Er glaubte, und dies war sein größter Irrtum, daß seine Beziehungen zum Herrscherhause ihm eine genügende Stütze zu geben vermögen. Hierbei bemerkte er nicht, daß mit dem Schwinden des Hausmachtgedankens auch für ihn der Boden zu wanken anfing. Er erfaßte es nicht, daß die Monarchie eines neuen, aus ihrem innersten Wesen abgeleiteten Staatsgedankens bedurfte, wenn sie weiter leben sollte. Er versäumte es, rechtzeitig seine Kraft in die Richtung der einzigen Lebensmöglichkeit zu wenden. Darüber, daß dieses Verhalten die Machtstellung des Adels langsam, aber sicher untergrub, könnte die übrige Menschheit teilnahmslos hinweggehen. Es ist eine Standesangelegenheit, die nur den Stand interessiert. Aber dieses Verhalten blieb indirekt nicht folgenlos für den Staat. Dadurch, daß das Herrscherhaus sich ausschließlich mit Angehörigen des Adels umgab, wurde sein Blick für das getrübt, was sich außerhalb des Hofes abspielte. Der Adel war gleichsam der Filter, den die Luft im Staate durchdringen mußte, wenn sie in die Hofburg gelangen wollte. Der Herrscherfamilie, deren Existenz von der richtigen Erkenntnis der Entwicklung der Dinge abhing, wurde der Weihrauch eines formelhaften öden Scheinpatriotismus gestreut, dessen Wolken sich als undurchsichtige Wand zwischen sie und die Wirklichkeit stellten. So kam es, daß der Adel das stärkste Hemmungsmittel der Erkenntnis der Wahrheit für den Herrscher war — zum eigenen und zum Schaden des Staates.

Es ist nicht abzusehen, welche Wendung die Dinge genommen hätten, wenn aus dem österreichisch-ungarischen Adel kraftvolle, selbstbewußte, unterrichtete Persönlichkeiten mit offenem Blick hervorgegangen wären, die die Nähe des kaiserlichen Ohres dazu benützt hätten, um dem Monarchen die Wahrheit zu sagen. Die österreichischen Völker haben geradezu nach einer großen Persönlichkeit gelechzt. Wie stark die Sehnsucht war, zeigt sich darin, daß, wenn ein Mann im politischen Leben auftauchte, der nur halbwegs das Mittelmaß zu überragen schien, ihm sofort alle Herzen und Hoffnungen zuflogen, freilich um bald darauf sich enttäuscht wieder abzuwenden. Der österreichische Adel hat im letzten Menschenalter keine solche Persönlichkeit hervorgebracht.

Die geschilderte negative Funktion des österreichischen Adels war für die politische Entwicklung der Monarchie von außerordentlicher Bedeutung. Der gegenwärtige demokratische Zug, der das Problem des Adels entweder mit verächtlicher Gleichgültigkeit oder mit Haß abtut, vergißt, daß auch hier Erkenntnis nur aus vorurteilsloser Betrachtung historisch gewordener Dinge hervorgehen kann. Die Zeit war zu kurz, um alle Eierschalen des alten Ständestaates abzustreifen. Der Adel war in der Monarchie — ob man es billigen oder verurteilen will, ist eine andere Frage — ein Faktor in der Gleichung Staat. Die Bedeutung dieses Faktors wird noch dadurch gesteigert, daß die Zeit der politischen Gleichheit zu kurz war, um ein selbstbewußtes aufrechtes Bürgertum in größerem Umfange hervorzubringen. Wenn der Großvater sich in Ehrfurcht ersterbend vor einem Grafen geneigt hat, fehlt dem Enkel meist noch die innere Kraft würdevollen Selbstbewußtseins, das die eigene Person weder für weniger hält, noch aus ihr mehr machen will, als sie ist. Es ist bezeichnend, daß man dem österreichischen Bürger keine

größere Freude bereiten konnte, als ihm ein blitzblankes, gestern erfundenes Wappen, jenes klägliche Ersatzmittel fehlender Geschichte, zu verleihen. Er fühlte nicht einmal die sprachliche Unsinnigkeit, die in einem Herrn von Meier liegt. Er wußte nicht, daß man ein „von" vernünftigerweise nur vor eine Ortsbezeichnung — meinetwegen vor eine erfundene — setzen kann und daß von Weber, von Schneider, von Schuster und von Müller — biedere deutsche Handwerkernamen — schon rein sprachlich lächerlich wirkt. Das achtzehnte Jahrhundert war, wie Wustmann in seinen „Allerhand Sprachdummheiten" hinweist, wenigstens so geschmackvoll, einen Ernst Kregel nicht zum Ernst von Kregel, sondern zum Ernst Kregel von Sternbach zu adeln. Aber dafür fehlte dem Bürger das Gefühl. Sein Auge, das sich an Butzenscheiben und altdeutschen Speisezimmern erfreute, sah solche Stillosigkeiten nicht. Die Zahl der bürgerlichen Familien, die der Adelsverleihung aus dem Wege gingen, nicht aus dem Grunde, weil sie demonstrativ demokratische Gefühle an den Tag legen wollten — es gibt auch ein Protzen nach unten —, sondern weil sie ihre Familientraditionen nicht durch ein kümmerliches Ersatzmittel verunzieren wollten, sind in Österreich dünn gesät. Es fehlte dem Bürgertum noch jene bis in die Tiefe der Seele gedrungene Kultur, deren Ausdruck Stil ist, das heißt, das, was man ist — einerlei was —, ganz sein, in der Vollendung, nicht im Vortäuschen, das Ziel suchen. Man braucht nur die überwiegende Mehrheit der bürgerlichen Behausungen mit den falschen Ledertapeten, wertlosen Vasen und Bildern, durch Ölanstrich Marmor vortäuschenden Säulen zu sehen, um zu wissen, daß ihre Bewohner noch recht weit entfernt sind von dem, was man wahre Kultur nennt.

Ein Bürgertum, das sich gehoben fühlt, wenn der Fiakerkutscher ihm „fahr' m'r, Herr Baron" zuruft, hatte natürlich

nicht die Eignung, die Funktionen des zurückweichenden Adels zu übernehmen. Vielleicht lassen sich manche Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens auf den sozialen Spalt zurückführen, der dadurch entstanden war, daß der Adel politisch abgewirtschaftet hatte, bevor das Bürgertum in die Lücke kulturell hineingewachsen war. Stilvoll war — zugegebene Ausnahmen abgerechnet — im Grunde außer dem Hochadel eigentlich nur der Bauer.

Diese Verfassung des Bürgertums brachte es mit sich, daß ihm alle Eigenschaften fehlten, um die Mauer zu durchbrechen, die der Adel um den Monarchen gebildet hatte. Der Monarch, der sich für den ersten Gentleman im Staate hielt, mußte sich abgestoßen fühlen durch die bedientenhafte Servilität dieser Kreise, die im Kriechen nicht einmal einen gewissen Geschmack zu wahren verstanden. Diese äußeren Hemmungen hinderten den Monarchen, bis zu der Erkenntnis vorzudringen, daß hier vielleicht Dinge zu finden wären, die seine gewohnte Umgebung nicht zu bieten vermochte. Nicht ausschließlich hochmütige Zurückhaltung ist, wenn man nie etwas davon gehört hat, daß Kaiser Franz Josef, wie es Kaiser Wilhelm II. tat, hervorragende Männer der Wissenschaft, der Industrie oder des Handels seinem näheren Verkehre zugezogen hätte, um sich durch diese Männer sein Weltbild ergänzen zu lassen. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß es keine Männer bei uns gegeben hätte, die den erwähnten Ansprüchen genügt hätten. Gewiß, es gab solche, aber die Eichung einer Kaste erfolgt nicht nach den Einzelexemplaren, sondern nach einem großen Durchschnitt. Und der Durchschnitt war nicht darnach. So machte sich das Bürgertum an dem hemmenden Einfluß, den der Adel auf den Monarchen ausübte, mitschuldig, indem es diesen Einfluß verstärkte.

Diese Entwicklung brachte es mit sich, daß sich zwischen Herrscher und Staat eine immer mehr erstarrende, trennende Schichte legte, die, erfüllt von einer untergehenden Weltanschauung, unfähig, sich der neuen Zeit anzupassen, an dem alten habsburgischen Hausmachtgedanken festhaltend, den drohenden Untergang ihrere politischen Macht nicht sah. Auf wie schwachen Füßen ihr Einfluß stand, hat die Revolution bewiesen. Der erste Windstoß des anbrechenden Gewitters blies die Widerstandslosen davon. Wie sehr der Adel den Zusammenhang mit dem Heimatboden verloren hatte, beweisen die auf Grund des freiesten Wahlrechtes durchgeführten Wahlen in die deutsch-österreichische Nationalversammlung, die — im Gegensatze zum deutschen Reiche — nicht einen einzigen Angehörigen dieser Gruppe in die Volksvertretung brachten. Wie lebensschwach der Adel geworden war, zeigt sich schon daran, daß er nicht einmal seiner gesetzlichen Abschaffung ernstlichen Widerstand entgegenzusetzen vermochte. Während in den Parlamenten der deutschen Staaten die Vorlagen über die Abschaffung des Adels keine Majoritäten fanden, verschwand der Adel in Deutsch-Österreich sang- und klanglos. Wer die inneren Zusammenhänge nicht näher kennt, muß von Staunen erfüllt sein, daß eine einst so mächtige Schichte wie eine ausgebrannte Kerze erlosch. Der Kenner aber weiß, daß der Adel leblos niedergesunken war, weil seine einzige Stütze, das Herrscherhaus, gefallen war.

Nebenbei bemerkt: gerade wegen seiner inneren Schwäche halte ich die Abschaffung des Adels in der jungen deutsch-österreichischen Republik für keine politisch kluge Tat. Als Ergebnis der in den bewegten Revolutionstagen herrschenden Stimmung ist sie begreiflich. Aber sie hat bloß negativen Wert. Wahre Politik darf sich nur von kühler Klugheit leiten lassen. Die Macht des Hochadels war durch den Untergang des Herrscher-

hauses gebrochen. Das einzige, was ihm noch als Machtgrundlage geblieben war — die Fideikommisse, diese klug ersonnene Versicherung gegen wirtschaftlichen und damit politischen Untergang — war ihm, merkwürdigerweise, nicht entzogen worden. So traf — da die gesellschaftliche Wertung bestimmter Abstammung durch Gesetze nicht zu beeinflussen ist — die Abschaffung eigentlich nur die ohnehin als Stand und Machtfaktor gar nicht in Betracht kommende Gruppe des jungen Adels. Der Träger eines bekannten hochadeligen Namens bleibt gesellschaftlich erkennbar, auch wenn er die Adelsbezeichnung nicht mehr führen darf; dem Herrn von Meier hat man einen — vielleicht kindischen, aber politisch harmlosen — Spaß verdorben. Diese Tatsache scheint, wenn man die Dinge oberflächlich betrachtet, ziemlich unwichtig, zumal, wenn es sich — was Revolutionen gern tun — um das Durchsetzen von Prinzipien handelt. Aber sie ist durchaus nicht bedeutungslos. Der Herr von Meier, dem man seiner Meinung nach übel mitgespielt hat und der vielleicht begeisterter Republikaner geworden wäre, richtet seinen Ärger nun gegen die republikanische Staatsform und ist in dieser Stimmung Einflüssen von rechts nur zu leicht zugänglich. Jeder Menschenkenner weiß, wie tief Eitelkeitsverletzungen verwunden. Eine junge Republik — besonders als Nachfolgerin einer durch Jahrhunderte im Lande wurzelnden Monarchie — hat keinen Anlaß, Leute planmäßig ins gegnerische Lager zu treiben. Der Effekt der Adelsabschaffung ist heute: dem — übrigens ohnehin seiner Macht zum größten Teil entkleideten — Hochadel hat man nicht ernstlich geschadet, ein großer Teil des in Deutsch-Österreich besonders zahlreichen jungen Adel aber wurde zwecklos der Republik entfremdet. Diesen Gedanken haben andere ältere Republiken wie Frankreich, die Schweiz, die Vereinigten Staaten von Amerika usw. erfaßt, die sich damit begnügt haben,

keine Privilegien des Adels anzuerkennen und ihm den gesetzlichen Schutz zu versagen, im übrigen es aber den Herren Meier und Müller frei stellen, sich nach Herzensluſt „Herr von" und „Baron" zu nennen und Visitkarten und andere Gebrauchsgegenstände mit Kronen und Wappen zu schmücken.

Wenn hier ausführlicher über Herrscherhaus und Adel gesprochen wurde, als es auf den ersten Blick vielleicht unbedingt notwendig erscheint, so geschah es aus folgenden Gründen:

Die Zusammensetzung der Monarchie aus zahlreichen einander befehdenden Nationen verschaffte der Krone eine besondere, ganz anders geartete politische Stellung, als dies sonst in monarchischen Staaten der Fall ist. In den europäischen Monarchien — England vielleicht ausgenommen, wo die Entwicklung bereits abgeschlossen zu sein scheint — ringt die Krone — offen oder im stillen — noch immer mit dem Volke um die Herrschaft; mag auch dieses Ringen die äußeren Formen des Kampfes abgestreift haben, es ist dennoch ein Kampf. Es ist ein ununterbrochenes Drängen zur Herrschaft von der einen und ein Widerstandleisten von der anderen Seite. Je nach der Kraft und der Klugheit der beiden Gegner dringt der eine Teil vor und weicht der andere zurück. Trotz dieser Schwankungen geht dennoch die Bewegung in der Richtung der Demokratie. Diese Erscheinung ist nur historisch zu verstehen. Die Zeit, die seit der Überwindung des Absolutismus abgelaufen ist, ist noch zu kurz, als daß sich der absolute Monarch zum Staatsorgan hätte entwickeln können. Nur England — eben weil es mit der Revolution um ein Jahrhundert vorausgegangen war — hat das Ziel erreicht. Wenn man in der modernen Staatslehre von der Organstellung des Monarchen in den kontinentalen Staaten spricht, so ist das, wenn man dabei das geltende Staatsrecht im Auge hat, vollkommen richtig. Es ist aber ebenso unrichtig, wenn man auf die

Wirklichkeit blickt. Wenn man vom Deutschen Reichsstaatsrecht ausgeht, dann hat der Deutsche Kaiser seine durch die Verfassung streng umrissene Stellung. Da die Verfassung durch den Willen der Beteiligten zustande gekommen zu sein scheint — ich sage absichtlich „scheint" — so sollte man die Kräfte in der Ruhelage vermuten. Und doch ist seit seinem Bestande bis zur Revolution das Deutsche Reich erfüllt vom Ringen des Absolutismus mit der Demokratie.

Dieses Ringen ist in diesen Staaten die Quelle aller politischen Bewegung. Im Kerne hängt Art und Entwicklung der politischen Parteien von der Stellungnahme ab, die sie zu diesem Ringen einnehmen. Mag es auch oft unbewußt geschehen, mögen die Parteiprogramme sich darüber nicht aussprechen oder Parteigrundsätze aufstellen, die von dieser Frage fernab zu liegen scheinen, im Grunde genommen ist die Frage, wie weit sie mit dem Monarchen gehen wollen, die Wurzel ihres Entstehens und Lebens.

In der österreichisch-ungarischen Monarchie ist dies völlig anders. Die Aufdeckung der Zusammenhänge ist dadurch außerordentlich erschwert, daß die politische Gestaltung seit Einführung des Dualismus in der österreichischen und der ungarischen Hälfte eine ganz verschiedene ist, trotzdem aber beide Gestaltungen wieder gestaltend aufeinander wirken. Hier liegt, nebenbei bemerkt, eine der Ursachen, daß die innere Politik der Donaumonarchie für den Fernstehenden fast kaum zu verstehen war. —

Die Entwicklung der Nationen in Österreich und ihr Kampf, der zum größten Teil ein Kampf gegen die Deutschen ist — der Kampf der herangewachsenen Schüler gegen den Lehrer —, haben den Kampf mit dem Absolutismus fast ganz beiseite geschoben. Das Problem war nicht mehr: Überwinden des Ab-

solutismus bis in seine letzten Ausläufer und Herrschaft des Staatsvolkes über den Staat, sondern: Überwinden wirklicher oder vermuteter deutscher Hegemonie und selbständige Herrschaft der Nationen auf ihren Gebieten. Der Monarch hatte daher nicht eine bestimmte Richtung, um die sich — für oder gegen — die Parteien gruppierten, gegen sich, sondern er sah gleichsam vor sich eine Reihe einander bekämpfender Richtungen. Diese Entwicklung gab dem Monarchen fast die Stellung eines Unparteiischen über den streitenden Parteien. Der Kampf der Nationen war so wichtig geworden, daß von ihm der Bestand des Staates abhing und daneben die Machtfrage: Vorherrschaft des Monarchen oder des Staatsvolkes, beinahe verschwand. Dies war auch der Grund, warum die österreichische Sozialdemokratie sich auf die Dauer nicht in einer einheitlichen Partei zusammenhalten ließ, sondern in nationale Gruppen zerfiel.

Wie sehr das sonst in monarchischen Staaten maßgebende Ringen von Herrscher und Volk um die Macht in Österreich an Bedeutung verloren hatte, zeigt sich schon darin, daß die Nationen vor dem Absolutismus gar nicht zurückschreckten, wenn er ihren nationalen Zwecken zu dienen vermochte. Sie riefen ihn für ihre Zwecke gern herbei und hätten gar nichts dagegen gehabt, wenn sie durch ihn ihr nationales Ziel erreicht hätten. So ergab sich gleichsam ein Ringen der Nationen um den Monarchen für ihre Zwecke. Dieser Zustand, der so viele Kräfte des Staates auffog, stärkte einerseits die Stellung des Monarchen, da er es fast nie mit einer starken, gegen ihn gerichteten Kraft zu tun hatte; andererseits schwächte er seine Stellung, da er nie ausgesprochen für eine Nation Partei ergreifen konnte, ohne sich der heftigsten, stärksten Gegenströmung von seiten der anderen Nationen auszusetzen.

Dieses Ringen der Nationen um den Herrscher — denn

die Nationen gaben die Hoffnung nie auf, ihn für ihre Ziele zu gewinnen — gab ihm eine besondere Stellung. Schließlich hing es von der Person des Monarchen ab, welche Wendung die Politik einer Nation nehmen sollte. Deswegen wechselte das politische Urteil über den Herrscher nach Zeit und Nation. Kaiser Franz Josef nahm eine Art neutraler Stellung den Nationen gegenüber ein. Ganz konnte ihn keine für sich reklamieren. Die einen, denen diese Haltung paßte, rühmten diese Neutralität als einen Vorzug. Die andern machten sie für alle Übelstände verantwortlich und forderten energisches politisches Handeln im Sinne einer bestimmten nationalen Richtung, wobei hier die Ansichten wieder darüber auseinandergingen, je nachdem, welche Richtung als die für den Staat erhaltende angesehen wurde. Vielleicht in keinem Staate Europas hing so viel vom Monarchen ab; vielleicht in keinem Staate Europas war er, wenn er nicht als eine alles überragende Persönlichkeit es auf Biegen oder Brechen ankommen lassen wollte, so machtlos.

Anders war es in Ungarn. Seine Völker standen unter straffster magyarischer Vorherrschaft. Auf wie schwachen Beinen sie infolge ihrer unnatürlichen spitzfindigen künstlichen Konstruktion stand, hat die Niederlage der Monarchie im Kriege bewiesen, wo alles das, was Generationen in Ungarn aufgebaut hatten, wie ein Kartenhaus zusammenfiel. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß diese Vorherrschaft bestand. Das Magyarentum aber — und das war der Staat — rang mit dem Monarchen um die Herrschaft. Die ganze ungarische Politik war, abgesehen vom Niederhalten der Nationen, erfüllt von diesem Ringen, das oft die groteskesten Formen annahm. In der Hitze dieses Ringens war das Magyarentum blind für das, was sich in seinem Innern entwickelte. Es besteht kein Zweifel,

daß die magyarische Vorherrschaft von ihrem Schicksal auch erreicht worden wäre, wenn es keinen Weltkrieg gegeben hätte. Die Magyaren aber sahen nicht rechts noch links, sondern konzentrierten ihre Kräfte auf den Kampf mit dem Monarchen.

Bei der — trotz allem — innigen Verbindung der beiden Staaten konnte die Stellung des Monarchen in Ungarn nicht ohne Einfluß auf seine Stellung in Österreich sein und umgekehrt, zumal österreichische Probleme, wie zum Beispiel das südslavische, aus Österreich nach Ungarn hineinreichten. Über die Folgen dieses Übereinandergreifens der Probleme wird noch zu sprechen sein.

Das Ergebnis der politischen Stellung des Herrschers war daher: in Österreich suchte er den Hausmachtgedanken im Kampfe der Nationen zu erhalten; in Ungarn kämpfte er in eigener Person für ihn gegen den durch das Magyarentum repräsentierten Staat.

Dieser Zustand hat zur Folge, daß in der Monarchie in besonders hohem Maße Gegenwart und Zukunft vom Monarchen abhing, oder auf eine kurze Formel gebracht: entscheidend für das Schicksal der Monarchie war der Staatsgedanke der Herrschers. Diese Umstände machen es, wenn die politischen Zusammenhänge aufgedeckt werden sollen, notwendig, sich mit dem Herrscherhaus und insbesondere mit der Person des Herrschers und hier wieder mit dem für die neuere Entwicklung bedeutungsvollsten Herrscher, mit Kaiser Franz Josef, eingehender zu befassen.

Bei einer solchen Stellung des Monarchen, die soviel von der Person abhängen läßt, gewinnt natürlich auch seine Umgebung erhöhte politische Bedeutung. Und diese Umgebung war der Adel.

Vielleicht in keinem modernen europäischen Staate hat der

Adel so stark auf die politische Entwicklung, und zwar aus dem Hintergrunde eingewirkt wie in Österreich. Gerade weil dieser Einfluß aus dem Hintergrunde kam, war es so schwierig, ihm entgegen zu wirken. Wo der Adel als starke politische Partei auftrat, trat seine Einwirkung zutage, bot er Angriffsflächen für den Gegner. Ein politisch schwacher Adel, wie der österreichische, dem die Kraft fehlte, sich in offener Schlacht durchzusetzen, arbeitete im verborgenen. Wenn er außerdem im Herrscherhause offene und heimliche Unterstützung fand, so waren Einwirkungen möglich, die der Öffentlichkeit in dem Augenblicke, wo sie erfolgten, völlig unbekannt blieben, die jedoch nicht minder verderblich für den Staat waren. Wer Gelegenheit gehabt hat, die österreichische Staatsverwaltung in ihrem inneren Getriebe kennen zu lernen, weiß davon zu erzählen. Es mußten daher Zusammenhänge angedeutet werden, deren völlige Klarlegung freilich tieferer Forschung überlassen werden muß, da eine solche den Rahmen dieser Schrift sprengen würde. Die eigenartige Form, in der der Einfluß des Adels in Österreich wirkte, brachte es mit sich, daß er — meines Wissens — bisher keine das Problem erfassende Darstellung gefunden hat. Wenn man in einzelnen zutage tretenden Ausläufern oder rein instinktiv die Folgen dieser Einwirkung in der Öffentlichkeit wahrnahm, so suchte man sie oft mit ebenso großem Aufwande an Leidenschaft als geringen politischen Kenntnissen zu bekämpfen, ohne dadurch, da man bis zu den Quellen nicht vorgedrungen war, den Gegner wirklich fassen zu können. Der eigentliche Ursprung, die Verbindung von Herrscherhaus und Adel im habsburgischen Hausmachtgedanken, von dem sich das weitere ableiten ließ, war meist nur jenen bekannt, die schwiegen; für die, die sprechen konnten und wollten und damit auch für die Öffentlichkeit, blieb er im Dunkel.

Alles das konnte, wie schon hervorgehoben wurde, sich nur entwickeln bei der eigenartigen Stellung des Herrschers in der Monarchie. Sie bot dem Adel die Stütze und überhaupt die Möglichkeit zu seinem bedeutenden Einfluß; freilich war dieses Verhältnis auch der Grund, daß mit dem Sturz des Herrscherhauses auch sein Glanz jäh erlosch.

III. Der österreichische Staatsgedanke.

Der habsburgische Hausmachtgedanke hatte seine Aufgabe erfüllt und damit seine Lebensfähigkeit verloren. Nun stand die Monarchie vor ihrer Schicksalsfrage. Von ihrer richtigen Beantwortung hing alles ab.

Wohl hatten die Habsburger eine Anpassung des Hausmachtgedankens an die geänderte Lage versucht. Sie unternahmen es, die Völker der Monarchie zu einem einheitlichen Staat zu verschmelzen, gleichsam aus den Deutschen, Tschechen, Polen, Ungarn und den anderen ein neues Volk, die „Österreicher" zu kneten. Das war das Programm Josefs II. Ein letztes Aufflackern dieses Versuches brachte die Zeit der Reaktion nach 1848. Vielleicht wäre der Plan gelungen, wenn er einige Jahrhunderte früher in Angriff genommen worden wäre. So aber war die Zeit zu weit fortgeschritten. Die große Wandlung war gekommen. Die Völker waren erwacht. Nicht Untertanen hatte man mehr vor sich, sondern werdende Staatsbürger. Die konnte man nicht mehr zusammenkneten; die mechanische Mischung wollte nicht zur chemischen Verbindung werden. Der Versuch mißlang, mußte mißlingen, denn dieser Weg führte nicht zu einer Lösung, sondern in eine Sackgasse. Es mußte ein neuer Weg gefunden werden.

Hier haben die Habsburger versagt. Sie wußten keinen Ausweg aus der Situation. Die Folge davon war Planlosig-

keit, ein politisches Handeln von heute auf morgen, ein „Fortwursteln", wie man es in Österreich nannte. Die Regierung Franz Josefs I. ist typisch dafür. Sie beschränkt sich in ihrer Hilfslosigkeit darauf, das Vorhandene möglichst lange zu erhalten. Aber ohne große feste Ziele können Staaten nicht gelenkt werden. Schon der Gedanke des bloßen Erhaltens ist verfehlt, denn es gibt keinen Stillstand in der Entwicklung, die eben Bewegung ist. Das Streben nach Erhalten kann höchstens verzögernd auf die Bewegung wirken. Es gibt kein Ausweichen. Man muß sich entscheiden, in welche Richtung man die Bewegung lenken will. Und die Habsburger wußten nicht, nach welcher Richtung die Entwicklung sich bewegen sollte. Daher ihre konservative, reaktionäre Haltung. Sie hatte ihre Ursache nicht im Übelwollen gegen die Völker, nicht in Tyrannenwillkür. Da sie die Entwicklung nicht zu lenken wußten, sahen sie nur, daß das Schiff ins Ungewisse segelte. Davor graute ihnen begreiflicherweise, und sie trachteten dieser Gefahr dadurch zu begegnen, daß sie das Schiff zum Stillstand zu bringen suchten. Von diesem Standpunkte betrachtet, war alles, was vorwärts trieb, gefährlich, feindlich.

Nun stehen wir aber vor der Frage: gab es überhaupt eine Lösung, gab es einen Staatsgedanken für die Monarchie oder war dieses durch den habsburgischen Hausmachtgedanken geschaffene staatliche Gebilde nunmehr, da der Hausmachtgedanke ausgelebt hatte, zum Untergehen bestimmt? War sein Tod in unerbittlichen Tatsachen bedingt, gewissermaßen als natürlicher Tod unvermeidbar, wie eben Menschen, Staaten, Völker sterben, wenn ihre Zeit abgelaufen ist?

Ich glaube, wir können die Frage verneinen. Und nun erhebt sich die weitere Frage, welches Prinzip, welcher Staatsgedanke wäre zur Erhaltung der Monarchie möglich gewesen?

Der Hausmachtgedanke war erledigt. Die Einschmelzung der Nationen zu einer neuen einheitlichen Nation hat sich als undurchführbar erwiesen. Es bleibt somit nur eine Möglichkeit übrig, die Vereinigung der Völker zu einem Staatswesen ohne Vernichtung ihrer Eigenart. War das möglich?

Die Geschichte kennt bisher — wenn wir an wirkliche Staaten, nicht an bloß mechanisch durch Gewalt zusammengehaltene Herrschaften denken — nur national einheitliche Staaten oder solche Staaten, wo die an Zahl und innerer Kraft stärkste Nation die anderen Nationen beherrscht. Ein Zusammenleben freier Nationen in einem Staatswesen, ohne Vorherrschaft der einen oder der anderen, hat es bisher nicht gegeben. Das einzige, wegen seiner besonderen Entwicklung und seiner Kleinheit auf Großstaaten jedoch nicht ohne weiteres anwendbare Beispiel ist die Schweiz. Ebenso sind die Vereinigten Staaten von Amerika, trotzdem ihr Staatsvolk das Mischprodukt zahlloser Nationen darstellt, kein Beispiel, denn hier handelt es sich nicht um das Zusammenleben mehrerer Nationen, sondern um ein Einschmelzen jedes neuen Ankömmlings in einer angelsächsisch gefärbten Legierung. Ob dieser Schmelzprozeß auf die Dauer zu erhalten sein und die Union nicht auch einmal vor das Nationalitätenproblem gestellt sein wird, ist eine andere Frage.

In der österreichisch-ungarischen Monarchie stand das Problem zum erstenmal zur Diskussion.

Gewiß ist zur Staatenbildung ein einheitliches Volk das beste Material, und alle Staaten suchen sich so auszubauen. Aber diese Entwicklung ist von einer Voraussetzung abhängig: daß die Nationen sich territorial wenigstens annähernd scheiden lassen. Von Fernstehenden ist oft der Gedanke ausgesprochen worden: wenn die Monarchie als Staat nicht leben kann, dann sollen eben seine Völker selbständige Staaten bilden, und das

Problem ist gelöst. So kann jedoch nur jemand sprechen, der die Monarchie oder mindestens ihre Sprachenkarte nicht kennt.

Betrachtet man die Sprachenkarte der Monarchie, so sieht man, daß von allen Nationen jede nur zum Teil in geschlossenen Massen wohnt. Zwischen durch, sie durchwachsend, leben Angehörige anderer Nationen. Deutsche wohnen eingesprengt zwischen Tschechen, Polen, Magyaren, Rumänen und Südslaven; zwischen Polen wohnen wieder Ruthenen, Rumänen und Serben und so weiter. Die Sprachenkarte sieht aus, als hätte der Maler nach vollendeter Arbeit einige Farbenpinsel auf ihr ausgespritzt, noch dazu ohne Rücksicht auf geographische Formen, wie Gebirge und Flüsse.

Hier ist eine reinliche geographische Scheidung ein Ding der Unmöglichkeit. Sie ist immer nur mit Gewaltsamkeiten möglich. Entweder muß ein Volk fremde Bestandteile in sich aufnehmen oder eigene opfern. Hier liegt die Ursache des völligen Versagens der Wilsonschen Idee vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Den Gedanken vom Selbstbestimmungsrecht der Völker auf dem Boden der Monarchie in der Form selbständiger neuer Staaten konnte nur ein Mann aussprechen, der die Monarchie nicht kennt und ihre Sprachenkarte nie gesehen hat. An der Wirklichkeit mußte das Ideal scheitern. Ich bin überzeugt, daß Wilson des öfteren den Moment verflucht hat, wo er in naiver Unkenntnis der Tatsachen seine Theorie ausgesprochen hat, denn es ist keine Kleinigkeit für einen Mann in der Stellung Wilsons, seinen eigenen Worten ins Gesicht schlagen zu müssen.

Das Verhalten der Weltrichter in Versailles und St. Germain hat deutlich ihre Rat- und Hilflosigkeit der mitteleuropäischen Sprachenkarte gegenüber ausgedrückt. Kein Prinzip erwies sich als konsequent durchführbar. Ein tschechischer Staat ohne

die böhmischen, mährischen und schlesischen Deutschen ist ein lebensunfähiges Gebilde. Mit den Deutschen — das wird die Zukunft lehren — übrigens auch. Ein Galizien ohne Ostgalizien ist ein Torso. Die Zuweisung Ostgaliziens an die Ukraine opfert die ostgalizischen Polen. Die Angliederung Siebenbürgens an Rumänien preßt die große magyarische Insel, die Szekler Komitate, in einen romanischen Staat. Und so geht es weiter. Am reinlichsten sind verhältnismäßig noch die Deutschen aus der Monarchie auszuscheiden. Aber bei dem Hasse der Entente gegen alles Deutsche war eine Rücksicht auf sie ja von vornherein nicht zu erwarten. Selbst eine vorsätzliche Schädigung deutscher Interessen gab kein durchführbares Prinzip, wie die Zuweisung der westungarischen deutschen Komitate an Deutsch-Österreich beweist, die wir gewiß nicht zarter Rücksichtnahme für uns verdanken. Der Grundsatz, der auf der einen Seite aufgestellt wurde, mußte auf der anderen verleugnet werden. Für den tschechischen Staat wurde den Deutschen gegenüber die historische Grenze, den Magyaren gegenüber die ethnische Grenze als staatenbildendes Prinzip geltend gemacht.

Dazu kommt noch, daß sich die Wohnsitze der Nationen um natürliche Grenzen nicht kümmern. Das nationale Prinzip in Kärnten konsequent durchgeführt, reißt das Land sinnlos auseinander. Im Süden durch die nur in wenigen Pässen übersteigbare Karawankenkette begrenzt, bildet das Land geographisch und wirtschaftlich eine Einheit. Trotzdem wohnen diesseits der Karawanken, von ihren Brüdern in Krain seit jeher getrennt, Slovenen. Hier die Sprachgrenze als Staatsgrenze zu bestimmen, heißt gedankenlos die Wirklichkeit einer Theorie opfern.

Das sind nur wenige Beispiele für die Undurchführbarkeit der reinlichen Scheidung der Nationen. Darum ist auch die

Schaffung der neuen Staaten auf dem Boden der Monarchie keine Lösung des Problems, sondern nur eine neue Form der Verwirrung an Stelle der alten. Am besten werden — trotz ihrer heutigen traurigen Lage — noch die Deutschen abschneiden, denn sie haben wenigstens keine Fremdkörper aufnehmen müssen. Mag man die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem Reiche heute auch gewaltsam hindern, die kulturelle Gemeinschaft und die geographische Nachbarschaft ist nicht aus der Welt zu schaffen. Ihre Wirkung wird dereinst zutage treten. Alle übrigen Bestandteile der Monarchie werden nichts anderes als ein erweiterter Balkan sein, und die Enkel werden die Ahnen verfluchen, die an seiner Schaffung mitgewirkt haben.

Die Monarchie stand vor einer Menschheitsfrage. Hätte sie ihre Aufgabe erfüllt, sie hätte nicht allein ihr eigenes Leben gesichert, sondern auch der europäischen Kulturwelt den Weg gewiesen, der zu ihrer Vereinigung, zum wahren Völkerbund geführt hätte.

Die volle nationale Selbständigkeit verschiedener Völker, die sich infolge ihrer Siedlungsart territorial nicht rein scheiden lassen, kann nur in einem allen gemeinsamen Staatswesen gesichert werden, und zwar durch nationale Autonomie in diesem Staate.

Das Wort „nationale Autonomie" ist mit der Zeit zum politischen Schlagworte geworden, unter dem jeder, was er will, und jeder etwas anderes verstanden hat. Leider ist es zu einer kühlen Überlegung über das Problem in der Monarchie nie gekommen. Und doch hätte ruhige Betrachtung der Dinge fast automatisch zur Lösung geführt.

Es gibt nur ein Mittel, das ist die nationale Vereinigung der Angehörigen der gleichen Nation zur Besorgung ihrer Angelegenheiten ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz. Ansätze dazu

waren in Österreich bereits vorhanden. Ein Beispiel ist die Bukowina.

Die Bukowina weist eine nicht allein kulturell, sondern auch zahlenmäßig ziemlich starke deutsche Bevölkerung auf, die jedoch nirgends in geschlossenen Massen wohnt. Sie hat einen starken Anteil an der Bevölkerung in den Städten. Auf dem Lande lebt sie in zahlreiche Kolonien zerstreut. Hätte die Reichsratswahlordnung das Land einfach in aneinander grenzende Wahlbezirke geteilt, so hätten die Deutschen, da sie in fast allen Wahlbezirken die Minorität gebildet hätten, niemals einen Abgeordneten in den Reichsrat entsenden können. Nun wurden aber durch die Wahlordnung alle über das Land zerstreuten deutschen Siedlungen in der Bukowina zu einem Wahlbezirk vereinigt, der einen Reichsabgeordneten wählte. Damit war ihnen eine Vertretung gesichert.

Noch weiter ging die Landesordnung für Mähren. Sie bestimmte, daß von 46 Abgeordneten der Städte und Industrialorte 20 Abgeordnete auf die Tschechen und 20 auf die Deutschen (die übrigen 6 entfallen auf die beiden Handelskammern Brünn und Olmütz), von 53 Abgeordneten der Landgemeinden 39 auf die Tschechen und 14 auf die Deutschen entfallen. Eine ähnliche Verteilung galt für die sogenannte allgemeine Wählerklasse. Diese Abgeordneten wurden in national getrennten Wahlkörpern, für welche je besondere Wahlbezirke gebildet wurden, gewählt. Die Wahlen, die der Landtag vorzunehmen hatte, wie Wahlen in den Landesausschuß usw., wurden in nationalen Kurien vorgenommen. Die Landtagswahlordnung bestimmte die national getrennten Wahlbezirke. Die Wählerlisten waren nach der Nationalität der Wähler angelegt.

Es würde zu weit führen, hier in alle Einzelheiten näher einzugehen. Schon aus diesen Andeutungen geht hervor, daß das

Prinzip ausgestaltungsfähig ist. Zunächst hätte es bei der Wahl in den Reichsrat Anwendung dort finden müssen, wo eine reine nationale Scheidung der Wahlbezirke nach Nationen nicht mehr möglich war. Nach den gleichen Grundsätzen hätten die Wahlordnungen in den einzelnen Ländern für die Landtage geschaffen werden müssen. Nebenher wären ähnlich konstruierte nationale Zweckverbände zu bilden gewesen. Auch dafür haben wir ein Beispiel in Österreich, nämlich die Scheidung des böhmischen Landeskulturrats in eine deutsche und tschechische Sektion, die die Landeskulturangelegenheiten beider Nationen getrennt behandelten, ohne Rücksicht auf die Siedlungsverhältnisse, eine Einrichtung, die sich sehr gut bewährt hat.

Man wird mir dagegen einwenden, daß sich dieses Prinzip nicht bis in die äußersten Winkel durchführen läßt und schließlich ein Rest von Gewaltsamkeit übrig bleiben muß. Gewiß werden kleine Gruppen übrig bleiben, in denen schließlich das rohe Majoritätsprinzip zwischen den Nationen entscheidet. Aber durch stetige konsequente Weiterführung dieses Grundsatzes läßt sich dieser Rest soweit verkleinern, daß er im Vergleich zum Erfolg des Ganzen an Bedeutung verliert, ähnlich wie der Fehlerrest in einem periodischen Dezimalbruch. Und was die Hauptsache ist, mit jedem Schritt, den dieses Prinzip weitergeführt wird, verschwindet ein Stück nationaler Reibungsfläche und wächst ein Stück Boden für sachliche Arbeit hinzu. Das wirkt auf das Gesamtverhältnis zweier miteinander ringender Nationen nicht allein durch die Verkleinerung des Streitgegenstandes günstig ein, sondern auch durch die dadurch bedingte Verminderung der nationalen Erregbarkeit. Immer mehr verschwinden die großen nationalen Streitfragen, bis schließlich nur unbedeutende übrig bleiben, über die ein Ausgleich natürlich viel leichter erzielbar ist. Jede Nation gewinnt immer stärkere

Sicherungen für ihren Bestand und verliert einen Teil ihrer Angst vor dem nationalen Untergang.

Wenn wir die Sache genauer betrachten, so wurzelte der nationale Kampf in der Monarchie zum großen Teil in der Furcht. Keine Nation in Österreich konnte — trotz aller Kämpfe — sich national sicher fühlen. Dort, wo eine Nation in der Minorität war, zitterte sie um ihr Leben, wo sie in der Majorität war, um die Erhaltung ihrer Stellung. Sicher war keiner vor dem anderen. Diese Furcht vor der Überwältigung ließ das Gemüt niemals zur Ruhe kommen. Selbst dort, wo die Nationen mit ihrer nationalen Stellung zufrieden sein konnten, mußten sie unaufhörlich wachsam sein, daß keine Verschiebung des nationalen Kräfteverhältnisses eintrat. Dieser Zustand führte natürlich auch in Versuchung, auf Schleichwegen Vorteile zu erlangen oder den Gegner zu überrumpeln. Weil jeder dem anderen alles zutraute, waren alle vom tiefsten Mißtrauen erfüllt, das in der harmlosesten Handlung des Gegners einen tückischen Angriff vermutete.

Dem Ausländer war es unbegreiflich, daß in Österreich die erbittertsten Kämpfe wegen einer Straßentafel oder einer Aufschrift auf einem Bahnhofgebäude ausbrechen konnten. Der Ausländer wußte eben nicht, daß es sich eigentlich gar nicht um die Tafel handelte, sondern um die Angst, daß der Erfolg der einen Partei im Straßentafelkampfe nur der erste Vorstoß sein könnte, dem weitere Angriffe folgen. Gewöhnlich war es ja auch so. Eine tschechische Aufschrift in einer rein deutschen Stadt konnte einen Sturm entfesseln, während auf eine englische niemand geachtet hätte. Begreiflicherweise, weil man wußte, daß die eine tschechische Aufschrift weitere und schließlich die Behauptung nach sich ziehen würde, daß die Stadt gemischtsprachig sei und nunmehr auch tschechische Verwaltungsbeamte und Richter

gefordert würden. Bis zu welchen Absurditäten es kam, mag ein kleines Beispiel zeigen.

Ein Varieté in Prag, das auf deutsches und tschechisches Publikum rechnete, druckte seine Programme in beiden Sprachen. Nun waren die nationalen Gegensätze soweit zugespitzt, daß man bei doppelsprachigen Aufschriften darum stritt, welche Sprache an erster Stelle zu stehen habe. Hätte das Programm nun den Text zuerst in deutscher, dann in tschechischer Sprache enthalten, so wären die Tschechen, bei umgekehrter Reihenfolge, die Deutschen über die Zurücksetzung entrüstet gewesen. Die Varietéleitung löste das Problem in genialer Weise. Das Programm war ein aus mehreren Blättern bestehendes Heft. Der Text war nun so gedruckt, daß auf der einen äußeren Seite der deutsche, auf der anderen der tschechische Text, jedoch verkehrt begann. Nahm nun ein Deutscher das Heft in die Hand, so stand auf der ersten und den folgenden Seiten der deutsche Text. Nahm es ein Tscheche in die Hand, so brauchte er das Heft nur umzuwenden und um 180° zu drehen, so begann gleichfalls auf der ersten Seite der tschechische Text. Es hing also nur davon ab, wie man das Heft in die Hand nahm, daß der deutsche oder der tschechische Text an erster Stelle stand.

Die Furcht und ihre Folge, das Mißtrauen, wären durch die schrittweise Sicherung des nationalen Besitzstandes stetig vermindert und damit eine ruhige Atmosphäre geschaffen worden. Wenn nun auch in den letzten unausgeglichenen Resten nationale Kämpfe unvermeidbar gewesen wären, sie hätten niemals allzugroße Bedeutung gewinnen können, weil sie sich nur um untergeordnete Fragen hätten drehen können, die die großen nunmehr gelösten nationalen Fragen nicht berühren. Da die Nationen um ihren nationalen Besitzstand nicht mehr hätten zu zittern brauchen, wäre der Boden zu vernünftiger Verständigung

auch in den letzten kleinen nationalen Gegensätzen gegeben gewesen.

Wenn nun in dieser Weise das Zusammenleben der Nationen geordnet gewesen wäre, dann wären alle zur Erkenntnis gekommen, daß im Zusammenleben der größte Vorteil für jede einzelne Nation liegt. Denn dann hätten die Nationen in diesem Staate nicht nur die größte Sicherung ihres nationalen Lebens gefunden, sondern auch alle Vorteile genossen, die der Großstaat gegenüber dem Kleinstaat besonders bei den großen geographischen Verschiedenheiten der einzelnen Länder der Monarchie, seinen Angehörigen zu bieten vermag. Die Kräfte, die bisher im nationalen Kampfe verbraucht wurden, wären für wirtschaftliche und soziale Arbeit frei geworden. Es ist kein bloßes Spiel der Phantasie, wenn ich sage, daß dieser Gang der Entwicklung zu einem ungeahnten Aufschwung hätte führen können. Wenn das an Naturschätzen viel ärmere deutsche Reich durch Arbeit und Organisation eine solche Höhe des nationalen Wohlstandes hatte erreichen können, daß dem Weltbeherrscher England vor diesem Konkurrenten bange wurde, so kann man sich vorstellen, was in der Monarchie zu erzielen gewesen wäre.

In einem solchen Staate wären die Nationen bald zu der Erkenntnis gekommen, daß jede im Interesse aller und damit auch im eigenen Interesse dem Gesamtstaate gewisse Zugeständnisse machen muß. Von selbst wären bei der Behandlung gemeinsamer Fragen die nationalen Interessen in den Hintergrund getreten. Nun, nachdem keine Nation mehr für ihre Existenz zu fürchten brauchte, hätten sie eingesehen, daß eine — freilich auf die wirklich gemeinsamen Angelegenheiten beschränkte — staatliche Zentralverwaltung in acht Sprachen ebensowenig zu führen ist, wie die Verwaltung einer Bank oder eines Industrieunternehmens. Wahrscheinlich hätten sie jetzt, wo eine

Gefahr der Entnationalisierung nicht mehr zu besorgen war, die deutsche Sprache, als die nächstliegende Sprache, aus technischen Gründen und als reines Verkehrsinstrument für die Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten freiwillig gewählt, denn der Vorteil wäre zu offenbar gewesen. Abgesehen von der Beseitigung der Schwierigkeit einer Verwaltung in acht Sprachen, wäre damit die Möglichkeit gegeben, daß jeder, der seine Nationalsprache und die deutsche Geschäftssprache beherrscht, bereits vollkommen die sprachlichen Mittel besitzt, um an der Zentralverwaltung teilzunehmen.

Aber nicht allein für die innere Entwicklung der Monarchie wäre eine solche Gestaltung von der größten Bedeutung gewesen, sondern auch für ihre äußere Politik.

Dieses Österreich wäre das natürliche Attraktionszentrum für den ganzen Balkan gewesen. Alle Balkanstaaten hätten sich sagen müssen, daß sie nirgends so günstige Aussichten und Lebensbedingungen finden, wie in diesem Österreich. Wir hätten keine serbische, polnische, ruthenische, rumänische Irredenta gehabt, sondern unsere Nachbarn hätten sie gehabt. Diese Anziehungskraft wäre so stark gewesen, daß sie mit der Zeit wahrscheinlich zum friedlichen Anschlusse der Balkanstaaten geführt hätte. Für Europa selbst aber wäre dieser Staat, der ja zu keinen Eroberungsabsichten einen Anlaß gehabt hätte, weil gewaltsame Angliederungen seinem ganzen inneren Wesen widersprochen hätten, ein Hort der Ruhe gewesen. Er hätte die große Aufgabe durchgeführt, die Balkanvölker in einem Staatswesen zu vereinigen und sie kulturell immer weiter vorwärts zu bringen. Damit wäre auch das Balkanproblem gelöst gewesen und der Wetterwinkel verschwunden, dessen Gewitterwolken Europa ständig beunruhigt und schließlich in den furchtbarsten Krieg gestürzt haben.

Ich gehe noch weiter. Dieses Österreich hätte für die Menschheit ein Vorbild sein können. Es wäre die erste Lösung des Problems der Vereinigung von verschiedenen Völkern in einer Organisation gewesen, ein Völkerbund im kleinen. Vielleicht wäre es zum Attraktionszentrum auch für die übrigen europäischen Staaten geworden und hätte zur Verbrüderung wenigstens Europas geführt.

Ich will den Gedanken nicht weiter fortspinnen, denn wir stehen vor den Trümmern der Monarchie und vor versäumten Gelegenheiten.

Wenn ich früher gesagt habe, daß die Habsburger die Schicksalsfrage der Monarchie nicht erfaßt haben, so muß ich jetzt noch hinzufügen, daß die Monarchie auch nicht einen einzigen Staatsmann hervorgebracht hat, der diesen Staatsgedanken zu seinem Programm gemacht hätte. Ich will damit keineswegs sagen, daß die Gedanken, die hier dargestellt wurden, nicht auch in anderen Köpfen aufgetaucht wären. Im Gegenteil. Sie waren verbreiteter, als man glauben sollte. Davon habe ich mich in zahlreichen Gesprächen mit denkenden Männern überzeugt. Aber die, die so dachten, standen fern vom Staatsruder. Vielleicht, daß einige unserer führenden Staatsmänner im stillen Kämmerlein für sich so dachten, hervorgetreten ist kein Regierungsmann je mit solchen Gedanken. Im Erfolg kommt es schließlich auf dasselbe heraus, ob sie nichts wußten, oder, obwohl sie wußten, nicht darnach handelten.

Die Monarchie hat das Unglück gehabt, daß in ihren Regierungen seit Menschengedenken niemals eine große starke Persönlichkeit stand. Wenn es hoch kam, begnügten sie sich mit kleinen Erfolgen. Stets waren es Männer, die zufrieden waren, wenn sie den Tag überlebt hatten. Sie kamen und verschwanden und wurden vergessen. Nichts ist bezeichnender, als daß nicht ein

einziger Name eines Minister im Volke lebt. Man wird mir vielleicht einwenden, daß ein Kabinettschef, der mit dem hier ausgeführten Staatsgedanken als Programm hervorgetreten wäre, nichts erreicht hätte und gefallen wäre. Möglich. Aber das gehört eben zum Geschäft einer politischen Persönlichkeit, für seine Überzeugung auch zu fallen. Man darf nicht vergessen, daß auch ein solcher Sturz eine politische Tat von größter Bedeutung ist. Der erste fällt und schafft damit ein Stück freier Bahn für seinen Nachfolger. Ist ernstlich daran zu glauben, daß, wenn mehrere Ministerpräsidenten nach einander über dieses Programm gefallen wären, der Gedanke aus der Welt geschafft wäre? Im Gegenteil. Er hätte an werbender Kraft gewonnen. Nur hätte er mit der ganzen Kraft tiefster Überzeugung ausgesprochen werden müssen, nicht vorsichtig formuliert, um da und dort nicht anzustoßen, kein „nach Tunlichkeit" „beziehungsweise", sondern Mannesworte. Doch der Mann fehlte, der sich ausgesprochen hätte und die Ereignisse nahmen ihren Lauf.

IV. Der Mangel des Staatsgedankens und die Nationen.

Die Frage ist naheliegend, warum, wenn schon weder der Herrscher noch seine Regierungen einen Staatsgedanken auf ihr Programm gesetzt haben, nicht die Nationen die Führung in die Hand genommen haben.

Es war wie ein Fluch, der auf der Monarchie lastete, daß in den Reihen ihrer führenden Männer sich keine einzige Persönlichkeit größeren Zuschnitts gefunden hat. Hier liegt, wenn man es so nennen will, auch eine Schuld bei den Nationen. Aber diese Schuld mindert sich, wenn man sich daran erinnert, daß die Habsburger seit Jahrhunderten bestrebt waren, jede Geistesregung zu unterdrücken und die Entwicklung charaktervoller Persönlichkeiten mit allen Mitteln zu hemmen. Auch mit dem Eintritt der Monarchie in die Reihe der konstitutionellen Staaten wurde es insofern nicht besser, als sämtliche österreichischen Regierungen — ich spreche jetzt nur von Österreich, weil die Entwicklung nach 1867 in Österreich und Ungarn getrennte Wege ging, über die später gesprochen werden wird — bewußt oder unbewußt alles getan haben, um die Nationen auseinanderzuregieren.

Die Regierungen — politisch produktiver Gedanken bar — begnügten sich stets damit, über die Schwierigkeiten der nächsten Tage hinwegzukommen. Sie dachten nur daran, die wichtigen Gesetzesvorlagen, insbesondere das Budget durchzubringen. Ihr ganzes Streben war, die erforderliche Majorität zu finden.

Das geschah in der Weise, daß man danach strebte, die Stimmen der Parteien — und das waren in Österreich die Nationen — zu gewinnen. Das Mittel aber, um die Stimmen zu gewinnen, waren Zugeständnisse an die Nationen. Je nach der momentanen politischen Lage waren es nationale oder materielle Zugeständnisse. Die nationalen Zugeständnisse bestanden darin, daß man einer Nation Maßnahmen zusagte, die sie stärken und damit die gegnerische schwächen sollten, die materiellen, daß man ihnen Subventionen unter allerhand Titeln, wie Bahn- und Straßenbauten, Notstandsunterstützungen usw. gewährte. So entwickelte sich vor jeder Abstimmung ein reges geschäftliches Treiben, an dem eigentlich alle Parteien, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, teilnahmen. Die natürliche Folge war, daß man dadurch zwar den einen gewann — und auch nicht dauernd —, den anderen aber um so mehr erbitterte. Diese für den einzelnen Fall gewonnenen Majoritäten zerfielen natürlich sofort wieder, und bei der nächsten Gelegenheit mußte man wieder Stimmen kaufen, oft sogar die des früheren Bundesgenossen. So wurde eine Nation gegen die andere ausgespielt und der Gegensatz unter ihnen unaufhörlich verschärft.

Das war die gewöhnliche primitive Methode. Nun kamen hie und da Männer ans Ruder, die begriffen, daß das nicht in die Unendlichkeit weiter gehen könne. Sie versuchten es mit Programmen, von denen sie glaubten, daß an ihrer Verwirklichung alle Nationen großes Interesse haben müßten. So eine Persönlichkeit war Dr. Ernest von Körber. Er trat mit einem großen wirtschaftlichen Programm vor das Haus — insbesondere sein Wasserstraßenprojekt sollte zünden — und hoffte auf dieser Plattform alle Nationen vereinigen zu können. Nebenbei verschmähte er die alte bewährte Methode der Korruption nicht, die er förmlich zu einer Wissenschaft ausbildete.

Es gehörte die ganze Weltfremdheit österreichischer Minister dazu, um zu glauben, wirtschaftliche Probleme, und mögen sie noch so drängend sein, könnten die großen nationalen Probleme, von deren Lösung das Leben der Nationen abhing, dauernd aus der Welt schaffen. Die Erfolge konnten natürlich nur vorübergehend sein, denn kaum war der Rausch verflogen, waren die alten ungelösten Probleme und damit die Kämpfe wieder da. Man vergaß, daß es sich in dem nationalen Streit nicht um vorübergehende Zänkereien, sondern um das Ringen politischer Weltanschauungen handelte. Es war, als wollte man einen katholischen und einen evangelischen Geistlichen für einen Ausgleich ihrer religiösen Weltanschauungen durch eine gemeinsame Einladung zu einem opulenten Diner gewinnen. Es ist bezeichnend für die politische Geistesarmut in Österreich, daß ein Mann wie Körber von manchen Seiten geradezu als eine bedeutende politische Persönlichkeit angesehen werden konnte.

Bis zu welcher Höhe politischer Naivität sich Regierungen versteigen konnten, zeigte das Kabinett Seidler. In einer Zeit, da der Zusammenbruch der Mittelmächte für jeden Einsichtigen bereits außer Zweifel stand, als die nichtdeutschen Nationen emsig an der Arbeit waren, sich ihre eigenen Häuser zu zimmern, glaubte Herr von Seidler durch Entwicklung eines großzügigen Wirtschaftsprogrammes, dessen Durchführbarkeit übrigens schon aus finanziellen Gründen — auch wenn wir aus dem Kriege mit heiler Haut herausgekommen wären — von vornherein ausgeschlossen war, die Nationen für Österreich gewinnen zu können. Noch immer hatte man es nicht erfaßt, um was es eigentlich ging und geglaubt, mit den alten nur etwas besser herausgeputzten Methoden den Staat retten zu können. Herr von Seidler verdient übrigens keinen Vorwurf, denn es war ohnehin zu spät. Die Entente, deren Endsieg für alle außer

unserer Regierung unzweifelhaft war, hatte den nichtdeutschen Nationen bereits solche Zusagen gemacht, daß sie für Österreich verloren waren. Es war daher ganz gleichgültig, welche politische Auffassung der Dinge ein österreichischer Ministerpräsident dem Parlamente in feierlicher Rede auseinanderzusetzen für gut fand. Die tschechischen und südslawischen Führer hörten ihm lächelnd zu. Sie ließen ihn reden, denn sie wußten, daß sie nur zu warten brauchten, um ganz andere Gaben zu empfangen, als ihnen Herr von Seidler versprechen konnte. Nebenbei bemerkt: Herr von Seidler ist ein Beispiel, wie in Österreich Männer zur Regierung kamen. Ein ausgezeichneter Sektionschef des Ackerbauministeriums, ein glänzender Fachmann auf seinem Gebiet, von tadelloser Ehrenhaftigkeit, wird plötzlich, weil er dem Kaiser, als er Thronfolger war, Unterricht erteilt hatte, zur Regierung berufen, ohne politische Erfahrung, ohne Fühlung mit dem politischen Leben, ohne Weltkenntnis, vom Schreibtisch zum Regierungstisch. Das Ergebnis war, daß man dem Staate einen ausgezeichneten Beamten wegnahm, um ihm einen schlechten Ministerpräsidenten zu geben; einen treuen Staatsdiener um den wohlverdienten Lohn der Anerkennung brachte, um ihn dem Spotte der Geschichte zu überlassen. Nur mit innerem Widerstreben übe ich an einer so achtbaren Persönlichkeit, wie Herrn von Seidler, eine so herbe Kritik. Aber ich konnte sie nicht unterdrücken, weil sie bezeichnend ist für Österreich.

Es war an der Tagesordnung, daß Männer plötzlich Minister wurden, bei denen sich selbst Leute, die das Getriebe hinter den Kulissen kannten, fragten: ja warum gerade der? Ich habe Gelegenheit gehabt Zusammenhänge zu sehen, die zu Ministerschaften geführt haben, die so grotesk waren, daß, wenn ich sie alle erzählte, sie mir niemand glauben würde.

So sah ich, um nur ein Beispiel anzuführen, zu, wie ein

junger Beamter einer Zentralstelle einen Herrn buchstäblich zum Minister machte. Der betreffende Herr war zufällig mit dem mit der Kabinettsbildung betrauten Herrn persönlich bekannt und kam mit ihm fast täglich zusammen. Der junge Beamte arbeitete dem Ministerkandidaten ein Exposé über die Führung des in Betracht kommenden Ressorts aus, das jener dem künftigen Ministerpräsidenten übergab. Dem gefiel es so gut, daß er den Herrn in sein Kabinett nahm. Auch in der Folge arbeitete er dem neuen Minister alle irgendwie bedeutenderen Kundgebungen aus, so daß er — übrigens ein Mann von natürlicher Intelligenz und Geschicklichkeit, der das Gebotene gut zu verwerten verstand — in der Öffentlichkeit keine schlechte Figur machte.

Ich bin mir dessen vollkommen bewußt, daß man sich mit der Erzählung derartiger Dinge bedenklich von ernster politischer Untersuchung entfernt und immer mehr dem Pamphlet nähert. Aber die jüngste Geschichte Österreichs setzt sich aus solchen Dingen zusammen. Sie ist ohne ihre Kenntnis überhaupt nicht zu verstehen. Oft habe ich bei wichtigen politischen Ereignissen, deren Entstehung ich mitangesehen hatte, an den Historiker gedacht, der einmal die Geschichte dieser Zeit schreiben wird. Er wird durch geistreiche Untersuchungen aus dem gegebenen Material und der ganzen politischen Lage die Ursachen ableiten und glaubhaft machen, während sie in Wirklichkeit ganz abseits in bloßen Zufälligkeiten, Bekanntschaften, Verwandtschaften, mehr oder minder ehrenwerten Beziehungen lagen. Derartige Zustände machen es unmöglich, über solche Dinge mit keuscher Zurückhaltung hinwegzusehen, denn sie sind der Schlüssel zur Erkenntnis historischer Wahrheit. Und wenn ich auch bestrebt bin, mit möglichster Schonung einzelner Persönlichkeiten vorzugehen — die Zeit ist noch zu kurz, die uns vom Untergang des alten

Österreich trennt und die Mehrzahl der Männer, die an seiner Geschichte mitgewirkt haben, ist noch am Leben —, ganz zu verschweigen sind diese Dinge nicht, wenn man bei der Wahrheit bleiben will.

Nun kann nicht geleugnet werden, daß auch die Regierungen stets auf die verhängnisvollen Folgen des nationalen Streites hingewiesen und es als ihre vornehmste Aufgabe erklärt haben, den Ausgleich der nationalen Gegensätze herbeizuführen. So gut die Absicht gewesen sein mag, der Sache selbst war damit nicht gedient. Es genügt nicht, den Nationen zu sagen: ihr müßt euch in eurem eigensten Interesse vertragen. Jede Programmrede eines neuen Kabinettschefs war erfüllt mit wunderschön gedrechselten Phrasen über die Notwendigkeit nationaler Versöhnung. Aber das war Schall und Rauch, solange keine positiven Vorschläge gemacht wurden, wie diese Versöhnung durchgeführt werden sollte. Das äußerste, wozu sich die Regierungen aufschwangen, war die Einleitung von Ausgleichsverhandlungen zwischen zwei streitenden Nationen, wie zwischen den Deutschen und Tschechen in Böhmen. Aber das war Stückwerk. Darin lag wieder ein vollkommenes Verkennen des Problems. Nicht darum handelte es sich, einen kümmerlich zusammengestoppelten Vergleich zwischen Deutschen und Tschechen herbeizuführen, wie ihn etwa der Richter zwischen zwei langjährigen Streithänsen zustande zu bringen sucht und der selbstverständlich auch im Falle des Gelingens in kurzer Zeit in die Brüche gegangen wäre, sondern um die Konstruktion der Form, in der alle Nationen der Monarchie die Möglichkeit des Zusammenlebens finden könnten. Das Problem war nur in seiner Gesamtheit durch einen völlig neuen Aufbau des ganzen Gebäudes zu lösen. Daher war auch eine Lösung, die nur für die österreichische Hälfte gelten sollte, von vornherein ein vergeblicher

Versuch. Die Erledigung der Südslawenfrage — und ohne sie war das Problem ebenso unlösbar, wie ohne Lösung der böhmischen Frage — mit Ausschaltung Ungarns und der dort lebenden Südslawen war ein Ding der Unmöglichkeit.

Es war ein in Österreich anerkannter Glaubenssatz, daß die österreichische Politik nicht mit einem Haar an die ungarische anstreifen durfte. Die Magyaren, die diese Monroedoktrin natürlich ihrerseits Österreich gegenüber keineswegs anerkannten, wußten, warum sie streng auf ihre Einhaltung hielten. Aber es war ein Widerspruch in sich selbst, von Österreich, das mit Ungarn wie ein siamesischer Zwilling mit dem anderen verwachsen war, zu verlangen, daß ihm die ungarische innere Politik gleichgültig sein müsse und es seine inneren Angelegenheiten nicht ordnen dürfe, wenn dadurch magyarische Interessen berührt werden. Die herrschenden Kreise in Ungarn lebten in einer geradezu traumhaften Verblendung, der freilich ein furchtbares Erwachen gefolgt ist. Wie weit sie ging, zeigt das Verhalten des ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza bei seiner letzten Reise nach Dalmatien.

Wenige Monate vor dem Zusammenbruche der Monarchie fuhr Graf Tisza in einem Tone, der vielleicht der Dienerschaft auf seinem ungarischen Landgute gegenüber möglich war, eine südslawische Abordnung mit herrischen Worten an und schrie ihr ins Gesicht: Wir werden euch zerschmettern. Die Herren kehrten ihm — die einzig mögliche Antwort — wortlos den Rücken. Nicht lange darauf lag Tisza und Ungarn mit ihm zerschmettert auf dem Boden.

Dieses Verhalten des Grafen Tisza — im übrigen ein Mann von nicht gewöhnlicher Intelligenz, die freilich an dem Glauben an die Unerschütterlichkeit der magyarischen Vorherrschaft ihre Grenze fand — ist nicht ein Einzelereignis, sondern der

Ausdruck der in Ungarn herrschend gewesenen Denkungsart. Wohl selten wird man einen Mann finden, der so vollkommen den Extrakt des Magyarentums darstellt, wie Graf Stefan Tisza. Seine Persönlichkeit machte den Eindruck, als hätte die Natur mit Absicht in einen Menschen alle Eigenschaften eines Volkes vereinigt, um ihn gleichsam als ein Paradigma dieses Volkes in die Welt zu stellen. Wenn ich mich mit der Persönlichkeit des Grafen Tisza hier näher befasse, so geschieht es nur aus diesem Grunde.

Graf Tisza war eine Persönlichkeit, deren Eindruck man sich nicht ganz entziehen konnte. Eine große schlanke Erscheinung. In den letzten Jahren gaben die großen runden Brillengläser — er trug Starbrillen — dem faltendurchfurchten Antlitz einen fast unheimlichen Ausdruck. Zähe Energie, persönlicher Mut bis zur Todesverachtung. Sportgeübt. Bis wenige Jahre vor seinem Tode war er einer der besten Herrenreiter. Der Fall, daß ein Ministerpräsident ein Rennen reitet, wie es Graf Tisza getan hat, dürfte nicht allzuhäufig vorgekommen sein. Trotz geschwächtem Augenlichte scheute er sich nicht, dem politischen Gegner, wenn es darauf ankam, mit dem Säbel in der Hand entgegenzutreten. Bekannt ist die rücksichtslose Energie, mit der er als Präsident des Abgeordnetenhauses die Obstruktion niederzwang. Auch der auf ihn gezielte Schuß eines Abgeordneten bringt ihn nicht einen Augenblick aus dem Gleichgewicht. Sein tragischer Tod ist gleichsam der stilgerechte Abschluß seines Lebens. Mit dem Revolver in der Hand tritt er den aufrührerischen Soldaten, die sein Leben bedrohen, auf der Treppe seiner Villa entgegen und fällt wie ein Held. In politischer Beziehung gibt es für ihn nur einen unerschütterlichen Glauben, das ist der Glaube an die Notwendigkeit der Vorherrschaft des Magyarentums in Ungarn, und zwar der magyarischen Herrenkaste, der er

angehört. Er ist darum ein Gegner einer wirklichen Erweiterung des Wahlrechtes. Die ganze Romantik Arpáds und seiner Scharen lebt in ihm, freilich gedämpft durch Weltkenntnis, kühle Sachlichkeit und Vertrautheit mit der ganzen — in Ungarn ganz besonders ausgebildeten — Technik des politischen Verhandelns. Unsere Unterhändler bei den Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn wissen ein Lied davon zu singen.

Und doch, so anziehend manches an der Erscheinung des Grafen Tisza gewesen sein mag, sie mutet den modernen Menschen an wie eine Romanfigur aus verklungenen Tagen. Wir sind kritischer geworden. Rennreiten ist eine Privatangelegenheit, wie Tennisspielen oder Briefmarkensammeln, und hat mit der Eignung für Politik nichts zu tun. Der Säbel kann wohl niederschlagen, aber — ohne Glauben an Gottesurteile — nichts beweisen. Der Glaube, daß es Herrenkasten gibt, denen eine göttliche Weltordnung das Mandat übertragen hat, andere zu beherrschen, findet nicht mehr viele Anhänger. Das alles sind Dinge, geeignet vielleicht, leicht entzündbare Frauenherzen zur Bewunderung hinzureißen, den Beobachter, der gewohnt ist, die Welt mit den Augen der modernen Wissenschaft zu betrachten, lassen sie kalt. Wir, die wir die großartige Entwicklung der Naturwissenschaften, die Riesenfortschritte der Technik miterlebt haben, suchen die Poesie und Romantik im menschlichen Dasein ganz wo anders. Wir können eine ins 20. Jahrhundert versetzte mittelalterliche Ritterlichkeit nur historisch verstehen, aber nicht mehr mitempfinden. Ein kleines Erlebnis ward mir zum Symbol, wie die im Grafen Tisza personifizierte magyarische Herrenschichte in der heutigen Welt wirkt.

An einem trüben Herbstmorgen bog ich in Wien um eine Straßenecke. Folgendes Bild bot sich mir dar. Auf dem nassen Asphalt der Straße waren die Pferde eines Wagens ausgeglitten

und gestürzt. Vergebens bemühte sich der Kutscher, sie wieder auf die Beine zu bringen. Da stieg aus dem Wagen ein Mann in ungarischer Magnatentracht — damals tagten die Delegationen in Wien — und trat neben den Wagen, unschlüssig, ob er die Bemühungen des Kutschers abwarten oder sich um ein anderes Beförderungsmittel umsehen solle. Die prunkhafte Tracht war auf die Farbe dunkelviolett gestimmt. Alles war violett, selbst die Röhrenstiefel waren aus violettem Glanzleder. An den Absätzen prangten goldene mit Türkisen besetzte Sporen. An der Seite hing ein edelsteinbesetzter Krummsäbel — für den heutigen Kampf wohl das unpraktischste Instrument — an kostbarem Gehänge. Vom Kalpak stieß ein hoher violetter Reiherbusch in den grauen Himmel. Rings um den violetten Mann tuteten die Automobile, klingelte die Elektrische, eilte das Großstadtleben vorbei. Er nahm sich aus, wie ein von einem Stern auf die Straße heruntergefallener Märchenprinz. Auf seinen Zügen malte sich Verlegenheit, gemischt mit Hilflosigkeit, denn die violetten Stiefel mit den goldenen Sporen, vielleicht geeignet, um an der Spitze eines Banderiums im Krönungszug zu reiten, waren nicht die richtige Fußbekleidung, um im Straßenschmutz zu wandeln. Er mochte gefühlt haben, wie stillos seine Anwesenheit wirkte, zumal die Leute anfingen stehen zu bleiben, um den seltenen Vogel näher zu betrachten. Er zog sich resigniert wieder in den Wagen zurück. —

Dieses Nichterfassen des Problems seitens der österreichischen Regierung, die Starrheit der herrschenden magyarischen Kaste in Ungarn, die mit Methoden der Zeitgenossen Arpáds einen Staat im 20. Jahrhundert erhalten zu können glaubten, waren die größten Hindernisse einer aus dem Schoße der Nationen emportauchenden Lösungsmöglichkeit. Diese Dinge muß man sich vor Augen halten, wenn man die Nationen politischer

Unfruchtbarkeit zeiht. Das Ergebnis dieser Verhältnisse war, daß weder der Monarch und seine Regierungen, noch die Völker der beiden Staaten einen Staatsgedanken herauszubilden vermochten, der als Plattform für alle Nationen der Monarchie hätte dienen können. Um zu verstehen, daß es so kommen mußte, müssen wir die politische Geschichte der Monarchie im letzten halben Jahrhundert in großen Zügen überblicken.

Bis zum Jahre 1867 spielt sich die politische Geschichte der Monarchie gleichsam auf demselben Boden ab. Der mißlungene Krieg des Jahres 1866 und als seine Folge der Zusammenbruch des Absolutismus führte zur Trennung der Monarchie in zwei innerlich selbständige, nach außen verbundene Staaten, „die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder" — höchst bezeichnend hat die österreichische Hälfte verfassungsrechtlich nicht einmal einen Namen — und Ungarn, zu jener verschrobenen Form des Zusammenlebens, die man den Dualismus nannte.

Was ist nun der Dualismus, seiner äußeren Form entkleidet, dem Wesen nach?

Es ist nicht zu leugnen, daß die Habsburger sich Ungarn gegenüber mit schwerer Schuld beladen haben. Es war die alte Methode. Man wollte auch die Magyaren ihrer Eigenart entkleiden und in die Monarchie einfügen. Man vergaß die Geschichte, wie Ungarn als selbständiges Land in die Verbindung mit den habsburgischen Ländern eingetreten war; man vergaß aber auch Versprechen und Eide und war nicht wählerisch in den Mitteln. Diplomatische Winkelzüge und — wenn der Moment günstig schien — nackte Gewalt. Als alle die kleinen und großen Mittel gescheitert waren und die Monarchie vor dem Zerfalle stand, da betrat man — es war die letzte Möglichkeit — den Weg des Verhandelns. Ungarn sollte seine innere Selbständig-

keit im Rahmen der Monarchie haben. Und nun begann das Ringen um die neue Form.

Jetzt rächten sich alle früheren Hinterhältigkeiten gegenüber Ungarn auf das bitterste. Der Gang der Verhandlungen war vom tiefsten Mißtrauen Ungarns erfüllt. Ungarn wußte, gewitzigt durch seine Erfahrungen, genau, mit was für einem Partner es zu tun hatte. Dieser Partner hieß Österreich, war aber eigentlich der Herrscher, denn die österreichischen Völker hatten in den Pakt nicht viel hinein zu reden. Ungarn wußte, daß alle Anerkenntnis seiner Selbständigkeit nur solange einen Wert haben würde, als es die Kraft hat, sie festzuhalten. Es wußte, daß die Zugeständnisse nicht auf einen inneren Wandel des Herrschers, sondern auf den äußeren Zwang der Ereignisse zurückzuführen waren. Ungarn wußte auch ebenso genau, daß im geeigneten Augenblick alle Abmachungen, mögen sie welchen Namen — Verfassung, Ausgleich, Pakt — immer haben, vor den Habsburgern nur ein Fetzen Papier sind, den man zerreißt und in alle Winde streut, wenn man glaubt, es wagen zu können. Der Gedanke, Ungarn doch noch einmal „unterzukriegen", ist bis in die neueste Zeit nicht verschwunden. Bekannt ist die Auffassung des Thronfolgers Franz Ferdinand, die in seinem Ausspruch, Ungarn müsse wieder einmal erobert werden, ihren Ausdruck fand. Daß das nur mit dem Brechen von Verfassungseiden möglich gewesen wäre, wäre — übrigens nicht das erstemal — kein Hindernis gewesen.

Nur wenn man dieses Mißtrauen kennt, versteht man das Wesen des Dualismus. Alle Verschrobenheiten dieses Paktes sind darauf zurückzuführen. Unmögliche Dinge sollten vereinigt werden: Volle Selbständigkeit und dabei doch eine Verbindung mit Österreich, denn so einsichtig waren die ungarischen Schöpfer des Dualismus, daß sie die Nachteile einer völligen

Trennung erkannten. Mit Zähigkeit wurde an dem Vertragscharakter der Verbindung festgehalten, denn damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß es der freie Wille Ungarns als Nation war, der es in Verbindung mit Österreich gebracht, nicht etwa der rechtsbildende Entschluß beiden Ländern gemeinsamer verfassungsrechtlicher Faktoren. Man gestand der Gemeinsamkeit einen Teil der Armee, die Vertretung nach außen und für gewisse Angelegenheiten eine nach gleichen Grundsätzen, aber selbständig zu treffende Regelung zu, aber man umgab das Ganze mit einem Netze von Spitzfindigkeiten, die jede Verschiebung des Sachverhaltes zu ungunsten Ungarns verhindern sollten. Hierbei kam man zu Begriffen, bei denen sich der Fernstehende beim Kopfe faßt und sich frägt, ob hier noch überhaupt menschliche Logik Anwendung finden kann. Ein Beispiel möge dies veranschaulichen.

Trotz einer Reihe wichtiger Gemeinsamkeiten, die gemeinsame Organe notwendig machten, verneinte Ungarn stets mit größter Heftigkeit das Bestehen eines über beiden Staaten stehenden Oberstaates, wie etwa im deutschen Reiche das Reich über den Bundesstaaten. Begreiflicherweise, denn Ungarn fürchtete, daß, wenn es einmal einen Oberstaat anerkannt hätte, dieser Oberstaat in aller Stille allmählich wachsen und eines Tages die Unterstaaten verschlingen und damit Ungarn zu einer Provinz herabdrücken könnte. Natürlich führte diese Auffassung zu unsinnigen Folgerungen hinsichtlich der gemeinsamen Organe, So waren die Beamten des äußeren Dienstes zwar gemeinsame Beamte, aber weder Beamte Österreichs noch Ungarns, noch eines über beiden stehenden Österreich-Ungarn. Die Folge davon war eine völlige Unklarheit ihrer Rechtsstellung. Wenn es sich um Regelung beamtenrechtlicher Fragen handelte, so geschah dies durch Verordnungen des Ministers des Äußern und Entschließun-

gen des Monarchen, die von Ungarn stillschweigend hingenommen wurden. Ein Wust ungeklärter und unklärbarer Fragen entstand, die lähmend auf die gemeinsame Verwaltung wirkten. Sie alle zu erörtern, wäre ein Buch für sich. Nur kurz sei erwähnt, daß es, da es kein Rechtssubjekt „Österreich-Ungarn", auch kein Eigentum der Monarchie gab. Im Leben der Verwaltung konnten diese Grundsätze natürlich nicht festgehalten werden und man war gezwungen, zu Fiktionen und verstiegenen Auslegungen zu greifen, denn das Leben kümmerte sich um die magyarischen Staatsrechtstheorien nicht.

So kam es, daß die Monarchie bis in die jüngste Zeit nicht einmal ein Wappen hatte. In der gemeinsamen Armee wurde der alte österreichische Adler geführt, was begreiflicherweise jahrelange Kämpfe mit Ungarn zur Folge hatte. Wenn auch der ungarische Standpunkt, österreichische Embleme für gemeinsame Einrichtungen abzulehnen, berechtigt war, so machte die ungarische Auffassung, daß es keinen Oberstaat gebe, es lange Jahre hindurch unmöglich, ein für beide Staaten gemeinsames Symbol zu finden. Erst in der harten Not des Krieges — im Jahre 1916 — gelang es durch Jahrzehnte geschulter Spitzfindigkeit ein gemeinsames Wappen zu erfinden, das nach langen Verhandlungen die Zustimmung Ungarns fand. Es ist nicht zu leugnen, daß — wenn man sich einmal bereits auf diesen Boden begeben hatte — die Lösung sehr geschickt war. Und da diese Lösung bezeichnend ist für das Zusammenleben der beiden Staaten, will ich es näher beschreiben.

Zwei gleich große Wappen — das österreichische und das ungarische — stehen getrennt nebeneinander. Zwischen beiden schwebt, mit dem Schild die Ränder der Schilder der beiden Staatswappen leicht überdeckend, ein kleines Wappen, das Wappen des Herrscherhauses. Damit sollte zum Ausdruck gebracht

werden, daß die beiden Staaten vollkommen getrennte selbständige Individualitäten sind, und lediglich das Herrscherhaus das Bindeglied zwischen ihnen ist, was übrigens der staatsrechtlichen Wahrheit nicht vollkommen entspricht, da die Verbindung ja keine reine Personalunion ist. Wenn nun auch der obere Schildrand des kleinen Wappens die Schildränder der Staatswappen überragt, so liegt doch infolge der Kleinheit des Wappens die Krone auf dem Herrscherwappen tiefer, als die Kronen auf den Staatswappen. Damit soll in ausgeklügelter Weise der Glaube verhindert werden, daß etwa das Herrscherhaus über den beiden Staaten stehe und ihm gleichsam die Rolle des grundsätzlich geleugneten Oberstaates zugewiesen wäre. Ein Zugeständnis an die Gemeinsamkeit ist das unter den Wappen laufende Band mit dem an die pragmatische Sanktion anknüpfenden Spruch „Indivisibiliter ac inseparabiliter", ein Spruch, der freilich seine Bedeutung rascher verloren hat, als die geistreichen Erfinder des Wappens geahnt haben mögen.

Was alles in der Monarchie zum Problem werden konnte, zeigte das von Kaiser Franz Josef gestiftete Kriegskreuz für Zivilverdienste. Es sollte als Auszeichnung für Verdienste dienen, die im Kriege sich zivile Personen erworben haben, und in beiden Staaten verliehen werden. Über ein Jahr — mitten im Kampfe ums Leben der Monarchie — wurde zwischen beiden Staaten über die Farbe des Bandes verhandelt, an dem das Kreuz zu tragen wäre. Beiden gemeinsame Wappenfarben gab es nicht. Ein Band, zusammengesetzt aus den Farben beider Staaten — schwarz-gelb-rot-weiß-grün — war denn doch, selbst für österreichisch-ungarische Begriffe, zu bunt. Gegen die Verwendung der habsburgischen Hausfarben — der naheliegendste Ausweg — war Ungarn. Es bestand die Gefahr, daß das Kreuz überhaupt nicht zur Verleihung kommt und erweckte Hoff-

nungen ein frühes Grab finden. Da rettete ein findiger Kopf die Situation, indem er — das Ei des Kolumbus — den Gedanken aussprach: ja muß denn das Kreuz überhaupt ein Band haben? Und so wurde das Kreuz zum Steckkreuz, das ohne Band wie ein Stern an der linken Brustseite getragen wird. Die Lösung war um so erfreulicher, als sie nicht allein alle staatsrechtlichen Schwierigkeiten mit einem Schlage erledigte, sondern auch die Freude der Kreuzbesitzer wesentlich erhöhte, da das Kreuz nunmehr viel prunkvoller aussah, als zu erwarten war. Es erfüllte mich mit stiller Heiterkeit, wenn nachträglich, als sich der Kreuzregen in mächtigen Strömen über die Erblande ergoß, von Uneingeweihten die verschiedensten Deutungsversuche — Gleichstellung mit der ersten Klasse des deutschen eisernen Kreuzes, außerordentlich hohe Wertung des Kriegskreuzes seitens des Monarchen usw. —, über die Frage entwickelt wurden, warum das Kriegskreuz nicht an einem Bande, sondern als Steckkreuz zu tragen sei.

Diese wenigen Beispiele zeigen, zu welchen unleidlichen Verhältnissen das Zusammenleben der beiden Staaten führte. Sie waren auch unvermeidlich, denn der Dualismus wollte Unmögliches. Beide Staaten sollten nach der ungarischen Auffassung vollkommen bis in die kleinsten Einzelheiten hinein selbständig und unabhängig sein. Jede Gemeinsamkeit sollte ausschließlich Vertragscharakter haben, sollte freie, vollkommen privatrechtlich gedachte Vereinbarung sein, wie denn die ungarische Denkweise überhaupt keine organische Staatsauffassung kennt. Für sie war der König nicht Staatsorgan, sondern Vertragsteil. Es war ein ständiges Verhandeln zwischen Nation und König, dessen Ergebnis, wenn eine Einigung zustande kam, immer — selbst nach der offiziellen Ausdrucksweise — ein „Pakt" war. Diese Auffassung kam in der ganzen ungarischen Gesetzessprache mit

ihrer üblichen Vermengung von Motiven, historischen Betrachtungen und Normen im Gesetzeswortlaute zum Ausdrucke. Zu einer modernen Staatsauffassung hat sich Ungarn niemals durchgerungen. Es war immer die in einer Herrenschichte verkörperte Nation, die mit ihrem König nach mittelalterlichen Methoden um die Macht rang.

Auf dieser Grundlage war natürlich ein ruhiges Zusammenleben der beiden Staaten nicht möglich. Bei der auch von ungarischer Seite — manchmal stillschweigend — anerkannten Notwendigkeit einer Verbindung mit Österreich, die über den Umfang völkerrechtlicher Vereinbarungen hinausgeht, war eine vernünftige Form, die beiden Forderungen gerecht wird, nämlich vollste Selbständigkeit beider Teile bei gleichzeitiger Verbindung zu gemeinsamen Interessen, eben nicht zu finden. Die nächstliegende Frage ist freilich, warum beide Staaten sich nicht in einem gemeinsamen Oberstaate zusammenfanden, in dem ihre Sonderpersönlichkeiten die beste Sicherheit gefunden hätten. Durch freie Vereinbarung hätte die Form und der Wirkungskreis des Oberstaates geregelt werden können. Die auf die notwendigen Gemeinsamkeiten beschränkte Souveränitätsminderung, die jeder Staat dadurch erlitten hätte, hätte keinen getroffen, weil sie in gleicher Weise beide getroffen und sich dadurch wettgemacht hätte. Rechtliche Formen hätten sich leicht finden lassen, zumal die österreichischen Völker niemals das Bestreben gezeigt hatten, die ungarische Selbständigkeit anzutasten. Man war bei uns froh, wenn man sich der ungarischen Übergriffe erwehren konnte. Auf Eroberungen war man nicht erpicht. Bei einer klaren Abgrenzung der Machtbereiche der beiden Staaten untereinander und dem Oberstaate gegenüber wäre der größte Teil der Reibungsfläche verschwunden und ein gedeihliches Zusammenleben zum Vorteile beider, sich in dieser

Beziehung sehr günstig ergänzenden Staaten möglich gewesen. Verständige Ungarn, die über den nächsten Tag hinausdachten, sahen das auch ein. Solchen Gedanken aber stand als unüberwindliches Hindernis das Mißtrauen gegenüber.

Wenn ich früher gesagt habe, das Wesen des Ausgleiches sei nur zu verstehen, wenn man dieses Mißtrauen Ungarns kennt, so ist das nicht eine bloße Randbemerkung, sondern die Hervorhebung des alles entscheidenden Umstandes. Daß die österreichischen Völker nicht die Absicht hatten, Ungarn, wie Erzherzog Franz Ferdinand sich ausdrückte, wieder einmal zu erobern, wußten die Ungarn. Das Mißtrauen richtete sich auch gar nicht gegen Österreich, sondern gegen den Monarchen, und zwar gegen Franz Josef. Und dieses Mißtrauen war, das muß jeder vorurteilsfreie Kenner der Geschichte zugeben, berechtigt. Dazu kam noch, daß in Österreich — trotz allen inneren Kämpfen — die Macht des Monarchen über die Wege der Politik ungleich größer war, als in Ungarn. Ungarn wußte, daß der Monarch in einer Angriffspolitik gegen Ungarn in Österreich nicht allein stehen würde, da er über genügende Mittel verfügte, Österreich auch gegen die wirkliche öffentliche Meinung in diese Politik mit hinein zu ziehen. Die jüngsten Veröffentlichungen des österreichischen Rotbuches über den Kriegsausbruch zeigen deutlich, wie wenig die österreichischen Völker mitzureden hatten, wenn es darauf ankam, ohne sie Entscheidungen zu treffen.

Dieses Mißtrauen war von einer Stärke und Verbreitung im ungarischen Volke, von dem sich der Fernstehende kaum eine Vorstellung machen kann. Es erfüllte alles, was ungarisch dachte, Männer, ebenso wie Frauen und Kinder. Man wird kaum ein Land finden, wo die Kenntnis der entscheidenden staatsrechtlichen Fragen in allen Schichten so verbreitet war, wie in

Ungarn. Ein kleines Beispiel, an sich nichts Besonderes, aber in seiner Art höchst bezeichnend, mag das zeigen.

Eine ungarische Dame, einer Familie entstammend, die durch zwei Menschenalter bereits enge Beziehungen mit meiner Familie verbanden, sandte nach einem Besuche in Wien aus ihrer Heimat an meinen ältesten Jungen — damals ein Knabe von 4 Jahren — eine Ansichtspostkarte, auf der die königliche Burg in Budapest dargestellt war. Auf der Karte schrieb sie: „Dies ist das Schloß, in dem Dein Kaiser wohnt, wenn er nach Ungarn kommt, um als König zu regieren."

Das Nächstliegende wäre gewesen — noch dazu bei einer Karte an ein Kind — „Das ist das Schloß, wo der Kaiser wohnt, wenn er nach Ungarn kommt."

Aber nein. Es handelte sich um eine staatsrechtliche Frage. Franz Josef ist Kaiser nur vom Standpunkte meines Jungen. Von ihrem Standpunkte gibt es keinen Kaiser, sondern nur einen König. Das Wort Kaiser kann daher nicht verwendet werden. Ihn nur König zu nennen, wäre eine Nichtanerkennung des berechtigten österreichischen Standpunktes und eine Verletzung der staatsrechtlichen Gefühle meines Jungen gewesen, die, besonders bei den nahen Beziehungen, vermieden werden sollten. Und so kam — sichtlich nach reiflicher Überlegung — ein Satz zustande, der dem staatsrechtlichen Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn voll Rechnung trug.

Aus diesem Mißtrauen ist der Dualismus geboren. Es genügte aber nicht, daß alle Punkte des Vertrages von ihm erfüllt waren. Um seinen Bestand zu sichern, mußte man weiter auf der Hut bleiben, mußte ängstlich wachen, daß nicht ein Stäubchen verschoben werde, das die Lage auch nur im geringsten ändern könnte, denn man kannte den anderen Vertragsteil und wußte, daß er, unbewacht, bestrebt sein werde, Steinchen für

Steinchen von dem kaum errichteten Bau sorgsam abzutragen. Die Folge davon war, daß das Mißtrauen, das bei der Schaffung des Dualismus Pate gestanden, dauernd das Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn vergiftete. Alle Verhandlungen, die zwischen den beiden Staaten geführt wurden, und mag es sich um die gleichgültigsten Fragen gehandelt haben, wurden zu staatsrechtlichen Problemen, denn überall witterte Ungarn einen Vorstoß gegen seine Selbständigkeit. Bei den immer wiederkehrenden Ausgleichsverhandlungen standen sich die Parteien wie Roßtäuscher gegenüber. In jedem Vorschlage, in jedem Worte wurde eine Falle vermutet. Nahm ein Teil einen Vorschlag rascher an, als erwartet wurde, so erfüllte das den anderen Teil geradezu mit Schrecken, denn er hielt sich für überlistet und er spähte ängstlich nach allen Seiten aus, wo denn der Hereinfall sein könnte. War man endlich einig, so wiederholte sich das Spiel bei der Formulierung der Vereinbarung. Jedes Wort wurde hin- und hergewendet, denn jeder war darauf gefaßt, daß der andere bestrebt sein werde, noch im letzten Augenblicke durch geschickte Wortfassung den Vertragsgegner zu übervorteilen.

Die weitere Folge war, daß Ungarn, von tiefstem Mißtrauen erfüllt, mit seinen Methoden nicht bei der bloßen Wahrung seiner Rechte halt machte. Es ist psychologisch erklärlich, daß man sich dieser Waffen — einmal an ihren Gebrauch gewohnt — nun nicht mehr bloß zur Abwehr, sondern auch zum Angriff bediente, denn Ungarn war bald zur Erkenntnis gekommen, daß die beste Verteidigung der Angriff ist. Je mehr sich Ungarn in seiner Selbständigkeit gesichert fühlte, desto mehr ging es darauf aus, sich über das Maß seiner Sicherheit Österreich gegenüber Vorteile zu verschaffen. Schließlich kam es auf den Standpunkt, in jeder politischen Schwächung Österreichs eine Stärkung seiner eigenen Stellung zu erblicken. Da-

bei kam Ungarn die jahrzehntelange Schulung in den Methoden spitzfindiger, schlauer Verhandlungen zustatten, die es geradezu zu einer Meisterschaft entwickelte, und denen die österreichischen Unterhändler nicht gewachsen waren.

Es würde zu weit führen, hier alle Spitzfindigkeiten zu schildern, mit denen Ungarn seine wirklichen und vermeintlichen Ansprüche durchzusetzen bestrebt war. Es entwickelte sich hierbei eine besondere magyarische Logik, an der jede vernünftige Einwendung scheiterte. Als Beispiel dieser Denkungsweise will will ich nur einen Schriftsteller, nämlich Marczali anführen.

Wenn ich diesen Autor anführe, so geschieht es aus dem Grunde, weil es sich bei ihm nicht um irgendeinen Schreiber handelt, der in irgendeinem Schriftwerk seine verstiegenen Ansichten kundgibt, sondern um einen ungarischen Hochschullehrer, dessen Werk als Band XV der bekannten, von den deutschen Gelehrten Huber, Jellinek, Laband und Piloty herausgegebenen Sammlung „Das öffentliche Recht der Gegenwart" unter dem Titel „Ungarisches Verfassungsrecht" (Tübingen 1911) erschienen ist und damit den Anspruch erhebt, eine wissenschaftliche Darstellung des ungarischen Staatsrechtes zu sein.

Marczali spricht davon, daß das ungarische Staatsrecht rechtlich nicht bloß die tatsächlich unter der Herrschaft der ungarischen Krone stehenden Gebiete umfaßt, sondern auch alle jene Gebiete, auf die die Krone Ansprüche besitzt. Der König sei durch seinen Eid verpflichtet, „die zurückerworbenen oder mit Gottes Hilfe zu erobernden Teile des Reiches diesem einzuverleiben". Aus dem Umstande, daß im Titel des ungarischen Königs auch die Königreiche Bosnien, Serbien, Bulgarien, Kumanien (das heutige Rumänien) und Galizien und Lodomerien vorkommen, leitet er das Recht Ungarns auf diese Länder ab. Da die Wirklichkeit aber sich um magyarische Staatsrechts-Theorien nicht

gekümmert hat und ungarische Ansprüche auf die selbständigen Staaten Serbien, Bulgarien und Rumänien kaum mehr als einen Heiterkeitserfolg erzielt hätten, sieht sich Marczali veranlaßt, die ungarischen Ansprüche auf diese Staaten aufzugeben. Hingegen gibt er den Anspruch auf das damalige österreichische Kronland Galizien und Lodomerien nicht auf und fordert diese Gebiete für Ungarn. Hierbei kommt er freilich mit der Geschichte und mit dem mit Österreich geschlossenen Ausgleich in Konflikt, der dieses Land als österreichisches Gebiet anerkennt. Hier gibt es scheinbar keinen Ausweg. Aber die magyarische Logik findet ihn, indem Professor Marczali auf Seite 29 seines Werkes wörtlich sagt:

„Dagegen hat Ungarn nie auf Galizien und Lodomerien rechtlich verzichtet, trotzdem es 1867 diese Königreiche als österreichische Kronländer anerkannte."

Also: Ungarn „anerkannte" (sollte richtig deutsch lauten „anerkannt hat") 1867 zwar Galizien und Lodomerien als österreichische Länder, trotzdem hat es aber nie auf diese Länder „rechtlich verzichtet".

Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder ist der ganze Satz ein Unsinn, oder er soll ausdrücken, daß die ungarische Anerkennung von maßgebender ungarischer Seite als rechtlich wertlos bezeichnet wird. Beide Lösungsmöglichkeiten sind nicht gerade schmeichelhaft für die ungarische Auffassung.

Dem fernstehenden Leser wird natürlich die Verschiedenheit in der Auffassung der Ansprüche auf Serbien, Bulgarien und Rumänien einerseits und auf Galizien und Lodomerien andererseits auffallen und er wird fragen: warum werden nicht alle diese Länder von der gleichen mütterlichen magyarischen Logik umfaßt.

Der Grund ist folgender: Die ungarische Anerkennung Serbiens, Bulgariens und Rumäniens als selbständige Staaten

zu verneinen und Ansprüche auf sie zu erheben, kann schließlich, wenn man den Verstand nicht ganz verliert, doch nicht laut ausgesprochen werden. Anders ist es jedoch bei Galizien und Lodomerien. Ungarn hat diese Gebiete zwar nie ernstlich gefordert. Es wäre auch äußerst unangenehm berührt gewesen, wenn Österreich sie ihm geschenkt hätte, denn damit wäre eine für die Magyaren verhängnisvolle Stärkung des Slaventums in Ungarn eingetreten. Die gleichen Gründe hielten Ungarn ab, ihre Ansprüche auf Dalmatien und Bosnien-Herzegowina mit Nachdruck zu verfolgen. Aber es handelte sich gar nicht darum, Galizien und Lodomerien wirklich zu bekommen. Der Anspruch auf diese Gebiete wurde nicht aufgegeben, weil er trotz seiner mangelhaften Begründung immerhin einen Anspruch gegen Österreich darstellte, den man sich einmal abkaufen lassen konnte. Man konnte nie wissen, wie sich die politischen Verhältnisse gestalten. Der Anspruch war ein Vergleichsgegenstand, mit dem man gegebenenfalls, in einem Streite mit Österreich, zahlen konnte.

Dieses Beispiel ist nur eines von vielen für die magyarische Art, planmäßig für die fernste Zukunft und ihre Möglichkeiten vorzubauen, einerlei, ob man damit bei Wahrheit und Logik blieb. Das Hauptziel war der magyarische Vorteil, dem sich alles, selbst die Gesetze des Denkens, unterzuordnen hatten.

Dieser Zustand gestaltete alle Verhandlungen mit Ungarn zu qualvollen, zeitraubenden Unternehmungen, die riesige Kräfte höchst unwirtschaftlich aufsaugten und die beiden Staaten niemals zur Ruhe kommen ließen. Vollauf damit beschäftigt, wie es Österreich übervorteilen kann, hatte Ungarn keinen Blick mehr für die drohenden Wolken, die sich am politischen Horizonte zusammenballten. Es ging verständnislos an seinen inneren Fragen vorbei, von deren Lösung sein Leben abhing. Der Krieg hat sie durch eine Katastrophe gelöst. Aber die Lösung wäre Un-

garn, auch wenn es nicht zum Kriege gekommen wäre, nicht erspart geblieben. Wie wenig Verständnis dafür in Ungarn bestand, beweist folgendes.

Ein verehrter älterer Freund vereinigte öfters in seinem Junggesellenheim eine Reihe von Herren in zwanglosen Abenden. Bei einem solchen Abende war mein Nachbar bei Tische einer der bekanntesten ungarischen Geschichtsschreiber. Ich hatte ihn bisher persönlich nicht gekannt und bei der Vorstellung den Namen überhört. Er sprach ohne jeden mundartlichen Anklang deutsch, so daß ich niemals auf den Gedanken gekommen wäre, einen Ungarn vor mir zu haben. Im Verlaufe des Mahles entspann sich ein politisches Gespräch zwischen uns, in dem ich unverhohlen meine Meinung über die verfehlte, ja selbstmörderische Politik Ungarns äußerte. Er verteidigte die ungarische Politik auf das überzeugteste. Nur durch die magyarische Vorherrschaft sei Ungarn stark geworden, nur so sei es zu erhalten. Diese Herrschaft zu erhalten, hätten die Magyaren nicht nur das Recht, sondern auch die Kraft. Ich sah, daß hier eine Verständigungsmöglichkeit fehlte und schloß meine Äußerungen mit der Bemerkung, daß die magyarische Vorherrschaft auf die Dauer nicht zu erhalten sei und Ungarn über kurz oder lang vor den gleichen inneren politischen Fragen stehen werde, wie wir. Es werde diese Fragen entweder im Geiste der Vernunft und der Gerechtigkeit lösen oder an ihnen zugrunde gehen. Mein Nachbar erwiderte ziemlich erregt noch einiges. Die Tafel wurde aufgehoben. Als ich den Namen meines Tischnachbars erfuhr, ging ich auf ihn zu und bat ihn wegen der Offenheit, mit der ich meine Ansichten geäußert hatte, mit der Bemerkung um Entschuldigung, daß ich, wenn ich gewußt hätte, einen Ungarn vor mir zu haben, dieses Gespräch überhaupt nicht oder wenigstens nicht so unverblümt geführt hätte. Er hatte sich inzwischen

beruhigt und versicherte mir, daß es für ihn, obwohl er meine Auffassung der Dinge nicht teile, sehr fesselnd sei, auch gegenteilige Meinungen zu hören. Sie seien bezeichnend für die irrige Art, wie in Österreich über Ungarn gedacht werde usw.

Wenn nun ein Mann, zu dessen Beruf es gehört, die politischen Zusammenhänge zu erkennen, so denkt, so kann man sich eine Vorstellung davon machen, wie es in den Köpfen der anderen aussah.

Mit der Schaffung des Dualismus war die innere politische Teilung der Monarchie in zwei Staaten gegeben. Sie war von bedeutungsvollen Folgen für das begleitet, was ich den Staatsgedanken genannt habe. Ungarn entwickelte nunmehr auch von amtswegen seinen eigenen Staatsgedanken.

Bei dem Zusammenhange, den die beiden Staaten trotz der Trennung noch hatten, wäre natürlich eine völlig getrennte Entwicklung des Staatsgedankens in Österreich und in Ungarn sinnlos gewesen. Mochte man auch noch so sehr das Recht jedes der beiden Staaten anerkennen, sich seine eigene Vorstellung von der für ihn geeignetsten Lebensform zu machen, zusammenhanglos konnten diese beiden Vorstellungen nicht sein. An dieser Erkenntnis sind auch die Schöpfer des Dualismus nicht vorbeigegangen und sie haben gewissermaßen gemeinsame Richtlinien für die nunmehr getrennte Entwicklung des Staatsgedankens in Österreich und in Ungarn entworfen, die, ihrer Meinung nach, die Selbständigkeit der Teile und gleichzeitig den Bestand der gemeinsamen Monarchie sichern sollten. Diese Richtlinien waren gleichsam der politische Inhalt des Dualismus.

Hier sind wir an einem Scheidewege angelangt, der entscheidend war für das Schicksal der Monarchie. Daß die Monarchie den von den Schöpfern des Dualismus gewählten Weg gegangen ist, sollte ihr Verhängnis werden.

Der Kern des politischen Inhaltes des Dualismus läßt sich schematisch in die Worte zusammenfassen: In Österreich Vorherrschaft der Deutschen, in Ungarn Vorherrschaft der Magyaren. Im Innern vollste Selbständigkeit. Regelung der gemeinsamen Fragen durch Vereinbarung zwischen den beiden führenden Nationen. So glaubte man sowohl die innere Selbständigkeit der beiden Staaten als auch die Monarchie am besten gesichert und war befriedigt über die nach langen bittern Kämpfen gefundene Lösung. Man stellte sich die weitere Entwicklung der Monarchie nun so vor, daß die beiden Staaten, nunmehr von dem aufreibenden inneren Kampfe befreit, unter der Führung der Deutschen und Magyaren der Ausgestaltung ihrer wirtschaftlichen Kräfte leben und infolge der inneren Erstarkung sich jenen Platz in Mitteleuropa wieder erobern werden, der ihnen nach Größe und geschichtlicher Überlieferung zukommt. Durch die sich schließlich zu einem Bündnisse verdichtende Annäherung an Deutschland sollte der Halt im europäischen Großmächtesystem verstärkt und die Monarchie mit ihrem nun nach Südosten gewendeten Antlitz zu einer maßgebenden Macht in der Politik des europäischen Ostens werden. Diese Lösung schien auch am besten den Vorteilen des Herrscherhauses zu entsprechen. Wenn auch ihr Herz nicht ganz bei der Sache war — die Ausschaltung aus der deutschen Politik wurde den Hohenzollern niemals verziehen — hier schien doch die Möglichkeit gegeben, den Glanz des Hauses wenigstens einigermaßen zu erhalten und, wenn auch in verkleinertem Maßstabe, Herrscher einer Großmacht zu bleiben. Man hatte jedoch die Rechnung ohne den Wirt — die Nationen — gemacht und den ganzen Plan auf Voraussetzungen aufgebaut, die auf die Dauer nicht haltbar waren.

Mit Rücksicht auf diese Gestaltung der inneren Politik der

Monarchie ergibt sich nunmehr die Notwendigkeit, den weiteren Verlauf der Dinge in den beiden Staaten gesondert zu betrachten. Beide Teile hatten nun ihre gesonderten Staatszwecke und damit ihre gesonderte innere Politik. Freilich beeinflußten sich beide getrennten Entwicklungen gegenseitig — gerade das Übersehen dieser wechselseitigen Beeinflussung hat traurige Folgen gehabt —; es müssen daher stets auch die Fäden im Auge behalten werden, die sich hin und her spinnen. Trotzdem aber oder gerade weil in beiden Staaten das Bestreben bestand, diese Scheidung selbst über das in der Logik der Tatsachen begründete Maß zu erhalten, rechtfertigt sich dieser Vorgang. Aus Zweckmäßigkeitsgründen und weil sich die Entwicklung in Ungarn verhältnismäßig geradliniger und darum auch deutlicher abspielte, beginne ich mit Ungarn.

Die Magyaren — ich sage absichtlich Magyaren und nicht Ungarn — hatten ihr Ziel erreicht. Sie waren in dem Kampfe um ihre Selbständigkeit mit dem Herrscherhause Sieger geblieben. Nunmehr handelte es sich darum, ihr Haus, in dem sie jetzt nach Belieben schalten und walten konnten, ihren Zwecken entsprechend einzurichten. Zunächst war ihr Bestreben darauf gerichtet, den über das Herrscherhaus errungenen Sieg auszugestalten und zu sichern. Die Arbeit nahm einen großen Teil ihrer Kräfte in Anspruch. Gleichzeitig aber mußte, um diese Arbeit überhaupt möglich und erfolgversprechend zu machen, die magyarische Vorherrschaft gefestigt und gesichert werden. Das war nur in der Weise möglich, daß die nichtmagyarischen Nationen Ungarns in einem Zustande erhalten wurden, der einen erfolgreichen Widerstand gegen die magyarische Politik unmöglich machte. Das war der neue ungarische Staatsgedanke.

Wenn man davon absieht, daß dieser Staatsgedanke keine Aussicht auf dauernde Verwirklichung hatte, so muß doch zu-

gegeben werden, daß die Magyaren in seiner Verfolgung mit unerschütterlicher Folgerichtigkeit vorgingen.

Zunächst mußte das Wahlrecht in die Volksvertretung so gestaltet werden, daß eine magyarische Mehrheit unter allen Umständen gesichert blieb. Die Minderheit des magyarischen Volkes, das nach seiner eigenen sehr zweifelhaften Statistik und trotz zahlreichen Überläufern aus den Lagern der anderen Nationen — die natürlich bei einer Wendung des Geschickes sofort wieder abgefallen wären — in Ungarn bloß 48,1 % der Gesamtbevölkerung betrug, durfte keinen politischen Ausdruck finden. Natürlich genügte zur Verwirklichung dieser Absichten die Wahlordnung allein nicht. Es mußten noch Wahlverfahren hinzutreten, die weitere Berichtigungen an dem sonst zu erwartenden Wahlergebnissen vornahmen. Es entstand jenes Vorgehen bei der Durchführung von Wahlen, das mit allen Mitteln arbeitete und in seiner Art eine gewisse traurige Berühmtheit erlangt hat. Man urteilt ganz falsch, wenn man den Widerstand der herrschenden magyarischen Kreise gegen eine gerechte Wahlreform verurteilt. Nicht dieser Widerstand ist zu verurteilen, sondern der ungarische Staatsgedanke, denn, wenn man ihn gelten läßt, dann muß man auch die Mittel zu seiner Verfolgung gelten lassen. Ohne Sicherung eines entsprechenden Wahlergebnisses war der ungarische Staatsgedanke nicht haltbar.

Ein weiteres Mittel war die Festlegung der magyarischen Sprache als Staatssprache. Damit war jeder ungarische Staatsbürger, einerlei, welcher Nation er angehörte, gezwungen, wenn er über den allerbescheidensten Rahmen einfachster Lebenshaltung hinauskommen wollte, die magyarische oder, wie sie in richtiger Folgerung des herrschenden Grundsatzes genannt wurde, die ungarische Sprache vollkommen zu beherrschen.

Die selbstverständliche Folge der verfassungsmäßigen Fest-

legung der ungarischen Sprache als Staatssprache war die Magyarisierung der Schule. Nur durch sie konnte diese verfassungsmäßige Bestimmung auch wirkliches Leben werden. Die Planmäßigkeit in der Verfolgung dieser Politik drückt sich am deutlichsten in der Tatsache aus, daß der ungarische Staat im Jahre 1913 — dem letzten Staasthaushaltjahre vor dem Kriege — für Volksschulwesen den Betrag von 67.609 Millionen Kronen, der österreichische aber in der gleichen Periode 9.331 Millionen Kronen verausgabt hatte[1]). Österreich hatte das Volksschulwesen fast vollständig den Gemeinden und Ländern überlassen, so daß der hierfür tatsächlich erforderliche Aufwand nicht im Staatsvoranschlage, sondern in den Voranschlägen der Länder und Gemeinden erschien. In Ungarn hingegen waren die Volksschulen staatliche Schulen. Ihr Aufwand belastete daher den Staatsvoranschlag. Die Folge dieser Verschiedenheit des Vorgehens war, daß in Österreich die Volksschule den Nationen überlassen und damit die volle nationale Entwicklung erst ermöglicht wurde, während in Ungarn die Volksschule vollständig in der Hand des magyarischen Staates blieb, der in ihr über ein ausgezeichnetes Mittel zur Magyarisierung der nichtmagyarischen ungarischen Jugend besaß. Berücksichtigt man die kleinere Bevölkerungszahl Ungarns und seine geringere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, so gewinnt der Unterschied zwischen den beiden Ausgaben, der rein zahlenmäßig sich wie 1 zu 7 verhält, eine noch weitergehende Bedeutung. Es ist nicht zu leugnen, daß Ungarn in seiner Sprachenpolitik außerordentliches geleistet hat. Bis ins 19. Jahrhundert hinein war die Sprache des Reichstags und der Behörden die lateinische. Die ungarische Sprache führte ein untergeordnetes Dasein. Sie mußte zu

1) Vergl. Patzauer, Österreichs und Ungarns Staatswirtschaften, Wien 1916, S. 62.

neuem Leben erweckt werden, um wirklich Staatssprache zu werden.

Abgesehen von diesen wichtigsten Mitteln, arbeitete der ungarische Staat mit einer Reihe anderer Mittel an der Magyarisierung des Landes, die zu schildern hier der Raum fehlt. Teils waren es gesetzliche Mittel, wie die berühmten grausamen Strafbestimmungen über die Aufreizung gegen die ungarische, das heißt magyarische Nation, über deren Bedeutung Männer fast aller Stände im Kerker nachzudenken Gelegenheit hatten, teils waren es die kleinen, kaum wahrzunehmenden Mittelchen der täglichen Verwaltung, die planmäßig alles Magyarische förderten und alles Nichtmagyarische unterdrückten. Hierzu kommt noch, daß — westeuropäischer Kultur und Sitte doch etwas entrückt — die Behörden vor Mitteln nicht zurückschreckten, die anderwärts sich niemand anzuwenden getraut hätte. Eine günstigere Behandlung genoß nur das Königreich Kroatien. Seine verhältnismäßige Stärke und seine geschichtliche Vergangenheit, die ihm eine selbständige Stellung im Verbande „der Länder der ungarischen heiligen Krone" sicherten, machten eine Vergewaltigung unmöglich. Wo es aber anging, suchten die Magyaren ihr Möglichstes zu tun; die Geschichte Kroatiens ist erfüllt von Kämpfen mit den Magyaren. Mit welchen Mitteln auch hier gearbeitet wurde, zeigt das bekannte — in Österreich bezeichnenderweise beschlagnahmte — Buch von Seton-Watson [1]).

Natürlich fügten sich die ungarischen Nationen der magyarischen Vorherrschaft nicht wortlos. Sie suchten sich der Um-

1) R. W. Seton-Watson, Die südslavische Frage im Habsburger Reiche. Berlin 1913. Übrigens das erste Buch, das sich mit diesem Problem befaßt. Zur Korrektur der in manchen Punkten etwas einseitigen Darstellung empfiehlt sich das Werk „Die südslavische Frage und der Weltkrieg" von L. v. Südland (Deckname). Wien 1918. Es ist als Gegenschrift gegen Seton-Watson gedacht und darum auch einseitig. Die Lektüre beider Werke ermöglicht es aber, die wahre Mitte zu finden.

klammerung zu erwehren, jedoch vergeblich. Das Magyarentum war so stark, sein Gefüge so kräftig, daß sie gegen den Unterdrücker nicht aufkommen konnten. Hierbei kam dem Magyarentum der Vorteil zugute, daß es mit seiner Vorherrschaft zu einer Zeit einsetzte, als die übrigen Nationen noch auf einer niedrigeren Kulturstufe standen, und auf diese Weise in der Lage war, durch planmäßige Hemmung ihres Kulturfortschrittes die Unterworfenen nicht zu Kräften kommen zu lassen. So waren die Nationen der magyarischen Vorherrschaft ausgeliefert. Das Herrscherhaus, das als Helfer der Nationen hätte auftreten können, hatte sich den Magyaren vollkommen verschrieben. Wohl hatten mit der Einführung des Dualismus die Kämpfe zwischen Ungarn und ihm keineswegs aufgehört. Sie hatten oft die schärfsten Formen angenommen. Aber es waren Kämpfe zwischen dem Herrscherhaus und den die magyarische Vorherrschaft führenden Schichten um die Herrschaft im Lande oder richtiger, um das fortwährende Machterweiterungsstreben dieser Schichte. Von ihnen blieben die nationalen Fragen Ungarns unberührt, denn das Herrscherhaus glaubte sich durch die Anerkennung der magyarischen Vorherrschaft am besten gesichert. Die Nationen überließ es ruhig den Magyaren. Hierbei vergaß es freilich, daß es dadurch nicht nur auf das stärkste Mittel gegen das in seinen Machtkreis immer weiter vordringende Ungarn verzichtete, sondern sich auch die Möglichkeit benahm, den einzigen Weg, der zur Schaffung eines lebensfähigen großen Donaustaates führte, zu beschreiten. Durch diese vollkommene Verkennung der Lage hat das Herrscherhaus nicht nur das Wohl der die Monarchie bewohnenden Völker, sondern auch seinen eigenen Vorteil zu wahren versäumt. Erzherzog Franz Ferdinand soll die Frage erfaßt haben und für eine bundesstaatliche Umgestaltung der Monarchie gewesen, aber am Widerstande des Kaisers

Franz Josef gescheitert sein. Seine Charaktereigenschaften ließen jedoch nicht erwarten, daß ihm, wenn er zur Macht gelangt wäre, ein Erfolg beschieden gewesen wäre. Wir werden in der Folge sehen, daß in Ungarn das Haupthindernis gegen die Lösung der Frage gelegen war und daß die Überwindung dieses Hindernisses, wenn auch außerordentlich schwierig, so doch nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit gelegen war.

Wenn ich von dem Mangel eines Staatsgedankens in der Monarchie gesprochen habe, so gilt dies bezüglich Ungarns nicht in dem Sinne, als hätte Ungarn überhaupt keinen Staatsgedanken gehabt. Ungarn hatte seit der Einführung des Dualismus einen Staatsgedanken, den es überdies mit der größten Energie und Zähigkeit verfolgte, aber es war ein ungarischer Staatsgedanke, kein Staatsgedanke, der sich auf die Gesamtmonarchie bezogen hätte. Der ungarische Staatsgedanke erfüllte die Gemüter so vollkommen, daß für den Gedanken, wie denn die Lebensform der beiden Staaten am zweckmäßigsten zu gestalten wäre, kaum mehr Raum blieb. Ganz sind auch die Magyaren nicht an dem Problem vorübergegangen. Aber der ungarische Statsgedanke hinderte sie nicht nur infolge seiner das ganze Denken erfüllenden Stärke, ich könnte sagen, technisch, sich mit einem Gesamtstaatsgedanken zu befassen, sondern die Voraussetzungen des ungarischen Staatsgedankens waren solche, daß sich auf ihnen ein lebensfähiger Gesamtstaatsgedanke nicht aufbauen ließ. Wenn man die Monarchie auf dualistischer Grundlage aufrecht erhalten wollte — ein meiner Ansicht nach auf die Dauer vergebliches Beginnen —, so wäre dies nur auf diese Weise möglich gewesen, daß jeder der beiden Staaten einen eigenen Staatsgedanken verfolgt, diese Staatsgedanken aber so gestaltet sind, daß sie als zwei kleinere Kreise in dem großen Kreise des Gesamtstaatsgedankens Platz finden. Der ungarische

Staatsgedanke aber, der sich auf der magyarischen Vorherrschaft und dem absichtlichen Nichtsehen der Zahl der in Ungarn wohnenden Nichtmagyaren und ihrer Entwicklungsmöglichkeiten als unumstößlichen Grundsätzen aufbaute, machte einen großen Gesamtstaatsgedanken für Ungarn, wie er früher erörtert wurde, von vornherein unmöglich. Der ungarische Staatsgedanke wäre vielleicht — gewiß auch nicht für Dauer — möglich gewesen, wenn Ungarn ein vollkommen alleinstehender Staat gewesen wäre. Aber das war Ungarn nicht und wollte es eigentlich auch nicht sein. Alle Bestrebungen Ungarns nach vollständiger Loslösung von Österreich und Beschränkung auf eine Personalunion waren zum großen Teil nur taktische Mittel. Sie waren die Schreckschüsse gegen das Herrscherhaus. Die einsichtigen ungarischen Führer wußten nur zu gut, daß die vollkommene Trennung zunächst für Ungarn mit den allergrößten Nachteilen verbunden gewesen wäre und daß in einer Verbindung mit Österreich, bei vollster innerer Selbständigkeit, Ungarns staatliches Leben am besten gesichert war. Ich habe ein Eingeständnis dieser Erkenntnis von ungarischer Seite selbst erlebt.

Als der Streit um die Trennung der gemeinsamen Notenbank am heftigsten tobte und Ungarn eine selbständige Bank mit aller Energie forderte, gestand mir eine mit den Anschauungen der maßgebenden ungarischen Kreise vertraute Persönlichkeit ein, daß diese Kreise sich im Grunde genommen geradezu fürchteten, ihre Forderung könnte durchdringen, da sie genau wußten, daß dies den schwersten Schlag gegen den ungarischen Kredit bedeuten und sofort in den Kursen der ungarischen Werte seinen Ausdruck finden würde. Dem Herrscher und den österreichischen Regierungen blieben diese Dinge freilich verborgen. Sie wußten nicht, daß sie Ungarn in die größte Verlegenheit gebracht hätten, wenn sie auf seine Absonderungsbestrebungen

eingegangen wären. Es hat wohl auch in Österreich Männer in maßgebender Stellung gegeben, die die Situation erkannt haben. Aber sie hatten nicht den Mut, mit ihrer Erkenntnis hervorzutreten. Eine solche Persönlichkeit sagte mir, als ich ihr diesen Gedanken entwickelte: Damit kann man nicht kommen, dafür ist der Kaiser absolut nicht zu haben.

Unter Festhaltung des ungarischen Staatsgedankens — magyarische Vorherrschaft — war ein Gesamtstaatsgedanke wenigstens für einige Zeit unter der Voraussetzung möglich, daß in Österreich ein analoger Staatsgedanke verfolgt wird, nämlich gleichfalls Vorherrschaft einer Nation — der Deutschen — über die übrigen österreichischen Nationen. In Verfolgung dieser Gedankenkette haben sich die ungarischen Schöpfer des Dualismus den Gesamtstaatsgedanken auch so vorgestellt, daß in Ungarn die Magyaren, in Österreich aber die Deutschen die Führung haben. Die innerpolitische Entwicklung in Österreich zeigte jedoch, daß die Aussicht, einen solchen Staatsgedanken durchzusetzen, täglich geringer wurde. Damit fiel freilich die unerläßliche Voraussetzung für den herrschenden ungarischen Staatsgedanken und den Dualismus. Erwies sich die Vorherrschaft einer österreichischen Nation über die anderen als undurchführbar, dann war es unvermeidbar, daß dieses Ergebnis auch in den Nachbarstaat hinüberstrahlte. Das Beispiel der österreichischen nichtdeutschen Nationen mußte auf die ungarischen nichtmagyarischen Nationen wirken. Diese Wirkung erfuhr überdies noch dadurch eine außerordentliche Verstärkung, daß Angehörige der für Ungarn wichtigsten nichtmagyarischen Nationen — Südslawen und Rumänen — in beiden Staaten der Monarchie wohnen. Vernünftigerweise war nicht daran zu denken, daß eine politische Entwicklung z. B. der Südslawen in der Richtung der vollen nationalen Autonomie in

Österreich die Lage der Südslawen in Ungarn übersehen würde. Die führenden Kreise in Ungarn sahen daher der Gestaltung der politischen Verhältnisse in Österreich mit offenbarem Unbehagen zu. Sonst selbst- und zielbewußt, bemächtigte sich ihrer eine gewisse mit Unwillen gepaarte Unsicherheit. Hier bedrohten außerhalb Ungarns sich abspielende politische Entwicklungen, denen nicht beizukommen war, den ungarischen Staatsgedanken. Versuche, diese Entwicklungen zu beeinflussen, scheiterten an der staatsrechtlichen Scheidewand, die die beiden Staaten trennte. Sie konnten nur auf Umwegen wandeln und büßten schon dadurch an Kraft ein. Hier hätte es nur ein Mittel gegeben, nämlich Umstellung der ganzen ungarischen Politik oder richtiger das Erfassen eines neuen ungarischen Staatsgedankens. Dies hätte jedoch eine vollständige Umgestaltung des ganzen magyarischen Denkens notwendig gemacht, wozu den am Steuer stehenden Kreisen die innere Kraft gefehlt hat. Zu lange hatten sie die Rolle einer Herrenschichte gespielt. Sie waren nicht mehr imstande, den Rückweg zu finden. So begnügten sie sich denn in einer heute unbegreiflichen Verblendung damit, das Problem nicht sehen zu wollen und mit allen Mitteln ihre Herrschaft solange aufrecht zu erhalten, als es ging. Bei dieser Sachlage kann man also mit Recht sagen, daß in Ungarn ein die ganze Monarchie umfassender Staatsgedanke fehlte.

Einen anderen Weg nahm die Entwicklung in Österreich. Hier ist es zu einer Vorherrschaft einer Nation in dem Umfange, wie sie den Schöpfern des Dualismus vorschwebte und in Ungarn auch verwirklicht wurde, nicht nur nicht gekommen, sondern jeder Tag, der verstrich, schwächte die politische Stellung der im Sinne des Dualismus zur Vorherrschaft berufenen Nation, nämlich der Deutschen. Um diesen Gang der Entwicklung zu verstehen, müssen wir weiter zurückgreifen.

Der eigentliche Schöpfer der Monarchie war, wie schon erwähnt wurde, der habsburgische Hausmachtgedanke. Der durch Heirat, Erbschaft usw. gewonnene Besitz mußte gesichert werden. Länder mit grundverschiedenen Völkern, Sprachen und Sitten lagen nebeneinander, durch nichts miteinander verbunden, als durch die Person des Herrschers. In diesem Zustande lag eine außerordentliche Gefahr. Da jeder Teil ein für sich abgeschlossenes Ganzes war und die inneren Hemmungen fehlten, die sonst Länderzerreißungen erschweren, war eine Ablösung einzelner Teile leicht möglich. Schon der Tod eines Herrschers mit mehreren Nachkommen bedrohte das Ganze immer wieder mit dem Zerfall. Sollte der Herrschaft Dauer gesichert werden, so mußte das Ziel sein: Verschmelzung der Teile zu einem Staatsganzen. Die Verschiedenheit der Völker und Sprachen verhinderte oder — selbst im günstigsten Falle — verzögerte die Verschmelzung, wenn die Dinge sich selbst überlassen blieben. Hier gab es nur ein Mittel: einheitlich oder mindestens nach einheitlichen Zielen gesicherte Verwaltung. Von der Zukunft konnte man dann das chemische Zusammenwachsen der so mechanisch verbundenen Teile erhoffen. Natürlich war das nicht im Handumdrehen zu machen. Zunächst mußte an die Schaffung einer entsprechenden Verwaltung gedacht werden. Wir sehen Jahrhunderte von diesen Bestrebungen erfüllt. Ihren Höhepunkt erreichten sie unter Josef II. und in der Zeit der Reaktion nach 1848.

Wenn man von einer Verwaltung spricht, so ist das eine Begriffsbildung. Die Wirklichkeit kennt nur Menschen, die die Verwaltung ausüben. Die nächste Frage war, woher die erforderlichen Menschen genommen werden sollten. Das Sammelbecken, aus dem die Habsburger geschöpft haben, war das deutsche Volk.

Die Habsburger waren ein deutsches Geschlecht. Ihr Deutschtum ist nicht in dem Sinne zu verstehen, daß sie immer und überall national empfunden hätten. Die Geschichte beweist gerade das Gegenteil. Aber ihre kulturellen Werte bezogen sie vorwiegend aus dem deutschen Volke, weil dieses ihnen durch Herkunft und Geschichte am nächsten lag. Dazu kommt noch, daß die Deutschen das kulturell höchststehende unter den Völkern war, die sie unter ihrer Herrschaft vereinigt hatten. Wenn sie also Leute suchten, die ihnen Verwaltungsdienste leisten sollten, so war das nächstliegende, Deutsche zu holen. Von wesentlichster Bedeutung aber war, daß eine Verwaltung — wenigstens in ihren Hauptzweigen — einer einheitlichen Sprache als eines Verkehrswerkzeuges bedurfte. Die geeignetste war unter den gegebenen Verhältnissen die deutsche Sprache, die Sprache des Herrscherhauses. So kam es, daß die Verwaltung der habsburgischen Länder eine deutsche Verwaltung wurde.

Diese Darstellung ist natürlich eine rein formelhafte. Es hat in der österreichischen Verwaltung Italiener, Spanier, Polen, Tschechen, Ungarn und andere mehr gegeben. Es gab Herrscher aus dem Hause Habsburg, die die deutsche Sprache gar nicht oder nur schlecht beherrschten. Die Entwicklung der Verwaltung war nicht in allen Ländern und zu allen Zeiten gleich. Dies alles ändert aber nichts an der Tatsache, daß insbesondere seit Josef II. die Verwaltung deutsch gerichtet war.

Diese Entwicklung gab den Deutschen in den österreichischen Ländern eine besondere Stellung. Sie waren nicht bloß ein österreichische Gebiete bewohnender Volksstamm, wie die anderen. Sie waren es wohl auch; aber außerdem waren sie das Verwaltungswerkzeug — Verwaltung im weitesten Sinne verstanden — der Herrscher. Ihre Sprache war nicht bloß eine in einem österreichischen Gebiete landesübliche Sprache, wie andere

Sprachen auch, sondern sie war außerdem die — zwar nicht gesetzlich festgelegte, aber tatsächliche — Staatssprache. Der Pole oder Tscheche, der Beamter werden wollte, mußte soviel von deutscher Sprache und Kultur in sich aufnehmen, als er zur Besorgung seiner Aufgaben brauchte. Er mußte dem, was er aus seiner Herkunft mitbrachte, noch etwas Neues, Weiteres hinzufügen. Bei dem Deutschen deckte sich der von Haus mitgebrachte Sprach- und Kulturvorrat mit dem, den er für seinen Beruf brauchte. Das gab dem Deutschen ein natürliches Übergewicht über die anderen. Hier liegt die Wurzel dessen, was die anderen Nationen in Österreich die deutsche Vorherrschaft genannt und den Deutschen so oft ergrimmt als Bevorzugung vorgehalten haben, obwohl weder Haß noch Herrschsucht des deutschen Volkes die Schöpfer dieses Zustandes waren, sondern geschichtliche Tatsachen.

An dieser Auffassung der nichtdeutschen Völker änderte der Umstand nichts, daß sie diesem Gange der Entwicklung zum größten Teil ihren späteren nationalen Aufschwung verdanken. Bei aller Unparteilichkeit ist der kulturelle Vorsprung des deutschen Volkes nicht zu leugnen. Durch den Zwang, deutsche Sprache, deutsche Wissenschaft und Bildung aufzunehmen, erwarben sie ein Vermögen, das reiche Zinsen trug. Sie brauchten es nur zu verarbeiten und umzuformen, um die eigene nationale Kultur zu fördern. Wenn beispielsweise die Tschechen in neuerer Zeit unter allen österreichischen slawischen Völkern den größten kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwung genommen haben, so verdanken sie es — auch wenn sie es vielleicht nicht zugeben wollen — vor allem dem engen Zusammenleben mit den Deutschen, das für das tschechische Volk gleichsam die Wirkung einer Renaissance hatte. Aber die Dankbarkeit des Schülers gegenüber dem Lehrer ist auch im Völkerleben eine äußerst-

seltene Erscheinung. So wenig erfreulich dies auch sein mag, bis zu einem gewissen Grade ist es psychologisch erklärlich. Der Schüler ist allenfalls bereit, vom Lehrer Wissen zu empfangen, aber seine Persönlichkeit will er darum doch nicht aufgeben. Er nimmt die Gaben, soweit sie ihn bereichern, auf, aber dabei will er der bleiben, der er war. Völker fühlen nicht anders. Es ist ein vergebliches Hoffen, ein lebensfähiges aufstrebendes Volk durch Darbietung von Kultur entnationalisieren zu können. Für jedes gesunde Volk kommt der Augenblick, wo es sich auf sich selbst besinnt und erkennt, daß eine weitere Durchdringung mit fremder Kultur seinen nationalen Untergang bedeutet. Dieser Augenblick der Besinnung kommt oft ganz plötzlich, für den oberflächlicher Beobachter scheinbar ganz unvermittelt. Dann bäumt es sich auf und in der Angst um seine bedrohte Eigenart lehnt es jede weitere Zuführung fremder Kulturwerte ab. Eine neue nationale Strömung reißt alles mit sich fort. Die sich dabei auslösenden Unlustgefühle wenden sich selbsttätig gegen den Kulturbringer. Alles Gute, das er gebracht, ist vergessen; er ist nur noch die Ursache, der Schuldige, der Feind. Die Deutschen haben das Gleiche getan, als französischer Einfluß ihre Eigenart zu ersticken drohte. Hierin liegt eine furchtbare Tragik; aber sie muß überwunden werden, wie so vieles Tragische im Leben der Menschen und Völker. Durch das Verkennen der Entwicklung wird die Sache nicht besser. Nur dort gelingt die Entnationalisierung, wo innere Schwäche und Verfall die Lebenskraft eines Volkes ohnehin zerstört haben. Nur dann geht der Kulturempfänger im Kulturbringer auf, wobei es noch sehr fraglich ist, ob dieses Aufgehen für das kulturbringende Volk einen Segen bedeutet. Die Geschichte beweist, daß die Gleichmachung verschiedener Nationen zu einem charakterlosen Völkerchaos mit einheitlichem Kultur- und Sprach-

zuschnitt keineswegs die Quelle neuer Werte, sondern den Anfang vom Ende bedeutet. Der Untergang Roms, das sich an fremden Völkern gleichsam übergessen hatte, ist ein klassisches Beispiel dafür. Ich bin nicht der Meinung, daß es für die Monarchie, und in weiterer Folge für die Menschheit, ein Glück bedeutet hätte, wenn es gelungen wäre, die die Monarchie bewohnenden Nationen zu einem deutschsprechenden Völkerbrei zusammen zu kneten.

Das Ergebnis war eine Doppelstellung des deutschen Volkes in Österreich: einerseits Nation, wie die anderen, andererseits Kitt zwischen den Nationen und dem Herrscher. Diese Doppelstellung war folgenschwer für sein späteres Schicksal.

Die Stellung der Deutschen in der Monarchie, die ihnen durch geschichtliche Tatsachen zugewiesen worden war, hatte etwas ungemein Verführerisches. Es war ihnen damit eine große kulturelle Aufgabe übertragen und gleichzeitig scheinbar — ich sage absichtlich scheinbar — das Deutschtum in der Monarchie nicht allein gesichert, sondern ihm auch die Möglichkeit seiner Ausdehnung gegeben. Außerdem waren die Deutschen durch ihre Stellung in ein nahes Verhältnis zum Herrscherhaus gekommen. Sie waren das Werkzeug zur Schaffung des Gesamtstaates und damit auch das Werkzeug zur Festigung der habsburgischen Herrschaft in den Ländern der Monarchie. Sie waren zu den vorzugsweisen Vertretern des habsburgischen Hausmachtgedankens geworden und glaubten, indem sie dem habsburgischen Hausmachtgedanken dienten, auch dem eigenen Volkstum am besten zu dienen. Daß die Deutschen in der Monarchie dieser Versuchung unterlegen sind, hat sich, wie weiter gezeigt werden wird, als ein folgenschwerer Irrtum erwiesen. Für uns heutige Menschen, die wir am Ende der Entwicklung stehen und ihren Verlauf überblicken können, ist es natürlich leicht,

herbe Kritik zu üben. Wenn man sich jedoch die Zeit vergegenwärtigt, in der jene deutschen Führer gelebt haben, die für die Richtung der deutschen Politik maßgebend waren, so wird das Urteil wesentlich milder ausfallen.

Im Sinne des habsburgischen Hausmachtgedankens mußte das Herrscherhaus es als seine vornehmste Aufgabe betrachten, eine deutsche Verwaltung und Armee zu schaffen. Diese deutsche Einstellung durfte natürlich nur soweit gehen, als sie für die Ziele des Hausmachtgedankens unbedingt notwendig war. Jede Verstärkung dieser Einstellung über dieses Maß hinaus brachte die Gefahr, ins Gegenteil umzuschlagen, denn es gab auch ein deutsches Volk außerhalb der Monarchie. Ein weiteres Anwachsen des deutschen Gedankens in der Monarchie hätte von selbst zu einer Hinneigung zu Deutschland und, seit der Gründung des Reiches, zum deutschen Reiche geführt. Damit wäre den Habsburgern gerade das Mittel, das ihre Herrschaft sichern sollte, zu einer Gefahr geworden. Sie mußten daher — kein leichtes Beginnen — die Stärke der nationalen Gefühle der Deutschen gleichsam fortwährend in einem bestimmten Gleichgewicht erhalten. Das deutsche Nationalgefühl mußte stark genug sein, um aufbauend in der Monarchie zu wirken; aber es durfte nicht so stark werden, daß es die Deutschen in Österreich zu Deutschland hinübergezogen hätte. Da man aber menschliche Gefühle nicht wie einen Wasserhahn auf- und zudrehen kann, gab es auch Zeiten, wo das deutsche Gefühl in manchen Schichten so stark wurde, daß Parteien entstanden, die den Anschluß an das deutsche Reich als politische Forderung aufstellten. Es war die Zeit der damals sogenannten Preußenfeuchelei. Da flammte der Zorn der Habsburger auf. Für sie waren die Hohenzollern stets die Emporkömmlinge, die einstigen Vasallen, die die Kühnheit gehabt hatten, sich selbständig zu machen. Deutschsein war nur so weit

gestattet, als es ihre Zwecke förderte. Darüber hinaus wurde es zum Hochverrat. Diese Auffassung kam in der bekannten Rede des Wiener Bürgermeisters Lueger zum Ausdrucke, der erklärte, Deutschnationale und Sozialdemokraten in der Beamtenschaft der Gemeinde Wien nicht zu dulden. Er ahnte wahrscheinlich gar nicht, welches politische Problem er mit diesen Worten angeschnitten hatte.

Das Mittel zur Regelung des deutschen Gefühles fand das Herrscherhaus — in den anderen österreichischen Nationen. Wenn die Regierung Taaffe der Vorwurf gemacht wird, mit dem Ausspielen einer Nation gegen die andere angefangen und damit den Keim der Zwietracht in den Staat getragen zu haben, so ist der Vorwurf insofern ungerecht, als Taaffe diese Methode nicht erfunden hat; er war nur — und wahrscheinlich unbewußt —, der Ausdruck habsburgischer Politik war. Diese politische Methode war nur die naturnotwendige Schlußfolgerung des habsburgischen Staatsgedankens; sie ergab sich gleichsam von selbst; wenn's nicht Taaffe gewesen wäre, wäre es ein anderer gewesen. Den Staat mit deutscher Hilfe aufbauen und zusammenhalten und gleichzeitig das Deutschtum soweit niederhalten, daß es das Staatsschiff nicht in den reichsdeutschen Hafen trieb. Eine andere Methode gab es bei einem auf dem habsburgischen Hausmachtgedanken aufgebauten Österreich nicht. Daß die Deutschen die Rolle, die sie als Werkzeug des Herrscherhauses zu spielen hatten, nicht erkannt haben, ist ihre tragische Schuld.

Die Habsburger erreichten ihr erstes Ziel insofern, als es ihnen tatsächlich gelang, eine deutschgerichtete Verwaltung und Armee zu schaffen. Wenn wir uns das Gesagte vor Augen halten, so ist es wieder nur eine notwendige Folge, daß Beamtenschaft und Armee nicht Diener des Staates, sondern Diener des Herrschers waren. Denn einen Staat im eigent-

lichen Sinne des Wortes gab es gar nicht. Es gab nur Länder, die durch eben diese Beamtenschaft und Armee zusammengehalten wurden. Die österreichische Volkshymne, die im Volksmunde bezeichnenderweise das „Kaiserlied" genannt wurde, bringt nur eine historische Tatsache zum Ausdrucke, wenn sie nur vom Kaiser spricht, denn in dem so aufgebauten Staat war eben nur der Kaiser der Staat. Kaiser Franz Josef hätte vielleicht mit mehr Berechtigung als der französische Ludwig, freilich in anderem Sinne, von sich sagen können: l'état c'est moi. Diese Stellung der Beamtenschaft und der Armee zum Herrscher fand ihren äußeren Ausdruck in dem Begriffe des „Österreichertums".

Das von oben geförderte Ideal war der „österreichische" Beamte und der „österreichische" Offizier. Gegen ein solches Ideal wäre an sich nichts einzuwenden gewesen, wenn es sich auf ein österreichisches Staatsgefühl gegründet hätte, wie etwa der deutsche und der französische Schweizer sich stolz Schweizer nennen und damit zum Ausdruck bringen, daß sie ohne Aufgabe ihres nationalen Empfindens sich freudig dem weiteren Staatsbegriffe „Schweiz" unterordnen. So war aber das Österreichertum nicht.

Das Ideal des Österreichers war ein Mann, der die deutsche Sprache beherrscht, im übrigen aber keinerlei Nationalbewußtsein hat, nicht einmal, selbst wenn er ein Deutscher ist, ein deutsches; ein Mann, der dem Herrscherhause kritiklos als blindes Werkzeug ergeben ist, um, wenn notwendig, im habsburgischen Interesse auch gegen sein eigenes Volk verwendet werden zu können. Natürlich wurde dieses Ideal in weiterem Umfange nicht erreicht. Es blühte noch am stärksten in den alten Beamten- und Offiziersfamilien, in denen durch das Hin- und Herversetztwerden und der damit verbundenen Entwurzelung aus

der engeren Heimat das Nationalgefühl verkümmert war und die in dem Ideal des Österreichertums den kümmerlichen Ersatz für das fehlende National- und Staatsgefühl suchten. Gerade die besten unter ihnen kamen dadurch in die schwersten inneren Konflikte. Die Weiterblickenden, die sich nicht damit begnügten, Familienüberlieferungen ungeprüft zu übernehmen und nachzubeten, kamen bald darauf, daß das, was sie Österreichertum nannten, kein Staatsbewußtsein war, das einem Patriotismus Raum bot, sondern lediglich eine Schablone für die von jedem Staats- und Volksgefühl unberührte Anhänglichkeit an das Herrscherhaus. Sie erkannten, daß es bloß ein Treueverhältnis war, wie etwa das des Landsknechts zu seinem Feldherrn, das unabhängig vom Raume überall und nirgends gedeihen konnte. Dieses Gefühl konnte aber in dem Augenblicke, wo der Mensch anfängt, staatlich zu empfinden, nicht ausreichen, um den Mangel zu verdecken, der dadurch gegeben war, daß ein österreichischer Patriotismus als Staatspatriotismus unmöglich war, unmöglich, weil es keinen österreichischen Staatsgedanken, keine Idee gab, die auf eine staatliche — nicht habsburgisch familienmäßige — Zusammenfassung aller Länder zielte. Gleichzeitig war durch jahrzehntelange Abwesenheit von der Heimat, durch das Abreißen der Beziehungen mit ihr das tiefe Gefühl für die heimische Nation und die heimische Erde verloren gegangen. So standen diese Menschen mit ihrem Überschuß an Gemeingefühlen, die danach drängten, sich in eine Idee, in einen Patriotismus zu ergießen, heimatlos da. Ich bin solchen Erscheinungen häufig begegnet. In ihnen fand ich die Tragik Österreichs gleichsam verkörpert. Leichter fanden sich die weniger tief empfindenden Naturen zurecht. Sie dachten über die Dinge nicht weiter nach und lebten von den überkommenen Schlagworten. Daß sie keine verläßliche Stütze des Staates waren und beim

Anwachsen des Nationalismus der nichtdeutschen Nationen ebenso leicht die Beute anderer Schlagworte wurden, ist selbstverständlich.

So gelang es, eine Beamtenschaft und ein Offizierkorps zu schaffen, das in dem besprochenen Sinne „österreichisch" war. Eine wirkliche Durchdringung der Länder der Monarchie mit diesem Geiste gelang natürlich nicht, aber die Methode reichte aus, um die Teile wenigstens halbwegs zusammen zu halten.

Den ersten schweren Schlag erhielt diese Methode in neuerer Zeit mit dem Siege des ungarischen Separatismus im Jahre 1867. Mit dem Dualismus hatte das Herrscherhaus die Anwendung dieser Methode in Ungarn aufgegeben. Nun mußte es sich auf Österreich beschränken.

In Österreich wurde das habsburgische Ideal, soweit es erreichbar war, auch erreicht. Die Länder wurden durch eine „österreichische" Beamtenschaft verwaltet, die sich aus Deutschen und die deutsche Sprache beherrschenden, ihrer Nation entfremdeten Nichtdeutschen zusammensetzte. Das Mittel, eine solche Beamtenschaft zu schaffen, war die Versetzung des Beamten aus seiner heimatlichen Provinz in eine fremde. Der Beamte italienischer Abstammung wurde in Galizien oder der Bukowina ebenso zum „österreichischen" Beamten, wie der deutsche Beamte, denn hier in der Fremde fühlte er sich dem deutschen Kollegen immer noch näher als dem Einheimischen.

An sich wäre gegen diesen Gang der Entwicklung im Interesse des Gesamtstaates nichts einzuwenden. Aber sie ging von einer Voraussetzung aus, von deren Bestand alles abhing, nämlich von der Möglichkeit, alle österreichischen Nationen in eine neue, die österreichische Nation einzuschmelzen. War das möglich, dann war die Methode gut, wenn nicht, dann mußte sie zum Zerfall führen.

Die deutsche Vorherrschaft, wie sie im „Österreichertum" erstrebt wurde, war solange leicht möglich, als die nichtdeutschen Nationen kulturell und wirtschaftlich tiefer als die Deutschen standen. Dieses Übergewicht glich die Zahl aus, denn die Deutschen waren den übrigen Nationen gegenüber in zahlenmäßiger Minderheit (34,8 % der Gesamtbevölkerung). Nun stand das Problem folgendermaßen: waren die Nationen bereit, ihren kulturellen Fortschritt in der Richtung zu suchen, daß sie in den deutschen Kulturkreis eintreten, oder aber, indem sie die eigene nationale Kultur entsprechend weiter und höher entwickeln. Der erste Weg bedeutet: Erreichung einer höheren Kultur bei gleichzeitiger Aufgabe des eigenen Volkstums; der zweite: Erreichung einer höheren, jedoch nationalen Kultur bei gleichzeitiger Steigerung des eigenen Volkstums.

Hier sind wir bei einer Frage angelangt, die sich scharf kaum erfassen läßt. Es hat Zeiten gegeben, wo es in Österreich den Anschein hatte, als wählten die nichtdeutschen Nationen den ersten Weg, das Aufgehen in deutscher Kultur. Aber das war nur eine vorübergehende Erscheinung.

Die Ursache, warum Völker zum Nationalismus erwachen, lassen sich nicht erklären, denn die üblichen Erklärungen von der Stärke des einen und der Schwäche des anderen setzen nur Worte für nicht erklärte Erscheinungen. Manche bezeichnen das Erwachen des Nationalismus geradezu als eine Erfindung Napoleons III. Aber ich glaube, man tut ihm damit zu viel Ehre an. Sieht man von nationalistischen Idealen als bloßen Gefühlen ab, so wäre vom Standpunkte der reinen Wohlfahrt das Aufgehen einer kulturell tiefer stehenden Nation in einer höher kultivierten vielleicht erstrebenswert. In den Vereinigten Staaten von Amerika findet es jeder nichtenglische Einwanderer selbstverständlich und vernünftig, im angelsächsischen Amerikanertum

aufzugehen und den Vorteilen, die mit der Vereinigung mit einer großen englischsprechenden Nation verbunden sind, die eigenen nationalen Gefühle zu opfern. Dieser Prozeß schmilzt die Einwohner der Union zu einer neuen in Bildung begriffenen Nation, den Amerikanern, ein. Ob dieser Vorgang sich auch weiterhin so abspielen wird, ist eine Frage, die nicht zu beantworten ist. Bisher hat es den Anschein, als arbeite der amerikanische Schmelztiegel tadellos. Aber wir wissen, daß auch das völlige Aufgehen eines Volkes in einem anderen nicht gleichbedeutend mit seinem dauernden Verschwinden sein muß. Ich sehe davon ab, daß die Aufnahme fremder Volksbestandteile, verändernd auf das aufnehmende Volk wirkt, und daß diese Beeinflussung uns vor ein neues Problem stellt. Wir können eine rätselhafte Erscheinung beobachten, die zu denken gibt. Ein unterworfenes Volk verschwindet scheinbar spurlos in den Besiegern. Nach Jahrhunderten tauchen plötzlich Menschen auf, die die Rassenmerkmale des unterworfenen Volkes tragen. In Deutschland schwinden die germanischen Rassenmerkmale des blonden Haares, der blauen Augen und des Langschädels immer mehr und ein dunkler rundköpfiger Typus nimmt an Zahl zu. Es wird behauptet, daß es sich hier um das Auftauchen einer unbekannten, vor der germanischen Einwanderung in Deutschland seßhaften Rasse handelt. Ähnliches wird von der Union behauptet. Das Schmelzprodukt, die neue amerikanische Rasse, soll immer mehr Indianertypus aufweisen. Eine ähnliche Erscheinung konnte ich in der Bukowina beobachten. Der Mongolensturm, der vor Jahrhunderten über dieses Land gebraust ist, hat scheinbar keine äußeren Spuren hinterlassen. Trotzdem konnte ich in manchen Gegenden ausgesprochen mongolische Typen beobachten. Die gleichen Erscheinungen sind dem Tierzüchter wohl bekannt. Durch fremde Zuchttiere höher gezüchtetes

minderwertiges heimisches Rindvieh braucht von Zeit zu Zeit einen neuen Zuschuß edlen Blutes, sonst — wie der Züchter sagt —, entartet es wieder zur alten minderwertigen Rasse.

Hier wirken geheimnisvolle, uns noch unbekannte Naturgesetze. Ihre Aufhellung würde viele politische Probleme in völlig neuem Lichte erscheinen lassen. Mit unseren heutigen Erkenntnissen können wir das Erwachen des Nationalismus nicht erklären. Die beliebte Erklärung, daß es sich vorwiegend um wirtschaftliche Motive handelt, daß gleichsam nun das andere Volk auch einmal zur Krippe will, ist keine ausreichende Erklärung, denn es ergibt sich sofort die Frage, warum das andere Volk eben zur „nationalen" Krippe will, wo ihm doch eine andere gefüllte Krippe zur Verfügung steht. Wenn es sich bloß darum handelte, den Menschen — Volk ist ein Begriff, das wirkliche sind die Menschen — günstigere Lebensbedingungen zu sichern, dann ist das Aufgehen im höher kultivierten Volke der raschere und bessere Weg, denn das Schaffen aus einer eigenen nationalen Kultur und Wirtschaft erfordert Arbeit, Opfer und Leiden. Die Vorkämpfer der nationalen Entwicklung aller mit höher entwickelten Nationen zusammen — oder ihnen benachbart — lebender Völker haben selten persönliche Vorteile. Meist opfern sie ihre eigene Wohlfahrt der Idee. Und wenn wir fragen, wie die Idee entstanden ist, warum sie der Idee opfern, so fehlt uns die Antwort. Wahrscheinlich gehorchen sie einem Naturgesetz. Vielleicht wird der menschliche Geist auch in dieses Dunkel Licht tragen.

Bei der Betrachtung der politischen Zusammenhänge müssen wir uns heute damit begnügen, festzustellen, daß die nichtdeutschen Nationen in Österreich den Weg zur nationalen Kultur gewählt haben. Es war das Verhängnis der Monarchie, daß

ihre maßgebenden Kreise diese Richtung der Entwicklung nicht erkannt haben.

Eine auch nur annähernd erschöpfende Darstellung der Entwicklung der nichtdeutschen Nationen in Österreich würde den Rahmen dieser Schrift sprengen. Sie muß dem Geschichtsschreiber überlassen bleiben. Für unsere Zwecke genügt es, das Bild in großen Zügen zu zeichnen.

Dem nationalen Ziel am nächsten kamen die Polen. Hierbei wurden sie freilich durch den Umstand unterstützt, daß es noch nicht lange her war, seit die polnischen Gebiete zu Österreich gekommen waren. Der österreichische, oder richtiger gesagt der habsburgische Einfluß hatte noch nicht allzu tief einzudringen vermocht. Schule und Verwaltung wurden vollständig polonisiert, so daß Galizien — wenn auch nicht rechtlich, so doch tatsächlich — eine Sonderstellung einnahm. Kein deutscher Beamter beleidigte mehr das polnische Auge. Galizien war ein polnischer Staat für sich im Verbande mit Österreich geworden. Nicht zu leugnen ist die politische Klugheit, mit der die Polen stets ihre Politik verfolgten. Schritt für Schritt, ohne großes Aufsehen, waren sie auf ihr Ziel losgegangen. Dabei verstanden sie es auf außerordentlich schlaue Weise, stets die Interessen des Gesamtstaates — wenigstens scheinbar — zu vertreten. Jahrzehnte hindurch spielten die Polen im österreichischen Parlament die Rolle einer staatserhaltenden Partei. Insbesondere wußten sie immer unter Wahrung der eigenen Interessen den Wünschen des Monarchen entgegen zu kommen. Dies äußerte sich selbst in scheinbaren Nebensächlichkeiten. So war durch Jahre der Berichterstatter für die Wehrangelegenheiten im Parlament ein Pole. Sie wußten, wie sehr dem Monarchen die Armee am Herzen lag und daß ihr entgegenkommendes Verhalten in Armeefragen ihnen die Sym-

pathien des Monarchen gewinnen mußte. Ihre Opposition war stets eine maßvolle; sie ging nie soweit, daß sie lebenswichtige Vorlagen obstruiert hätte. Freilich nützten sie die Lage, wenn die Lösung von ihren Stimmen abhing, gründlich aus und ließen sich sie in irgendeiner Form abkaufen. Aber diese nationalen Handelsgeschäfte, die in alle möglichen Formen gehüllt waren, spielten sich meist hinter den Kulissen ab und die Öffentlichkeit erfuhr oft erst später, manchmal überhaupt nicht, welcher Preis aus dem Fleische des Staates zugunsten Galiziens herausgeschnitten worden war.

Durch ihre geschickte Politik hatten sich die Polen eine eigentlich beneidenswerte Stellung im Staate verschafft. In Galizien selbst waren sie vollständig unabhängig. Galizien war tatsächlich ein polnischer Staat im Staate. Diese Selbständigkeit ging so weit, daß der Statthalter in Galizien zwar nicht organisationsgemäß, aber tatsächlich eine weit selbständigere Stellung hatte, als die Landchefs der übrigen Länder. Dies hatte vor allem seinen Grund darin, daß der galizische Statthalter stets eine politische Persönlichkeit, häufig ein finanziell unabhängiger Aristokrat war, während die übrigen Landeschefs, wenn auch meist aristokratischer Herkunft, so doch Beamte waren, die auf der bureaukratischen Leiter bis zum Statthalter hinaufgestiegen waren. Meist war die Besetzung des Statthalterpostens in Galizien das Ergebnis parteipolitischer Vereinbarung, die im Wesen darin bestand, daß die drei stärksten polnischen Parteien die drei wichtigsten Posten — Statthalter, Galizischer Landsmannminister und Landmarschall — untereinander aufteilten.

So kam es, daß in neuerer Zeit an der Spitze der galizischen Verwaltung stets eine politische Persönlichkeit stand, die, da die Polen in kluger Weise verstanden, ihren Parteihader zu

Hause auszutragen, nach außen aber eine geschlossene Gruppe zu bilden, den ganzen Polenklub hinter sich hatte. Ein solcher Statthalter war natürlich nicht, wie die anderen Statthalter, ein bloßer Untergebener der Wiener Regierung. Er war eine machtvolle Persönlichkeit, vor der selbst Minister zitterten. Aufträgen der Ministerien kam er nur dann nach, wenn er wollte. Es war keine Seltenheit, daß Weisungen der Ministerien in Galizien undurchsetzbar waren. Ich erinnere mich solcher Fälle aus meiner eigenen Tätigkeit im österreichischen Finanzministerium. Einen Fall, der besonders drastisch war, möchte ich kurz erwähnen.

Es handelte sich um die Durchführung gewisser Zwangsmaßnahmen zur Hereinbringung von Steuerrückständen gegen eine bestimmte Persönlichkeit. Die Sache war von ziemlicher Bedeutung und kam bis ins Finanzministerium. Einschaltend möchte ich noch bemerken, daß in Österreich der Chef der Finanzverwaltung eines Kronlandes dem politischen Landeschef unterstellt und der Statthalter auch der oberste Chef der Finanzverwaltung des Landes war. Die galizische Finanzlandesdirektion gab auf die Erlässe, die vom Finanzministerium an sie gerichtet wurden, überhaupt keine Antwort. Alle Urgenzen anfangs in höflichem, dann in drohendem Tone halfen nichts. Die Finanzlandesdirektion schwieg, schwieg nicht etwa einen Monat, nein, nahezu ein Jahr. Die Sache war soweit gekommen, daß jede weitere Schreiberei nur geeignet war, die Stellung des Finanzministeriums immer lächerlicher zu gestalten. Hier wäre kein anderer Weg mehr gewesen, als gegen den Chef der Finanzverwaltung im Disziplinarwege einzuschreiten. Das war bei dem gegebenen Verhältnis natürlich ausgeschlossen, da für ein solches Vorgehen keine Ministerunterschrift zu haben gewesen wäre. So blieb denn nichts anderes übrig, als das ganze Papier-

bündel zu den Akten zu legen. Damit war die Angelegenheit abgetan.

Außer der vollen Selbständigkeit im eigenen Lande hatten die Polen aber gleichzeitig alle Vorteile der Zugehörigkeit zum Reiche.

Galizien war trotz seiner natürlichen Schätze ein passives Land. Für das Fehlende mußte der Staat Österreich aufkommen. Im Abgeordnetenhause stellte die polnische Vertretung, da sie, die polnischen Sozialdemokraten nicht gerechnet, unter 516 Abgeordneten über 71 Stimmen verfügte, bei der im österreichischen Parlamente herrschenden Parteienzersplitterung, die keiner Nation die absolute Mehrheit sicherte, eine gewaltige Macht dar, mit der jede Regierung nicht nur rechnen mußte, sondern gegen die sie überhaupt nicht regieren konnte. Die Polen waren in der glücklichen Lage, tatsächlich volle Selbständigkeit zu genießen, dabei aber in allen österreichischen Angelegenheiten ein gewichtiges Wort mitreden und die Hilfsquellen des Staates in Anspruch nehmen zu können. Darauf ist auch die dem Fernstehenden unverständliche Haltung der Polen gegenüber der Forderung der deutschnationalen Parteien nach Sonderstellung Galiziens zurückzuführen.

Das deutschnationale Programm forderte die Sonderstellung Galiziens in der Weise, daß Galizien vollständige Autonomie erhält und die galizischen Abgeordneten aus dem österreichischen Parlamente ausscheiden. Lediglich in gewissen gemeinsam erklärten Angelegenheiten sollten galizische Vertreter mitwirken (über die Form, in der dies geschehen sollte, war man sich noch nicht klar). Auf den ersten Blick müßte man glauben, daß sich hier die Wünsche der nach voller Selbständigkeit strebenden Polen und der Deutschnationalen treffen müßten. Die Polen waren jedoch aus begreiflichen Gründen heftige Gegner

dieser Forderung. Die volle Autonomie hatten sie, wenn auch nicht rechtlich, so doch tatsächlich. Bei der Durchführung der Sonderstellung im Sinne des deutschnationalen Programmes hätten sie jedoch jeden Einfluß auf Österreich und damit auf die Hilfsquellen des Staates verloren. Die Sonderstellung Galiziens wäre daher ein tatsächlicher Verlust gewesen. Die Polen hielten daher an der Zugehörigkeit zu Österreich fest, die ihnen Vorteile bot, die sie, auf sich gestellt, niemals erreichen konnten. Diese Politik scheint für den Uneingeweihten nicht ganz verständlich, da doch sowohl in Rußland wie in Preußen Polen lebten, das Ziel der nationalen Politik daher die Vereinigung aller Polen in einem Staate hätte sein müssen. Dem Streben nach diesem Ziele wirkt aber das Festhalten an Österreich entgegen. Diese scheinbare Unstimmigkeit erklärt sich jedoch aus den besonderen Verhältnissen.

Während bei den übrigen österreichischen Nationen — mit Ausnahme der Deutschen, worüber noch gesprochen werden wird — die nationalistischen Bestrebungen in der Richtung der Vereinigung mit allen Volksgenossen gingen und daher zu einer mehr oder weniger starken Irredenta führten, gab es in Galizien eine polnische Irredenta nicht.

Von den österreichischen Polen wurde der Gedanke, „noch ist Polen nicht verloren", stets hochgehalten. Er wurde bei patriotischen Kundgebungen immer wieder ausgesprochen und war gewissermaßen der erste Satz des politischen Glaubensbekenntnisses, aber eine Post in der praktischen polnischen Politik war er nicht, und zwar aus folgenden Gründen.

Galizien ist ein auch heute noch vom polnischen Adel beherrschtes Land. Er ist der politische Ausdruck des Landes und war es früher in noch höherem Maße. Der polnische Adel hatte lange Zeit an dem politischen Ziele der Vereinigung aller pol-

nischen Gebiete in einem Staate — das Wiedererstehen des Königreiches Polen — festgehalten. Die revolutionären Versuche zur Erreichung dieses Zieles in den Jahren 1846 und 1863 endeten mit Niederlagen. Sie hatten die revolutionäre Kraft des polnischen Adels für lange Zeit gebrochen. Daß sie nicht wieder erstarkte, verursachte die weitere Entwicklung der Verhältnisse in den drei von Polen bewohnten Gebieten.

An die Möglichkeit, die polnischen Gebiete Preußens zu gewinnen, dachte vor dem Kriege ernstlich niemand. Das deutsche Reich stand so mächtig da, daß eine Losreißung von Gebieten vom Reiche die kühnste Phantasie nicht erwarten konnte. Es kamen daher nur die russischen Polen in Betracht. Hier ergaben sich aber Schwierigkeiten, die in der Lage der Polen in Rußland ihren Grund haben.

Es galt als eine nach der Ansicht der Kulturmenschheit feststehende Tatsache, daß die Polen in Rußland ein armes unterdrücktes Volk seien. Immer wieder machten russische Gewalttaten gegen die Polen die Runde durch die europäischen Blätter. Diese Auffassung ist jedoch in ihrer Allgemeinheit vollkommen falsch.

Es ist richtig, daß Rußland die Selbständigkeitsbestrebungen der Polen — oft nicht gerade mit zarter Hand — niederhielt. Abgesehen von der politischen Unfreiheit, nahm Russisch-Polen einen ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung. Polen war zum russischen Industrieland geworden, und zwar zum großen Teil infolge unmittelbarer Unterstützung seitens der russischen Regierung, die auf alle mögliche Weise — z. B. durch besondere Eisenbahntarife, um Mängel der industriellen Standorte auszugleichen — die polnische Industrie förderte. Der polnischen Industrie, durch Zölle gegen den westeuropäischen Wettbewerb geschützt, stand das ganze industriearme ungeheure

russische Absatzgebiet von der Ostsee bis zum Stillen Ozean offen. Hierzu kam, daß die polnische Gesellschaft selbst unter dem Einflusse der Verhältnisse sich anders gestaltet hatte, als in Galizien. Es war ein nationaler polnischer Grundsatz in Rußland, daß der Pole nicht in den russischen Staatsdienst tritt. Dies wurde besonders kritisch nach der Selbständigkeitserklärung Polens. Der erste polnische Finanzminister war beispielsweise gezwungen, im österreichischen Finanzministerium österreichische Beamte polnischer Nationalität zu erbitten, da er in Russisch-Polen keine Beamten auftreiben konnte. Gelegentlich einer Unterredung erzählte mir der damalige polnische Finanzminister, daß sein Ministerium derzeit aus sechs Beamten bestehe und er ohne auswärtige Hilfe überhaupt außerstande sei, eine Finanzverwaltung einzurichten. Die russischen Beamten seien abgezogen und polnische Beamte gebe es nicht. Die Folge dieses Zustandes war, daß die Polen sich unmittelbar produktiven Berufen — Industrie, Handel und Landwirtschaft — zuwandten, während in Galizien ein großer Teil der Oberschicht in irgendeiner Form im öffentlichen Dienste stand. Das Ergebnis war, daß die gesellschaftliche polnische Oberschichte in Rußland einen in Galizien ganz unbekannten Wohlstand aufwies, der sie auf die galizischen Polen mit einer gewissen Geringschätzung herabblicken ließ. Die Loslösung Russisch-Polens vom russischen Reiche und die Vereinigung mit den übrigen Polen hätte diese wirtschaftliche Vorzugsstellung mit einem Schlage vernichtet.

Darüber bestand bei den russischen Polen nicht der geringste Zweifel. Bezeichnend für die Verhältnisse ist der Ausspruch, den ein Industrieller in Polen, überdies sogar ein Deutscher, nach den deutschen Siegen in Rußland mir gegenüber tat: Als Deutscher muß ich mich über unsere Siege freuen, als Ge-

schäftsmann bin ich ruiniert, wenn Polen von Rußland fortkommt. Die Worte waren keine Übertreibung.

Russisch-Polen war der kultivierte Westen Rußlands. Seine Industrie hatte ein ungeheures Feld. Mangels eines Wettbewerbes und bei der niedrigen Kulturstufe Rußlands fand auch minderwertige Ware glänzenden Absatz. Tritt Russisch-Polen — wie es damals den Anschein hatte — in eine Verbindung mit der österreichisch-ungarischen Monarchie oder dem deutschen Reiche, dann ist es der Osten der Zentralstaaten. Das russische Absatzgebiet ist verloren, ein erfolgreicher Wettbewerb mit der österreichischen oder gar deutschen Industrie ausgeschlossen.

Diese Erwägungen wirkten außerordentlich abkühlend auf die nationalen Gefühle. Dem einzelnen steht das Hemd näher als der Rock. So hohe Anerkennung nationale Opfer verdienen, die Forderung, die wirtschaftliche Lebensmöglichkeit dem nationalen Ideal zu opfern, übersteigt die Kraft des Durchschnittsmenschen. Hierzu kam auch noch, daß, wie schon erwähnt wurde, die nationale Verfolgung der Polen durch die russische Regierung, wie sie die europäische Presse schilderte, den Tatsachen nicht entsprach. Wer sich in Rußland politisch nicht betätigte und sich aufs Verdienen beschränkte, hatte glänzende wirtschaftliche Aussichten. Auch die Erzählungen von der persönlichen Unfreiheit in Rußland sind allgemein ausgesprochen falsch. Wohl gab es Willkür der Behörden und allerhand Hemmungen. Aber die in Rußland zum System gewordene Korruption, die förmlichen Taxen im Verkehre mit den Behörden — nach unten zu in sehr bescheidenen Grenzen — ausgebildet hatte, milderten nicht allein die Härten, sondern machte andererseits mitunter eine Freiheit der Bewegung möglich, an die in westeuropäischen Staaten nicht zu denken wäre. Der Ausspruch eines russischen Fürsten, daß man in keinem Lande

ein solches Maß persönlicher Freiheit genieße, enthält viel wahres. Ich kann diesen Zustand dem westeuropäisch denkenden Leser nur in einem erdachten Beispiel klar machen. In Wien darf nach 10 Uhr abends in keiner Wohnung mehr Klavier gespielt werden. Über eine Beschwerde einer Partei schreitet sofort der Hausbesorger, gegebenenfalls die Polizei ein. In Rußland wäre es möglich, daß die Willkür eines Polizeimeisters das Klavierspiel bereits nach 7 Uhr abends verbietet. Wenn man aber einige Rubel opferte, dann könnte man ungehindert bis zum nächsten Morgen spielen. Mit der allgemein üblichen Bestechung konnte man sich jede Freiheit sichern. Man wird mir darauf sofort erwidern, daß dieser Ausweg nur dem Bemittelten offen steht. Das ist richtig und damit sind wir bei dem springenden Punkte der Frage.

Von der russischen Unterdrückung der Polen wurden, abgesehen von vereinzelten Idealisten, nur die unbemittelten Kreise getroffen. Die vermögenden, geldverdienenden, sich politisch nicht exponierenden Schichten hatten davon kaum etwas zu spüren und diese Schichten waren für die herrschenden Ansichten maßgebend.

Diese Verhältnisse waren die Ursache der unsicheren Haltung der Polen im Kriege. Sie wußten eigentlich selbst nicht recht, wie sie sich zum Kriege stellen sollten. Dazu kam noch, daß schon vor dem Kriege Verhandlungen mit der russischen Regierung begonnen hatten, welche auf eine Autonomie Polens im Verbande des russischen Reiches abzielten. Ein Ausdruck dieser Unsicherheit war die Tatsache, daß außer den österreichischen polnischen Legionen auch auf der russischen Seite polnische Legionen kämpften. Es war einer der größten, nur aus der Unkenntnis der Verhältnisse erklärbarer Fehler der deutschen Regierung, nach der Eroberung Russisch-Polens das König-

reich Polen zu errichten. Man hatte damit Rußland gegenüber ein gewichtiges Kompensationsobjekt aus der Hand gegeben und das schwerste Hindernis zu einer Verständigung mit Rußland geschaffen, ohne eine Stärkung der Mittelmächte zu erreichen. Als ich seinerzeit die Nachricht von der Errichtung des Königreiches Polen erhielt, dachte ich vergeblich über die Gründe für diese Maßnahme nach. Als ich erfuhr, daß für die deutsche Regierung die Erwartung maßgebend war, dadurch eine polnische Freiwilligenarmee und damit eine bedeutende Stärkung der eigenen militärischen Kräfte zu gewinnen, hielt ich diese Nachricht für falsch. Ich hatte zu dieser Zeit Gelegenheit, mit Polen sowohl aus Österreich wie aus Rußland zu sprechen, die eines Sinnes in der Erkenntnis waren, daß die Gewinnung einer nennenswerten polnischen Armee völlig ausgeschlossen war. Bis in die jüngste Zeit konnte ich es nicht glauben, daß die deutsche Regierung so mangelhaft unterrichtet war, die Bildung einer polnischen Armee zu erwarten, bis ich aus dem Buche General Ludendorffs erfuhr, daß tatsächlich die Erwartung, polnische militärische Hilfskräfte zu gewinnen, für die Errichtung des Königreiches entscheidend war. Ich erwähne dies nur aus dem Grunde, um zu zeigen, wie aussichtslos die Sache jedem erschien, der die Verhältnisse kannte. Die Ereignisse haben den Zweiflern recht gegeben. Eine polnische Armee hat Deutschland nicht gewonnen.

Zu diesen wirtschaftlichen Verschiedenheiten Russisch-Polens und Galiziens kam auch noch ein gesellschaftlicher Umstand. Zwischen diesen beiden polnischen Gebieten bestand nur ein geringer gesellschaftlicher Verkehr. Trotz der russischen Herrschaft war das eigentliche kulturelle polnische Zentrum Warschau. Das Warschauer Polnisch galt als die klassische elegante polnische Sprache, während das in Galizien gesprochene Polnisch als

minderwertig angesehen wurde. Wie fremd Russisch-Polen den österreichischen Polen war, beweist das Unbehagen, das österreichische Beamte polnischer Nationalität, die der neuen polnischen Regierung zur Verfügung gestellt wurden, empfanden. Eine Reihe solcher zugeteilter Herren versicherten mir, daß sie sich in Warschau vollkommen fremd fühlen, keinen gesellschaftlichen Anschluß fänden und am liebsten wieder nach Wien zurückkehrten.

Alle diese Umstände brachten es mit sich, daß es vor dem Kriege eine auf die Vereinigung aller Polen gerichtete Bewegung in Österreich nicht gab. Das Wiedererstehen Polens war ein Ideal, das in der Poesie lebte, aber an die Möglichkeit seiner Verwirklichung in absehbarer Zeit dachte ernstlich niemand. Erst der Krieg zwang auch die österreichischen Polen, über die Frage nachzudenken, was denn mit ihnen geschehen soll, wenn die Monarchie in Trümmer ginge. Erst jetzt erwachte eine Irredenta. Nicht wenig trug dazu auch das Verhalten der österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen in Galizien bei, die stellenweise dort wie in Feindesland hausten. Insbesondere waren es die ungarischen Honvedtruppen, die der Schrecken des Landes waren. Über sie machte ein Geschichtchen die Runde, das zwar in der Bukowina spielt, das ich aber, weil bezüglich des Verhaltens der Truppen in Galizien die gleichen Verhältnisse herrschten, erwähnen will.

Nach der Wiedereroberung der Bukowina soll der Landespräsident der Bukowina im Lande umhergereist sein, um die Schäden, die durch den Russeneinbruch herbeigeführt worden waren, zu besehen. Auf einer solchen Fahrt soll er einen Bukowiner Bauer gefragt haben, wie es ihm während der russischen Besetzung ergangen sei. Der Bauer soll geantwortet haben: im großen und ganzen waren die russischen Truppen ganz

anständig. Freilich manchmal hat einer oder der andere gestohlen oder geraubt, hier und da auch sonst eine Gewalttat verübt, aber es war nicht so arg. Nur als dann der Zar bös geworden war und die Honveds geschickt hat, da war es fürchterlich.

Der Bauer hatte die raubenden und sengenden Honveds für feindliche Truppen gehalten. Wenn die Geschichte vielleicht auch nicht wahr ist, jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß sie wahr sein kann.

Ich war im Jahre 1917 in Lemberg gerade zu der Zeit, als dort große deutsche Truppenmassen standen. Lemberg machte den Eindruck einer von den Deutschen eroberten Stadt. Was ich von Einheimischen über das Verhalten der deutschen Truppen hörte, war keineswegs schmeichelhaft. Unaufhörlich wurde demgegenüber auf das Benehmen der russischen Truppen hingewiesen. Ich bin nicht in der Lage, die Richtigkeit aller der Schilderungen zu überprüfen, aber auffallend war, daß ich überall vom Kellner im Hotel bis in die obersten Gesellschaftsschichten das gleiche Urteil hörte. Hierzu möchte ich noch bemerken, daß ich nicht als zufälliger fremder Reisender zum erstenmal nach Lemberg kam, sondern die Stadt, in der ich Jahre zurückreichende gesellschaftliche Beziehungen hatte, als alter Bekannter betrat. Als Österreicher und Deutscher war ich entsetzt über die Fehler, die von unserer wie von deutscher Seite in Galizien begangen worden waren und die mit dazu beigetragen haben, die anfängliche Begeisterung für den Krieg gegen Rußland abzukühlen. Während des Krieges führten mich Dienstpflichten fast allmonatlich nach Galizien. Ich hatte Gelegenheit, die Entwicklung der Dinge an Ort und Stelle zu sehen und den Machtrausch zu beobachten, von dem die Soldateska erfaßt war. Ich begreife den Unwillen des mit einem Truppentransport auf einer galizischen Bahnstation eintreffenden militärischen Kommandanten,

wenn er sich mit dem nur polnisch sprechenden Stationsbeamten nicht verständigen kann. Aber, wenn sich seine Wut gegen diesen Beamten kehrt, ist sie an die falsche Adresse gerichtet. Galizien hatte eine vollständig polnische innere Verwaltung. Jetzt im Kriege fuhr man auf einmal mit der gepanzerten Faust drein und wollte die Schraube der Entwicklung mit einem Ruck zurückdrehen. Das war ein vergebliches Beginnen. Dazu kamen noch die rauhen Umgangsformen der neuen Ankömmlinge. Der Pole, und zwar bis in die untersten Schichten, ist von einer tadellosen Höflichkeit. Jeder Schaffner auf den galizischen Bahnen entwickelt eine Eleganz im Benehmen, um die ihn mancher deutsche Aristokrat beneiden könnte. Insbesondere Damen gegenüber sticht das Benehmen des Polen wohltuend gegenüber dem einerseits frechen, blasierten und saloppen, andererseits wieder befangenen Benehmen ab, wie es in manchen Großstädten Damen gegenüber üblich geworden ist. Vollkommen falsch ist die vielfach herrschende Ansicht, die polnische Liebenswürdigkeit einfach als Falschheit zu bezeichnen. Die dem Deutschen ganz unverständliche übertriebene Höflichkeit des Polen ist eine bis in die untersten Schichten reichende allgemeine Sitte. Der Deutsche, dem solche Liebenswürdigkeit entgegengebracht wird, glaubt nun, daß sie der Ausdruck tiefster und treuester Freundschaft ist und empfindet es als herbe Enttäuschung, wenn er bemerkt, daß die erwartete Freundschaft ausbleibt. Dann spricht er von polnischer Falschheit. Ganz mit Unrecht. Denn die an den Tag gelegte polnische Höflichkeit ist allgemeine gesellschaftliche Verkehrsform, bei der sich niemand, weder der Spender, noch der Empfänger, etwas besonderes denkt, gleich wie damit, daß ich einen Brief mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung schließe, noch keineswegs gesagt sein soll, daß ich vor dem Adressaten wirklich besondere Hochachtung empfinde.

Die Schuld an der Enttäuschung trägt der Fremde, der nicht verlangen kann, daß sich das Land nach ihm richte, sondern dessen Pflicht es ist, sich mit den Sitten des Landes abzufinden. Aus der Verschiedenheit der fremden Sitten gegenüber den eigenen Werturteile abzuleiten, ist eine Anmaßung, deren Folgen dann eben getragen werden müssen. Ich kann, trotzdem ich deutscher Österreicher bin, aus eigener Erfahrung nur sagen, daß ich während jahrelanger Beziehungen mit polnischen Kreisen dort nicht mehr Falschheit gefunden habe, als unter anderen Völkern, andererseits aber das tadellose Benehmen in gesellschaftlichem Verkehre als wohltuenden Gegensatz empfunden habe.

Es bedarf keiner besonderen Phantasie, um sich den Eindruck vorstellen zu können, den auf ein solches Volk einziehende österreichisch-ungarische und deutsche Heeresmassen gemacht haben. Was an Sympathie für die Mittelmächte vorhanden war — und es war kein geringes Kapital —, war bald wie weggeblasen. Es hat heute keinen Zweck mehr, sich über die militärischen Übergriffe zu verbreiten, die in Galizien an der Tagesordnung waren, aber die Bemerkung kann ich nicht unterdrücken, daß das, was ich mit eigenen Augen gesehen habe, mir genügt, um den Stimmungsumschwung begreiflich zu finden.

Die geschilderte Lage der Polen in Österreich vor dem Kriege war die Ursache, daß die polnischen Interessen in keinem wesentlichen Gegensatze zum Staate standen. Dieser Zustand verhinderte das Wiedererwachen des alten Selbständigkeitsgedankens und war die Ursache ihrer im allgemeinen staatserhaltenden Politik. Dadurch gewannen sie eine ganz andere politische Stellung als die übrigen slawischen Nationen in Österreich, die nicht ohne Einfluß auf ihr Verhältnis zu diesen Nationen war. Wenn auch oft von gemeinsamen slawischen Interessen und der Solidarität aller Slawen gesprochen wurde, der panslawistische Gedanke

vermochte unter den Polen nicht festen Fuß zu fassen. Dazu kamen noch die wachsenden Schwierigkeiten, die den Polen aus dem Zusammenleben mit den Ruthenen oder, wie sie sich in neuerer Zeit nennen, den Ukrainern erwuchsen. Die Ruthenen waren den Polen von den österreichischen Regierungen einfach ausgeliefert worden. Hier standen die Polen als die kulturell und wirtschaftlich stärkeren, vor demselben Probleme, wie die Deutschen in Österreich und die Magyaren in Ungarn. Die Gewaltmittel der Polen gegen die Ruthenen versagten mit dem kulturellen Aufsteigen der Ruthenen immer mehr. Wie das Problem zu lösen gewesen wäre, ist jetzt, da der Ausgang des Krieges die Lage ganz verschoben hat, eine überflüssige Betrachtung. Nur soviel sei hervorgehoben, daß der Kampf zwischen Polen und Ruthenen nicht unbedeutend zur Schwächung der Monarchie beigetragen hat. Hier war der Punkt, wo die russische panslawistische Propaganda im Osten Österreichs mit besonderer Intensität eingesetzt hat, deren Folgen unsere Truppen am eigenen Leibe während der Kämpfe in Ostgalizien zu spüren bekamen.

Die geschilderte polnische Politik war so etwas wie eine Art österreichischer Staatsgedanke, aber nur in einer verkümmerten Form. Wenn auch diese Politik in gewisser Beziehung eine staatserhaltende Richtung nahm, so war sie doch eine zu einseitige, polnischen Interessen dienende Politik. Den großen österreichischen Problemen standen die Polen teilnahmslos gegenüber. Sie nahmen die vorhandene Monarchie als eine gegebene Tatsache hin und suchten sich in ihrem Rahmen in Galizien möglichst gut einzurichten. Hierbei vergaßen sie aber, daß ihre Lage in Österreich nur solange unverändert bleiben konnte, als Österreich und die Monarchie erhalten bleiben. Hierbei entwickelten die Polen — im Gegensatze zu ihrem sonstigen politischen

Verhalten — eine merkwürdige Kurzsichtigkeit. Ihr Blick war gleichsam nur auf den Osten eingestellt. Was im Westen und Süden sich abspielte, schien außerhalb ihres Gesichtsfeldes zu liegen. Die Kräfte, die an der Zerstörung des Gebäudes arbeiteten, in dem auch die Polen wohnten, hätten vernünftigerweise ihnen nicht gleichgültig sein dürfen und mindestens die Überlegung anregen müssen, welche Gestalt die polnische Politik für den Fall anzunehmen haben würde, wenn das Gebäude zusammenstürzt. Sie begnügten sich damit, den nationalen Bestrebungen der übrigen slawischen Nationen in der Monarchie gewisse Sympathien zu bezeugen, die aber über gelegentliche Kundgebungen nicht hinausgingen. Verbanden sich die Polen, was öfters vorkam, im politischen Kampfe mit anderen slawischen Parteien, so geschah dies stets nur vom Standpunkte der gerade gegebenen Lage der polnisch-galizischen Politik, nicht im Hinblick auf die großen der Lösung harrenden Probleme der Monarchie. Eine kluge weitschauende polnische Politik hätte sich rechtzeitig darüber klar werden müssen, welche Stellung zum Grundproblem der Monarchie die polnischen Interessen geboten erscheinen lassen. Diese Fragestellung hätte von selbst zur Entscheidung geführt, für die es nur zwei Möglichkeiten gab: Umgestaltung der Monarchie im Sinne des im Abschnitt III entwickelten Staatsgedankens oder Loslösung von der Monarchie und Vereinigung mit den außerhalb Österreichs wohnenden Volksgenossen. Die eine Lösung hätte zum Neuaufbau der Monarchie, die andere zu ihrem Untergange geführt. Welchen Weg auch immer man einschlagen wollte, man hätte sich bewußt sein müssen, daß man an einem Scheideweg steht. Da die Polen zu der grundsätzlichen Lebensfrage der Monarchie nicht Stellung genommen haben, haben auch sie keinen Staatsgedanken entwickelt. Dies führte dazu, daß auch ihre führenden

Männer sich in der Arbeit für die Sonderinteressen Galiziens erschöpften und für die Gesamtpolitik der Monarchie eigentlich unfruchtbar blieben. Die weitere Folge dieses Verhaltens war, daß die polnische Politik vom Kriege überrascht wurde und jene Unentschlossenheit zeigte, wie wir sie während des Krieges beobachten konnten.

Ganz andere Wege ging die Politik des tschechischen Volkes. Die Verschiedenheit in der Entwicklung gegenüber den Polen ist schon dadurch bedingt, daß die Tschechen mit den an Zahl zwar schwächeren, kulturell und wirtschaftlich jedoch weitaus stärkeren Deutschen in demselben Lande zusammen wohnten, während die Polen nur mit den in jeder Beziehung schwächeren Ruthenen zu rechnen hatten.

Es gab Zeiten, wo es den Anschein hatte, als würden die Tschechen im deutschen Volke aufgehen. Die Schlacht am weißen Berge (1620) hatte den Kampf, den Böhmen um seine Selbständigkeit mit den Habsburgern führte, zugunsten dieses Hauses entschieden. Das Haus Habsburg begnügte sich aber nicht damit, den Gegner überwunden zu haben. Für alle Zukunft sollte ihm die Möglichkeit benommen werden, sich gegen seinen Herrn zu erheben. Eine Schreckensherrschaft setzte ein, die, verbunden mit den Verwüstungen des dreißigjährigen Krieges, die Bevölkerung Böhmens von vier Millionen auf eine Million herabdrückte. Der einheimische Adel, die Quelle des Widerstandes, wurde vernichtet, sein Besitz eingezogen und an habsburgische Anhänger verteilt. Mit Feuer und Schwert wurde der Protestantismus ausgerottet. Das tschechische Volk, seiner geistigen Führer beraubt, wurde zu einer Nation von Bauern und kleinen Handwerkern. Die tschechische nationale Literatur und Kultur war zerstört.

Mit dem wiedereinsetzenden wirtschaftlichen Aufstieg des

Landes entwickelte sich auch das kulturelle Leben. Aber diese Kultur war deutsch, denn der neue Adel, die neue Verwaltung, die neue Wissenschaft und Kunst waren deutsch. Das nur aus kleinen Leuten bestehende tschechische Volk hatte nicht mehr die Kraft, eine nationale Kultur hervorzubringen, noch weniger aber, dem Eindringen der übermächtigen deutschen Kultur Widerstand entgegen zu setzen. Höhere Gesittung war nur auf dem Wege über die deutsche Kultur erreichbar. Was vom tschechischen Volke in höhere geistige Schichten emporstieg, wurde germanisiert. Daher die vielen seit Generationen deutschen Familien mit tschechischen Namen. Ihre Zahl ist so groß, daß heute in Böhmen der Name über die Nationalität seines Trägers nichts aussagt. Die tschechische Nation schien tot und das Ziel der Habsburger erreicht.

Aber es war eine Täuschung. Die nationalen Kräfte des tschechischen Volkes waren nicht tot, sie schlummerten nur unter der Decke der deutschen Kultur.

Um die Wende des 18. Jahrhunderts fing es an, sich zu regen und jene Erscheinung trat ein, von der ich früher gesprochen habe, jenes rätselhafte Erwachen totgeglaubter Völker. Es begann mit dem Interesse kulturell emporgestiegener Tschechen — sogar auch Deutscher — für die Reste der untergegangenen tschechischen Literatur und die nationale Eigenart des tschechischen Volkes. Merkwürdigerweise kamen die ersten Anregungen von dem durch die magyarische Einwanderung abgetrennten Teil des tschechischen Volkes, von den Slowaken. Jan Kollar, der erste neuere tschechische Dichter, K. Šafařik, der erste neuere tschechische Literatur- und Sprachenforscher, waren Slowaken. Die Versuche, die das Erwachen des tschechischen Nationalgefühls erklären wollen, können hier, als für unsere Untersuchung nicht entscheidend, übergangen werden. Sie scheinen mir übrigens

an Äußerlichkeiten zu kleben, oder richtiger ausgedrückt, an Erscheinungen als Ursachen anzuknüpfen, die selbst schon Folgeerscheinungen, nicht Ursachen sind.

Mit dem Erwachen des tschechischen Nationalgefühles war die Axt an die deutsche Vorherrschaft in Böhmen gelegt. Es war das Verhängnis der Deutschen, daß sie diese Erscheinung und ihre Entwicklungsmöglichkeiten nicht rechtzeitig erkannt haben. Nicht in dem Sinne, als hätte das rechtzeitige Erkennen die Möglichkeit zur Unterdrückung gegeben. Erwachende nationale Kräfte werden, wenn man die blutigen Ausrottungsmethoden der Zeit nach der Schlacht am Weißen Berge verabscheut, durch äußeren Druck nicht gebrochen, sondern nur gestärkt. Aber in dem Sinne, daß das Erkennen die politische Stellungnahme zu dieser Erscheinung bestimmt und damit das deutsche Volk vor schweren Schlägen bewahrt hätte.

Wie wenig vorausschend selbst deutsche Führer bis in die neuere Zeit waren, beweist der von meinem Großvater oft zitierte Ausspruch einer hervorragenden deutschen politischen Persönlichkeit in Prag aus den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Auf den Hinweis auf die den böhmischen Deutschen von den Tschechen drohenden Gefahren bemerkte diese Persönlichkeit lachend: Die Tschechen haben nur den Fehler, daß sie niemand ernst nimmt.

Den Mann, der in dem damals deutschen Prag so sprach, deckt längst die kühle Erde. Wer aber heute in Prag nicht ernst genommen wird, ist das deutsche Volk.

Nun setzte rastlose planmäßige tschechische Arbeit ein. Von besonderer Bedeutung war es, daß die tschechische nationale Bewegung eine ausgesprochen demokratische war. Darauf ist auch ihre außerordentlich werbende Kraft zurückzuführen, wie überhaupt der wahrhaft demokratische Geist, der das ganze tschechische

Volk erfüllt, einer seiner sympathischsten Züge ist. Er ist historisch erklärlich. Durch die Zerstörungsarbeit nach der Schlacht am weißen Berge war der Adel und die geistige Oberschichte des tschechischen Volkes vernichtet worden. Was nach dem Erwachen des Nationalbewußtseins seit dem Anfange des 19. Jahrhunderts geistig emporstieg, kam ausnahmslos aus dem Volke. Diese Männer hatten den Zusammenhang mit dem Volke nicht verloren, sie kannten sein Fühlen und Denken und seine Bedürfnisse und waren daher die richtigen Leute, das Volk für die neuen Ideen zu gewinnen. Das Volk wieder sah in ihnen sich selbst, nur in idealisierter Gestalt. Der tschechische Politiker, der unter sein Volk tritt, ist nicht, wie es bei den Deutschen sehr häufig der Fall ist, ein einer wirtschaftlich und sozial höheren Schichte entsprossener, dem Denken und Fühlen der unteren Schichten fremd gegenüber stehender Volksgenosse, sondern er ist ihr eigen Fleisch und Blut. Wohl hat die Politik die demokratischen Führer auch mit dem tschechischen Hochadel — der, deutscher Herkunft oder seit Jahrhunderten germanisiert, plötzlich sein tschechisches Herz entdeckt hatte — in Verbindung gebracht. Aber zu einem engeren dauernden Anschluß ist es nicht gekommen, denn sie wußten, daß es dem tschechischen Hochadel nicht um die kulturelle und politische Hebung des tschechischen Volkes zu tun war, sondern um die eigene politische und wirtschaftliche Macht, die er in einem selbständigen böhmischen Staate beanspruchen zu können glaubte. Die demokratischen Führer strebten die Wiederaufrichtung des tschechischen Volkes und den Anschluß an seine einstige Größe an, wie sie vor dem Kampfe der Habsburger mit dem widerspenstigen Böhmen bestanden hatte, aber nicht mehr in der Form der damaligen Adelsherrschaft, sondern im Geiste der Demokratie. Der Teil des böhmischen Hochadels, der sich der tschechischen

Bewegung angeschlossen hatte, tat dies jedoch nur, weil er die Wiederkehr des einstigen Ständestaates und damit, kraft seines enormen Güterbesitzes, die Herrschaft in Böhmen zu erringen hoffte. Wie begründet diese Auffassung ist, geht daraus hervor, daß einer der hervorragendsten hochadeligen böhmischen Persönlichkeiten — ob mit Recht oder Unrecht, ist als Zeichen der Verhältnisse gleichgültig —, allen Ernstes das Streben nach der böhmischen Königskrone nachgesagt wurde. Das Ergebnis war, daß der Anbiederung des tschechischen Hochadels vom tschechischen Volke mit kühler Zurückhaltung begegnet wurde und daß in der jungen tschecho-slowakischen Republik der tschechische Hochadel trotz seiner hervorragenden wirtschaftlichen Stellung — der böhmische Adel ist bekanntlich einer der reichsten — vollkommen beiseite geschoben ist.

Die tschechische Arbeit bestand zunächst darin, die Kultur des Volkes auf nationaler Grundlage zu heben. Für ein Volk der kleinen Leute, wie es die Tschechen noch am Anfange des 19. Jahrhunderts waren, war die Schaffung einer nationalen Intelligenzschichte eine unerläßliche Voraussetzung. Der Kampf um tschechische Bildungsmittel war die nächste Forderung der Zeit, sollte nicht auch fernerhin jeder emporsteigende Volksgenosse durch die deutsche Schule der Gefahr der Germanisierung ausgesetzt sein. Der tschechischen Volksschule folgten das tschechische Gymnasium und die tschechische Realschule. Die Forderung nach tschechischen Hochschulen war nur die selbstverständliche Konsequenz der erreichten tschechischen Mittelschule. 1869 war eine tschechische technische Hochschule in Prag, 1882 die tschechische Universität in Prag und 1899 die zweite technische Hochschule, und zwar in Brünn, errungen. Damit war die wichtigste Arbeit getan. Diese Hochschulen arbeiteten jetzt selbsttätig im Geiste der tschechischen Politik. Alljährlich lieferten

sie dem tschechischen Volke Beamte, Ärzte, Lehrer, Ingenieure usw., die ihren ganzen Bildungsgang bereits in tschechischer Sprache durchgemacht hatten. Da die tschechische Universität seit 37 Jahren besteht, gibt es bereits zwei Generationen rein tschechisch gebildeter Intellektuellen.

Hand in Hand damit ging die wirtschaftliche Arbeit. Die Tschechen waren im Vergleiche mit den böhmischen Deutschen eine vorwiegend agrarische Bevölkerung. Ein wirtschaftliches Emporkommen im Kampfe mit den Deutschen war nur durch Schaffung einer nationalen Industrie möglich. Landwirtschaftliche Industrien, wie Zuckerfabriken, Bierbrauereien, Branntweinbrennereien wurden auf genossenschaftlicher oder aktiengesellschaftlicher Grundlage geschaffen. Diese Gründungen erforderten Kapital und führten von selbst zur Schaffung nationaler Banken, die das Wirtschaftsleben neu befruchteten. Den rein landwirtschaftlichen Industrieunternehmungen folgten die mit der Landwirtschaft in engem Zusammenhange stehenden Produktionsstätten, wie Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen. Eine einmal entstandene Industrie greift von selbst weiter aus, um durch Einbeziehung immer weiterer Industrieformen die Produktion zu ergänzen und wirtschaftlicher zu gestalten. Textil-, Bergwerks-, und andere Unternehmungen wuchsen wie Pilze aus dem Boden.

So kam es — und das war das Ziel der tschechischen Bewegung —, daß die wirtschaftlichen Kräfte, die in der tschechischen agrarischen Bevölkerung lagen, nicht mehr wie früher in die deutsche, sondern in eine neugeschaffene tschechische nationale Wirtschaft einströmten, dort neue nationale Werte und neue nationale Kräfte erzeugend.

Die tschechische nationale Bewegung begnügte sich jedoch nicht mit der Schaffung eines nationalen Bildungswesens und

einer nationalen Wirtschaft. Gleichen Schritt mit der Entfaltung dieser Seiten des nationalen Lebens ging die Entwicklung tschechischer Wissenschaft und Kunst. Die neue nationale Universität wurde zur Pflanzstätte nationaler Wissenschaft. Wenn hier die Erfolge sich am langsamsten und im bescheidensten Maße einstellten, so ist das darauf zurückzuführen, daß eine nationale Wissenschaft sich nicht aus dem Boden stampfen läßt. Gerade hier fehlte dem tschechischen Volke — bei seiner Herkunft vollkommen begreiflich — jede Überlieferung, jede Anknüpfung an eine Vergangenheit. Hier blieb kein anderes Mittel übrig, als Wissenschaft aus dem nächstliegenden Kulturgebiete, dem deutschen, zu übernehmen, national zu verarbeiten und so erst eine Grundlage für eine nationale Wissenschaft zu schaffen. Ähnlich war es mit der Kunst, wobei hier immerhin — insbesondere bei der Musik — gewisse Verbindungsfäden zum Volke und seiner Vergangenheit liefen. Eigene Theater wurden geschaffen, die die tschechische darstellende Kunst pflegten. Auf dem Gebiete der bildenden Künste wurden junge Künstler tatkräftigst gefördert und ihnen die Möglichkeit gegeben, im Auslande — insbesondere in Paris — ihre höhere Ausbildung zu finden.

Auch der politische Gegner kann den Tschechen die Anerkennung nicht versagen für die Leistungen, die sie in kurzer Zeit vollbracht haben. Es wurde mit einer Intensität und Energie gearbeitet, auf die andere Nationen nur mit Neid blicken können. Das ganze Volk, vom jungen Studenten bis zum greisen Gelehrten, hat sich in den Dienst der Sache gestellt. Die Intensität nationaler Arbeit verdankt das tschechische Volk freilich zum großen Teil dem früher erwähnten Umstande, daß es ohne Jahrhunderte alte geistige Oberschichte an die Arbeit ging. Bei Völkern mit alter Kultur spielt sich der kulturelle Fortschritt nicht allein aus dem Grunde langsamer ab, weil eben nicht so

viel nachzuholen ist, wie bei einem kulturell jungen Volke, sondern auch deswegen, weil bei diesen Völkern sich bereits eine Oberschichte entwickelt hat, die seit Jahrhunderten im Besitze der Kulturgüter, den unteren Schichten des Volkes entfremdet, kein so starkes Bedürfnis mehr empfindet, das Volk als Ganzes vorwärts zu bringen. Bei den Tschechen war kulturelle Arbeit nicht allein eine Sache des persönlichen Vorteils, sondern, da sie selbst noch vor kurzem den Kulturgüter entbehrenden Schichten angehört hatten, eine Herzenssache. Während bei uns die akademische Jugend nur selten den Drang in sich verspürt, die erworbenen Kenntnisse ins Volk hinauszutragen und dadurch der Nation zu nützen, fühlte der tschechische Student, der aus eigener oder Familienerfahrung weiß, daß der Mangel an Wissen das stärkste Hemmnis im Lebenskampfe ist, sich als der Lehrer seines Volkes. Die gleiche Erscheinung konnte ich auch bei anderen slawischen Nationen der Monarchie — wie den Ruthenen und Südslawen — beobachten.

Dieser gewaltigen Bewegung in der tschechischen Nation standen die Deutschen in Böhmen lange Zeit achtlos gegenüber. Erst als sie ihre Folgen zu spüren begannen, sahen sie ein, daß sie zu dieser neuen Erscheinung Stellung nehmen müssen. Die früher meist den unteren Schichten angehörende, wenig gebildete und politisch schweigsame tschechische Bevölkerung fing, nunmehr kulturell gehoben, sich politisch zu regen an. In Berufe, die bisher fast ausschließlich den Deutschen zugänglich waren, weil höhere Bildung nur durch die deutsche Schule erreichbar war, drangen immer zahlreicher Angehörige des tschechischen Volkes ein. In dem Augenblick, wo der Kulturabstand zwischen Deutschen und Tschechen sich zu verringern begann, bekam die statische Zahl immer größeres Gewicht. Zwei Fünftel der Be-

völkerung Böhmens sind Deutsche, drei Fünftel Tschechen. Die Vorherrschaft der zwei Fünftel über die drei Fünftel war nur solange möglich, als diese Zahlendifferenz durch Kulturdifferenz ausgeglichen war. In dem Momente, wo die Kulturdifferenz die Zahlendifferenz nicht mehr auszugleichen vermochte, war die deutsche Vorherrschaft vernichtet.

So einfach diese Rechnung ist, die böhmischen Deutschen wußten lange Zeit nicht, daß von dieser Rechnung die Erhaltung ihrer Stellung abhing. Hier hätte es, da die kühlen Gesetze der Mathematik nicht aus der Welt zu schaffen sind, nur einen Ausweg gegeben, nämlich rechtzeitig, solange die Kulturdifferenz die Zahlendifferenz noch nicht allzu sehr beeinflußt hatte, eine Auseinandersetzung mit den Tschechen zu suchen und eine Abgrenzung des beiderseitigen Besitzstandes durchzuführen. Ein solcher Ausgleich wäre in den Anfängen der tschechischen Entwicklung leicht zu haben gewesen. Das Programm Franz Palackys, des größten tschechischen Historikers, vom Jahre 1849 schlägt die Teilung Österreichs in nationale Gliedstaaten vor. Danach sollte Deutschösterreich umfassen: Ober- und Niederösterreich, Salzburg, Vorarlberg, die deutschen Teile der Steiermark, Kärntens, Tirols, Böhmens, Mährens und Schlesiens, also jenes Gebiet, das heute das höchste — vorläufig unerreichbare — Ziel der Republik Österreich ist. Für Tschechisch-Österreich begnügte sich Palacky mit den slawischen Gebieten von Böhmen, Mähren und Schlesien und der ungarischen Slowakei. Nebenbei bemerkt: das tschechische Blatt, in dem das Programm erörtert war, wurde von der Regierung sofort eingestellt und Palacky unter Polizeiaufsicht gestellt.

Was eine Auseinandersetzung auf dieser Grundlage beim Zusammenbruche der Monarchie für das deutsche Volk bedeutet hätte, bedarf keiner besonderen Hervorhebung. Eine Zusam-

menfassung der deutschen Gebiete Österreichs in einer Verwaltungseinheit — etwa einem neuen Kronland, in dem die bisherigen Kronländer ihre innere Selbständigkeit hätten behalten können — vor sechzig Jahren hätte nicht allein die volle Erhaltung des Besitzes gegen die stetig vorschreitende slawische Flut gesichert, sondern sie hätte die Forderung der Tschechen nach den historischen Grenzen des alten Königreiches Böhmen überhaupt nicht entstehen lassen. Der mehr als sechzigjährige Bestand dieses Deutschösterreich hätte seine Grenzen zu historischen gemacht und kein Wilson und kein Clemenceau wäre auf den Gedanken verfallen, die rein deutschen Gebiete Deutschösterreichs der tschechoslowakischen Republik auszuliefern. Selbst wenn eine derartige Forderung beim Friedenskongresse von tschechischer Seite unter dem Hinweis auf die einstigen historischen Grenzen erhoben worden wäre, hätten die Deutschen sie mit der Antwort leicht entwurzeln können, daß diese Abgrenzung ja mit der Zustimmung des tschechischen Volkes selbst erfolgt ist. Damit wäre allen Phrasen von der gewaltsamen Germanisierung böhmischen Bodens selbst der Schein einer Berechtigung entzogen gewesen.

Es hat heute keinen Zweck, Dinge wegen, die nur mehr historisch betrachtet werden können, Vorwürfe zu erheben. Wenn ich hier von der verfehlten deutschen Politik in Böhmen spreche, so geschieht es um der historischen Wahrheit willen und in der Hoffnung, daß die traurige Erfahrung der Vergangenheit uns Lehrmeisterin für die Zukunft sein wird.

Die deutsche Politik in Böhmen hatte, als es noch Zeit war, nicht erfaßt, um was es ging. Bis zu einem gewissen Grade ist das begreiflich. Wir, die wir am Ende einer vorläufigen Entwicklung, gleichsam am Schlusse eines Geschichtskapitels, stehen und den Verlauf der Ereignisse nach rückwärts blickend

überschauen können, begreifen nur schwer, daß die Menschen, die mitten in den Ereignissen standen, nicht ebenso klar sahen wie wir. Aber täuschen wir uns nicht. Es gibt nichts schwereres, als in dem Durcheinander politischer Erscheinungen die Richtung der Entwicklung zu erkennen. Selbst die größten politischen Geister haben oft in einer den späteren Geschlechtern ganz unverständlichen Weise geirrt. Dazu kam noch ein psychologisches Moment. Die Deutschen waren an ihre Vormachtstellung, die nicht so sehr auf Macht als auf ihrem kulturellen Vorsprung beruhte, durch Jahrhunderte gewöhnt. Sie waren die ruhig Besitzenden und Genießenden. Eine solche Stellung gibt keinen Anlaß, an Kampf zu denken. Der tschechische Aufschwung kam, historisch betrachtet, mit ungeheurer Raschheit. Für die in dieser Zeit Lebenden aber kam er — vom Programme Palackys bis zur Errichtung der tschechischen Universität in Prag vergingen allein 33 Jahre — nicht von heute auf morgen. Für sie waren es Menschenalter. Mit ihren Augen gesehen, ging die Entwicklung in einem nur dem scharfen Auge bemerkbaren Übergange vor sich. Ich habe mit alten Leuten gesprochen, die noch zu der Zeit gelebt haben, wo die tschechische Nation noch kein in Betracht kommender politischer Faktor war und die nun sprachlos vor der Entwicklung standen. Am deutlichsten kommt einem das zu Bewußtsein, wenn ich erwähne, daß Prag, in dem schon seit Jahren kaum mehr ein deutsches Wort zu hören ist, in der Jünglingszeit meines Vaters eine deutsche Stadt war. Der politisch Besitzenden bemächtigt sich — eine Erscheinung, die wir häufig beobachten können — eine merkwürdige Psychologie. Sie glauben, es könne ihnen überhaupt nichts geschehen. Eher würde der Himmel einstürzen, als daß eine Verschiebung der Machtverhältnisse eintreten könnte. Das Trägheitsgesetz beherrscht eben auch die menschliche Seele. Als mein Vater in

den siebziger Jahren im deutschen Kasino in Prag — lange Zeit hindurch das Zentrum der deutschböhmischen Politik — die Forderung aussprach, die Deutschen sollten die tschechische Sprache gründlich lernen, weil die Kenntnis der Sprache des politischen Gegners, abgesehen von der leichteren politischen Verständigungsmöglichkeit, schon als politisches Kampfmittel von unschätzbarem Werte sei, wurde ihm Verrat am eigenen Volke vorgeworfen. Wenige Jahrzehnte später prangten in den deutschen Schulen Böhmens Plakate, in denen der deutsche Volksrat der deutschen Jugend die Erlernung der tschechischen Sprache als unbedingt notwendiges Kampfmittel dringend ans Herz legte.

So viele Milderungsgründe auch für die deutsche Politik in Böhmen geltend gemacht werden können, sie ändern an der rauhen Tatsache nichts, daß sie verfehlt war. Statt sich der geänderten Lage anzupassen und für das deutsche Volk zu retten, was noch zu retten war, kämpfte sie für die deutsche Vormachtstellung. Die Aussichten dieses Kampfes wurden von Tag zu Tag ungünstiger. Die Kraft der Tschechen wuchs mit ihrem kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt, während die Deutschen froh sein mußten, wenn ihre Kraft nicht abnahm. Je heftiger die tschechischen Vorstöße wurden, um so verbissener hielten die Deutschen an ihrer Stellung fest. Sie wichen nicht freiwillig, aber sie wurden Schritt für Schritt zurückgedrängt. Dieser Kampf entbehrte trotz der verfehlten Taktik nicht der Größe. Für den klarsehenden Deutschen war er gerade infolge seiner Hoffnungslosigkeit von erschütternder Tragik. Ich kenne kaum ein ergreifenderes Bild als den Kampf, den die Deutschen um Prag kämpften.

Das ehemals deutsche Prag wurde immer mehr zu einer tschechischen Stadt; nach der Volkszählung vom Jahre 1900 wies seine deutsche Einwohnerschaft nur mehr 9 Prozent der

Gesamtbevölkerung auf. Anfangs schüchtern, dann lauter wurde der Gedanke ausgesprochen, Prag aufzugeben und alle Kräfte auf eine Stadt Deutschböhmens — vielfach wurde an Reichenberg gedacht — als Metropole des böhmischen Deutschtums zu vereinigen. Aber dieser einzig richtige Gedanke drang nicht durch. Es hieß, man dürfe deutschen Besitz unter keinen Umständen aufgeben. Dieses Dogma war so fest gewurzelt, daß dagegen nicht aufzukommen war. Ich selbst erfuhr es an mir, als ich im Anfange des 20. Jahrhunderts in vertrautem Kreise für diesen Gedanken eintrat, wie vergeblich solches Beginnen war. Ich wurde tschechischer Sympathien geziehen und mein Deutschtum in Zweifel gezogen. Wenn die Männer, die so sprachen, diese Zeilen lesen sollten, werden sie wahrscheinlich einsehen, wie falsch sie damals geurteilt haben. Das schwerste Hindernis gegen eine Wendung der deutschböhmischen Politik zur Klugheit war diese Methode. Jeder, der nicht vorbehaltlos der offiziellen deutschböhmischen Politik zustimmte, wurde als Verräter am Deutschtum angesehen. Keine Gründe fanden mehr ein Ohr; in Leidenschaft und Erregung ging jede Logik unter. Damit war einem auch der Mund geschlossen. Denn schließlich ist es nicht jedermanns Sache, von seinen eigenen Volksgenossen sich als Verräter behandeln zu lassen. Dadurch war jede zeitgemäße Erneuerung und Anpassung der deutschen Politik unmöglich gemacht. Für den Einsichtigen blieb keine andere Wahl, als resigniert zuzusehen, wie die Dinge ihren Lauf nahmen. Dazu kam, daß es geradezu ein Grundsatz der führenden deutschen Kreise war, junge politische Kräfte überhaupt nicht aufkommen zu lassen. Die Jugend, die bereits unter anderen Verhältnissen aufgewachsen war, die nicht mehr unter der deutschen Vorherrschaft gelebt hatte, hatte einen viel besseren Blick für die Wirklichkeit. Aber sie kam nicht zu Worte.

Mit jedem Tag schrumpfte die deutsche Schar in Prag zusammen. Wohl war ihre Bedeutung eine über ihre Zahl hinausgehende, denn die Prager Deutschen bestanden, da es ein deutsches Volk nicht mehr gab, ausschließlich aus einer geistigen und wirtschaftlichen Oberschichte. Beweis dafür, daß sie zwei deutsche Theater in Prag zu erhalten vermochten. Aber das änderte nichts an der Hoffnungslosigkeit ihrer Lage. Ohne deutsches Hinterland, inmitten der slawischen Flut, wurden sie zu ein'er von Tag zu Tag kleiner werdenden deutschen Insel. Je hoffnungsloser ihre Lage war, desto enger schlossen sie sich aneinander und desto mehr von der Außenwelt ab. Es entstand ein Bild, das, wenn es nicht traurig gewesen wäre, komisch gewirkt hätte. Die Deutschen in Prag schlossen sich grundsätzlich von ihrer tschechischen Umgebung ab. Die Trennung war eine so scharfe, daß selbst ein persönlicher Verkehr zwischen Deutschen und Tschechen vollkommen ausgeschlossen war. Ich habe während der vielen Jahre, in denen ich alljährlich längere Zeit in Prag verbrachte, wo Familien- und Freundschaftsbeziehungen mich mit den deutschen Kreisen verband, in deutscher Gesellschaft selbstverständlich nie einen Tschechen getroffen. Als ich einmal die Absicht aussprach, eine Vorstellung in der tschechischen Oper zu besuchen, die als ausgezeichnet galt, wurde ich geradezu niedergeschrien. Eine mit mir verwandte Dame erklärte mir geradezu: „Wenn Du das tust, dann darfst Du mein Haus nicht mehr betreten." Ich ging natürlich jetzt erst recht in die tschechische Oper, aber — ich gestehe meine Schwäche ein — ohne jemanden davon etwas zu sagen. Wenn meine Tat bekannt geworden wäre, wäre ich aus meiner eigenen Familie ausgestoßen worden. Erst in den letzten Jahren vor dem Kriege fingen auch die Deutschen langsam an, tschechische Theater zu besuchen und von ihren tschechischen Mitbürgern Notiz zu nehmen. Bis dahin

aber herrschte vollständige Trennung. Es gab deutsche Bälle, deutsche Konzerte, deutsche Tennisturniere, kurz man lebte in Prag wie in einer deutschen Stadt. Nur wenn man auf die Straße ging, merkte man, daß man eigentlich in einer tschechischen Stadt war. Man konnte es zuwege bringen, in Prag jahrelang zu leben, ohne ein tschechisches Wort zu sprechen. Ich habe Leute gekannt, die in Prag geboren waren, dort alt geworden waren, ohne mehr als die notwendigsten Brocken tschechisch sprechen zu können.

Infolge dieser Abschließung entging es aber den Deutschen, daß neben ihnen sich ein großstädtisches Leben entwickelt hatte, daß sich seinerseits um sie nicht kümmerte. Mich, der ich aus der Fremde kam und in anderen Ländern und unter anderen Völkern gelebt hatte, mutete es eigenartig an, wenn ich bei irgendeinem Tagesereignis in der deutschen Gesellschaft oft die Worte hörte: Ganz Prag spricht davon. Dieses „ganz Prag" waren die 9 Prozent Deutschen. Die 91 anderen Prozent wußten nichts davon. So wurde das deutsche Prag mit der Zeit zu einer ganz eigenartigen Kleinstadt. Ich habe es eine Kleinstadt mit vielen Häusern genannt. Alle typischen Eigenschaften des Kleinstädters, das Aufbauschen alltäglicher Nichtigkeiten zu welterschütternden Ereignissen, der übliche Klatsch, waren an der Tagesordnung. Einer kannte den anderen. Wenn ein Jüngling der sogenannten jeunesse d'oré eine neuartige Weste erfand und drei andere Jünglinge sie nachahmten, hieß es, der junge Held habe „in Prag" eine neue Mode „kreiert". Diese kleine Gesellschaft kam mir vor, wie Menschen in einer belagerten Festung. Die Folge dieses Zustandes war teils eine politische Inzucht, die jeden neuen politischen Gedanken unmöglich machte, teils eine verbitterte Resignation, die sich in dem Schmerz über das erlittene Unrecht ein-

spann. Dazu kam, daß die Tschechen den Kampf gegen die Prager Deutschen nicht gerade mit sanften Mitteln führten. Ich habe Zeiten in Prag mitgemacht, die auch den vorurteilsfreien Beobachter an der Kulturfähigkeit des tschechischen Volkes zweifeln ließen. Ich sah, wie deutschen Studenten die Kappen von den Köpfen heruntergeschlagen, wie sie von der Menge angespien wurden. Im deutschen Hause machte ich eine regelrechte Belagerung mit. Die Menge versuchte das Haus zu stürmen. Ein Steinregen prasselte gegen die Fenster. Ich sehe einen Studenten noch vor mir, der blutüberströmt ins Haus gebracht und dort von einem Arzt verbunden wurde. Eine Verwandte von mir, die mit ihrer Tochter über die Straße ging, wurde, weil sie deutsch sprach, von einem — seiner Kleidung nach übrigens den besseren Ständen angehörenden — Herrn mit den Worten „ein deutsches Schwein hat nicht auf dem Trottoir zu gehen", auf den Fahrdamm heruntergestoßen. Daß im neuen deutschen Theater sämtliche Fensterscheiben eingeschlagen wurden, war ein häufiges Ereignis. Als Zeichen des Protestes wurden die Scheiben nicht gleich erneuert, sondern nur mit Papierstreifen verklebt und boten so ein trauriges stummes Wahrzeichen nationaler Leidenschaften.

Es würde zu weit führen, alle die großen und kleinen Schikanen anzuführen, mit denen die Deutschen in Prag gequält wurden. Diese Methoden des politischen Kampfes sind ein dunkler Fleck in der Geschichte des tschechischen Aufschwunges. Für sie kann nicht einmal ein plötzliches unvermutetes Aufwallen der Volksseele als Milderungsgrund geltend gemacht werden. Das kleine Häuflein der Deutschen Prags waren schon seit Jahrzehnten für die Tschechen kein in Betracht kommender politischer Gegner mehr. Die Krawalle gegen die Deutschen waren

— das sah man deutlich — meist planmäßige Veranstaltungen. Ich hatte Gelegenheit zu beobachten, wie die Arrangeure unter dem aufgestachelten Großstadtpöbel umhergingen und ihre Befehle erteilten. Es war planmäßige Ausrottungspolitik. Ich zweifle nicht, daß viele einsichtige Männer unter den tschechischen Führern dieser Taten nur mit Scham gedenken können. Aber ihre Auffassung war nicht die maßgebende. Die Tschechen vergaßen hiebei, daß sie sich derselben Methoden bedienten, die man nach der Schlacht am Weißen Berge gegen sie angewendet hatte, und daß sie damit das gleiche Unrecht begingen, das ihnen widerfahren war, nur mit dem Unterschiede, daß wir nicht mehr im 17., sondern im 20. Jahrhundert leben (nach den Erlebnissen dieses scheußlichen Krieges freilich ein etwas mangelhafter Hinweis). Das wichtigste aber, was sie dabei vergaßen, war die Erfahrung, daß diese Methoden, wenn sie nicht wirklich bis zum Totschlagen von Mann, Weib und Kind gehen, den Zweck nicht erreichen. Das sollten die Tschechen, deren nationale Lebensfähigkeit auch die Greuel nach 1620 nicht zu vernichten vermochten, am besten wissen.

Mit ihrer wachsenden Macht wurde die tschechische Politik immer begehrlicher. Palackys Programm wurde aufgegeben und an seine Stelle trat das staatsrechtliche Programm, die Forderung nach der Wiederherstellung des einstigen Königreiches Böhmen mit Mähren und Schlesien, das immer mehr Anhänger im tschechischen Volke und infolge des Krieges als tschechoslowakische Republik im Friedensvertrage von Saint Germain eine ungeahnt rasche Erfüllung fand.

Bei dem staatsrechtlichen Programm schwebte den Tschechen Ungarn als Beispiel vor. Nicht mit Unrecht wurde darauf hingewiesen, daß die tschechischen Forderungen sich von den ungarischen nur dadurch unterschieden, daß die ungarische Revolution

— wenn auch nicht aus eigener Kraft — schließlich zum Siege geführt hatte, die tschechische aber mit der Schlacht am Weißen Berge niedergeworfen wurde. Aber gerade dieses Beispiel hätte sie stutzig machen sollen. Das tschechische staatsrechtliche Programm ist genau so ein Anachronismus, wie es der durch den Dualismus geschaffene ungarische Staat war, denn es verschiebt Völker „wie Steine in einem Spiele". Die Zeiten, wo dies dauernd möglich war, sind vorüber, trotz des gegenwärtigen Rückschlages. Der junge tschechische Staat ist dadurch in einen inneren Zwiespalt geraten, daß er den Deutschösterreichern gegenüber an dem veralteten Grundsatz der historischen Grenzen festhält, Ungarn gegenüber aber das Selbstbestimmungsrecht der Völker vertritt. Die Umkehrung dieses Satzes wäre genau so berechtigt. Wenn es der tschechoslowakischen Republik nicht gelingt — und vorläufig hat es nicht den Anschein —, ihren Deutschen den Aufenthalt in dem neuen Staate so überaus angenehm zu gestalten, daß sie mit Herz und Hirn an ihm festhalten, dann wird sie genau so untergehen, wie das Ungarn der Monarchie, denn mit Gewalt und Grundsätzen mit doppeltem Boden kann nichts Großes dauernd geschaffen werden. Die Forderung nach Moral im Völkerleben ist kein weltfremder Idealismus, sondern Streben nach innerem Gleichgewicht. Auch die Moral hat ihre statischen Gesetze. Man kann sie, wie ein mechanisches Gleichgewichtssystem, stören und scheinbar das physikalisch Unmögliche möglich machen. Aber ebenso, wie ein Pendel nicht dauernd außerhalb seiner Ruhelage erhalten werden kann, kann auch ein gestörtes Kräftesystem nicht dauernd in gestörtem Zustande bleiben. Alles schwingt und drängt zurück und sucht nach Gleichgewicht und erreicht es schließlich. Vorübergehend — dem kurzen Menschenleben mag der Schein der Dauer vorgetäuscht werden — haben die Amoralischen, die Realpolitiker, wie sie sich gern

nennen, recht. Die Zukunft aber gibt uns recht; die Utopie von heute ist die Wirklichkeit von morgen.

Die geschilderte Entwicklung des tschechischen Volkes im 20. Jahrhundert führte zu einem eigenen tschechischen Staatsgedanken, der mit der Monarchie nichts mehr gemein hatte. Äußerlich wurde zwar immer noch ein gewisser Schein gewahrt, als sei der tschechische Staatsgedanke im Rahmen der Monarchie erfüllbar, aber innerlich waren die Tschechen bereits vor dem Kriege für Österreich verloren. Den österreichischen Regierungen entging diese Tatsache freilich. Selbst im Kriege gab man sich noch Illusionen hin. Sie werden teilweise entschuldigt durch manche Erscheinungen, die geeignet waren, den Beobachter zu täuschen. Wenn nach der Kriegserklärung in den Straßen Prags Deutschen und Tschechen gemeinsam die Wacht am Rhein sangen und der tschechische Bürgermeister vor dem Rathause eine deutsche Rede hielt, in der er Kaiser Wilhelm und die deutsch-tschechische Verbrüderung hochleben ließ — ein Verhalten, an das sich das tschechische Volk wohl heute nicht gern erinnern wird — so kann man das Mißverstehen der tschechischen Stimmung bis zu einem gewissen Grade begreiflich finden. Noch im Jahre 1916 wußte man an maßgebenden Stellen nicht mit voller Klarheit, daß man mit dem tschechischen Volke als Feind zu rechnen hatte. Manche Ereignisse, die wohl schon damals zu denken gegeben haben, wurden als Handlungen einzelner Verführter angesehen, die man keineswegs als Ausdruck der Stimmung des Volkes ansehen dürfe. Ich hielt mich im Sommer 1916 einige Tage in einer tschechischen Gegend Böhmens auf. Die wenigen Tage genügten, um die eingetretene Veränderung zu sehen. Dem oberflächlichen Beobachter fiel vielleicht nichts Besonderes auf. Wer aber tiefer zu blicken versteht, der sah, daß er in einem Lande war, das innerlich bereits vollkommen von

Österreich abgefallen und zum Feinde übergegangen war. Ich schilderte meine Eindrücke einem Mitgliede des damaligen Kabinetts. Er hörte mir ironisch lächelnd zu und behandelte mich wie einen Mann, der bei hellem Tage Gespenster zu sehen glaubt. Die späteren Ereignisse, wie das Übergehen tschechischer Truppen zum Feinde, schafften dann die gewünschte Klarheit.

Bei den Südslawen waren Ansätze zu einem österreichischen Staatsgedanken vorhanden, aber sie wurden von den österreichischen Regierungen nicht entwickelt und so wurden die, die die stärksten Stützen der Monarchie hätten werden können, zu ihren erbittertsten Feinden.

Das südslawische Problem ist das für den Fremden am schwersten zu verstehende der nationalen Probleme der Monarchie. Das hat seinen Grund vor allem darin, daß die von den Südslawen bewohnten Länder der Monarchie wegen ihrer Lage und den mangelnden Verkehrsmitteln nur sehr spärlich vom reisenden Publikum besucht wurden. Erst in den letzten Jahren vor dem Kriege hat wenigstens, aber auch nur in bescheidenem Umfange, eines der südslawischen Länder — Dalmatien — angefangen, ein internationales Reiseziel zu werden. Aber auch hier empfing der Reisende nur zu leicht ein falsches Bild. Die dalmatinischen Städte — nur dorthin kamen die Reisenden — zeigen als alte italienische Niederlassungen in ihrem baulichen Charakter vollkommen italienischen Stil. Manche von diesen Städten sind auch heute von einer italienischen Bevölkerung bewohnt, andere wieder sind fast vollständig slawisch. So wird der Fremde schon über den nationalen Charakter dieser Städte in die Irre geführt. Wenn jemand mit zugehaltenen Ohren durch die Straßen Ragusas geht, ohne zu wissen, wo er ist, so wird er darauf schwören, in einer italienischen Stadt zu sein. Und doch

ist die Bevölkerung Ragusas fast ganz kroatisch. Wenn nun jemand glaubt, von den dalmatinischen Städten auf das Land schließen zu dürfen, so geht er abermals vollkommen fehl, denn das Land ist nicht etwa italienisch-südslawisch gemischt, sondern rein kroatisch.

Bezüglich Dalmatiens hat sich Österreich übrigens schwere Versäumnisse zuschulden kommen lassen. Dalmatien hätte wegen seiner Naturschönheit und seiner der Allgemeinheit fast ganz unbekannten architektonischen Kunstschätze schon längst ein internationales Reiseziel sein können. Der Fall wird wohl einzig dastehen, daß die Hauptstadt eines Landes nicht einmal eine Eisenbahnverbindung mit dem Reiche hat, dem das Land angehört. Nach Zara konnte man nur zur See oder zu Land mit dem Wagen kommen. Die zwei Bahnen, die nach Dalmatien führten, kamen aus Bosnien und der Herzegowina ins Land und mündeten in Sebenico und bei Ragusa. Ein Reisender, der aus Westeuropa mit der Bahn nach Dalmatien wollte, mußte über Ungarn oder Kroatien und die bosnisch-herzegowinische Schmalspurbahn tagelange Reisen unternehmen. Eine Küstenbahnlinie, die die Orte des schmalen langgestreckten Landes untereinander verbunden hätte, gab es nicht. Ein großer Teil der Schuld an der verkehrspolitischen Vernachlässigung Dalmatiens trifft Ungarn. Eine Bahnverbindung von Zara nach dem übrigen Österreich hätte über ungarisches Gebiet führen müssen. Ungarn weigerte sich nicht nur, die Verbindungsstrecke selbst zu bauen, sondern gestattete auch den Bahnbau durch österreichische Unternehmungen nicht, um einen engeren Anschluß Dalmatiens an Österreich zu verhindern. Nur die Schwäche der österreichischen Regierungen macht es erklärlich, daß sich Österreich dieses empörende Vorgehen Ungarns ruhig gefallen ließ. Es wurden wohl jahrelange Verhandlungen geführt, Ungarn erklärte sich schließlich bereit,

die Verbindungsstrecke zu bauen. Aber es blieb beim Versprechen. Die Bahn wurde nicht gebaut.

Abgesehen von der verkehrspolitischen Vernachlässigung kümmerte man sich in Österreich auch wirtschaftlich um diese Perle der Adria überhaupt nicht. Man überließ das Land einfach seinem Schicksal. Die Vernachlässigung Dalmatiens ist ein eigenes Kapitel österreichischer Verwaltungsgeschichte. Erst in den letzten Jahren vor dem Kriege fing man an, Dalmatien zu entdecken. Vereine entstanden, Konzerte wurden gegeben, es wurde Mode, sich für Dalmatien zu interessieren, kurz der ganze Dilettantismus solcher Unternehmungen kam in Schwung, aber jetzt war es zu spät.

Zu diesen geographischen Schwierigkeiten, die der Erfassung des südslawischen Problems entgegenstehen, kommt noch der Umstand, daß bis auf das früher erwähnte, aus neuester Zeit stammende Buch von Seton Watson, es keinerlei in einer Weltsprache geschriebene Literatur gab, aus der der Fremde sich Aufklärung hätte holen können. So ist es denn nicht zu verwundern, daß Europa über die südslawischen Länder der Monarchie weniger wußte, als über Japan oder Indien.

Aber selbst in den übrigen Ländern der Monarchie und in den Kreisen der Wiener Regierung herrschte vollkommene Unkenntnis über diese Gebiete. Ich habe österreichische Minister gekannt, die keine blasse Ahnung von den nationalen, geschweige denn von den wirtschaftlichen Verhältnissen des österreichischen Südens hatten. Mancher von ihnen hatte vielleicht einmal eine flüchtige Fahrt mit einem österreichischen Lloyddampfer längs der dalmatinischen Küste gemacht; die Mehrzahl hat das Land überhaupt nicht gesehen. Dasselbe gilt von der österreichischen höheren Bureaukratie. Nach Kroatien oder Bosnien und die Herzegowina kamen sie schon überhaupt nicht, zumal diese Länder

vom Standpunkte der österreichischen Kreise Ausland waren. Daß zwischen den österreichischen und ungarischen südslawischen Ländern politische Zusammenhänge bestehen, dämmerte ihnen erst in den letzten Jahren vor dem Kriege auf. Ich habe während einer fast achtjährigen Dienstzeit in einer österreichischen Zentralstelle eine stattliche Anzahl österreichischer Ministerialbeamten kennen gelernt. Ich kann aber diejenigen, die den Süden gesehen haben, an den Fingern aufzählen. Zu ihrer Entschuldigung muß ich zugeben, daß das Reisen in diesen Ländern infolge der mangelhaften Verkehrsmittel mit großen Kosten verbunden war, die der Durchschnittsbeamte nicht aufzubringen vermag. Eine längere Studienreise durch diese Länder war ein weit kostspieligeres Vergnügen, als eine Italienfahrt von Venedig nach Palermo. Da ist es nicht zu verwundern, daß der bemitteltere Beamte, der sich in einem gewissen Umfange das Vergnügen des Reisens leisten konnte, eine Italienreise, die ihn innerlich weit mehr bereicherte, vorzog. Den österreichischen Regierungen aber kann ich den Vorwurf nicht ersparen, daß sie für die Kenntnis der österreichischen Länder in der Verwaltung nicht einen Finger gerührt haben. Die Gestaltung der sprachlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern hat das im alten Österreich sonst vielfach übliche Herumwandern der Beamten nahezu unmöglich gemacht. Früher war es keine Seltenheit, in den Zentralstellen Männer zu finden, die in ihrer Jugend in Galizien, Oberösterreich, Dalmatien, Tirol usw. gedient hatten. Diese Gestalten sind fast verschwunden. In den letzten Jahrzehnten kam der Beamte aus dem Kronlande, in dem er seine Laufbahn begonnen hatte, fast nie mehr anders heraus, als durch die Berufung in eine Zentralstelle nach Wien. Es waren in den Zentralstellen wohl auch Männer, die den Süden genau kannten. Aber das waren meist südslawische oder italienische Beamte aus diesen

Ländern, die wieder in einer anderen Art einseitig waren, indem sie vorher ausschließlich nur in Dalmatien oder im Küstenlande gedient hatten. Als Einheimische der dortigen Länder, durch Familien- und politische Beziehungen mit ihnen eng verknüpft, waren sie naturgemäß auch bei gutem Willen keine einwandfreien Informationsquellen für die Zentralregierung. Mir ist kein Fall bekannt, daß ein Ministerium einem seiner intelligenten Beamten gesagt hätte: Hier ist das erforderliche Reisegeld, machen Sie eine zwei- oder dreimonatige Studienreise durch die südlichen Kronländer. Wir geben Ihnen keine bestimmte Marschroute. Schauen Sie sich Land und Leute an. Sie wissen, was für unser Ressort von besonderem Interesse sein kann. Und wenn Sie zurückkommen, dann machen Sie einen ausführlichen Bericht über das Gesehene. Und nun: glückliche Reise.

Wenn man Österreich schon zentral regieren wollte, wäre das eigentlich eines der selbstverständlichen Mittel gewesen. Aber es war überhaupt eine merkwürdige Eigenschaft der österreichischen Regierungen, daß sie oft Zwecke erreichen wollten, aber die dazu erforderlichen Mittel verschmähten. Die Gründe, warum man Beamte der Ministerien nicht von Amts wegen die Länder der Monarchie studieren ließ, waren zunächst bureaukratische Bedenken. Der Beamte ist imstande, das Geld auf einer Vergnügungsfahrt zu verjubeln und gerade so klug heimzukehren, wie er abgereist ist. Daß das ganze nur eine Frage der Personenauswahl ist, daran dachte man nicht. Der Hauptgrund war aber, daß den österreichischen Regierungen vollkommen das fehlte, was ich das Verständnis für Imponderabilien genannt habe. So blieb es denn dem einzelnen und dem Zufall überlassen, in welchem Umfange die Zentralstellen über die südlichen Länder informiert waren.

Besonders verwickelt wird das südslawische Problem da-

durch, daß die für die Monarchie in Betracht kommenden südslawischen Nationen sich über Österreich, Ungarn, Bosnien und die Herzegowina und das Ausland erstrecken.

In Österreich leben Slowenen in dem südlichen Teil von Kärnten, in Krain und im Küstenland, Kroaten in Istrien und in Dalmatien. In Ungarn wird die Sache dadurch noch verwickelter, daß man hier zwischen zwei Gebieten unterscheiden muß. Der Staat Ungarn — nach seiner offiziellen Bezeichnung „die Länder der ungarischen heiligen Krone" — besteht aus dem eigentlichen Ungarn und Kroatien-Slawonien, das im Verbande des ungarischen Staates eine ziemlich weitgehende Autonomie besaß. Nun wohnen Südslawen in beiden Gebieten, und zwar Kroaten in Kroatien-Slawonien und Serben im eigentlichen Ungarn. Während nun die Südslawen in Kroatien-Slawonien, wie bereits erwähnt, eine weitgehende Autonomie besaßen, standen die Serben im eigentlichen Ungarn unter der gleichen magyarischen Herrschaft, wie die übrigen nichtmagyarischen Nationen Ungarns. Dadurch ergab sich zwischen beiden eine grundlegende Verschiedenheit in der politischen Stellung.

Die Länder Bosnien und Herzegowina, die von Serben und Kroaten bewohnt sind, gehören weder zu Österreich noch zu Ungarn. Bis zur Annexion wurden sie als Okkupationsgebiet von der Monarchie, d. i. also von Österreich und Ungarn gemeinsam verwaltet, was praktisch darin seinen Ausdruck fand, daß die Verwaltung dieser Länder von dem gemeinsamen österreichisch-ungarischen Finanzminister geführt wurde. Mit der Annexion wurde lediglich die Souveränität des gemeinsamen Monarchen auf Bosnien und die Herzegowina ausgedehnt. In der Verwaltung trat nur insofern eine Änderung ein, als diese Länder in dem neugeschaffenen Landtage eine parlamentarische

Vertretung erhielten. Ihre verfassungsrechtliche Stellung fand jedoch keine Lösung. Sie sollte der Auseinandersetzung zwischen Österreich und Ungarn vorbehalten bleiben. Diese Lösung war, wenn die Monarchie auch nicht zerfallen wäre, in absehbarer Zeit auch nicht zu erwarten.

Ungarn war diesen Ländern gegenüber in einer peinlichen Situation. Der Einverleibung in Österreich konnte es nicht zustimmen, weil dies einen außerordentlichen Machtzuwachs für Österreich bedeutet hätte. Die Vereinigung mit Ungarn wieder wäre eine verhängnisvolle Stärkung des Slawentums in Ungarn gewesen, die Ungarn, das ohnehin seine Slawen nur mit aller Mühe im Zaume hielt, die Aufrechterhaltung des magyarischen Staates unmöglich gemacht hätte. Der naheliegendste Ausweg wäre gewesen, Bosnien und die Herzegowina als Reichslande nach Art Elsaß-Lothringens der Monarchie einzuverleiben. Das hätte jedoch das Vorhandensein einer Rechtspersönlichkeit „Österreich-Ungarn", ein gemeinsames „Reich", also einen Oberstaat, vorausgesetzt. Gerade aber einen über den zwei Staaten der Monarchie stehenden Oberstaat verneinten die Ungarn, die ihre Verbindung mit Österreich nur auf rein vertragsmäßiger Grundlage aufgebaut wissen wollten, auf das heftigste. Die beiden Länder als eine neue, Österreich und Ungarn gleichgestellte Staatseinheit der Monarchie einzugliedern, hätte zu einem Trialismus geführt, der erst recht den Untergang der damaligen ungarischen Staatsform bedeutet hätte.

So blieb also nichts anderes übrig, als die Frage nicht zu lösen und das Provisorium weiterbestehen zu lassen. Ungarn begnügte sich, seine Ansprüche auf Bosnien und die Herzegowina stets mit theatralischer Geste aufrecht zu erhalten, tat aber nichts, um diese Ansprüche wirklich durchzusetzen. Diese Unaufrichtigkeit ist nur die natürliche Folge der ganzen widersinnigen, künst-

lichen Konstruktion des ungarischen Staates, die in solche Sackgassen führen mußte.

So lebten also die Südslawen innerhalb der Monarchie eigentlich in drei und, wenn man notwendigerweise noch zwischen Kroatien-Slawonien und dem eigentlichen Ungarn unterscheidet, in vier Staaten. Hierzu kommt noch als weitere Verwicklung, daß die Frage der Zugehörigkeit Dalmatiens, auf das ungarische Ansprüche bestanden, auch noch nicht endgültig gelöst war. Der mit den Verhältnissen der Monarchie nicht näher vertraute Leser wird schon durch diese nur schematische Darstellung eine Vorstellung über die Kompliziertheit des südslawischen Problems bekommen.

Nun ist es natürlich eine Naivität, vorauszusetzen, daß die nationalen Gefühle der Südslawen an den Grenzen dieser vier Länder haltmachen sollen, wie es die Magyaren eigentlich haben wollten, und beispielsweise die in Bosnien und der Herzegowina eine ziemliche Selbständigkeit genießenden Südslawen gleichgültig auf die Unterdrückung der Serben im eigentlichen Ungarn oder auf die Kämpfe der Kroaten in Kroatien-Slawonien mit den Magyaren blicken sollten. Durch diese Verhältnisse waren diese Länder geradezu zu einem nationalen Hexenkessel geworden. Nun kommt aber die weitere Schwierigkeit dazu, daß Südslawen auch außerhalb der Monarchie, und zwar an ihren Grenzen wohnen.

Solange die österreichischen Südslawen die Nachbarn der Türkei waren und ihre Stammesbrüder unter osmanischer Herrschaft standen, fühlten sie sich durch die österreichische Herrschaft nicht nur nicht bedrückt, sondern sie sahen im Vergleiche mit der türkischen Herrschaft in der Monarchie ihren Schützer. Eine ähnliche Rolle spielte die österreichische Herrschaft in Dalmatien. Das italienische Bürgertum der dalmatinischen Städte beherrschte die größtenteils aus Proletariern und Bauern bestehen-

den Kroaten. In ihm sahen die dalmatinischen Kroaten ihre Ausbeuter und Unterdrücker, gegen die sie bei der österreichischen Herrschaft Schutz suchten. Die Südslawen hatten daher keinen Anlaß, sich von Österreich wegzusehnen; nicht deshalb, weil sie hier die Erfüllung aller Ideale gefunden hatten, sondern, weil ihnen außerhalb der Monarchie nichts Gutes winkte. Die Lage änderte sich aber vollständig, nachdem ein freier serbischer Staat entstanden war.

Wie so oft in der Geschichte, stand die Monarchie auch hier wieder vor einer Schicksalsfrage.

Es war selbstverständlich, daß das Entstehen eines unabhängigen südslawischen Staates die Südslawen der Monarchie nicht gleichgültig lassen konnte. Daß die beiden Teile zueinander streben würden, war im Zeitalter des erwachten Nationalismus selbstverständlich. Es handelte sich nur darum, welcher von den beiden Teilen den anderen zu sich herüberziehen würde. Es gab nur zwei Möglichkeiten: entweder drängt das freigewordene Serbien, um sich mit seinen Standesgenossen zu vereinigen, zur Monarchie, oder aber die Südslawen der Monarchie werden zu einer nach Serbien strebenden Irredenta. Hiebei wäre es darauf angekommen, wer der stärkere Magnet gewesen wäre. Und der stärkere Magnet hätte die Monarchie nur dann sein können, wenn sie den Südslawen in ihrem Verbande günstigere Aussichten für ihre nationale und wirtschaftliche Entwicklung zu bieten in der Lage gewesen wäre, als das Königreich Serbien. Ich glaube, daß die Konkurrenz mit dem unabhängigen Serbien leicht auszuhalten gewesen wäre, natürlich nicht von einem zentralistischen Großösterreich oder einem dualistischen Österreich-Ungarn, sondern von einem Österreich, wie es im III. Abschnitt geschildert wurde.

Der serbische Staat war nach seinem Entstehen — und ist

es zum Teil heute noch — mit allen Kinderkrankheiten behaftet, die sich bei jahrhundertelang geknechteten Völkern einstellen, wenn sie unvermittelt frei werden. Diesen Zuständen konnte die Monarchie ein geordnetes europäisches Staatswesen gegenüberstellen. Außerdem besaß die Monarchie ein Anziehungsmoment, das entsprechend ausgestaltet, gerade Serbien gegenüber nicht versagt hätte: das große Wirtschaftsgebiet, das sie dem kleinen Serbien durch den Anschluß eröffnen konnte. Den Südslawen blieben diese Vorteile kein Geheimnis und es hat Zeiten gegeben, wo sie die Verwirklichung ihrer nationalen Ziele im Verbande der Monarchie anstrebten. Noch bis in die neuere Zeit war der Gedanke an eine Verbindung mit der Monarchie nicht verblaßt. Der gewesene serbische Ministerpräsident, Dr. Vladan Georgievic, erzählte in einem in der Wiener „Neuen freien Presse" erschienenen Aufsatz, daß er an unseren damaligen auswärtigen Minister, Freiherrn (später Grafen) von Ärenthal, mit dem Antrage herangetreten sei, Serbien in den Verband der Monarchie aufzunehmen. Der König von Serbien würde sich mit einer ähnlichen Stellung begnügen, wie der König von Bayern im Deutschen Reiche. Ärenthal habe es jedoch abgelehnt, diesem Vorschlage näherzutreten.

Die Monarchie hatte wieder einmal eine Schicksalsstunde versäumt. Die dualistische Umgestaltung der Monarchie und damit die Teilung in einen österreichischen und ungarischen Staat und die Unterteilung Ungarns in das eigentliche Ungarn und Kroatien, dazu noch die Okkupation Bosniens und der Herzegowina mit ihren ungeklärten staatsrechtlichen Verhältnissen zur dualistischen Monarchie, die auch nach der Annexion keine Lösung fand, zersprengte die Südslawen in die früher erwähnten vier Teile. Mit der damit verbundenen Auslieferung eines großen Teiles der Südslawen an das magyarisch beherrschte Ungarn war

einer Lösung des Südslawenproblems im Sinne der Monarchie das größte Hindernis in den Weg gelegt, denn jetzt wäre die Lösung nur über den Umweg der Zerstörung der magyarischen Form des ungarischen Staates möglich gewesen, wozu eine Kraft notwendig gewesen wäre, über die — selbst wenn das Problem erkannt worden wäre — weder der Herrscher noch seine Berater verfügten.

Die Vereinigung aller Südslawen war eine Forderung, die bereits im Jahre 1848 Jellachich, der damalige Banus von Kroatien, aufgestellt hatte. Der Wiener Hof schien seinen Wünschen solange geneigt, als er Jellachichs Hilfe im Kampfe mit den aufständischen Ungarn brauchte. Als aber der Widerstand Ungarns gebrochen war und die Gegenrevolution einsetzte, die alle Freiheitsbestrebungen, mochten sie aus welchen Quellen immer stammen, zu ersticken suchte, war von nationalen Zugeständnissen an die Südslawen keine Rede mehr. Insbesondere durch das Aufgeben der Kroaten und ihre Auslieferung an die Magyaren löste sich das Herrscherhaus von einem seiner treuesten Völker.

Nun nahm die Entwicklung, nachdem ihre Lenkung im Sinne der Monarchie versäumt war, die entgegengesetzte Richtung.

Es war ein nur aus dem vollkommenen Unverständnis erklärbarer Glaube, daß die Südslawen der Monarchie in ihrer territorialen Zerstückelung ruhig weiter dahinleben und die Serben im selbständigen Serbien diesen Zustand interesselos zusehen würden. Die natürliche Folge war, daß nunmehr an Stelle Wiens die Hauptstadt des unabhängigen Serbien, Belgrad, das magnetische Kraftzentrum der südslawischen nationalen Bestrebungen wurde.

Nach dieser Umstellung der südslawischen Kraftrichtung waren alle von der Monarchie gegen die Anziehungskraft von

Belgrad gerichteten Maßnahmen fruchtlos. Diese Maßnahmen krankten vor allem daran, daß es keinen einheitlichen Plan gab, der ihnen zugrunde gelegt werden konnte. In Ungarn Gewalt, in Österreich täglich wechselnde kleine Mittel, die ziellos verpufften und mehr reizten als halfen. Daß die widernatürliche Lage, in die das Südslawenproblem gebracht worden war, sich überhaupt solange erhalten ließ, war nur auf den Gegensatz zwischen Serben und Kroaten zurückzuführen.

Serben und Kroaten sind dasselbe Volk. Sie sprechen dieselbe Sprache, nur daß die Serben sie mit cyrillischen, die Kroaten mit lateinischen Buchstaben schreiben. Was sie trennt, ist die Religion; die Serben sind griechisch-orthodox, die Kroaten römisch-katholisch.

Der Gegensatz dieser beiden Völker, der sich zuzeiten bis zu erbittertstem Hasse steigerte, ist eine außerordentlich interessante, im Auslande unverstandene soziologische Erscheinung. Vielfach ist der Glaube verbreitet, daß dieser Gegensatz in der Religionsverschiedenheit seine Wurzel hat. Wenn auch religiöse Gegensätze auf dem Balkan und seinen angrenzenden Gebieten von stärkerer Bedeutung sind als in westeuropäischen Staaten, so muß doch dem soziologisch geschulten Blick sofort auffallen, daß bei dem Vorhandensein so vieler Gemeinsamkeiten, insbesondere der Gemeinsamkeit nationaler Ziele, in unserer Zeit die Religionsverschiedenheit kein zureichender Grund dieses Gegensatzes sein kann. Dieser naheliegende Schluß ist selbst von einem Teile der maßgebenden Kreise in Österreich nicht gezogen worden. Ich habe Gelegenheit gehabt, Minister kennen zu lernen, die sich über diese Frage nicht weiter den Kopf zerbrachen.

Der serbisch-kroatische Gegensatz ist nur historisch zu erklären.

Die beiden Teile desselben Volkes gerieten nach ihrer wäh-

rend der Völkerwanderung erfolgten Einwanderung in ihre gegenwärtigen Wohnsitze unter verschiedene kulturelle Einflüsse. Die Serben empfingen ihre Kultur und Religion aus Konstantinopel, die Kroaten aus Rom. Es ist also richtig, daß ursprünglich die Verschiedenheit der Religion die Wurzel des Gegensatzes war, aber sie wäre abgestorben, wenn nicht die Verschiedenheit der Religion Hand in Hand mit einer Kulturverschiedenheit gegangen wäre. Diese Kulturverschiedenheit bedeutete für die beiden Stämme auch eine Verschiedenheit der Weltanschauung. Die Serben hatten ihr Antlitz nach dem Osten, die Kroaten nach dem Westen gekehrt. Es war der Gegensatz zwischen byzantinischer und romanischer Kultur und Weltanschauung, die in den beiden Stämmen zum Ausdruck kommt.

Ich muß mich hier damit begnügen, diese Verschiedenheit nur in kurzen Zügen zu schildern. Dem deutschen Leser, der tiefer dringen will, verweise ich auf die beiden früher erwähnten Werke von Seton Watson und Südland.

Wie tief die Einflüsse dieser zwei Kulturen auf die Geistesrichtung der beiden Stämme waren, zeigt sich, daß sogar die Charaktereigenschaften des Serben völlig verschieden sind von denen des Kroaten. Mir wurde wiederholt von Kroaten versichert, daß es gewisse Grenzen gibt, über die hinaus sie sich mit den Serben nicht mehr verständigen können. Es ist das wieder ein Beweis, wie umgestaltend psychische Einflüsse auf die Rassen sein können und wie verwickelt das Rassenproblem überhaupt ist. Die Folge dieser verschiedenen Einflüsse ist, daß wir es bei den Serben und Kroaten trotz einheitlicher Rasse und Sprache tatsächlich mit zwei verschiedenen Völkern zu tun haben.

Zu diesen, ich könnte sagen psychologischen, Gegensätzen kommen aber noch soziale. Bei den Serben wurde während der Türkenherrschaft der Adel vollständig ausgerottet. Nur in

Bosnien und der Herzegowina hat sich teilweise ein serbischer Adel dadurch erhalten, daß er den Islam angenommen hat. Bei ihm war aber der Einfluß der islamitischen Religion und Kultur so stark, daß er, obwohl er immer noch serbisch spricht, aufgehört hat, serbisch zu fühlen. Die Serben, insbesondere im heutigen Königreiche, sind daher mangels jeder Adelstradition ein durch und durch demokratisches Bauernvolk. Die Kroaten hingegen besitzen einen alten Adel und städtisches Bürgertum. Auch diese Verschiedenheit der sozialen Struktur wirkt verschärfend auf den Gegensatz zwischen den beiden Völkern. Dieser Gegensatz läßt es auch schwer glaublich erscheinen, daß Serben und Kroaten ohne die schwersten Konflikte in dem neugeschaffenen Jugoslawien dauernd werden zusammenleben können.

Der serbisch-kroatische Gegensatz war lange Zeit ein schweres Hindernis für die auf die Vereinigung aller Südslawen abzielende Politik. Dies wurde auch bald von den weiterblickenden Köpfen beider Parteien erkannt und ihre Hauptarbeit war darauf gerichtet, diesen Gegensatz zu überbrücken. Durch planmäßige Propaganda und Aufklärung wurde beiden Völkern in Erinnerung gebracht, daß sie eigentlich ein Volk seien, das eine gemeinsame Sprache und eine gemeinsame Literatur besitzt. Ich glaube jedoch nicht, daß diese Arbeit von einem nennenswerten Erfolg begleitet gewesen wäre, wenn nicht als stärkstes Bindemittel der gemeinsame Haß gegen die Monarchie hinzugekommen wäre, den sowohl die österreichische wie die ungarische Regierung durch verfehlte politische Maßnahmen unausgesetzt verstärkten. Ich lege diesen Fehlern jedoch keine übermäßige Bedeutung bei, denn ich glaube nicht, daß, nachdem die südslawische Politik nun einmal die Richtung nach Belgrad genommen hatte, unter Festhaltung am dualistischen Prinzip diese Bewegung überhaupt noch aufzuhalten war.

Von dieser Bewegung wurden auch die Slowenen mitgerissen, die eigentlich von den südslawischen Völkern der Monarchie am wenigsten Grund zur Unzufriedenheit hatten. Aber es lag in der Natur der Sache, daß auch bei ihnen der Gedanke der Vereinigung aller Südslawen zünden mußte. Von dem südslawischen Gedanken erfaßt, folgten sie seiner Richtung.

Der sich allmählich entwickelnde Haß der südslawischen Völker gegen die Monarchie wurde noch wesentlich gesteigert durch den wirtschaftlichen Druck, den die Monarchie auf das Königreich Serbien ausübte.

Es steckt ein wahrer Kern in dem oft gehörten Ausspruch, daß der Krieg gegen Serbien ein Krieg um die serbischen Schweine war. Serbien, ein ausgesprochenes Agrarland mit ausgedehnter Viehzucht, ohne Industrie, war, um leben zu können, auf die Ausfuhr von Vieh angewiesen. Ohne Zugang zum Meere ging der einzige Weg auf die westlichen Märkte über die Monarchie. Das nächstliegende wäre ein natürlicher Warenaustausch zwischen den beiden Ländern gewesen. Aber die Einfuhr serbischen Viehes berührte ungarische Interessen. Österreich, insbesondere Wien, hatte einen starken Verbrauch an ungarischem Vieh und Ungarn konnte nahezu die Preise diktieren. Infolgedessen war Ungarn bestrebt, den serbischen Wettbewerb nicht aufkommen zu lassen. Es wurde eine Zollpolitik getrieben, die teils offen, teils versteckt die Einfuhr serbischen Viehes beinahe unmöglich machte.

Hierbei handelte es sich weniger um Wahrung der Interessen des ungarischen Bauern, der für die Viehausfuhr nach dem Westen nicht wesentlich in Betracht kam, als um die Interessen der ungarischen Großgrundbesitzer, der ungarischen Feudalherren. Wenn man das Wesen der Sache aus allen Einzelheiten herausschält, so kam es eigentlich nur darauf heraus, daß die ganze

Zollpolitik Serbien gegenüber kein anderes Ziel verfolgte, als den ungarischen Großgrundbesitzern ihre Einkünfte zu erhalten. Darunter litt natürlich nicht allein Serbien, sondern auch Österreich, das schon vor dem Kriege unter hohen Fleischpreisen und Fleischnot zu leiden hatte. Es kam so weit, daß kurz vor dem Kriege Wien, vor dessen Türe gleichsam reiche Fleischvorräte lagerten, argentinisches Fleisch einzuführen gezwungen war.

Nun wird man wohl einwenden, daß ja Österreich bezüglich der Zollpolitik auch ein Wort mitzureden hatte. Das ist theoretisch richtig. Aber Österreich, oder richtiger gesagt seine Regierungen, hatten nicht mehr die Kraft, ungarischen Diktaten Widerstand entgegenzusetzen. Ungarn wieder war von eben den Kreisen regiert, die aus der herrschenden Zollpolitik Vorteile zogen, so daß auch von dieser Seite gutwillig ein Nachgeben nicht zu erwarten war, trotzdem ein Entgegenkommen Serbien gegenüber auch im ungarischen Interesse gelegen gewesen wäre.

Serbien drohte in seiner Agrarproduktion geradezu zu ersticken. Es mußte, wenn es weiterleben wollte, einen Ausgang zu den westlichen Märkten finden. Da es zu Lande die Türe verschlossen fand, mußte es zur Küste drängen. Hier stieß es aber neuerdings auf den heftigsten Widerstand der Monarchie, die ein Vordringen Serbiens ans Meer als eine Gefährdung seiner wichtigsten Lebensinteressen erklärte.

Mir ist der Widerstand der österreichisch-ungarischen Politik gegen das Zugeständnis eines Küstenstreifens an Serbien nie verständlich gewesen. Daß Serbien eine große Flotte bauen und uns in der Adria bedrohen könnte, hat wohl niemand geglaubt. Offiziell wurde als Grund des Widerstandes angegeben, daß ein serbischer Hafen bei den engen Beziehungen zwischen Serbien und Rußland zur russischen Dependance würde und wir dadurch von Rußland in der Adria bedroht würden. Diese Behauptung

wurde zum Schlagwort und, wie es so häufig geschieht, ungeprüft allgemein geglaubt. Während der Annexionskrise ging es durch alle Blätter der Monarchie.

Auf den ersten Blick schien die ablehnende Haltung der Monarchie Serbien gegenüber manches für sich zu haben. Aber während die Monarchie erklärte, Serbien nicht ans Meer lassen zu können, wurde Albanien mit einer langen Meeresküste zum selbständigen Staat gemacht. Wenn man auch die Hoffnung hegte, Albanien unter österreichisch-ungarischem Einfluß zu halten, so weiß doch jeder, der die Geschichte der auswärtigen Beziehungen kennt, daß nichts so wandelbar ist, wie die freundschaftlichen Beziehungen der Staaten zueinander. Wer konnte die Garantie übernehmen, daß nicht in 10 oder 20 Jahren die albanischen Häfen ebenso zu russischen Dependancen geworden wären wie die serbischen. Den Umstand, daß an der Spitze von Albanien ein deutscher Fürst stand, als Kalkul in die Rechnung zu stellen, wird, nach den Erfahrungen, die man auf diesem Gebiete schon damals gemacht hatte — der Krieg, wo ein Hohenzoller gegen die Zentralmächte kämpfe, hat sie neuerdings bestätigt —, an maßgebender Stelle wohl niemand naiv genug gewesen sein. Die Fernhaltung Serbiens vom Meere bot also keinerlei dauernde Sicherheit gegen die Festsetzung feindlicher Interessen an der Ostküste der Adria. Ernstlich konnte an eine wirkliche Beherrschung der Adria von unserer Seite angesichts der uns überlegenen italienischen Flotte und des Umstandes, daß die ganze Westküste im Besitz Italiens ist, überhaupt nicht gedacht werden. Außerdem war ja noch im Mittelmeer die französische und englische Flotte, die den adriatischen Teich wie einen Sack einfach schließen konnten. Unsere Seepolitik konnte sich daher nur auf den Küstenschutz beschränken — was im Kriege auch geschehen ist — und dieser wäre durch einen serbischen Handelshafen nicht

mehr bedroht gewesen als durch einen montenegrinischen oder albanischen. War die Gefährdung maritimer Interessen nicht der wahre Grund für die ablehnende Haltung der Monarchie, sondern wollte man Serbien überhaupt wirtschaftlich und politisch umbringen, nun dann durfte man sich über die Folgen dieser Politik nicht beklagen.

Eine unparteiische Beurteilung muß zugeben, daß Serbien in einer verzweifelten Lage war. Überall, wo es einen Ausgang in die Welt suchte, trat ihm die Monarchie in den Weg. Es wurde in den Glauben, daß Österreich-Ungarn das Hindernis seiner Entwicklung sei, geradezu absichtlich hinein getrieben. Kommt dazu noch das überschäumende Temperament eines jungen, alle Freiheiten der Meinungsäußerung genießenden Volkes, so ist es nicht zu verwundern, daß der Haß gegen den unfreundlichen Nachbarn in hellen Flammen aufloderte. Bezeichnend für die Stimmung in Serbien ist ein Gespräch, das ich einige Jahre vor dem Kriege mit einer den Belgrader Regierungskreisen nahestehenden serbischen Persönlichkeit hatte.

Das Gespräch drehte sich um die der Monarchie feindliche Politik Serbiens, die damals hohe Wellen warf. Ich bemerkte, daß, wenn in dieser Beziehung keine Wendung einträte, die Dinge geradezu zum Kriege treiben. Darauf erhielt ich folgende Antwort: Was riskieren wir bei einem Krieg? Wir können so nicht weiterleben. Im schlimmsten Falle werden wir geschlagen und Österreich-Ungarn annektiert uns. Dann werden wir unsere Schweine wenigstens in der Monarchie verkaufen können.

Nun bedarf es keiner besonderen Phantasie, um sich vorzustellen, wie diese Lage des Königreiches Serbien auf seine Stammesgenossen in der Monarchie wirken mußte. Sie mußte auch auf der Seite der Serben der Monarchie das Streben nach der Befreiung des staatsrechtlich zwar freien, wirtschaftlich je-

doch von Österreich-Ungarn geknebelten Bruders erzeugen. Dadurch empfing das ideale Streben nach Vereinigung noch eine Verstärkung durch wirtschaftliche Motive. Es schwoll dadurch schließlich zu einer solchen Mächtigkeit an, daß die Monarchie der Bewegung nicht mehr Herr werden konnte.

Daß die Mittel, die Serbien in der Verfolgung seiner Ideale anwandte, über das nach westeuropäischen Begriffen erlaubte Maß hinausgingen, ist nicht zu leugnen. Aber sie waren von einem Lande freiester Verfassung, dessen Regierung der erhitzten öffentlichen Meinung nahezu machtlos gegenüberstand, und bei den am Balkan überhaupt herrschenden politischen Sitten nicht anders zu erwarten. Wer nur einigermaßen die Völker dort unten kennt, weiß, daß, wenn einmal der Haß einen solchen Hitzegrad erreicht hat, man auf alles gefaßt sein muß. Moralische Betrachtungen und Entrüstungen sind zwecklos. Die leitenden Männer der Monarchie mußten wissen, daß es ein mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln geführter Kampf bis aufs Messer sein würde. Um so unverständlicher ist die kindliche Sorglosigkeit, mit der man den Thronfolger in einer Allee von Attentätern spazieren führte.

So wußten denn auch die Südslawen nichts mehr von einem österreichischen Staatsgedanken. Sie hatten ihren eigenen Staatsgedanken entwickelt, dessen Durchsetzung nunmehr nur über die Leiche der Monarchie führte.

Ähnlich wie bei den Südslawen war auch bei den Rumänen zuzeiten der österreichische Staatsgedanke lebendig.

Die Rumänen der Monarchie bewohnen fast ganz Siebenbürgen und einen Teil der Bukowina. Als die Magyaren das alte Siebenbürgen in Komitate zerlegten — ein selbständiges Siebenbürgen als Teil Ungarns gab es seither nicht mehr — handelten sie nur im Sinne ihres politischen Zieles, der Magya-

risierung Ungarns. Dadurch wurde der übrigen Welt ein ganz falsches Bild vorgetäuscht. Ich habe selbst oft das Erstaunen nicht allein bei Ausländern, sondern auch bei Österreichern gesehen, wenn ich erwähnte, daß Siebenbürgen bis auf die Szekler Sprachinsel und einzelne kleine eingestreute magyarische Kolonien und die sächsischen deutschen Niederlassungen ganz rumänisch sei. In dem österreichischen Kronlande Bukowina ist die Mitte des Landes und der Süden und Südosten von Rumänen bewohnt. Wir haben also wieder eine Nation in der Monarchie, von der Teile in Österreich, in Ungarn und im Auslande wohnen. Diese Verteilung war ebenso wie bei den Südslawen von größtem Einfluß auf die Entwicklung der Politik der Rumänen. Diese bei fast allen Nationen der Monarchie auftretende Erscheinung macht ein Verstehen ihrer Nationalitätenprobleme ohne Kenntnis der Siedlungsverhältnisse ganz unmöglich. Trotzdem aber herrschte eine ganz unbegreifliche Unkenntnis auf diesem Gebiete bis in die höchsten Kreise der Monarchie.

Immer wieder sehen wir die gleiche Entwicklung. Auch bezüglich der Rumänen gab es für die Monarchie eine Schicksalsstunde, die versäumt wurde. Als die Rumänen des heutigen Königreiches sich aus den Klauen der osmanischen Herrschaft lösten, trat auch an sie die Frage heran, wie sie sich zu den übrigen, außerhalb ihres Gebietes wohnenden Volksgenossen verhalten sollen. Es ist eine selbstverständliche Folge der Befreiung eines Volkes, daß es die Blicke auf seine unter fremder Herrschaft stehenden Volksgenossen richtet und daß beide Teile einander anzuziehen beginnen. Auch hier gab es nur zwei Wege: entweder ziehen die Rumänen der Monarchie ihre Stammesgenossen im Reiche an sich, oder sie werden von den Reichsrumänen angezogen. Der erste Weg hätte zu einem österreichischen Staatsgedanken geführt; der zweite Weg mußte zur

Monarchiefeindlichkeit führen. Eine Mittelstraße — die dauernde Erhaltung des gegebenen Zustandes — gab es nicht. Hierbei war die Monarchie bezüglich der Rumänen noch in der besonders günstigen Lage, daß schon frühzeitig und bis in die neuere Zeit bei den Rumänen der Wunsch bestand, sich im Verbande der Monarchie zu vereinigen. Schon der rumänische Fürst Michael der Tapfere (1593—1601) strebte danach, seine Länder mit denen Kaisers Rudolf II. zu vereinigen. Die gleiche Politik betrieb der rumänische Fürst Mateiu Bassaraba (1632—1654), von dessen Huldigungsanerbieten der rumänische Historiker Jon Sirbu bemerkt, daß, wenn die Gelegenheit benützt worden wäre, „heute unter den Fittichen des Habsburger Adlers ein großes vereinigtes Volk eine ewige Mauer an der Ostgrenze des Reiches bilden würde". Im Jahre 1848 regte der rumänische Geschäftsträger bei der Deutschen Regierung in Frankfurt am Main die Vereinigung der Fürstentümer Moldau und Walachei mit den Rumänen Ungarns, Siebenbürgens und der Bukowina in einem an Österreich anzuschließenden Staate an. Dieser Gedanke wurde bis in die allerneueste Zeit in rumänischen Blättern verfochten und immer wieder darauf hingewiesen, daß die Föderalisierung Österreich-Ungarns, dem sich Rumänien anschließen würde, die Sicherung des rumänischen Staates bedeuten würde. Österreich als Föderativstaat würde alle Balkanvölker in sein System hineinziehen und ihnen zu ihrer nationalen Einigung und zur Sicherung ihrer nationalen Selbständigkeit verhelfen [1]).

Österreich hätte nur zuzugreifen gebraucht und die rumä-

1) Wer sich für die näheren Einzelheiten der rumänischen Auffassung interessiert, dem sei Aurel C. Popovices Buch „Die Vereinigten Staaten von Groß-Österreich", Leipzig 1906, empfohlen. Der Verfasser, seinerzeit Mitglied des zentralen Vollzugsausschusses der rumänischen Nationalpartei in Ungarn und Siebenbürgen, zeigt in diesem Buche, gleichsam in letzter Stunde, daß die Monarchie nur die Wahl hatte, als Föderativstaat eine gewaltige historische Aufgabe zu er-

nische Frage wäre gelöst gewesen. Aber hier stand wieder die magyarische Vorherrschaft im Wege, der Dualismus.

Immer deutlicher steigt bei näherer Betrachtung die Erkenntnis empor, daß Österreich mit dem Ausgleich mit Ungarn im Jahre 1867 sein Schicksal besiegelt hatte. Der Preis, der an die Magyaren für ihre Wiedergewinnung gezahlt wurde, war die Auslieferung der in Ungarn und Siebenbürgen lebenden nichtmagyarischen Nationen an die Magyaren. Um dieses Linsengericht hatte man nicht allein die Lebensmöglichkeit des Staates, sondern auch eine große europäische, ja vielleicht eine Menschheitsaufgabe geopfert.

Getreu ihren politischen Grundsätzen, unterdrückten die Magyaren die in ihrem Lande wohnenden Rumänen mit allen Mitteln in der rücksichtslosesten Weise. Es würde zu weit führen, hier Einzelheiten über die magyarische Gewaltherrschaft anzuführen. Ich muß mich damit begnügen, auf das früher zitierte Buch von Aurel C. Popovici hinzuweisen, das auf diesem Gebiete nur allzu reiches Material bietet. Eine Vereinigung aller Rumänen in der Monarchie fand natürlich den heftigsten Widerstand der Magyaren, denn sie wäre nur möglich gewesen mit dem Aufgeben der magyarischen Vorherrschaft und der Reduzierung der magyarischen Herrschaft auf das von Magyaren bewohnte Gebiet. Dazu hatten aber weder der Herrscher noch seine Ratgeber die Kraft, obzwar die Niederzwingung des magyarischen Widerstandes leichter gewesen wäre, als man gewöhnlich glaubte. Es hätte nur einer Tat bedurft: die Oktroierung einer gerechten Wahlordnung in Ungarn und eine entsprechende Kontrolle der Durchführung der Wahlen. Das übrige hätte der

füllen oder aber unterzugehen. Nebenbei sei bemerkt, daß der Verfasser, weil er in einer Schrift gegen die magyarische Unterdrückung seines Volkes aufgetreten war, mit vier Jahren Staatsgefängnis bedacht wurde. Sein Buch wurde konfisziert.

neugewählte Reichstag getan. Österreich hatte es versäumt, die nichtmagyarischen Nationen in Ungarn zu befreien, nun hat es der Krieg in weitestem Umfang getan.

Die Folge dieser Politik war, daß die ungarischen Rumänen, nachdem man ihren österreichischen Staatsgedanken abgelehnt hatte, nun auch keinen ungarischen Staatsgedanken entwickelten. Auch sie waren für die Monarchie innerlich verloren und waren gezwungen, wenn sie an die Verwirklichung ihres nationalen Ideals, die Vereinigung aller Rumänen, dachten, ihre Blicke auf das Ausland, das Königreich Rumänien zu richten. Wenn es bei den Rumänen — im Gegensatz zu den Südslawen — nicht zu einem laut ausgesprochenen Irredentismus kam, so lag die Ursache in der vorsichtigen Politik des Königreiches Rumänien. Während Serbien in seinem national überschäumenden Temperament alles auf eine Karte zu setzen bereit war — wozu wesentlich auch die wirtschaftliche Bedrohung durch die Monarchie beitrug —, sah das von einem klugen König geführte Rumänien die furchtbaren Gefahren, mit denen ein heftig zutage tretender rumänischer Irredentismus für das Land verbunden gewesen wäre. Bei dem Mangel an Erkenntnis in der Monarchie war es klar, daß die Umgestaltung Österreich-Ungarns kaum mehr von innen heraus zu erwarten war. Jedes vorzeitige Rühren an dieser Frage wäre daher das Entflammen unvorhersehbarer äußerer Konflikte gewesen. Tatsächlich ist es ja auch so eingetreten, indem der Krieg vom serbischen Irredentismus ausgegangen ist.

Dazu kam noch, daß bei den Bukowiner Rumänen der Irredentismus fast keinen Boden fand. Die Rumänen der Bukowina genossen unter der österreichischen Herrschaft volle Freiheit der Entwicklung. Wenn nicht hie und da ein mit den Landesverhältnissen unvertrauter Landespräsident durch zweckwidrige

Maßnahmen hineingepfuscht hätte, wäre die Staatstreue der Bukowiner Rumänen nie in Versuchung geführt worden. Viele Jahre hatten sie sogar die politische Führung im Lande, die ihnen erst von den politisch und kulturell aufsteigenden Ruthenen streitig gemacht wurde. Die Lage der Rumänen in der Bukowina war überhaupt von der der Rumänen in Ungarn grundverschieden, was maßgebend für ihre Politik war.

Die Bukowina ist ein Land merkwürdigster Völkervermengung. Die beiden stärksten Nationen sind die Rumänen und Ruthenen. Außerdem wird das Land noch bewohnt von Deutschen, Juden — hier in neuerer Zeit zum größten Teil als Nation auftretend —, Polen, Magyaren — die einzigen Magyaren österreichischer Staatsbürgerschaft —, Lippowaner — eine russische Sekte —, Slowaken — die hier sonderbarerweise von den Polen als Volksgenossen reklamiert wurden — und Armeniern. Hervorzuheben ist noch, daß alle diese kleineren Nationen nicht lediglich eine über die Städte verbreitete Diaspora darstellen, sondern auch in festen Wohnsitzen, in Kolonien ansässig sind. Es gibt in der Bukowina rein deutsche Dörfer mit deutschen Ortsnamen (Freudental, Eisenau, Karlsberg, Fürstental, Althütte, Augustendorf u. a.), ebenso wie rein magyarische mit magyarischen Ortsnamen (z. B. Lajosfalva, Istensegits, Andrasfalva usw.).

Der Umstand, daß sich die beiden Hauptnationen an Stärke so ziemlich gleich waren — die Zahl der Ruthenen ist etwas größer als die der Rumänen —, hatte zur Folge, daß keine der beiden Sprachen — Rumänisch und Ruthenisch — zur alleinherrschenden Landessprache werden konnte. Und jetzt trat eine auffallende Erscheinung ein, die, wenn die maßgebenden Kreise Österreichs ihren Staat besser gekannt hätten, ihnen hätte zu denken geben müssen. Ohne jede gesetzliche Normierung,

ohne irgendeinen Zwang, wurde die deutsche Sprache zur allgemeinen Verkehrs- und Verwaltungssprache. Sämtliche Behörden der Bukowina bedienten sich der deutschen Sprache als innerer und äußerer Amtssprache. Da die Beamten meist auch die nichtdeutschen Landessprachen beherrschten, wurde im mündlichen Verkehr mit dem die deutsche Sprache nicht beherrschenden Teile der Bevölkerung in seiner Sprache verkehrt. Die Sprache der Akten aber war die deutsche. Selbst bei den Gerichten findet man nur deutsche Verhandlungsakten. Ich habe Jahre hindurch bei der Bukowiner Finanzprokuratur [1]) gearbeitet und zahlreiche Rechtsstreite vor fast allen Gerichten des Landes geführt. Die Verhandlungen fanden stets in deutscher Sprache statt. Kläger, Beklagte oder Zeugen, die des Deutschen nicht mächtig waren, wurden vom Richter in ihrer Sprache mündlich vernommen und ihre Aussage dann in deutscher Sprache protokolliert.

Mir ist weder aus eigener Erfahrung, noch aus Mitteilungen anderer je bekannt geworden, daß ein Urteil mit der Begründung angefochten worden wäre, die deutsche Protokollierung habe das in einer nichtdeutschen Sprache erfolgte Vorbringen der Parteien oder Zeugen unrichtig wiedergegeben. Selbst die Verhandlungen des Bukowiner Landtages wurden in deutscher Sprache geführt und auch in deutscher Sprache in das Verhandlungsprotokoll aufgenommen. Es wurde auch im Landtage wiederholt von sämtlichen Parteien erklärt, daß sie nur die deutsche Sprache als Verhandlungssprache wünschen. Die Universität war eine deutsche Universität. Die Gymnasien und sonstigen Schulen hatten deutsche Unterrichtssprache. Der

1) Für den nichtösterreichischen Leser sei bemerkt, daß die Finanzprokuratur eine Behörde ist, die mit der Rechtsvertretung des Staates und gewisser Vermögenschaften, wie Stiftungen usw., betraut ist. Sie führt sämtliche Rechtsstreite des Staates und ist dem Wesen nach eigentlich nichts anderes als der Rechtsanwalt des Staates.

Fremde, der nach Czernowitz kam, sah sich plötzlich zu seinem Erstaunen in einer eigentlich deutschen Stadt. Dabei war von einer Germanisierung der nichtdeutschen Nationen keine Rede. Die nichtdeutschen Nationen hatten in dieser Beziehung auch keinerlei Besorgnisse. Die deutsche Sprache war eben nicht der Ausdruck einer deutschen Vorherrschaft, die bei der Minderheit der Deutschen ohne deutsches Hinterland — bis auf die deutschen Kolonistendörfer — auch ganz unmöglich gewesen wäre, sondern sie war praktisches Verkehrsinstrument, wie etwa im diplomatischen Verkehre sich die verschiedensten Nationen der französischen Sprache bedienen, ohne sich damit der Gefahr der Entnationalisierung auszusetzen. Als Verwaltungssprache wären nur die rumänische und die ruthenische Sprache in Betracht gekommen, da die Zahl der andere Sprachen sprechenden Nationen zu gering war. Wäre die rumänische als Verwaltungssprache gewählt worden, so wäre das eine Gefährdung der Ruthenen gewesen; umgekehrt wieder hätte die ruthenische Verwaltungssprache die Rumänen mit der Entnationalisierung bedroht. So einigte man sich auf die neutrale, keine Nation gefährdende deutsche Vermittlungssprache.

Unter diesen Verhältnissen war für die Bukowiner Rumänen kein Anlaß zu irredentistischen Bestrebungen gegeben. Sie pflegten wohl den Verkehr auch mit den Reichsrumänen, mit denen sie gemeinsame Kulturinteressen verbanden, aber sie blieben dabei Österreicher. Dazu kam noch, daß zwischen den Bukowiner und ungarischen Rumänen nur sehr geringe Verbindungen bestanden. Schon aus geographischen Gründen. Eine direkte Bahnverbindung von der Bukowina nach Siebenbürgen fehlte. Bis in die neuere Zeit endete die einzige nach Siebenbürgen führende Bahn in Kimpolung. Als sie dann bis Dorna-Watra ausgebaut wurde, war immer noch eine Tagreise im

Wagen erforderlich, um zur nächsten siebenbürgischen Stadt Bistritz (ungarisch: Beszterce) zu gelangen und diese Stadt war eine deutsche — von Siebenbürger Sachsen bewohnte — Stadt. Direkte Bahnverbindungen nach Siebenbürgen gab es nur mit riesigen Umwegen über Galizien oder Rumänien. So kam es, daß die politischen Bestrebungen der ungarischen Rumänen in der Bukowina nur geringen Widerhall fanden. Außerdem hätten die Bukowiner Rumänen ihren Volksgenossen in Ungarn keine nennenswerte Hilfe bringen können. Sie hatten überhaupt keine praktische Möglichkeit, für ihre Brüder in Ungarn politisch einzutreten. Eine Opposition gegen die österreichische Regierung wegen der Unterdrückung der ungarischen Rumänen wäre sinnlos gewesen, da die österreichische Regierung für die Lage der ungarischen Rumänen nicht verantwortlich gemacht werden konnte. Außerdem hätte eine solche vollkommen unfruchtbare Opposition ihr ganzes eigenes politisches Leben, das ganz andere Interessen hatte, einfach lahmgelegt und damit nur sie selbst geschädigt. Die Folge davon war, daß die Bukowiner Rumänen sich darauf beschränkten, bei gelegentlichen Kundgebungen ihren Stammesgenossen in Ungarn eine moralische Unterstützung zu gewähren; im übrigen mußten sie aber ihre eigenen Wege gehen. Ihre nationale Gefahr war nicht die Regierung, sondern das aufsteigende Ruthenentum.

In der Bukowina spielte sich schon seit Jahrzehnten ein für die Rumänen höchst gefährlicher Entwicklungsprozeß ab. Die Ruthenen, die hauptsächlich den Norden und Westen der Bukowina bewohnen, schieben sich allmählich, aber ununterbrochen gegen Süden und Osten vor. Beschleunigt wird dieses Vordringen durch die leichtere Anpassungsfähigkeit des Rumänen, der dort, wo er mit Ruthenen zusammentrifft, rasch seine Nationalität aufgibt. Man kann diesen Prozeß geradezu auf

der Karte verfolgen. Es gibt in der Bukowina zahlreiche Orte mit rumänischen Namen in heute vollkommen ruthenischem Gebiet, das noch vor wenigen Jahrzehnten rumänisch war. Dieser Prozeß spielte sich ohne jedes Zutun der österreichischen Regierung ab. Die wichtigste Frage der Bukowiner Rumänen war ihr politischer Kampf mit den Ruthenen, sie hatten daher ganz andere politische Probleme vor sich, als die ungarischen Rumänen.

Für das Ganze des rumänischen Problems war jedoch die Haltung der Bukowiner Rumänen wegen ihrer im Verhältnisse zu den ungarischen Rumänen geringen Bevölkerungszahl von untergeordneter Bedeutung. Das eigentliche rumänische Problem war die Frage der Vereinigung der ungarischen Rumänen mit den Rumänen des Königreiches. Wenn daher die Bukowiner Rumänen auch einen österreichischen Staatsgedanken hatten, so kam er für das Ganze nicht in Betracht, denn auf die Dauer wäre er nicht haltbar gewesen. Wäre die Vereinigungsfrage durch eine entsprechende Veränderung des politischen Kräftesystems in Ungarn wirklich brennend geworden, dann hätten sich die Bukowiner Rumänen dieser Bewegung nicht mehr entziehen können. Sie wären selbstverständlich unter dem überwältigenden Einfluß der nationalen Idee dann im Lager der ungarischen Rumänen gestanden.

So können wir also sagen, daß — auch wenn der Krieg, der alle nationalen Probleme gewaltsam gelöst hat, nicht gekommen wäre — auch auf die Bukowiner Rumänen eigentlich für die Monarchie in ihrer dualistischen Form nicht zu rechnen war. Das Ergebnis ist daher, daß auch das rumänische Volk, gleich wie die übrigen bisher besprochenen Nationen, keinen österreichischen Staatsgedanken entwickelt hatte.

Einem österreichischen Staatsgedanken geneigt waren die

Ruthenen. Sie sahen, von den Polen auf das rücksichtsloseste unterdrückt, lange Zeit in Österreich ihre Zuflucht. Aber ihre Auslieferung an die Polen hatte ihre Gefühle für die Monarchie auf eine harte Probe gestellt.

Es ist auch eine von jenen verbreiteten und allgemein geglaubten Ansichten, daß Galizien ein polnisches Land ist, die hauptsächlich daher kommt, daß so wenige Menschen bei der Betrachtung der politischen Probleme der Monarchie eine Sprachenkarte in die Hand nehmen. Ein Teil von Mittelgalizien und der ganze Osten ist ruthenisch. Die Sprachgrenze beginnt bei Przemysl, verläuft fast in nordsüdlicher Richtung, biegt im Süden nach Westen um und nähert sich dem Tatragebirge. Der größere Teil von Galizien ist daher ruthenisches Land, in das einzelne polnische Inseln, insbesondere die Städte, eingestreut sind. Dem oberflächlichen Reisenden, der das Land mit der Eisenbahn durchfährt, macht freilich auch Ostgalizien den Eindruck eines polnischen Landes. Er hört überall polnisch sprechen, sieht polnische Aufschriften und bemerkt eigentlich keinen Unterschied gegenüber Westgalizien. Dieser polnische Charakter ist jedoch nur ein dünner Überzug, der darauf zurückzuführen ist, daß das Land von den Polen beherrscht wird.

Gegenüber dem Ruthenentum ist das Polentum das kulturell höher stehende Element. Die polnische Sprache galt als die elegantere Sprache. Vor dem erst in neuerer Zeit einsetzenden nationalen Aufschwung der Ruthenen schämte sich der in höhere Schichten aufsteigende Ruthene seiner Sprache und sprach polnisch. Ruthenisch war eigentlich bloß eine Sprache der Bauern und des Proletariats. Die Sprache der Ämter, der höheren Geschlechtsschichten, war ausschließlich polnisch. Was gute Gesellschaft sein wollte, benahm sich als Pole. Das gab auch dem ruthenischen Gebiete Galiziens einen polnischen An-

strich. Als nun die Ruthenen zu nationalem Bewußtsein erwachten — dieselbe schwer zu erklärende Erscheinung, die wir schon mehrmals beobachtet haben — wurden sie sich ihrer Zahl bewußt. Planmäßige Kulturarbeit fing an, um das Volk zu heben. Die in höhere Schichten aufsteigenden Ruthenen hörten auf, sich zu polonisieren. Sie fingen an, sich als Ruthenen zu fühlen und wurden die natürlichen Führer ihres Volkes. Ich habe selbst Gelegenheit gehabt zu beobachten, wie — insbesondere in akademisch gebildeten Kreisen — Ruthenen, die in ihrer Jugend sich ganz polonisiert hatten, wieder zu ihrer Nation zurückkehrten und nun nationale Ruthenen wurden. Ganz mit Unrecht wurde ihnen von den Polen nationaler Verrat vorgeworfen. Sie waren seinerzeit, dem allgemeinen Zuge der Zeit folgend, gleichsam, ohne sich dessen bewußt zu sein, Polen geworden. Erst jetzt war ihr bisher schlummerndes Nationalgefühl erwacht, dem sie nun folgten.

Die Folge dieser Wandlung war der nun einsetzende Kampf gegen die Polen. Hand in Hand mit der dualistischen Umgestaltung der Monarchie, die Ungarn den Magyaren zur Beherrschung überließ, wurde stillschweigend auch ganz Galizien den Polen ausgeliefert, die dieses Land nunmehr als ihr Herrschaftsgebiet betrachten durften. Ihre Herrschaft befestigten sie zunächst dadurch, daß sie die ganze Verwaltung des Landes polonisierten. Diese Maßnahme hatte zunächst den Zweck, die österreichische Verwaltung, die deutsche Verwaltung war, zu beseitigen, und damit eine Einflußnahme des österreichischen Staates auf Galizien unmöglich zu machen. Die Ruthenen, damals noch ein reines Bauernvolk, gewöhnt im Polen den Herrenmenschen zu sehen, setzten dieser Entwicklung keinen nennenswerten Widerstand entgegen. Als das Nationalitätsbewußtsein auch bei den Ruthenen erwachte, sahen sich die Polen vor das-

selbe Problem gestellt, vor dem die Deutschen in anderen Kronländern gestanden waren. Wenn auch die Polen für sich die Befreiung von der österreichischen Herrschaft und ihre innere Selbstständigkeit gefordert und durchgesetzt hatten, so fiel es ihnen doch gar nicht ein, die gleiche Forderung bei den Ruthenen verstehen und anerkennen zu wollen. Sie standen vielmehr auf dem Standpunkte, keine andere Nation als die polnische in Galizien gelten zu lassen. Da sie den ganzen Verwaltungsapparat in der Hand hatten, verfügten sie über alle die großen und kleinen Mittel zur Niederhaltung der Ruthenen. Wer Galizien kennt, weiß, in welcher rücksichtslosen Weise sie davon Gebrauch machten. Auf den unbeteiligten Beobachter machte es geradezu einen komischen Eindruck, wie die Polen alle die Mittel, die seinerzeit auf sie angewendet wurden, als Gewalttaten, Ungerechtigkeiten und Verbrechen bekämpften, wie ihre Stimme vor Erregung bebte, wenn sie von der Lage ihrer Volksgenossen in Preußen sprachen, die sie als Hohn auf jede Kultur und als verwerflichste Grausamkeit nicht genug brandmarken konnten, gleichzeitig aber mit einer naiven Selbstverständlichkeit vor keiner Maßnahme zurückschreckten, um ihre Herrschaft über die Ruthenen, die mehr als die Hälfte des Landes bewohnten, zu erhalten. Natürlich erlebten sie das gleiche, was alle Unterdrücker gesunder Nationen immer erlebt haben. Die ruthenische nationale Bewegung wurde nicht unterdrückt. Im Gegenteil. Sie wuchs von Jahr zu Jahr und die Polen mußten grollend sehen, wie der nationale Gegner im Lande immer kräftiger und anspruchsvoller wurde.

Diese Lage führte dazu, daß die Ruthenen in ihrem Kampfe gegen die Polen Hilfe bei den österreichischen Regierungen — wenn auch vergeblich — suchten. Des öfteren wurde von den ruthenischen Führern offen die alte österreichische Verwaltung

gefordert, die ihnen noch immer lieber war, als die polnische Gewaltherrschaft. Es war dies auch eine Art österreichischer Staatsgedanke. Nun trat ein äußerer Faktor hinzu.

Rußland verfolgte mit Unbehagen die nationale Entwicklung der Ruthenen in Galizien. Die Ruthenen in Rußland — auch Kleinrussen oder, wie sie sich in neuerer Zeit selbst bezeichnen, Ukrainer genannt — waren in Rußland als selbständige Nation nicht anerkannt. Rußland stand auf dem Standpunkte, daß auch die Ruthenen Russen seien und die ruthenische Sprache nur eine Mundart der russischen sei. Beide Sprachen sind gewiß nahe verwandte slawische Sprachen. Aber mit demselben Rechte könnte man die holländische Sprache als deutsche Mundart bezeichnen und die Selbständigkeit einer holländischen Nation leugnen. Für Rußland, bei dem jede Selbständigkeitsregung einer seiner Nationen an den Grundlagen des ganzen Staatswesens rührte, hätte eine nationale ruthenische Bewegung im eigenen Lande eine außerordentliche Gefahr bedeutet. Nun war vorauszusehen, daß, wenn die österreichischen Ruthenen die Autonomie erringen würden, dies nicht ohne Folgen für die Ruthenen in Rußland bleiben könnte. Die österreichischen Ruthenen würden zum natürlichen Anziehungszentrum für die russischen Ruthenen werden und in Rußland eine ruthenische Irredenta erstehen. Von manchen Seiten wird behauptet, daß diese Erwägungen mittelbar auch eine Kriegsursache waren, indem die herrschenden Kreise in Rußland zu der Überzeugung gekommen seien, daß diese Entwicklung der Dinge nur durch die Eroberung Galiziens aufzuhalten sei. Um die nationale ruthenische Bewegung in andere Bahnen zu leiten und den Boden für die Zukunft vorzubereiten, betrieb Rußland bereits seit mehr als 20 Jahren eine planmäßige russische Propaganda in Galizien und der Bukowina. Die Ruthenen wurden als Russen rekla-

miert und ihnen im Falle der „Rückkehr" zum Mütterchen Rußland allerhand in Aussicht gestellt. In geschickter Weise wurde dieser Gedanke mit der panslawistischen Idee verknüpft. Die wirksamste Förderung dieser Propaganda war der Rubel. Rußland hat im Laufe der Jahre gewaltige Summen in dieses Unternehmen investiert. Das alle geschah mit einer geradezu unbegreiflichen Offenheit. Jedes Kind in der Bukowina und in Ostgalizien wußte von dem russischen Geld und der „rollende Rubel" war ein allgemein bekanntes Schlagwort. Ich erinnere mich an eine Debatte im Bukowiner Landtage — es dürfte um das Jahr 1900 gewesen sein —, in der einem ruthenischen Abgeordneten vorgeworfen wurde, er habe als Student russische Agitationsgelder, die nach der Bukowina geschickt worden seien, unterschlagen. Der Abgeordnete wies diesen Vorwurf mit Entrüstung zurück und klärte die Sache — in offener Landtagssitzung — folgendermaßen auf.

Er habe einem ruthenischen Verein in Czernowitz angehört, an den die russische Regierung das Geld schicken wollte. Da die direkte Zusendung aus Rußland nach Czernowitz doch etwas zu auffallend gewesen wäre, sei das Geld bei einer Wiener Bank für den Verein angewiesen worden. Um kein Aufsehen zu machen, sei er nach Wien entsendet worden, um das Geld abzuholen. Er habe das Geld behoben und ordnungsmäßig abgeführt; lediglich seine Reisespesen habe er in Abzug gebracht. Das heiterste aber war, daß damit die Angelegenheit als erledigt angesehen wurde. Wen die Sache näher interessiert, der findet die ganze Geschichte in den stenographischen Protokollen des Bukowiner Landtages [1]).

1) Da mir die Protokolle nicht zur Verfügung stehen, konnte ich nur aus dem Gedächtnis zitieren. Sie sind aber jedenfalls in der Wiener Universitätsbibliothek oder in der der österr. Nationalversammlung, der früheren Bibliothek des Reichsrates, in Wien vorhanden.

Die österreichische Regierung verhielt sich dieser russischen Propaganda gegenüber vollkommen passiv. Mit Unkenntnis der Sache konnte sie sich nicht rechtfertigen, da der Landeschef der Bukowina — der galizische Statthalter wäre aus Gründen, die weiter unten folgen, keine einwandfreie Quelle gewesen — davon wissen mußte und, wie mir bekannt ist, ein Bukowiner ruthenischer Abgeordneter mehrmals ausführliche Denkschriften über die russische Agitation in Galizien und der Bukowina an den österreichischen Ministerpräsidenten gerichtet und Abwehrmaßnahmen angeregt hat. Die passive Haltung der Regierung soll nach allem, was mir darüber bekannt wurde, darauf zurückzuführen sein, daß sie die Sache nicht besonders ernst nahm und außerdem jeden Konflikt mit der russischen Regierung vermeiden wollte. Der tiefere Kern dürfte jedoch vor allem der Umstand gewesen sein, daß ein erfolgversprechendes Auftreten gegen die russische Propaganda zunächst eine Stellungnahme zum ruthenischen Problem zur Voraussetzung gehabt hätte, die von selbst zu Konflikten mit den Polen führen mußte. Damit wäre man mitten in ein großes österreichisches nationales Problem und vielleicht in das Problem der österreichisch-ungarischen Monarchie überhaupt hineingeraten, was — nach der österreichischen bureaukratischen Terminologie — stets „nach Tunlichkeit vermieden bleiben sollte".

Die russische Propaganda blieb nicht erfolglos. Es gelang ihr, einen Teil der Ruthenen für ihr Programm zu gewinnen. Es war freilich eine Täuschung, wenn die russophilen Ruthenen glaubten, ihre nationalen Ziele im Verbande mit Rußland erreichen zu können. Aber die nationale Unterdrückung, die sie von den Polen erfuhren, war — neben der finanziellen Förderung seitens Rußlands — die Ursache, daß ein Teil der Ruthenen sich von Österreich ab und dem russischen Reiche zuwandte.

Welche Erfolge die russische Arbeit schließlich erzielte, geht daraus hervor, daß zwei auf das russische Programm kandidierende Abgeordnete ins österreichische Parlament einzogen und dort als Russen — nicht etwa als russophile Ruthenen — eine Partei bildeten. Bis zu welchen Mitteln sich die polnische Politik bei der Bekämpfung verstieg, zeigt die Tatsache, daß die russophile Bewegung von einem polnischen Statthalter direkt gefördert wurde. Der Zweck dieser — auf den ersten Blick unverständlichen — Haltung war, die Spaltung der Ruthenen zu fördern und damit ihre leichtere Besiegbarkeit zu ermöglichen. Der betreffende Landeschef büßte seine Politik mit dem Tode, indem er von einem ruthenischen Studenten erschossen wurde.

Durch den Ausbruch des Krieges wurde die bisherige Entwicklung, deren weiterer Verlauf nicht abzusehen war, unterbrochen. Soviel läßt sich aber sagen, daß die Ruthenen für einen großösterreichischen Gedanken wohl zu gewinnen gewesen wären. Die russische Bewegung, die eigentlich nur ein Lückenbüßer war, hätte, wenn die Ruthenen Aussicht gehabt hätten, ihre nationalen Ziele im Verbande der Monarchie zu erreichen, sofort den Boden verloren. Hier erwiesen sich aber die Polen, in gleicher Weise wie die Magyaren den Nationen in Ungarn gegenüber, als das größte Hindernis. Wie die Dinge sich gestaltet hätten, wenn es nicht zum Kriege gekommen wäre, läßt sich natürlich heute nicht mit Sicherheit beantworten. Nach dem ganzen bisherigen Verhalten der Polen ist jedoch die Vermutung naheliegend, daß sie ohne gewaltige, von außen kommende Umwälzung kaum auf ihre Vorherrschaft freiwillig verzichtet und damit den Ruthenen eine Lebensmöglichkeit im Rahmen der Monarchie gegeben hätten. Infolge der von den Polen betriebenen Politik waren auch die Ruthenen auf dem Wege, ein zerstörendes Element zu werden. Wir können daher mit Berechtigung sagen,

daß bei diesem Gang der Entwicklung auch von den Ruthenen für den österreichischen Staatsgedanken nichts zu erwarten war.

Das klassische Land des Irredentismus waren die von Italienern bewohnten Gebiete Österreichs.

In Österreich wohnen Italiener in Südtirol, im Küstenlande, in Görz und dem südwestlich von Görz gelegenen Gebiete, in Triest und am Westrande der Halbinsel Istrien, in einzelnen Teilen der Insel Cherso, Lussin, Veglia, den dalmatinischen Inseln Arbe, Pago, Lesina und Lissa sowie in einer Reihe dalmatinischer Städte. Auf ungarischem Gebiete wohnen Italiener nur in Fiume. Von diesen italienischen Siedlungen sind mit Italien unmittelbar zusammenhängende, geschlossene italienische Gebiete eigentlich nur Südtirol und in die Gegend südwestlich von Görz. Ein größeres zusammenhängendes italienisches Gebiet stellt allenfalls noch die Westküste der Halbinsel Istrien dar. Die übrigen italienischen Siedlungen in der Monarchie tragen den Charakter von Sprachinseln.

Seitdem Österreich die italienischen Provinzen verloren hatte und nach langem Ringen ein einiges Königreich Italien entstanden war, war es unvermeidlich, daß der neue italienische Staat eine gewaltige Anziehungskraft auf die österreichischen Italiener ausüben mußte. Wir haben gesehen, wie stark die Anziehungskraft des unabhängigen Serbien auf die österreichischen Südslawen war. Dabei handelte es sich im Vergleiche mit Italien um einen Staat primitiver Kultur. Um wieviel mehr mußte daher ein Land von der Kultur und Geschichte Italiens auf seine unter fremder Herrschaft stehenden Volksgenossen wirken. Wenn die österreichischen Staatsmänner mit weiterem Blicke begabt gewesen wären, hätten sie zu der Erkenntnis kommen müssen, daß nach der Verdrängung der österreichischen Herrschaft aus Italien und der Einigung Italiens zu einem einheit-

lichen nationalen Staate die an Italien grenzenden österreichischen italienischen Gebiete auf die Dauer nicht haltbar waren. Italien hatte sich rasch gefestigt und war zu einer europäischen Großmacht herangewachsen. Das war eine ganz andere Konkurrenz als das Königreich Serbien. Wenn man die Stadt Trient vom Bahnhof kommend betritt, fällt der erste Blick auf das prachtvolle Dantedenkmal auf dem großen Platze vor dem Bahnhofe. Dante den Blick nach Norden gerichtet. In diesem Standbild kam zum Ausdruck, welche Kraft die österreichischen Italiener zum Reiche zog. Es war der große gewaltige Reichtum an Kultur und Kunst, den das Sehnsuchtsland aller europäischen Völker, Italien, birgt und dessen Glanz vor uns ersteht, wenn wir den Namen Dante erklingen hören. Wer sein Denken von den herrschenden, von Dynastien und ihren Helfern den Völkern teils mit Gewalt, teils mit List durch Jahrhunderte währende planmäßige Arbeit eingeprägten Begriffen befreit und sich zu einer natürlichen vorurteilsfreien Beurteilung der Dinge durchgerungen hat, kann es keinem italienisch fühlenden Menschen verargen, daß seine Seele von der tiefsten Sehnsucht nach der Vereinigung mit der Gesamtheit seines Volkes erfüllt ist. Für diese Sehnsucht das Wort Hochverrat zu verwenden, mag sich mit Paragraphen eines Strafgesetzbuches begründen lassen, mag in der Siedehitze des Kampfes Entschuldigung finden, der soziologisch Denkende lehnt solche, den einseitigen Parteistandpunkt ausdrückende Schlagworte ab.

Vielleicht wäre es möglich gewesen, die österreichischen Italiener für die Monarchie zu gewinnen. Man weist in dieser Beziehung gern auf die Schweiz hin, wo auch Italiener leben, die bisher nie das Bedürfnis empfunden haben, sich wieder mit dem Mutterlande zu vereinigen. Dieser Vergleich stimmt jedoch insofern nicht, als die Vereinigung der eidgenössischen Italiener

mit der Schweiz unter ganz anderen historischen Voraussetzungen erfolgt ist, als die der österreichischen Italiener mit Österreich. Der wesentlichste Unterschied besteht darin, daß die einen freiwillig sich von ihren Volksgenossen gelöst haben, die andern aber ungefragt „wie Steine in einem Spiel" unter österreichische Herrschaft geschoben wurden. Außerdem bot die Schweiz den neuen Genossen in politischer Beziehung ganz andere Lebensmöglichkeiten als Österreich. Um die österreichischen Italiener für die Monarchie zu gewinnen, wäre die Umgestaltung der Monarchie im Sinne eines neuen, allen ihren Völkern volle Entwicklungsfreiheit ermöglichenden Staates die unerläßliche Voraussetzung gewesen. Aber selbst wenn diese Voraussetzung geschaffen worden wäre, glaube ich nicht, daß sie stark genug gewesen wäre, die Anziehungskraft des Königreiches Italien zu überwinden. Bezüglich der Italiener wäre eine solche Umgestaltung der Monarchie zu spät gekommen. Sie hätte vor Jahrhunderten kommen müssen — und dazu war die Zeit nicht reif —; in neuerer Zeit war es zu spät. Da war der irredentistische Gedanke schon zu tief in die Seelen gedrungen, als daß er noch zu entwurzeln gewesen wäre.

Nun wird man begreiflicherweise fragen: Was hätte also geschehen sollen?

Es wäre eine vielleicht schmerzhafte Operation gewesen; aber hier gab es, nachdem die Welt eben von neuen Ideen erfüllt war, der Idee der Demokratie, die von einer Beherrschung der Menschen wie einer Herde Schafe nichts mehr wissen wollte, und der nationalen Idee — die zum Teil eine Folgeerscheinung der demokratischen Idee ist —, keinen anderen Ausweg, als sich mit Italien wegen der Abtretung der national und kulturell zu ihm gehörigen Gebiete auseinanderzusetzen. Eine offene ehrliche Aussprache mit Italien hätte auch auf dieser Seite vielleicht

soviel Verständnis für die Interessen der Monarchie erzeugt, daß Triest, das, ohne italienisches Hinterland, eigentlich nur eine Sprachinsel darstellt, sowie die übrigen in keinem geographischen Zusammenhange mit Italien stehenden italienischen Siedlungen der Monarchie erhalten geblieben wären. Diese Auseinandersetzung mit Italien, verbunden mit einer Umgestaltung der ganzen Monarchie war der einzige Ausweg, um die von Italien ausgehenden Zerstörungskräfte unschädlich zu machen.

Man wird mir dagegen einwenden, daß dieser Gedanke eine Utopie sei. Gewiß, es wäre ein ungeheures Problem gewesen, ein Problem, für das die damalige Menschheit vielleicht noch nicht reif war. Es hätte Männer auf beiden Seiten bedurft, die über den engen Gesichtskreis des Alltagsmenschen in die Zukunft hinauszublicken verstehen. Wenn man das eine Utopie nennen will, dann widerspreche ich nicht. Dann muß man aber die Dinge hinnehmen, wie ein Naturereignis, wie ein Gewitter oder einen Blitzschlag, für deren Betrachtung Moral- und Rechtsbegriffe unverwendbare Maßstäbe sind.

Das Problem des italienischen Irredentismus war, wenn die besprochene Lösungsmöglichkeit verneint wird, unlösbar. Alle anderen Mittel konnten nur vorübergehend Linderung bringen, das Übel selbst aber nicht heilen. Bei dieser Sachlage war auch das Bündnis mit Italien nicht haltbar.

Wenn ich in dem Abschnitte über den habsburgischen Hausmachtgedanken als seinen Kern die Gutsbesitzerauffassung bezeichnet habe, das ist die Auffassung, daß der Staat und die ihn bewohnenden Menschen als Besitz des Herrschers im eigentlichen Sinne des Wortes gelten, über die der Herrscher, wie über ein Stück Feld verfügt, so gilt dies natürlich nicht allein für den Habsburgerstaat. Die Mehrzahl der europäischen Staaten sind noch heute auf diesem Gedanken aufgebaut. An dem Wesen der

Sache wird dadurch nichts geändert, wenn dieser Gedanke durch demokratische Einrichtungen stellenweise durchbrochen oder gemildert ist; dann ist zwar eine Abschwächung des Prinzips eingetreten, aber doch das alte Prinzip geblieben. Die Regierungsform ist hierbei nahezu gleichgültig. Die französische Republik wird vielleicht mehr von dieser Staatsauffassung beherrscht, als das monarchische England. Es hat nur die Herrschergestalt gewechselt. Ob der Gutsbesitzergedanke von einem im Erbwege auf den Thron gelangten König oder von einem gewählten Präsidenten oder Kabinett gehegt wird, ist im Wesen beinahe dasselbe. Die wahre Demokratie wäre nur die Staatsordnung, die ihre Form nicht ausschließlich auf der Fiktion des überpersönlichen Staates — denn es gibt konkret gedacht keine Staaten, es gibt nur Menschen und von ihnen bewohnte Teile der Erde — aufbaut, sondern auf dem Gedanken Menschengemeinsamkeit. Diese Auffassung hindert natürlich nicht, sich des Staatsbegriffes als einer für bestimmte Zwecke praktischen, vielleicht notwendigen Fiktion zu bedienen; aber die Demokratie muß sich, wenn sie wirklich Demokratie sein will, der Fiktion bewußt sein. Zu dieser wahren Demokratie hat sich die Menschheit noch nicht durchgerungen; aber, wenn nicht alle Zeichen trügen, ist sie auf dem Wege dazu. Der Krieg mit seinen furchtbaren Folgen hat diese Entwicklung ungeheuer beschleunigt und die neue Vorstellung über das Wesen der Form des menschlichen Zusammenlebens, heute noch unausgegoren und unfertig, ist in den Völkern einmal erwacht und wird nicht mehr zur Ruhe kommen, bis sie sich durchgesetzt hat und dadurch ein neuer Gleichgewichtszustand entstanden ist. Daß es sich bei diesen Erwägungen nicht um bloße Gedankenspielerei handelt, zeigt ein einfaches Beispiel.

Wenn man kurz vor Ausbruch des Weltkrieges die einzelnen Bürger der am Kriege beteiligten Staaten gefragt hätte, ob sie

nicht vielleicht das Bedürfnis fühlen, gegeneinander Krieg zu führen, so wäre die erdrückende Mehrheit der die Staaten bewohnenden Menschen über diese Frage wahrscheinlich höchst erstaunt gewesen und hätte an der Zurechnungsfähigkeit des Fragers gezweifelt. Ein tatsächliches Bedürfnis, Krieg zu führen, empfanden die Menschen nicht nur nicht, sondern sie hielten nichts für ferner, als die Möglichkeit eines Krieges. Man wird dagegen einwenden, daß schon vor Eintritt der letzten Kriegsveranlassung, der Ermordung des österreichischen Thronfolgers, internationale höchst bedenkliche Spannungen bestanden, die ein solches Maß erreicht hatten, daß der Krieg förmlich als naturnotwendige Entladung angesehen werden muß. Das ist richtig. Aber wo bestanden diese Spannungen? Werkwürdigerweise fühlten neunundneunzig von Hundert der Menschen, auf sich bezogen, diese Spannung nicht. Diese Spannung bestand eben nur zwischen den im Sinne des Großgrundbesitzergedankens am Steuer der Staaten stehenden Menschen, seien sie nun Einzelpersonen, wie Kaiser, Könige und Präsidenten, oder Menschengruppen, die berufen waren, oder sich berufen fühlten, in sich den Staat zum Ausdruck zu bringen und die Geschichte der eigentlichen Staatsbewohner zu ihrem angeblichen Heile zu lenken. Zwischen diesen Menschen ist eine Entladung der Spannungen eingetreten. Die übrige Menschheit — durch die technische Vollendung der modernen inneren Staatenorganisation erst ermöglicht — war gezwungen, diesen Führern zu folgen. Ich gehe noch weiter. Wenn im Verlaufe des Krieges — nach Abflauen der ersten von den Staatslenkern aufgepeitschten Leidenschaften, der sogenannten Kriegsbegeisterung — bei den tatsächlich Kämpfenden eine Abstimmung eingeleitet worden wäre, ob weiter gekämpft werden soll, ich glaube nicht, daß allzu viel Stimmen „ja" gelautet hätten.

Man sieht also, die Organisation der Staaten war eine solche, daß ohne den Willen und die Kenntnis der Millionen, die ja den Staat ausmachen und derentwillen — sollte man glauben — der Staat überhaupt da ist, ohne die er nicht nur keinen Zweck hätte, sondern überhaupt nicht vorhanden wäre, sich ein Kräftespiel zwischen den Staaten, die sogenannte äußere Politik, entwickeln konnte, die nunmehr ein von diesen Millionen unabhängiges Leben nach eigenen Gesetzen führte. Sie wurde förmlich zu einem selbständigen Wesen mit selbständigen Zielen, wie der Mensch selbständig nach seinen eigenen Absichten handelt, ohne Rücksicht darauf, wie sein Handeln auf die in seinem Körper lebenden Bakterienvölker wirkt. Wenn wir also genau zusehen, so kommen wir zu der furchtbaren Erkenntnis, daß im Weltkriege Millionen mit Feuer und Schwert aufeinander losgegangen sind, die im Grunde weder das Bedürfnis zu diesem Tun gehabt, noch seine Notwendigkeit eingesehen haben.

Solange in Europa Friede herrschte, wurden sich die Völker der gefährlichen Lage, in der sie sich befanden, nicht bewußt. Die einzelnen Stimmen, wie die der Pazifisten, wurden entweder nicht gehört oder verlacht oder gar gewaltsam erstickt. Der Krieg, der der Menschheit den lebenden Beweis erbracht hat, wohin diese Form des menschlichen Zusammenlebens führt, hat den Gedanken der Notwendigkeit einer grundlegenden Neuordnung der Staaten im Innern und der Staaten untereinander zu neuem Leben erweckt. Von manchen Seiten wird wohl behauptet, daß der gegebene Zustand nicht zu ändern sei, daß es immer so bleiben werde. Ein Streit darüber ist zwecklos. Die große Masse der Menschen in allen diesen Staaten ist nicht dieser Meinung und ist an der Arbeit, eine bessere Zukunft vorzubereiten. Und das genügt. Die Gruppen, die sich dieser Bewegung entgegenstellen, werden den Gang der Entwicklung höchstens vor-

übergehend aufhalten und darum reibungsvoller gestalten. Erlöschen wird dieser Gedanke nicht mehr.

Diese Ausführungen mußte ich vorausschicken, wenn ich über das Bündnis zwischen Österreich und Italien sprechen will.

Dieses Bündnis war zwischen den Staaten, und zwar nur zwischen den Staaten geschlossen worden. Es war das Ergebnis von Zweckmäßigkeitserwägungen der diese Staaten lenkenden Gruppen. Mit den Staatsvölkern hatte das Bündnis ebensowenig etwas zu tun, wie die Kriegserklärungen im letzten Kriege. Es ist einer der sonderbarsten Widersprüche der modernen konstitutionellen Staatenkonstruktionen, daß die kleinste für die Menschen kaum fühlbare Erhöhung irgendeiner Steuer an die Kritik und Zustimmung der Volksvertretungen gebunden ist, Staatsverträge aber, in denen es um Tod und Leben, um Freiheit und Vermögen ganzer Völker geht, in hermetisch abgeschlossenen Salons auswärtiger Ämter von einer Handvoll Menschen abgeschlossen werden. Erst wenn der Zeitpunkt eingetreten ist, in dem die bisher ahnungslosen Menschen das Vergnügen haben, die Vertragsverpflichtungen zu erfüllen, werden sie für würdig erachtet, ihren Inhalt — natürlich nur soweit, als es sich um die zu leistenden Opfer handelt — zu erfahren.

Nach diesem Grundsatze ist auch der Bündnisvertrag zwischen Österreich-Ungarn und Italien geschlossen worden. Er ist in seiner Gänze niemals veröffentlicht worden. Die eigentlichen vertragschließenden Teile, nämlich die, die ihn wirklich zu erfüllen hatten, haben seinen vollen Inhalt nie erfahren. Bei dieser Methode ist es unvermeidlich, daß die Gefühle und Absichten der zur Erfüllung verpflichteten Menschen und der den Vertrag abschließenden Staatslenker ganz verschiedene Wege gehen können. Diese Erscheinung sehen wir in typischer Form bei diesem Vertrage.

Die Gefühle der Italiener waren auf nichts weniger als ein bis in den Tod gehendes Freundschaftsverhältnis zur Monarchie gerichtet. Die Folge davon war, daß das Verhalten des italienischen Volkes in Widerspruch zu dem Vertrage stand. Nun hat aber die politische Entwicklung der Völker doch insoweit Fortschritte gemacht, als keine Regierung mehr imstande ist, die Stimme der Regierten vollständig zu ignorieren. In rein absolutistischen Zeiten fügte sich die erörterte Methode wenigstens in das ganze herrschende System ein. Die Völker wurden bei Vertragsabschlüssen nicht um ihre Meinung gefragt, man hatte aber die Macht, ihr äußeres Verhalten in die durch die Kabinettspolitik gewiesene Richtung zu zwingen. Die heutigen Regierungen besitzen diese Macht nicht mehr, daher der klaffende Widerspruch. Er ließe sich zwar am einfachsten dadurch beseitigen, daß auch für die äußere Politik die Konsequenzen aus der Umgestaltung der inneren Politik gezogen werden. Aber daran dachte niemand.

Die italienische Regierung hatte wohl die Macht, das Bündnis mit der Monarchie zu schließen, nicht aber, die monarchiefeindlichen Gefühle der Italiener in ihr Gegenteil zu verkehren. Für das italienische Volk war die Monarchie der Feind, der ihre Brüder gefesselt hielt und die Vereinigung aller italienisch Sprechenden — die Erfüllung des höchsten nationalen Ideals — verhinderte, gar nicht zu reden von den Erinnerungen an die einstige österreichische Herrschaft in Italien, die heute noch im Volke lebt. Aus diesen Gefühlen heraus erwuchs das Streben nach Teilen des Besitzes der Monarchie, also feindliche Gefühle. Diese Gefühle standen im Widerspruch mit dem Bündnisvertrag. Aber was war dieser unbekannte, ohne seinen Willen geschlossene Vertrag für den italienischen Menschen? Dem italienischen Menschen — und es kann nicht oft genug hervor-

gehoben werden, daß der Staat nur eine Abstraktion ist und es sich immer nur um fühlende Menschen handelt — war er nichts. Die italienischen Regierungen haben sich redlich Mühe gegeben, die Gefühle, die der Vertrag forderte, mit den Gefühlen der italienischen Menschen in Einklang zu bringen. Aber die Gefühle waren stärker. Die feindliche Haltung des italienischen Volkes mußte in der Monarchie Mißtrauen erregen. Die Folge davon war, daß die Monarchie an Sicherungen gegen den unsicheren Freund denken mußte. Dieses Vorgehen der Monarchie zwang andererseits auch wieder Italien, vor dem Bundesgenossen auf der Hut zu sein. Das Ergebnis war das groteske Schauspiel, daß die beiden Bundesgenossen, die sich versprochen hatten, mit ihrem Blute füreinander einzustehen, an ihren Grenzen gegeneinander mächtige Befestigungsbauten aufführten. Die menschlichen Gefühle erwiesen sich eben wieder einmal stärker, als das Papier. Dadurch kam eine Unaufrichtigkeit in das Verhältnis zwischen der Monarchie und Italien, die zu einem latenten Kriegszustande zwischen beiden Ländern führte.

Bei dieser Stimmung der Völker war vorauszusehen, daß im Falle eines Krieges die Italiener für ein Kämpfen an der Seite der Monarchie nicht zu haben sein würden. Der Streit über die Frage, ob durch die Kriegserklärung der Monarchie an Serbien der Bündnisfall gegeben war oder nicht, ist müßig. Der Kern der Sache ist, daß das italienische Volk für Interessen der Monarchie sein Blut nicht hergeben wollte. Ob für diese Ablehnung eine juristische Begründung gefunden wurde oder nicht, ist ganz belanglos. Es ist eine vollkommene Verwirrung der Gehirne, die Italiener deswegen der Treulosigkeit und des Verrates zu beschuldigen, denn der, der sich zur Treue verpflichtet hatte, und der, der sie halten sollte, waren verschiedene Personen. Das italienische Volk, das nicht einmal

den vollen Inhalt des Vertrages kannte, hat der Monarchie niemals freundschaftliche Gefühle vorgeheuchelt. Im Gegenteil, es hat aus seiner Feindschaft nie ein Hehl gemacht. Über die wahre Lage ist auch der andere Vertragsteil nie im Zweifel gewesen. Bekannt ist, daß Erzherzog Franz Ferdinand und der damalige österreichisch-ungarische Generalstabschef einen Präventivkrieg gegen Italien führen wollten. Daß es dazu nicht gekommen ist, war nicht ihr Verdienst, sondern das des Kaisers Franz Josef. Ich kann nicht einsehen, warum der Plan des Erzherzogs weniger Verrat sein soll, als das Verhalten Italiens, denn bei der moralischen Beurteilung der Dinge kommt es doch nicht darauf an, daß die Tat nur aus dem Grunde nicht ausgeführt wurde, weil eine außerhalb des Täters gelegene Kraft sie verhindert hat.

Man sieht, wie vollkommen verfehlt hier moralische Werturteile sind. Die Unmoral liegt nicht im „Verrat" der Italiener und nicht in den „verräterischen Absichten" Franz Ferdinands, sondern darin, daß über die Köpfe der Völker hinweg eben diesen Völkern Pflichten auferlegt wurden, die zu erfüllen sich ihre innersten Gefühle sträubten. Es ist das gleiche, wie wenn man ein Mädchen unter Anwendung von List oder Gewalt zu einer Ehe zwingen und dann moralisch entrüstet sein wollte, wenn sie dem Gatten nicht die Treue hält.

Dieses Verhältnis zu Italien machte jede vernünftige Politik der österreichischen Regierungen den österreichischen Italienern gegenüber unmöglich. Ohne irgendein Prinzip läßt sich auf die Dauer keine Politik machen. Daher die schwankende Haltung der Regierungen, die bald den bedenklichen Erscheinungen tatenlos zusahen, bald eine Härte entwickelten, die in keinem Verhältnisse zu den Anlässen stand. Typisch für die österreichische Politik den Italienern gegenüber war — um nur ein

Beispiel zu erwähnen — die Behandlung der italienischen Universitätsfrage.

Die Italiener forderten eine italienische Universität, eine Forderung, die bei der Zahl der italienischen Bevölkerung in Österreich und der Kultur des italienischen Volkes vollkommen berechtigt war. Man wußte aber nicht recht, wie man sich zu dieser Forderung stellen sollte. Die Forderung ablehnen — wie es die längste Zeit hindurch geschah — mußte die monarchiefeindlichen Gefühle der Italiener nur verstärken. Einem Volke, wie dem italienischen, eine Stätte der Wissenschaft zu verweigern, die kulturell tiefer stehende Nationen in Österreich bereits längst besaßen, war offener Hohn auf die geistigen Bedürfnisse eines Kulturvolkes. Da den ausländischen Studien in Österreich die Gültigkeit versagt ist, war dem jungen österreichischen Italiener, der die staatliche Anerkennung seiner Studien für seinen künftigen Beruf brauchte, die Möglichkeit genommen, an einer reichsitalienischen Universität zu studieren. Er war daher gezwungen, an einer fremdsprachigen Universität seine Studien zurückzulegen. Andererseits jedoch war nicht daran zu zweifeln, daß, wenn den Italienern eine Universität zugebilligt, sie zur Hochburg des Irredentismus geworden wäre, denn die Pflege italienischer Wissenschaft hätte den Hörern erst recht alle die idealen Kulturgüter nahe gebracht, die ihnen im Königreiche winkten. Das übrige hätte die jugendliche Begeisterung getan.

Aus dieser Lage gab es keinen Ausweg zu einer befriedigenden Lösung. Die österreichische Regierung wählte, wie so häufig, wenn sie nicht aus noch ein wußte, einen sogenannten Mittelweg, das heißt, sie nahm mit der einen Hand, was sie mit der anderen gegeben hatte. Als Standort der Universität wurde von den Italienern Triest, die größte italienische Stadt in Österreich, gefordert. Es wurde jedoch Rovereto, ein abgelegenes

Städchen in Südttirol gewählt. Damit war das junge Reis in einen unfruchtbaren Boden gepflanzt. Dagegen heftigster Widerstand der Italiener. Und nun begann die Wanderschaft der Universität. Sie kam nach Innsbruck. Die begreifliche Entrüstung der im Lande der heftigsten Kämpfe zwischen Deutschen und Italiener gelegenen deutschen Universitätsstadt führte zu öffentlichen Skandalen und Prügeleien. Da kam man auf den genialen Ausweg, die Universität nach Wien, der Reichshauptstadt, zu verlegen, die ja berufen sei, allen Nationen des Reiches Gastrecht zu gewähren. Auch dort entrüstetete Kundgebungen. Die italienische Universität schlief lautlos ein. Ergebnis: Die Italiener hatten eine italienische Universität und hatten doch keine.

Ich mache den österreichischen Regierungen keine Vorwürfe, denn ich wüßte nicht, wie die Frage zu lösen gewesen wäre. Ich erwähne die Universitätsfrage aus dem Grunde, weil sie besonders deutlich zeigt, in welche Sackgassen man schließlich gelangt, wenn man nicht den Mut und die Kraft hat, irgendeinen Grundsatz seiner Politik zugrunde zu legen. Weil man es nicht unternahm, das, was man täglich sah, sich auch ehrlich einzugestehen und danach zu handeln, wurde mit kleinen Mitteln an einer großen Frage herumkuriert. Bei dieser Entwicklung der Dinge kann es niemanden wundernehmen, daß das Verhältnis der österreichischen Italiener zum Staate täglich schlechter wurde und daß sie nicht einmal mehr die dünnen Fäden mit der Monarchie verbanden, mit denen die slawischen Nationen mit ihr noch zusammenhingen. Die österreichischen Italiener hatten einen Staatsgedanken, der sie, ihr ganzes Denken erfüllend, mit Allgewalt vorwärts trieb, aber es war ein Staatsgedanke, der mit der österreichisch-ungarischen Monarchie nichts mehr zu tun hatte.

Und nun soll von den österreichischen Deutschen gesprochen werden.

Wenn von ihnen zuletzt die Rede ist, so geschieht dies aus dem Grunde, weil ihre Stellung in der Monarchie und ihre Politik nur zu verstehen ist, wenn man sie von dem Hintergrunde der übrigen Nationen sich abheben läßt. Nur diese Art der Betrachtung macht eine vorurteilsfreie Beurteilung der Verdienste und der Fehler der deutschen Politik möglich. Vieles wird nur verständlich, wenn man sich die Tatsache vor Augen hält, daß die Deutschen durch Jahrhunderte mit einer Reihe sich entwickelnder Nationen in demselben Hause zusammengelebt haben. Hierzu ist aber die Kenntnis der politischen Entwicklung dieser Nationen die Voraussetzung. Nur so läßt sich das Gleichzeitige der Geschichte in das notgedrungene Nacheinander der Darstellung auflösen.

Die Jahre 1866 und 1867 waren entscheidend für das Schicksal der Deutschen in der Monarchie. Der Bruderkrieg des Jahres 1866 endete mit der Ausscheidung der Deutsch-österreicher aus dem deutschen Bunde. Sie, die mit der gleichen Sehnsucht wie die übrigen Deutschen an die Einigung des deutschen Volkes dachten, waren nun aus dem Vaterhause verwiesen. Sie mußten zusehen, wie aus dem kleinstaatlich zerrissenen Deutschland nach glänzenden Siegen das neue Deutsche Reich entstand. Wir, die wir bereits losgelöst vom deutschen Mutterlande geboren und aufgewachsen sind, können die Gefühle gar nicht erfassen, die unsere Väter erfüllt haben, als sie aufhörten Bürger des deutschen Bundes zu sein. Mein Vater hat mir oft erzählt, daß es einer der schmerzvollsten Augenblicke seines Lebens war, als er sich sagen mußte, daß nun alle politischen Bande mit Deutschland gelöst sind und er nun Ausländer sei, wie ein Franzose, Russe oder Engländer. Er hat diesen Schmerz bis zu seinem Tode nicht verwinden können.

Als Österreich, und mit ihm seine Deutschen, Deutschland verließen, standen die österreichischen Deutschen vor einer Schicksalsfrage. Nichts wäre natürlicher und verständlicher gewesen, als daß die deutschösterreichische Politik auf die Loslösung der deutschen Gebiete Österreichs und ihre Rückkehr zum Mutterlande gerichtet gewesen wäre. Diese Wendung wurde von mancher Seite geradezu erwartet und es wurden Stimmen laut, die den Abfall der österreichischen Deutschen und damit die Auflösung Österreichs prophezeiten. Aber nichts von allem dem geschah. Die Deutschösterreicher wußten nichts von einer Irredenta und blieben die treuesten Bürger Österreichs.

Um diese Haltung der Deutschen zu verstehen, müssen wir an das denken, was früher über das Verhältnis der Deutschen zu den Habsburgern und ihre kulturellen Aufgaben in Österreich gesagt wurde. Die Deutschen waren das Bindemittel, das den Bau des Habsburgerstaates Stein für Stein überhaupt ermöglichte und später den Bau zusammenhielt. Sie waren das wirtschaftlich und kulturell höchstentwickelte Volk dieses Staates. Diese Überlegenheit gab ihnen die politische Führung. Deutsch war, wenn auch nicht gesetzlich, so doch tatsächlich die Staatssprache. Deutsche Wissenschaft und Kunst überragte die der anderen Nationen so weit, daß ein Vergleich hier überhaupt nicht in Betracht kam. Industrie und Handel war fast ganz in deutschen Händen.

Die Deutschen lebten in dem Glauben, daß es so bleiben werde, daß ihnen auch in dem von Deutschland losgelösten Österreich eine große und ehrenvolle Aufgabe gestellt sei, das Zusammenhalten des Völkergemisches der Monarchie in deutscher Orientierung. Die Folge dieser Auffassung war auch, daß die Deutschen es gar nicht unternahmen, wenigstens in Österreich eine nationale Gruppe zu bilden, wie die anderen immer mehr

es zu tun im Begriffe waren, sondern sich als eigentliches Staatsvolk fühlten. So kam es, daß in Österreich die Deutschen die einzigen Österreicher wurden. Nicht wenig trug zu dieser Entwicklung — wovon noch ausführlicher gesprochen werden wird — die Bismarcksche Politik bei, die jede Annäherung der österreichischen Deutschen grundsätzlich ablehnte. Das Wort von den „Herbstzeitlosen", wie er die österreichischen Deutschen mit einer Anspielung auf ihren Führer Herbst nannte, ist dem großen Kanzler bis heute nicht vergessen. Die Bitterkeit über die Ausstoßung aus Deutschland, verbunden mit einer seit Jahrhunderten eingewurzelten Anhänglichkeit an die Dynastie und den scheinbar günstigen Aussichten in der Donaumonarchie waren die Hauptursachen, daß die österreichischen Deutschen sich nunmehr endgültig von Deutschland abwandten und ihre Kraft in den Dienst des Habsburgerstaates stellten.

Diese Haltung der Deutschen sollte sich bitter rächen. Es liegt mir fern, den Männern, die damals die Geschicke der österreichischen Deutschen lenkten, Vorwürfe zu machen. Sie glaubten ihrem Volke am besten zu dienen. Aber wie im Leben des einzelnen, so zeigt sich auch im Leben der Völker, daß es zu keinem guten Ende führt, wenn man sich selbst untreu wird. Indem die österreichischen Deutschen selbst auch innerlich ihren politischen Zusammenhang mit Deutschland aufgaben, machten sie eine in der damaligen Zeit vielleicht praktische Politik, sogenannte Realpolitik, aber damit wurden sie sich selbst untreu. Das brachte einen inneren Sprung in ihr Wesen und lähmte ihre Kraft. Von diesem Standpunkt führt eine gerade Linie zum Frieden von Saint Germain, der die ganze Verantwortung für die politischen Taten der Monarchie ausschließlich auf die Schultern der Deutschen und Magyaren legt. Das Schicksal der österreichischen Deutschen ist ein lebendiges Beispiel dafür, daß

Zugeständnisse an die Vorteile des Tages augenblicklichen Gewinn bringen können, große Ziele aber nur erreicht werden können, wenn man sich selbst treu bleibt und auch vor Opfern und Leiden nicht zurückscheut.

Wenn ich früher das Jahr 1867 als einen Wendepunkt in der Geschichte der österreichischen Deutschen bezeichnet habe, so geschah es aus dem Grunde, weil dieses Jahr die Einschränkung des deutschen Einflusses in der Monarchie auf die österreichische Hälfte bezeichnet. Der Ausgleich mit Ungarn brachte gleichsam eine Teilung der Monarchie in zwei Interessensphären. In Österreich sollten die Deutschen, in Ungarn die Magyaren die Führer sein. Damit hatten die Deutschen nicht allein ihr politisches Wirkungsgebiet eingeschränkt und ihre Stammesgenossen in Ungarn — eine nicht zu unterschätzende Minderheit — aufgegeben, sondern sie hatten damit auch den Weg verlegt zu einer Umgestaltung der Monarchie. Die deutsche Politik in der Monarchie war von diesem Zeitpunkte an nur mehr eine auf Österreich beschränkte Politik. Diese Beschränkung haben die Deutschen stets auf das genaueste auch gegen ihre und der Monarchie Interessen eingehalten, im Gegensatze zu den Magyaren, die, wenn ihre Interessen auf dem Spiele standen, von einem politischen Hinübergreifen auf die österreichische Hälfte nicht zurückscheuten.

Die Deutschen begannen nach dem Ausgleiche mit Ungarn gewissermaßen ein neues Leben.

Die Führung des deutschen Volkes in Österreich lag in den Händen des mit dem verfassungstreuen Adel verbundenen Großbürgertums. Der politische Ausdruck dieser Gruppen war die deutschliberale Partei.

Es war in den letzten Jahrzehnten in Österreich zur Gewohnheit geworden, die seinerzeitigen deutschen Liberalen mit

Spott und Hohn zu übergießen und ihnen die ganze Schuld am Niedergange des deutschen Einflusses in Österreich aufzuerlegen. Wenn auch ein wohlgerütteltes Maß von Schuld nicht zu leugnen ist, so wird doch eine vorurteilslose Beurteilung der damaligen Führer milder urteilen, wenn sie die Dinge nicht von unserem heutigen Standpunkte betrachtet — das Prophezeien nach rückwärts ist freilich nicht schwer —, sondern sich in die damalige Lage hineindenkt.

Die Liberalen standen noch im engsten Zusammenhange mit der Revolution von 1848. Viele von ihnen hatten diesen bedeutungsvollen Abschnitt der österreichischen Geschichte handelnd miterlebt. Sie waren daher noch erfüllt von den Idealen dieser Zeit. Nun hatte sich die Lage insofern geändert, als die Revolutionsideale, soweit damals erreichbar, erreicht waren und neue Probleme am politischen Horizont aufgestiegen waren. Uns heutigen Menschen kommt es ungeheuer selbstverständlich vor, daß diese Wendung der Dinge auch eine Wendung der Politik notwendig gemacht hätte. Aber die in ihrer Zeit drinsteckenden Menschen sind meist nicht imstande, die schwachen, kaum merklichen Anzeichen des Herannahens einer neuen Zeit wahrzunehmen. Den hierzu erforderlichen scharfen Blick hat nur das wirkliche politische Genie. Wenn man also von Schuld sprechen will, so trifft die Liberalen insofern eine Schuld, als in ihren Reihen kein seine Zeitgenossen überragendes Genie stand. Es waren Männer von großer Intelligenz, reichem Wissen, aber sie waren auch nur Kinder ihrer Zeit. Sie glaubten, daß wie bisher die Politik nur im Kreise der Intellektuellen gemacht wird und sahen nicht, daß sich die Massen des Volkes zu regen begannen, denen es nicht um geistreiche Reden, sondern um praktische Erfolge zu tun war. Wenn man die Reichsratsprotokolle aus jener Zeit liest, so fällt einem sofort das hohe geistige Niveau

der Verhandlungen auf, hinter dem die neuere Zeit weit zurücksteht. Aber was dort gesprochen wurde, klingt unseren Ohren wie eine geistreiche Debatte zwischen Universitätsprofessoren über irgendein Thema ihrer Wissenschaft oder zwischen Rechtsanwälten, die über eine interessante Entscheidung eines der höchsten Gerichte ihre Ansichten austauschen. Der Zusammenhang mit dem wirklichen Leben, insbesondere mit dem Leben der untersten Schichten des Staatsvolkes fehlte. Sie lebten in einem ähnlichen Irrtum, wie die Männer der absolutistischen Zeit. Diese glaubten, zur Lenkung des Staates seien nur der von Gott eingesetzte Herrscher und seine den privilegierten Ständen angehörenden Helfer berufen. Die Liberalen waren der Meinung, das Wohl des Staates sei am besten aufgehoben in den Händen der geistigen gelehrten Oberschichte, der die Massen vertrauensvoll ihr Schicksal zu überlassen haben. An diesem Irrtum sind sie zugrunde gegangen.

Erfüllt von den Idealen der Revolution, von der Größe und der Bedeutung deutscher Kultur und Wissenschaft glaubten sie, daß die deutsche Vorherrschaft die für die Völker Österreichs segensreichste politische Lebensform sei. Man tut ihnen unrecht, wenn man — wie es häufig von den nichtdeutschen Nationen geschehen ist — ihrem politischen Handeln Herrschaftsgelüste unterschiebt. Sie vertraten die deutsche Hegemonie nicht ausschließlich aus dem Grunde, um die nichtdeutschen Völker beherrschen zu können —, wie es etwa heute die Tschechen in ihrer neuen Republik ihren Deutschen gegenüber tun —, sondern erfüllt von der Überzeugung, daß Österreich nur unter deutscher Vorherrschaft zu erhalten und für die nichtdeutschen Nationen nur in diesem Österreich eine Lebensmöglichkeit gegeben sei. Dadurch glaubten sie auch ihrer Nation am besten zu dienen, da ein deutsch gerichtetes Österreich eine Rückendeckung für das

Deutsche Reich darstellen und verhindern würde, daß die slawischen Nationen zu einer dem Deutschen Reiche feindlichen Gruppe sich entwickeln könnten. Dadurch war ihre Meinung nach auch das zur Aufrechterhaltung des Friedens notwendige Gleichgewicht am besten gesichert. Man sieht also, es war keine bloße Gewaltherrschaft, um die es sich handelte, sondern nur ein großes politisches Programm. Man kann dieses Programm für verfehlt halten, aber den guten Glauben darf man, wenn man gerecht sein will, seinen Vertretern nicht absprechen. Deswegen ist auch die deutsche Vorherrschaft in Österreich nicht mit der der Magyaren in Ungarn zu vergleichen. Die Magyaren standen auf dem Standpunkte der Unterdrückung und Magyarisierung der nichtmagyarischen Völker ihres Staates. Das politische Handeln der Magyaren war von dem Wunsche getragen, sich nicht nur die Lebensfähigkeit, sondern auch einen über ihre Völkerzahl hinausgehenden bestimmenden Einfluß in der Monarchie zu sichern. Dieser Einfluß war nur möglich, wenn sie nicht nur das kleine Magyarien, sondern ganz Ungarn in die Wagschale werfen konnten. Wenn man also von der deutschen Vorherrschaft in Österreich und von der magyarischen in Ungarn als analogen Dingen spricht, so darf man dabei nicht vergessen, daß diese Analogie eine Grenze in den Motiven hat, denen beide Vorherrschaften entsprungen sind.

Dieses politische Programm war in der führenden deutschen Partei so fest eingewurzelt, war so sehr innerste Überzeugung geworden, daß selbst die immer zahlreicher auftauchenden Zeichen einer neuen Zeit sie in ihrem Glauben nicht wankend machten. Die nichtdeutschen Nationen wuchsen heran und wollten vom deutschen Gängelbande nichts mehr wissen. Sie wollten ihr eigenes Leben führen, einerlei, ob sie dabei besser oder schlechter fahren würden, wie der Sohn, der sich aus dem Vaterhause in

die Freiheit sehnt, auch wenn er weiß, daß sie ihm zunächst nur Entbehrungen bringen wird. Den Deutschliberalen fehlte hierfür das Verständnis, wie — um bei dem Vergleiche zu bleiben — die meisten Väter den Freiheitsdrang des Sohnes nicht verstehen, da er doch die Bequemlichkeit des Vaterhauses mit der rauhen Luft der Fremde vertauscht. Sie glaubten einem Staatsinteresse und mittelbar auch dem der nichtdeutschen Nationen zu dienen, wenn sie dem Streben nach Selbständigkeit Widerstand entgegensetzten. Sie wußten nicht, daß die in die Freiheit sich losringenden Kräfte täglich wachsen und sie in diesem Kampfe um ein nichtanerkanntes Ideal schließlich die Interessen des eigenen Volkes aufs Spiel setzen würden. Dazu kam noch, daß ihre eigenen Reihen zu wanken anfingen.

Je mehr die Liberalen den Zusammenhang mit der Masse des eigenen Volkes verloren, desto mehr entwickelten sich in dieser neue politische Ideen und mit ihnen neue deutsche Parteien. Die rasch zunehmende Industrialisierung Österreichs ließ eine ununterbrochen wachsende Arbeiterschaft entstehen, die andere Schmerzen hatte, als die geistreiche Erörterung professoraler Ideen. Sie fand den Ausdruck ihrer politischen Ansichten in der sozialdemokratischen Partei.

Ein anderer Teil des deutschen Volkes erkannte, daß die offizielle deutsche Politik nicht bloß immer weiter von ihrem geträumten Ziele sich entfernte, sondern sogar im Begriffe war, die nationalen Interessen des deutschen Volkes zu vergessen. Er organisierte sich in den deutschnationalen Parteien, deren politische Grundlage das Linzer Programm war. Galizien und Dalmatien sollten losgelöst und dadurch Österreich ein vorwiegend deutscher Staat werden, der in eine enge Verbindung zum Deutschen Reiche treten sollte. Von dieser Gruppe lösten sich dann die Christlichsozialen, die, vom christlichen Sozialismus

ausgehend, zu einer Partei des „kleinen Manns" in Wien und schließlich nach Verschmelzung mit den alten klerikalen Parteien zu einer klerikalen Reichspartei wurden. Die alte liberale Partei schmolz nach mehrfachem Namenswechsel zu einer kleinen Gruppe zusammen, die keinen entscheidenden Einfluß mehr auf die Geschicke zu üben vermochte.

Die Geschichte der deutschen Parteien in Österreich ist so verwickelt, so sehr mit Personen, sozialen Veränderungen, politischen Entwicklungen der nichtdeutschen Nationen verknüpft, daß eine eingehendere Darstellung über den Rahmen dieser Schrift hinausgehen müßte. Ich muß mich daher darauf beschränken die allgemeine Richtung der deutschen Politik in Österreich anzudeuten.

Blicken wir auf das politische Leben des deutschen Volkes in Österreich in der Zeit nach dem Ausgleiche bis zum Ausbruch des Krieges, so sehen wir eine große, sich vom Volksempfinden immer mehr entfernende und darum langsam verschwindende Partei und das Auftauchen zahlreicher neuer Parteien. So groß ihre Verschiedenheiten auch sein mögen, im Grunde hatten sie einen gemeinsamen Gedanken, wenn auch je nach der Parteirichtung in veränderter Form, nämlich den alten Gedanken der deutschen Führung im Staate. Dieser Gedanke beherrschte sie in dem Sinne, daß auch zu Zeiten, wo man kaum mehr von einer deutschen Vorherrschaft sprechen konnte, sie dennoch an diesem Gedanken festhielten, daß sie das Nichtvorhandensein dieser Vorherrschaft verurteilten und die Wiedererlangung der Führung für das erstrebenswerte Ziel hielten. Sie unterschieden sich hierdurch grundlegend von den übrigen nichtdeutschen Parteien.

Während alle anderen nichtdeutschen Parteien von dem Grundsatze ausgingen, die Ausgestaltung des nationalen Lebens

und in weiterer Folge die nationale Selbständigkeit sei das erste allen gemeinsame Ziel — was die Parteien unterschied, war die Meinungsverschiedenheit über die zur Erreichung dieses Zieles notwendigen Mittel —, waren die deutschen Parteien immer „Österreicher". Während die Tschechen oder Polen, wenn es um nationale Fragen ging, sich trotz allen Parteihaders sofort wie eine Mauer zusammenschlossen, mußten wir des öftern an der Seite der das Deutschtum bekämpfenden Parteigruppen Deutsche sehen. Ja selbst zu der Zeit, als unter der Regierung des Grafen Badeni im Kampfe um die Sprachverordnungen beim deutschen Volke Österreichs so etwas wie ein Erwachen zur Erkenntnis einzutreten schien, mußten wir das traurige Schauspiel erleben, daß ein deutscher Abgeordneter, der deutschklerikale Graf Falkenhayn, sich als Werkzeug zur Vergewaltigung und Überrumpelung der deutschen Abgeordneten im Parlament hergab. Daß die sogenannte „Lex Falkenhayn" einen deutschen Namen führt, ist eine traurige Tatsache, an die jeder österreichische Deutsche nur unter Erröten zu denken vermag.

Diese Zersplitterung hatte ihren Grund darin, daß die Deutschen noch immer nicht wußten, um was es eigentlich ging. Während sie gegen das ununterbrochene Abbröckeln ihrer Vorherrschaft vergeblich ankämpften und in der Meinung lebten, auch für die Erhaltung des Staates kämpfen zu müssen, arbeiteten die anderen Nationen an der Sammlung und Ausgestaltung ihrer nationalen Kräfte und trafen so alle Vorbereitungen, um beim Einsturz des gemeinsamen Gebäudes sofort ihr eigenes Haus beziehen zu können. Es war das Verhängnis der Deutschen, daß sie nicht rechtzeitig die Lage erkannt haben. Schon längst konnte von einer deutschen Vorherrschaft keine Rede mehr sein. Es konnte sich nur mehr darum handeln, alle deutschen Kräfte zu vereinigen, um den deutschen

Besitz zu sichern. Es gab nur eine Politik für die Deutschen, nämlich dieselbe Politik, wie die der anderen. Wenn die Tschechen, Polen, Südslawen, Italiener ihre Selbständigkeit anstrebten, gab es für die Deutschen keine andere Politik, als dasselbe zu tun. Und gerade diese Politik haben die Deutschen nicht gemacht.

Wenn die Deutschen ihr altes Ideal — eigentlich war es habsburgisches Ideal — des deutschregierten Österreich aufgegeben und nur an eigene Selbständigkeit gedacht hätten, so wäre ihre Stellung eine ganz andere gewesen. Ihr politisches Programm hätte lauten müssen: Zusammenfassung aller deutschen Gebiete der Monarchie zu einem deutsch-österreichischen Staate — ich sage ausdrücklich Monarchie, denn so kindlich bescheiden konnten nur die Deutschen sein, daß sie auf Deutschwestungarn niemals Ansprüche erhoben, während die Ungarn ruhig Dalmatien forderten — und vollste innere Selbständigkeit. Dabei hätte man an dem Verbande der Monarchie festhalten, sich aber vorbehalten können, im Falle des Ausscheidens anderer Nationen aus der Monarchie über das weitere Schicksal des deutschösterreichischen Staates selbst zu bestimmen.

Diese Politik rechtzeitig eingeschlagen, hätte voraussichtlich sehr rasch zu einer Verständigung mit den anderen Nationen geführt. Von dieser Plattform ausgehend, die ja im Wesen nichts anderes war, als das alte Programm des Tschechen Palacky im Kremsierer Verfassungsausschusse — was den Tschechen nicht oft und nicht laut genug hätte in Erinnerung gebracht werden müssen —, hätte man ohne weiteres den übrigen Nationen die von ihnen geforderte Selbständigkeit nicht nur zugestehen, sondern wärmstens unterstützen können. Gewisse Opfer wären freilich unvermeidlich gewesen. Deutsche mit den deutschen Ländern nicht zusammenhängende Minderheiten, wie die

Sprachinseln, hätten aufgegeben werden müssen. Das wäre vom Gefühlsstandpunkt traurig gewesen. Aber mit Gefühlen kann man nicht Politik machen. Ebenso hätte mit der Politik der doppelten Prinzipien gebrochen werden müssen. Es ist eine unmögliche Politik, in Böhmen auf dem Standpunkte der nationalen Teilung des Landes in ein Deutsch-Böhmen und ein Tschechisch-Böhmen zu stehen, in Tirol aber an der Einheit des Landes starr festzuhalten und von einem Ausscheiden des italienischen Landesteiles nichts wissen zu wollen. Dadurch schwächte man die eigene Stellung, denn die Gegner konnten in Böhmen den deutschtiroler Grundsatz und in Tirol den deutschböhmischen uns entgegenhalten. Es hätte eben eine einheitliche, alle deutschösterreichischen Länder umfassende Politik gemacht werden müssen. Auch das hätte Opfer gekostet, aber das Gewonnene wäre des Preises wert gewesen. Gleichzeitig hätte man den anderen Nationen ebenso ruhig wie nachdrücklichst erklären sollen, daß Deutschösterreich nach wie vor bereit sei, mit den selbständigen Nationen als Gliedstaat im Verbande der Monarchie zu bleiben, daß es im übrigen aber keinerlei Interesse an der Aufrechthaltung der Gemeinschaft habe und, wenn die anderen seine Anwesenheit lästig empfinden, jeden Augenblick bereit sei, das gemeinsame Wohnhaus zu verlassen. Hierbei hätte auch zart angedeutet werden können, daß die Deutschen Österreichs nicht allein auf der Welt stehen und ihr letztes Ziel, getreu dem auch von den anderen Nationen verfolgten und daher gewiß von ihnen wohl verstandenen nationalen Ideal, die Rückkehr in das Vaterhaus sei.

Ein solcher politischer Weg — nicht erst im Jahre 1918, sondern vierzig Jahre früher — eingeschlagen, hätte wahrscheinlich dazu geführt, daß die Deutschen von den Slawen heiß umworben worden wären. Damals war die kulturelle und ins-

besondere die wirtschaftliche Distanz zwischen den Deutschen und den Slawen noch nicht so weit verringert, wie in den letzten Jahren vor dem Kriege. Damals hätten sich die Slawen bei ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von den österreichischen Deutschen nur unter schweren Verlusten von Österreich loslösen können; sie wären voraussichtlich diejenigen gewesen, die das stärkste Interesse an der Erhaltung der Monarchie gehabt hätten, besonders, wenn ihnen in ihr die Möglichkeit zu innerer nationaler Selbständigkeit gesichert worden wäre.

Dieser eigentlich aus den gegebenen Tatsachen sich beinahe als selbstverständliche Folgerung ergebende Gedanke fand jedoch keinen Boden. Ansätze dazu waren wohl vorhanden. Die deutschnationalen Parteien dachten an eine Sicherung des deutschen Besitzes. Aber auch das Linzer Programm verfolgte den Gedanken nicht konsequent. Es dachte bloß an ein Ausscheiden Galiziens und Dalmatiens, um auf diese Weise das Gewicht des Deutschtums in Österreich zu erhöhen. Es war wieder der Gedanke einer deutschen Vorherrschaft über die anderen Nationen in einer vermeintlich leichter durchsetzbaren Form. Dabei übersah dieser Gedanke, daß sich die Polen gewiß nicht und die Dalmatiner wahrscheinlich nicht hätten ausschließen lassen. Bezüglich der Polen ist der Beweis für diese Behauptung sogar zu erbringen.

Während des Krieges ist der Gedanke der Sonderstellung Galiziens und des Ausscheidens der galizischen Abgeordneten wieder lebendig geworden. Die Polen traten als seine heftigsten Gegner auf. Auch die Tschechen hätten die stärkste Opposition gemacht, denn so naiv wären sie nicht gewesen, um nicht zu wissen, daß die Ausscheidung Galiziens und Dalmatiens und die dadurch herbeigeführte Stärkung der Deutschen ihre Lage außerordentlich verschlechtert hätte. Der Versuch, diesen Teil

des Linzer Programms in die Wirklichkeit zu übersetzen, wäre voraussichtlich das Signal zum Zerfall der Monarchie gewesen. Unter allen Parteien hat nur die sozialdemokratische die einzig mögliche Lösung des nationalen Problems erkannt, indem sie auf dem Brünner Gesamtparteitag (24. bis 29. September 1899) den Grundsatz aussprach, daß Österreich nur ein demokratischer Nationalitätenstaat sein könne, der sich in autonome nationale Selbstverwaltungsgebiete gliedert. Aber diese Partei war ohne Einfluß auf die nationale Politik der Deutschen, weil für sie andere Probleme — wirtschaftliche und soziale — im Vordergrund standen. Hierzu kam noch, daß sie vor der Spaltung in nationale sozialdemokratische Parteien alle österreichischen Nationen in ihrem Lager vereinte und aus diesem Grunde und — nach der Spaltung — wegen der Internationalität ihres Programmes den radikalen deutschnationalen Parteien verdächtig war.

Ein Hindernis gegen eine deutsche Autonomiepolitik war auch das beliebte und auch heute noch sein Unwesen treibende Schlagwort: wenn Österreich nicht bestünde, müßte es geschaffen werden.

Man erlebt bei solchen Schlagworten immer wieder dasselbe. So verwickelte Probleme, wie das österreichische, lassen sich natürlich nicht in wenige Worte einfangen. Nun gelingt es, mit einem Schlagwort eine Seite des Problems — und gerade die zu einer Zeit wichtigste — grell zu beleuchten. Das Schlagwort ist nicht falsch, aber es erschöpft die Sache nicht. Darauf wird aber nicht geachtet, denn es genügt für den Augenblick und seinen Zweck. Nun ändern sich Zeiten und Verhältnisse, das Schlagwort verliert immer mehr von seinem Inhalte, bis es schließlich zu einer leeren Hülse wird.

Der Satz: wenn Österreich nicht wäre, müßte es geschaffen

werden, enthält einen richtigen Kern. Im Interesse Europas ist es gelegen, daß die auf dem Boden der Monarchie lebenden Nationen in einer Organisationsform zusammenleben, die die Ruhe in Mitteleuropa sicherstellt. Falsch ist es aber, wenn man diesen Satz allgemein dahin verstehen will, daß es ganz gleichgültig sei, wie diese Organisation aussieht. Ein Österreich, das so konstruiert ist, daß es allen Nationen ein ihren Wünschen entsprechendes Heim bietet, wäre nicht nur wünschenswert gewesen, sondern hätte vielleicht sogar die erste Vorstufe zu dem Ideal sein können, das die Friedensfreunde sich unter dem Völkerbund vorstellen. Ein schlecht organisiertes Österreich, wie es Österreich-Ungarn war, erfüllt jedoch die Voraussetzungen seiner Notwendigkeit durchaus nicht. Der Zerfall der Monarchie ist durch den Krieg herbeigeführt worden. Daraus darf aber nicht der Schluß gezogen werden, daß ohne den Krieg die Monarchie wie bisher ruhig weitergelebt hätte. Wenn die Völker nicht sehr bald zur Einsicht gekommen wären, hätten sich die nationalen Konflikte auf ein unerträgliches Maß gesteigert. Die Begehrlichkeit der Nachbarn, insbesondere auf dem Balkan, hätte in gleichem Maße zugenommen. Der Zerfall der Monarchie wäre dann freilich später, aber doch eingetreten. Bei der uns bekannten Denkungsart der Magyaren wird wohl kaum jemand geneigt sein, anzunehmen, daß sie zugunsten eines geordneten Zusammenlebens der Nationen kampflos — ohne gewaltsame äußere Eingriffe oder innere Unruhen — ihre Vorherrschaft aufgegeben und sich in der Monarchie mit der Rolle beschieden hätten, die ihnen auf Grund ihrer Bevölkerungszahl zukommt. Und ohne Aufgeben der magyarischen Gewaltherrschaft über die anderen Nationen in Ungarn ist eine Umgestaltung der Monarchie zu einem geordneten Nationalitätenstaat undenkbar. Der Fortbestand der Monarchie in ihrer bisherigen Form wäre

ein alle Nachbarn dauernd in Atem haltender Hexenkessel und damit ebenso eine dauernde Quelle der Unruhe in Europa gewesen, wie die Türkei es war, als sie noch große fremdnationale Gebiete in Europa ihr eigen nannte.

Ebenso falsch ist es, aus dem Schlagwort von der Notwendigkeit der Monarchie den Schluß zu ziehen, daß die Monarchie, selbst wenn sie eine geordnete Lebensform gefunden hätte, unbedingt aus allen den Völkern hätte zusammengesetzt sein müssen, aus dem sie bis zu ihrem Zerfalle bestanden hat. Es ist nicht einzusehen, warum es eine unbedingte Voraussetzung der Ruhe in Mitteleuropa sein sollte, daß die österreichischen Deutschen zur Monarchie gehören müssen. Naturgemäß gehören die österreichischen Deutschen zu den übrigen Deutschen. Die geographische Lage der österreichischen Deutschen ist bis auf wenige kaum in Betracht kommende Splitter so, daß sich Deutschösterreich zwanglos in das Deutsche Reich einfügen läßt. Das gleiche gilt für den größten Teil der italienischen Siedlungen in Österreich, die ohne weiteres an Italien angeschlossen werden können, was ja auch geschehen ist. Ebenso ist gar kein Anlaß, wenn man den Polen einen selbständigen Staat zuerkennt — und diese Forderung kann man, wenn man Europa nach gerechten haltbaren Grundsätzen ordnen will, wohl nicht ablehnen —, für das an Polen angrenzende Galizien die Zugehörigkeit zu einem fremden Nationalitätenstaat als unbedingt notwendig anzusehen. Nicht anders steht es bezüglich der Ruthenen und Rumänen in den Gebieten, wo sie in geschlossenen Massen wohnen und an die Ukraine und das Königreich Rumänien angrenzen. Zweifel könnte man allenfalls bezüglich der Südslawen haben, wo es sich um die Vereinigung von drei Nationen — Slowenen, Kroaten und Serben — handelt und wir heute noch nicht wissen, ob die drei sich in einem Staate werden vertragen können.

Sehen wir von ihnen ab, so bleiben eigentlich nur die Tschechen — nicht die heutige tschechoslowakische Republik, die durch die gewaltsame Eingliederung anderer Nationen eine Staatsform künstlich sich geschaffen hat — und die Magyaren und jene Gebiete der Monarchie übrig, wo die Nationen so durcheinandergemischt wohnen, daß eine räumliche Scheidung nicht durchführbar ist. Für diese Teile der Monarchie gebe ich zu, daß die Schaffung einer Dauer versprechenden Organisationsform im Interesse der Ruhe Europas wünschenswert wäre. Das ist aber etwas ganz anderes, als das Österreich, an das man denkt, wenn gesagt wird, Österreich müßte geschaffen werden.

Wenn ich ausführlicher über dieses beliebte Schlagwort gesprochen habe, so geschah es hauptsächlich aus dem Grunde, weil es in mancher Beziehung sowohl bei uns als auch im Auslande viele Köpfe erfüllt hat und dadurch ein sehr wesentliches Hindernis gegen die Inangriffnahme einer Neuordnung der Monarchie geworden ist. Wozu sich den Kopf zerbrechen, wenn dieses Österreich-Ungarn geradezu eine naturgesetzliche Notwendigkeit ist? Da ist es doch das Richtige, dieses Gebilde, so wie es ist, mit allen möglichen Mitteln am Leben zu erhalten. Wenn sich die europäischen Großmächte von diesem Schlagworte nicht hätten blenden lassen, dann hätten sie längst die Lösung des österreichisch-ungarischen Problems ins Auge fassen müssen und sich nicht mit der Aufrechterhaltung des sogenannten europäischen Gleichgewichtes — auch wieder so ein geisthemmendes Schlagwort — begnügen dürfen. Insbesondere hat das Deutsche Reich — davon wird im IV. Abschnitte noch ausführlich gesprochen werden — die Bedeutung dieses Problems nicht erfaßt. Daß die Großmächte an dem Kern der Frage der Donaumonarchie vorbeigegangen sind, hat sie den Krieg gekostet, von dem es noch sehr fraglich ist, ob die Sieger den Sieg nicht allzu teuer be-

zahlt haben. Denn darüber dürfte für den Einsichtigen heute — über alle noch ungelösten Schuldfragen hinweg — wohl kein Zweifel mehr bestehen, daß die eigentliche Ursache des Weltbrandes der beginnende Zerfall der Monarchie war.

Aber noch aus einem anderen Grunde habe ich dieses Schlagwort genauer auf seinen Inhalt geprüft. Es spukt noch heute herum und will die Begründung für die von manchen Seiten aufgestellte Forderung sein, die aus dem zertrümmerten Österreich-Ungarn hervorgegangenen Teile, oder wenigstens einige von ihnen, neuerlich zu einer Art Österreich-Ungarn, Donauföderation, oder wie man sonst das Ding nennen mag, zusammenzuleimen. Als Begründung wird das heute in Mitteleuropa herrschende wirtschaftliche und soziale Chaos angesehen, welches eben den schlagenden Beweis für den Satz bilden soll, daß die Monarchie geschaffen werden müßte, wenn sie nicht bestünde. Nun besteht die Gefahr, daß die europäische Menschheit diesem unseligen Schlagwort nochmals erliegt. Die Monarchie ist zerfallen; die Folge des Zerfalls ist ein Chaos; also errichten wir die Monarchie wieder; dann haben wir wieder Ordnung. Das ist der Gedankengang, der zu der erwähnten Schlußfolgerung führt.

Aber dieser Schluß ist ein Trugschluß. Er wäre nur dann richtig, wenn die Monarchie ein Staat gewesen wäre, der seine Aufgabe als mitteleuropäisches Völkerheim erfüllt hat, in dem seine sämtlichen Bewohner sich außerordentlich wohl gefühlt haben und der mutwillig oder durch einen Zufall zerschlagen worden ist. Nun ist ja die Monarchie zerfallen, weil sie diese Aufgabe nicht erfüllt hat — der Krieg war nur der äußere Anstoß, der den unterhöhlten Bau zum Einsturz gebracht hat —, ihre Wiederaufrichtung würde also nur den alten Zustand der ungelösten Probleme wieder herstellen und wir wären wieder dort, wo wir früher waren.

Darauf wird man mir vielleicht erwidern: die Monarchie hätte aber zu einer der Entwicklung seiner Völker Raum bietenden Organisation und damit zu einem Hort der Ruhe für Europa werden können; indem wir sie wieder aufrichten, schaffen wir eben die Möglichkeit, durch friedliche Vereinigung aller dieser Völker, die uns jetzt soviel Sorge machen, Europa zur Ruhe zu bringen.

Daß diese Möglichkeit vor der Zerstörung der Monarchie bestanden hat, ist nicht zu leugnen; aber sie ist heute dahin. Niemand wird wohl ernstlich daran glauben, daß die Tschechen, die Südslawen, die Polen Galiziens bereit wären, sich wieder in einem Donaustaate zu vereinigen, oder Italien und Rumänien, ihre Erwerbungen wieder herauszugeben. Derartige Umwälzungen, wie sie der Krieg mit sich gebracht hat, sind nicht mehr rückgängig zu machen. Meint man jedoch — und das ist des Pudels Kern —, daß die Aufrichtung eines neuen Donaustaates den Zweck haben soll, Deutschösterreich mit irgendeinem seiner Nachbarn zusammen zu spannen, dann ist es nicht mehr die Schaffung eines Österreich, „das geschaffen werden müßte, wenn es nicht bestünde", sondern nichts anderes als der maskierte Plan, den Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich zu verhindern. Daß dem so ist, geht schon daraus hervor, daß es bisher noch niemandem eingefallen ist, die Schaffung eines Donaustaates ohne Deutschösterreich vorzuschlagen. Dann wäre es wenigstens aufrichtiger, offen einzugestehen, daß der Vater des Gedankens der Wunsch ist, eine Vergrößerung des Deutschen Reiches unter allen Umständen zu verhindern, einerlei, ob damit wieder die natürliche Lösung eines mitteleuropäischen Problems verhindert und der Keim zu neuen Verwicklungen ausgesät wird. Ziehen wir die Summe der deutschen Politik in Österreich, so kommen wir zu folgendem Ergebnis: die österreichischen Deut-

schen haben der Erhaltung der Monarchie und der Dynastie ungeheure Opfer gebracht und sich den Haß sämtlicher nichtdeutschen Nationen Österreichs zugezogen, die in ihnen, die der Gesamtheit und der Dynastie zu dienen glaubten, das Hindernis ihrer Selbständigkeitsbestrebungen sahen. Dabei haben sie auf sich selbst vergessen.

Welche furchtbare Folgen die verfehlte deutsche Politik gehabt hat, hat der Ausgang des Krieges mit erschreckender Deutlichkeit bewiesen.

Dadurch, daß die Deutschen sich immer mit dem Staate identifizierten, immer die Österreicher waren, sind sie von den Feinden auch als die Österreicher behandelt worden. Während nach dem Hinscheiden der Monarchie sich alle anderen als die Legatare mit ihren Legaten entfernten, blieben die Deutschen und die Magyaren als die Erben zurück, die alle Lasten des Nachlasses zu tragen haben. Die Magyaren wissen wenigstens, warum sie als Erben behandelt werden. Sie haben Ungarn tatsächlich beherrscht und alle Vorteile aus dieser Herrschaft genossen. Sie haben ein gewagtes Spiel gespielt und es verloren. Aber von den Deutschen werden selbst seine erbittertsten einstigen Gegner, wenn sie aufrichtig sind, nicht behaupten, daß sie eine Gewaltherrschaft, wie die Magyaren in Ungarn, in Österreich aufgerichtet hätten, ja daß in der letzten Generation auch nur eine wirkliche deutsche Vorherrschaft bestanden hätte. Nationen, die bis zum Zusammenbruche im selben Graben mit den Deutschen vereint gekämpft haben, waren plötzlich die Bundesgenossen unserer Feinde. Die Tschechen haben wenigstens durch das Übergehen tschechischer Truppenteile und durch die Abmachungen ihrer während des Krieges im Auslande arbeitenden Vertreter als Feinde der Monarchie gehandelt. Von den Polen aber, die in den Heeren der Mittelmächte die Befreier

ihrer Brüder vom zarischen Joche sahen, oder gar von den Slowenen und Kroaten zu behaupten, daß sie Bundesgenossen der Entente waren und nun auch „Sieger" sind, ist so sinnlos, daß es, wenn die Sache nicht so traurig wäre, wie ein schlechter Scherz klingt. Was nützte es den Deutschen, als sie im letzten Augenblick, als das mit ihrer Arbeit und ihrem Blute aufgebaute Österreich zusammenstürzte, ebenso wie die anderen ihren eigenen Staat gründeten, den anderen die Selbständigkeit neidlos zuerkennend, sie aber für sich fordernd? Nicht einmal der deutsche Name wurde ihnen gestattet, sie müssen weiter Österreicher heißen. Was man den Deutschen an altem angestammten Besitz wegnahm, wurde nicht den Deutschen Österreichs, sondern dem Staate Österreich weggenommen. Diese Identifizierung der österreichischen Deutschen mit Österreich war der Titel zu einer sinnwidrigen Verstümmlung eines Volkes, denn man verstümmelte ja nicht die Deutschen, sondern Österreich. Während es bei allen anderen Nationen selbstverständlich war, daß sie sich im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker dorthin wandten, wohin ihr Herz sie zog, wurden Teile der österreichischen Deutschen wie „Steine in einem Spiel" hin und her geschoben und dem Reste die Vereinigung mit seinen Stammesgenossen verboten.

Wenn die Deutschen rechtzeitig jene nationale Politik gemacht hätten, wie sie früher erörtert wurde, dann wäre beim Zusammenbruch der Monarchie ein Deutschösterreich bereits fertig dagestanden, ebenso wie ein Tschechien oder Südslawien. Wenn das alte Programm des Tschechen Palacky durchgeführt worden wäre, wären die Grenzen zwischen Deutschböhmen und Tschechischböhmen, zwischen Deutschtirol und Italienischtirol bereits „historische Grenzen gewesen", und zwar historische Grenzen nicht auf Grund von Gewalt, sondern auf Grund von längst

geschlossenen Vereinbarungen mit den Tschechen und Italienern. Solchen Tatsachen hätte sich selbst die Entente nicht verschließen können. Die Forderung der Tschechen auf Deutschböhmen wäre ebenso unmöglich gewesen, wie die der Italiener auf Deutschsüdtirol.

So kam es, daß an der einzigen Nation in Österreich, die — gegen ihr eigenes Interesse — einen österreichischen Staatsgedanken gehegt und durch Jahrhunderte getragen hatte, alle Grundsätze der Völkerfreiheit, für die die Gegner der alten Monarchie zu kämpfen vorgaben, zuschanden wurden.

V. Der Mangel des Staatsgedankens und die Verwaltung.

Ich habe bisher die politische Entwicklung der österreichisch-ungarischen Monarchie zu schildern versucht. Dieses Bild wäre nicht vollständig, wenn nicht in einigen Strichen auch die Verwaltung der Monarchie dargestellt würde, denn die politische Entwicklung wirkt auf die Verwaltung ein und diese wieder strahlt Wirkungen auf die politische Entwicklung zurück. Es konnte daher das, was ich den Staatsgedanken genannt habe, nicht ohne Einfluß auf die Verwaltung sein. Wie wir im weiteren Verlaufe der Darstellung sehen werden, ist die Verwaltung durch die Wandlungen des Staatsgedankens in der Monarchie weitgehend beeinflußt worden.

Ein Überblick über die Verwaltung der Monarchie, worunter ich in einem weiteren Sinne sowohl die eigentliche Verwaltung, als auch die Wehrmacht verstehe, wird dadurch wesentlich erschwert, daß die Monarchie im letzten Abschnitte ihrer Geschichte — seit dem Ausgleiche zwischen Österreich und Ungarn im Jahre 1867 — eigentlich drei Verwaltungen hatte, die miteinander nur in einem losen Zusammenhange standen.

Wie bereits früher dargestellt wurde, war für die Schaffung und Ausgestaltung des Habsburgerstaates ein entsprechender Verwaltungsapparat eine unerläßliche Notwendigkeit. Er war hier mehr, als er es in anderen Staaten für gewöhnlich zu sein pflegt, denn er hat neben der Aufgabe des tatsächlichen Verwaltens noch die weitere Aufgabe, die nur künstlich an-

einandergefügten Teile des Staates zusammenzuhalten und — wenn das Ideal auch nicht erreicht wurde — zu einem neuen Ganzen zusammenzuschweißen. Aus diesem Streben wuchs im Laufe der Jahrhunderte die sogenannte altösterreichische Bureaukratie und Armee hervor, denen man trotz mancher Mängel Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit nicht absprechen kann. Sie waren die eigentlichen Träger des habsburgischen Hausmachtgedankens. Sie übersetzten erst den Herrschaftsgedanken der Dynastie in die Wirklichkeit.

Die mit dem Ausgleiche sich ergebende Teilung der Monarchie in zwei innerlich selbständige Staaten führte auch zu einer Teilung der Verwaltung und der Wehrmacht.

Die Ungarn wußten, daß die von ihnen angestrebte Selbständigkeit nur dann wirkliches Leben erlangen kann, wenn sie nicht nur staatsrechtlich, sondern auch auf dem Gebiete der Verwaltung und der Wehrmacht ihre eigenen Herren sind. Darum war die erste Forderung der Ungarn die Forderung nach einem selbständigen, eigenen, dem ungarischen Parlamente verantwortlichen Ministerium.

Mit der Schaffung des selbständigen ungarischen Kabinetts ging Hand in Hand die vollkommene Trennung der Verwaltung. Die alten österreichischen Beamten in Ungarn wurden — vielfach in sehr rücksichtsloser Form — entfernt und die Verwaltung nunmehr national-ungarisch aufgebaut.

Während sich die Trennung der Verwaltung im eigentlichen Sinne ziemlich reibungslos abspielte, stieß die Trennung der Armee auf die größten Schwierigkeiten. Auf dem Gebiete der Wehrmacht haben die Ungarn ihr Ziel auch nicht vollkommen erreicht, denn hier stießen sie auf den zähen Widerstand des Monarchen, der zu immerwährenden, heftigen, auch bis zum Untergange der Monarchie nicht ausgetragenen Kämpfen führte.

Der Monarch war sich dessen bewußt, daß die Spaltung der Wehrmacht in zwei Teile die Lösung des letzten, die beiden Staaten verbindenden Bandes und damit die Vernichtung der Großmachtstellung der Monarchie bedeutet hätte. Wenn auch in der Person des Monarchen, der auch nach der ungarischen Auffassung der oberste Kriegsherr der gesamten Wehrmacht bleiben sollte, eine Verbindung beider Armeen gegeben gewesen wäre, so wußte er doch, daß dieses Band, zumal die ungarische Armee auf die ungarische Verfassung vereidet werden sollte, sich gerade dann am schwächsten erweisen würde, wenn es — im Falle eines Konfliktes mit Ungarn — auf seine Festigkeit angekommen wäre. Außerdem war nicht zu leugnen, daß die Teilung der Wehrmacht in zwei auch administrativ getrennte Teile mit verschiedenen Dienstsprachen — deutsch und ungarisch — die militärische Schlagkraft der Monarchie außerordentlich beeinträchtigen würde. Der Monarch hielt daher an der gemeinsamen Armee mit aller Kraft fest. Ebenso zäh rang aber Ungarn um eine eigene Wehrmacht. Das Ergebnis dieses sich über Jahrzehnte erstreckenden Kampfes war ein langsames Zurückweichen der Krone, die dazu führte, daß die Monarchie in den Krieg mit drei Armeen trat.

Die Organisation der österreichisch-ungarischen Armee nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sah neben der gemeinsamen Armee noch die nach den beiden Staaten getrennte Landwehr vor. Ursprünglich war die Landwehr eine Art Armee zweiter Güte, die sich teils aus minder tauglichen, teils aus solchen Truppen zusammensetzte, die ihre Dienstpflicht in der gemeinsamen Armee zurückgelegt und sodann in die Landwehr übersetzt wurden. Hier setzten die ungarischen Bestrebungen den Hebel an. Durch langsame Ausgestaltung der ungarischen Landwehr — in Ungarn Honved genannt — sollte ein Ersatz für den

Mangel der eigenen nationalen Wehrmacht gefunden werden. Dieses Ziel erreichte Ungarn nach jahrzehntelangem Bemühen. Die Honved hörte langsam auf, eine Art Armeereserve zu sein. Sie wurde ständig vergrößert; es wurde nicht allein Mannschaft nach in der gemeinsamen Armee vollstreckter Dienstpflicht, sondern auch nach einem gewissen Zahlenverhältnis unmittelbar in die Honved eingereiht. Um jedoch das Gleichgewicht zwischen beiden Staaten der Monarchie nicht zu stören, wurde derselbe Vorgang bei der österreichischen Landwehr eingehalten.

Das Ergebnis war, daß nun die Monarchie neben der gemeinsamen Armee zwei Landwehren hatte, die in militärischer Beziehung der gemeinsamen Armee vollkommen ebenbürtig waren. Lediglich in einem Punkte waren sie militärisch gegenüber der gemeinsamen Armee die längste Zeit im Nachteil. Sie hatten keine Artillerie. Aber auch dieser Mangel wurde in der letzten Zeit beseitigt, indem schließlich mit der Zeit auch Landwehr- und Honved-Artillerie-Regimenter aufgestellt wurden. In der österreichischen Landwehr war die deutsche, in der ungarischen — der Honved — die ungarische Sprache die Dienstsprache. In administrativer Beziehung unterstanden sie dem österreichischen Minister für Landesverteidigung und dem ungarischen Honvedminister.

Wenn Ungarn damit auch viel erreicht hatte, so waren damit seine Bestrebungen auf militärischem Gebiete noch nicht erfüllt. Noch war ihm die gemeinsame Armee ein Dorn im Auge.

Die gemeinsame Armee führte die alten österreichischen Embleme und Fahnen mit dem Doppeladler. Ihre Dienstsprache war die deutsche. An diese zwei Einrichtungen knüpften sich die heftigsten Kämpfe.

Es ist nicht zu leugnen, daß die alten österreichischen Zeichen

und Fahnen der staatsrechtlichen Veränderung, die seit dem Ausgleiche eingetreten war, nicht mehr entsprachen. In dieser Beziehung ist den ungarischen Forderungen die Berechtigung nicht abzusprechen. Der Widerstand des Monarchen gegen eine Änderung ist aus den Bedenken zu erklären, die er diesen Bestrebungen Ungarns entgegenbrachte. In seinen Augen war es wieder nur das Streben, einen Keil in die gemeinsame Wehrmacht zu treiben, deren Einheitlichkeit er nicht nur im Interesse der Dynastie, sondern auch in dem der Monarchie erhalten zu müssen glaubte. Der Kampf um die Fahnen ist daher keineswegs, wie der Fernstehende glauben könnte — und wie es insbesondere das Ausland vielfach geglaubt hat — eine Art Streit um des Kaisers Bart, sondern die äußere Erscheinung eines Prinzipienkampfes. Die Schwierigkeit der Lösung bestand darin, daß es Österreich und Ungarn gemeinsame Staatssymbole, wie Wappen oder Flagge, nicht gab und ihre Schaffung an dem ungarischen Grundsatze der lediglich vertragsmäßigen Verbindung der beiden Staaten — also das Fehlen eines über beiden Teilen stehenden Oberstaates — immer wieder scheiterte. Bei einigem guten Willen auf beiden Seiten hätte sich freilich ein Ausweg finden lassen. Aber es bedurfte erst der furchtbaren Erschütterungen des Weltkrieges, um Ungarn zur Erkenntnis zu bringen, daß die Aufhebung der Einheitlichkeit der gemeinsamen Armee nur unter Verminderung ihrer Schlagkraft möglich ist. Und so kam das früher erwähnte gemeinsame Wappen zustande, das den alten Doppeladler ablöste.

Die Sprachenfrage kam zu keiner Lösung. Hier entstand eine neue Schwierigkeit. Wenn als Dienstsprache neben der deutschen auch die ungarische anerkannt worden wäre, hätte das selbstverständlich die Begehrlichkeiten der übrigen Nationen Österreichs geweckt. Wenn die jenseitige Reichshälfte bei der

gemeinsamen Armee die ungarische Sprache forderte, so war das noch verhältnismäßig einfach, da in Ungarn ungarisch die gesetzliche Staatssprache war. Die deutsche Sprache war in Österreich jedoch nicht die Staatssprache. Wenn Ungarn berechtigt wäre, ungarisch zu fordern, so wäre Österreich berechtigt, deutsch, polnisch, tschechisch, ruthenisch, slowenisch, serbo-kroatisch, italienisch und rumänisch zu fordern, denn alle diese Sprachen waren in Österreich gesetzlich gleichberechtigt. Daß man mit einer so organisierten Armee keinen Krieg führen kann, wurde auch den größten Chauvinisten klar. So wurde der Streit zwar nicht begraben, aber unter der Wucht der äußeren Ereignisse zurückgestellt. Wohin die Entwicklung schließlich geführt hätte, läßt sich nicht mehr sagen, denn der Ausgang des Krieges hat das Problem ungelöst aus der Welt geschafft.

Die Monarchie hatte drei Armeen. Aber sie hatte auch drei Verwaltungen.

Trotz der Teilung des einstigen Kaisertums Österreich in zwei Staaten blieben eine Reihe gemeinsamer Angelegenheiten übrig. Die auswärtigen Angelegenheiten, das Kriegswesen und das Finanzwesen rücksichtlich der gemeinschaftlich zu bestreitenden Auslagen, sowie die „Angelegenheiten, die zwar nicht gemeinsam verwaltet, jedoch nach gleichem, von Zeit zu Zeit zu vereinbarenden Grundsätzen behandelt werden“[1]), nämlich die Gesetzgebung über kommerzielle Angelegenheiten, insbesondere Zollgesetzgebung, die Gesetzgebung über indirekte Abgaben, die Feststellung des Münzwesens und des Geldfußes und die Verfügungen bezüglich der beide Reichshälften berührenden Eisenbahnlinien.

---

1) Gesetz vom 21. Dezember 1867, betreffend die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und die Art ihrer Behandlung. R.G.Bl. Nr. 146, ungarischer Gesetzartikel XII ex 1867.

Die Verwaltung der als gemeinsam erklärten Angelegenheiten machte einen gemeinsamen Verwaltungsapparat für diese Angelegenheiten notwendig. Dieser Apparat war das gemeinsame Ministerium, das aus dem Minister des Äußern (gleichzeitig Vorsitzender im gemeinsamen Ministerrate), dem Kriegsminister und dem gemeinsamen Finanzminister bestand. Dem Minister des Äußern unterstand die Führung der auswärtigen Politik und die gesamte auswärtige Vertretung, dem Kriegsminister die gemeinsame Armee und dem Finanzminister die gemeinsame Finanzverwaltung. Dem gemeinsamen Ministerium ist die Führung von Regierungsgeschäften einer der beiden Reichshälften ausdrücklich untersagt. Die Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten sind von beiden Reichsteilen nach einem Verhältnisse zu tragen — die sogenannte Quote — das durch ein vom Kaiser zu sanktionierendes Übereinkommen der beiderseitigen Vertretungskörper — österreichischer Reichsrat und ungarischer Reichstag— von Zeit zu Zeit festgesetzt wird. Diese beiden Vertretungskörper üben ihr Gesetzgebungsrecht mittels aus ihrer Mitte gewählter Delegationen aus. Dieses Gesetzgebungsrecht — wie es das Gesetz nennt — ist jedoch eigentlich kein Gesetzgebungsrecht, da die Aufbringung der auf jeden Teil entfallenden Leistungen ausschließlich Sache eines jeden Teiles ist. Die Delegationen können daher nicht etwa ein in beiden Staaten wirksames Gesetz beschließen. Es bleibt vielmehr die Durchführung der übereinstimmenden Beschlüsse der beiden Delegationen der Gesetzgebung der beiden Staaten überlassen. Der gemeinsame Finanzminister ist daher auch eigentlich gar kein Finanzminister, denn er hat mit der Finanzverwaltung der beiden Staaten nichts zu tun, er hat weder eine Steuergewalt, noch sonst irgendeine Verwaltungsbefugnis in den beiden Staaten. Sein Ministerium ist im Wesen nichts anderes, als eine Ver-

rechnungsstelle für die Verteilung der von beiden Staaten zur Deckung der gemeinsamen Auslagen eingehenden Leistungen. Sein Wirkungskreis erfuhr seit der Okkupation eine Erweiterung, indem ihm die oberste Leitung der Verwaltung dieser beiden Länder übertragen wurde. Rücksichtlich dieser Länder ist das gemeinsame Finanzministerium, bei welchem für diesen Zweck die sogenannte bosnisch-herzegowinische Abteilung bestand, eine tatsächliche Verwaltungsbehörde.

So sehen wir also eine österreichische, eine ungarische und eine gemeinsame Verwaltung. Soweit es sich um die Angelegenheiten der gemeinsamen Armee, deren Leitung nach den Ausgleichsgesetzen dem gemeinsamen Monarchen zustand, und um die gemeinsamen Finanzangelegenheiten handelte, mochte das noch hingehen. Ihre Behandlung war zwar durch diese Dreiteilung außerordentlich verwickelt und zeitraubend, aber es ging zur Not. Äußerst bedenklich wurde jedoch die Sache bei den auswärtigen Angelegenheiten.

Der gemeinsame Minister des Äußern gehörte weder dem österreichischen, noch dem ungarischen Kabinette an. Er hatte weder das Recht, noch die Pflicht, im österreichischen Reichsrate oder im ungarischen Reichstage zu erscheinen. Seine Volksvertretung waren die beiden Delegationen. Da jedoch die Delegationen nur in langen Zwischenräumen zusammentraten, fehlte ihm fast jede Möglichkeit einer Fühlungnahme mit den Parlamenten der beiden Staaten. Dazu kam, daß er für seine Tätigkeit zwar grundsätzlich den Delegationen verantwortlich war, diese Verantwortlichkeit aber in Wirklichkeit nicht bestand, da das in den Ausgleichsgesetzen in Aussicht gestellte „eigene Gesetz über die Verantwortlichkeit des gemeinsamen Ministeriums", das die „näheren Bestimmungen über die Anklage, das Verfahren und das Erkenntnis feststellen" sollte, niemals

zustande gekommen ist. Weder an den österreichischen, noch an den ungarischen Ministerratssitzungen konnte der Minister des Äußern teilnehmen. Die einzelnen Ressortminister kamen daher auch fast nie in die Lage, den Minister des Äußern von Angesicht zu Angesicht zu sehen. Der persönliche Zusammenhang mit den beiden Kabinetten wurde nur dadurch notdürftig hergestellt, daß der Minister des Äußern in wichtigen Fragen den österreichischen und den ungarischen Ministerpräsidenten zu einer Sitzung des gemeinsamen Ministerrates zuzog, wozu auch mitunter einzelne Ressortminister, wie die Finanzminister und die Handelsminister, geladen wurden, wenn ihre Teilnahme dem Minister des Äußern erforderlich schien. Es lag im Belieben des Ministers des Äußern, wann er einen gemeinsamen Ministerrat einberufen, ob er die beiden Ministerpräsidenten einladen und wieweit er ihnen einen Einblick in die gemeinsamen Angelegenheiten, insbesondere in die auswärtige Politik, gewähren wollte. Dazu kam noch, daß der Minister des Äußern, der außerdem noch Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses war, dem Monarchen und dem Hofe weitaus näher stand und, da er meist ein österreichischer oder ungarischer Aristokrat war, eine die übrigen Minister weitaus überragende Stellung hatte. Dadurch, daß er aus dem parlamentarischen Leben eigentlich ausgeschaltet war, wurde er durch die parlamentarischen Strömungen auch nahezu gar nicht berührt. Österreichische oder ungarische Kabinette kamen und gingen. Der Minister des Äußern blieb davon unberührt. Eines der beiden Parlamente konnte ihn auch nur schwer stürzen. Geriet zum Beispiel das österreichische Parlament in einen Konflikt mit dem Minister des Äußern, so war das nicht ein Konflikt zwischen dem österreichischen Parlament und einem österreichischen Minister, sondern gleichsam eine gemeinsame Angelegenheit. Denn es genügte nicht, daß das

österreichische Parlament seine Beseitigung verlangte. Man mußte dazu förmlich die Zustimmung des ungarischen Parlamentes haben, und wenn dieses mit ihm zufrieden war — was bei den großen Gegensätzen der beiden Staaten nicht selten vorkam —, so mußte erst der Widerstand des ungarischen Parlamentes überwunden oder aber nachgegeben werden.

Unter diesen Verhältnissen war eine Einflußnahme der Regierungen Österreichs und Ungarns auf die auswärtige Politik nur auf Umwegen möglich. Es hing von der Person des betreffenden Ministerpräsidenten ab, ob er die in der Organisation gelegenen Hindernisse zu überwinden und sich einen entsprechenden Einfluß auf die auswärtige Politik zu verschaffen wußte. Dies war nur von starken Persönlichkeiten, denen starke politische Mächte zur Verfügung standen, möglich. Aber selbst dann war es für ihn außerordentlich schwer, auf die auswärtige Politik zu wirken, weil er von der auswärtigen Politik nur soviel erfuhr, als ihm der Minister des Äußern mitteilen wollte, ihm somit die volle Kenntnis des nur dem Auswärtigen Amte zur Verfügung stehenden und für die Beurteilung der Lage notwendigen Tatsachenmateriales fehlte. Ungarn, an dessen Spitze stets ein Mann stand, der eine geschlossene Parlamentsmajorität hinter sich hatte — gewöhnlich war er auch noch ein innerlich und äußerlich unabhängiger Aristokrat —, konnte sich noch am ehesten durchsetzen. Österreich hingegen, dessen Kabinettschefs gewöhnlich aus der Beamtenschaft hervorgingen, ohne Parteideckung, nur von Zufallsmajoritäten lebten und weder die innere Kraft, noch das äußere Ansehen hatten, um dem Grafen im Auswärtigen Amt und dem Hofe zu imponieren, war immer in der Hinterhand.

War es schon so mit dem Einfluß des Ministerpräsidenten auf die äußere Politik bestellt, so kann man sich vorstellen, wie

es bei den Ressortministern aussah. Ich habe Minister gekannt, die über die auswärtigen Dinge weniger wußten als ich. Ich erfuhr doch manches durch Kollegen in den anderen Ministerien, von Zeitungsmännern und anderen. Für die Minister gab es aber auch diese Quellen nicht.

Welche Folgen dieses System hatte, zeigte die Tatsache, daß an den entscheidenden Sitzungen des gemeinsamen Ministerrates am 7. und 19. Juli 1914, in denen das Ultimatum und die Kriegserklärung an Serbien beschlossen wurden, nur teilnahmen: Der Minister des Äußern, der österreichische und der ungarische Ministerpräsident, der gemeinsame Finanzminister, der Kriegsminister, der Generalstabschef und der Vertreter des Marinekommandanten. Wenn nicht durch die jüngst veröffentlichten Protokolle[1]) dieser Sitzungen diese Tatsache nunmehr erwiesen wäre, würde es niemand glauben, daß fünf Minister einen Staat in einen Krieg hineinführen konnten, ohne daß die Finanzminister an den entscheidenden Beratungen überhaupt nur teilgenommen hatten, denn die Anwesenheit des gemeinsamen Finanzministers, der nur dem Namen nach ein Finanzminister, in Wirklichkeit aber eine Art Vorstand eines Rechnungsdepartements war, dem, selbst wenn er persönlich ein Finanzgenie gewesen wäre, die nur aus der Vertrautheit mit den beiden Finanzressorts zu schöpfende Tatsachenkenntnis fehlte, war für die mit dem Kriege zusammenhängenden Finanzprobleme bedeutungslos. Man hat unserer Finanzverwaltung oft den Vorwurf gemacht, daß sie unvorbereitet in den Krieg eingetreten ist. Nun, da man weiß, wie die Dinge sich abgespielt haben, wird man milder urteilen.

1) Republik Österreich, Staatsamt für Äußeres. Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914, Ergänzungen und Nachträge zum österreichisch-ungarischen Rotbuch. I. Teil. 28. Juni bis 23. Juli 1914. Wien 1919. Staatsdruckerei. Seite 25ff. u. 62ff.

Auch während des Krieges erfuhren die Minister über den Gang der äußeren Politik gar nichts. Die Protokolle des gemeinsamen Ministerrates kamen einem österreichischen Minister nur dann in die Hände, wenn er ausnahmsweise dem Ministerrat zugezogen worden war und dann wußte er ohnehin, was dort verhandelt worden war. Aber selbst wenn die Minister sämtliche Protokolle erhalten hätten, wäre damit nicht viel getan gewesen. Jeder Kenner weiß, daß oft die wichtigsten Dinge in den Protokollen nicht stehen, denn diese Protokolle darf man sich nicht etwa als eine stenographische Wiedergabe des Gesprochenen vorstellen. Sie sind bloß eine auszugsweise Darstellung des Verlaufes der Verhandlung durch einen als Schriftführer anwesenden Beamten des Auswärtigen Amtes und enthalten meist nur die Ergebnisse der Verhandlung. Die Erörterungen, die diesen Ergebnissen vorausgegangen und oft gerade das wichtigste sind, fehlen meist. Dazu kommt noch, daß die Darstellung so gefaßt ist, wie die Teilnehmer der Sitzung die ganze Sache dargestellt wissen wollen. Solche Protokolle können daher als Quelle nur mit der größten Vorsicht verwendet werden, da sie oft mehr verschwiegen, als sie erzählten. Wie ununterrichtet die Minister waren, zeigen die bitteren Klagen, die einer der österreichischen Finanzminister im Kriege, Dr. Spitzmüller, über diese Zustände in seiner Schrift „Der politische Zusammenbruch und die Anschlußfrage“[1]) führt. Dabei handelte es sich um ein Ressort, dem im Kriege nächst dem Auswärtigen Amte und den militärischen Zentralstellen die größte Wichtigkeit zukommt.

Dr. Spitzmüller spricht von der „ärmlichen politischen Funktion“ der österreichischen Ressorts und meint, die „ärmliche Stellung“ hänge damit zusammen, daß wir größtenteils bureaukratisch organisierte Kabinette hatten, die aus Ministern be-

1) Wien 1919.

standen, welche sehr wenig Fühlung mit der Öffentlichkeit, mit den breiten Schichten der Bevölkerung hatten und daher naturgemäß in der großen Politik vom Ministerpräsidenten, wenn auch nicht formell, so doch faktisch auf die Seite geschoben werden konnten. Wenn ihre Position schon im Frieden eine wenig beneidenswerte war, so sei sie im Kriege — das habe er am eigenen Leibe erlebt — geradezu eine furchtbare geworden. Österreich und Ungarn seien die einzigen kriegführenden Staaten der Welt gewesen, wo die Ressortminister gar keinen organischen Zusammenhang mit dem Minister des Äußern und dem Kriegsminister gehabt hatten. Die wirtschaftlichen Minister seien ab und zu im gemeinsamen Ministerrat mit dem Minister des Äußern und dem Kriegsminister zusammengekommen, aber das seien seltene Gelegenheiten gewesen. Man habe natürlich nicht seine Zeit darauf verwenden können, durch persönlichen Verkehr die Lücken der Information auszufüllen, und es war auch nicht sicher, ob man immer die Information bekommen hätte. Denn manche der Herren seien auf dem Standpunkte gestanden, daß das Amtsgeheimnis auch vor den Ressortministern zu wahren sei. „Stellen Sie sich" — ich zitiere wörtlich — „die Lage des Handelsministers vor, der sich aus der gesamten politischen und ökonomischen Situation ein Urteil darüber bilden soll, ob die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland, die Schaffung einer mitteleuropäischen Zollunion verfolgt werden kann, die Elemente der politischen Entwicklung aber nicht kennt, oder die Lage des Ernährungsministers, wenn er nicht fortlaufend darüber informiert wird, wie sich die äußere und militärische Situation stellt und wie die Frage nach der Kriegsdauer zu beurteilen ist, die Lage des Finanzministers, dem die Gestaltung der Finanzen die schwerste Sorge bereiten mußte und der nicht imstande ist, sich genau darüber zu orientieren, ob denn die

furchtbaren Opfer, die er den Finanzen zumutet, nach Ansicht der maßgebenden Personen in einem entsprechenden Verhältnisse zu dem voraussichtlichen Erfolg stehen usw."

Von dem bekannten, im April 1917 an den Kaiser erstatteten Vortrage des damaligen Ministers des Äußern Grafen Czernin, in dem Graf Czernin erklärte, daß unsere Situation ganz hoffnungslos sei, bemerkt Dr. Spitzmüller wörtlich: „Was soll man aber dazu sagen, daß wir Ressortminister von diesem Vortrage überhaupt keine Ahnung hatten? Ich erfahre das jetzt, im Dezember 1918 erfahre ich, daß im April 1917 eine der Mittelmächte der anderen dargelegt hat, es geht absolut nicht mehr, es muß ein Ende gemacht werden. Das erfährt ein Finanzminister, ein Ernährungsminister, ein Handelsminister, ein Ackerbauminister — man könnte ja noch einige andere Minister aufzählen, für die das so ziemlich interessant war — überhaupt nicht. Das ist haarsträubend!"

Dr. Spitzmüller erwähnt noch weitere Einzelheiten, doch die vorstehenden Zitate dürften genügen, um die Verhältnisse zu charakterisieren. Es war wirklich haarsträubend. Nun kann ich aber eine Frage nicht unterdrücken.

Mußten die Minister solche Dinge einfach hinnehmen? Auf eine solche Behandlung, wie sie den Ministern zuteil wurde, gibt es, meiner unmaßgeblichen Meinung nach, keine andere Antwort, als daß man im nächsten gemeinsamen Ministerrate — möge es der präsidierende Graf noch so shoking finden — mit der Faust auf den Tisch schlägt und erklärt, man lasse sich derartige Dinge nicht gefallen und verlange die Einrichtung eines fortlaufenden genauen Informationsdienstes. Hilft das nicht, dann stellt man — zum Minister wird man doch nicht assentiert — sein Amt zur Verfügung und ersucht den Kabinettschef, sich gefälligst einen anderen, bequemeren Minister zu suchen.

Ich weiß, was man mir darauf erwidern wird. Es gebe Lagen, wo schon die Demission eines Ministers eine politisch bedeutungsvolle und Staatsinteressen gefährdende Handlung sei, wo die Gewißheit bestehe, daß man durch sein Bleiben manches Üble, das vom Nachfolger zu gewärtigen wäre, verhindern könne; es gebe Druckmittel, Appelle an den Opfermut und die Vaterlandsliebe, von hoher und höchster und allerhöchster Stelle ausgehend, denen man nicht widerstehen könne.

Ich aber erkläre: Es gibt Lagen, wo es für einen Mann keine Kompromisse gibt und wenn darüber die ganze Welt aus den Fugen ginge. Hätten die Minister nach diesem Grundsatze gehandelt, ich glaube nicht, daß das geschilderte System sich hätte erhalten können.

So ergab sich die wohl in keinem Staate der Welt vorkommende Sonderbarkeit, daß die Kabinette der beiden Staaten der Monarchie keinen auswärtigen Minister hatten und von der auswärtigen Politik ausgeschaltet waren.

Die Kehrseite dieses Zustandes war, daß dem Minister des Äußern der Zusammenhang mit der inneren Politik der beiden Staaten fehlte. Er stand, wenn nicht gesellschaftliche Beziehungen vorhanden waren, in gar keinem näheren persönlichen Verkehr mit den Ressortministern. Was er allenfalls erfuhr, kam ihm durch den Ministerpräsidenten zur Kenntnis. Hier war es wieder der betreffende Ministerpräsident, in dessen Belieben es lag, was und wieviel er dem auswärtigen Minister über die innere Politik mitteilen wollte. Ich will der Wahrheitsliebe des Ministerpräsidenten nicht nahe treten, aber sie sind auch nur Menschen. Was der Minister des Äußern sah, sah er durch das Temperament des Ministerpräsidenten. Es ist etwas ganz anderes, ob man in einer Sitzung des österreichischen oder ungarischen Ministerrates anwesend war, die

Debatten angehört, das Aufeinanderprallen der verschiedenen Ansichten und ihren eventuellen Ausgleich mitangesehen hat, oder ob man das Ergebnis dieser Verhandlungen von einer Person erzählt bekommt, die als Kabinettschef eine bestimmte Richtung vertritt und daher schon aus äußeren Gründen ein starkes Interesse daran hat, daß die Verhandlungen und Beschlüsse des Ministerrates mit der eigenen Ansicht über die Dinge übereinstimmen. Der Ministerpräsident müßte geradezu ein Heros der Objektivität sein, daß er bei der Information des Ministers des Äußern ihm auch alle im Ministerrate zu Worte gekommenen und mit seiner eigenen Ansicht im Widerspruch stehenden Meinungen getreulich berichtet. So wie der Ministerpräsident über die äußere Politik, so war der Minister des Äußern über die innere Politik eigentlich nur auf die Zeitung als Informationsquelle angewiesen. Ich habe es während des Krieges des öfteren erlebt — was auch Dr. Spitzmüller in seiner Schrift bestätigt —, daß der österreichische Finanzminister wichtige Ereignisse der äußeren Politik erst aus den Tagesblättern erfuhr.

Aus dieser Dreiteilung der Verwaltung ergaben sich aber auch rein technische Schwierigkeiten.

Ein unmittelbarer Verkehr der Minister der beiden Staaten mit dem Minister des Äußern und dem Kriegsminister in wichtigen Fragen war ausgeschlossen. Alles ging immer den Weg durch den betreffenden Ministerpräsidenten. Wenn der Kriegsminister, was im Kriege sehr oft vorkam, für militärische Zwecke Aufwendungen machen wollte, die die ihm zur Verfügung stehenden Kredite überschritten hätten, so schrieb er an den österreichischen und ungarischen Ministerpräsidenten eine Note. Die beiden Ministerpräsidenten schrieben ihrerseits wieder Noten an ihre Finanzminister wegen der Bedeckung der Auslagen. Was

die Finanzminister nun von ihrem Standpunkte zu den beabsichtigten Ausgaben zu sagen hatten, schrieben sie wieder ihren Ministerpräsidenten. Über diese Äußerungen der beiden Finanzminister korrespondierten dann die beiden Ministerpräsidenten untereinander und teilten die Ergebnisse dem Kriegsminister mit.

Wenn es sich lediglich darum gehandelt hätte, daß der Kriegsminister fordert und die beiden Finanzminister ja sagen, so wäre schon in diesem einfachen Falle ein großer Zeit- und Arbeitsaufwand notwendig, um zu dem Ergebnisse zu kommen, daß alle Beteiligten eines Sinnes sind. Nun kam dieser Fall aber fast nie vor. Gewöhnlich suchten die Finanzminister die Summen herabzudrücken oder wenigstens die Flüssigmachung der Beträge auf einen längeren Zeitraum zu verteilen. Man kann sich nun beiläufig vorstellen, wieviel Papier verschrieben und wieviel Zeit aufgewendet werden mußte, bis die verschiedenen Meinungen sich schließlich auf einer gemeinsamen Plattform fanden. Dabei ist natürlich jede Note des Finanzministers nicht ein Briefchen dieses Herrn, sondern das Ergebnis der Arbeit eines eventuell mehrerer Departements seines Ministeriums. In vielen Fällen, wo auch Fragen anderer Ressorts hineinspielten, mußte das Einvernehmen mit diesen gepflogen werden, was, wenn nicht eine Note geschrieben wurde, in der Weise geschah, daß der Akt an das betreffende Ministerium zur Einsicht geschickt wurde. Die Beantwortung konnte auch nicht dadurch erfolgen, daß der Handelsminister auf den Akt einfach „gesehen" schrieb, sondern der Akt mußte erst in dem zuständigen Departement eventuell wieder im Einvernehmen mit anderen Departements bearbeitet werden. Dann konnte es vorkommen, daß das Handelsministerium von seinem Standpunkte etwas dazu zu sagen hatte, was in seiner „Einsichtsbemerkung" im Akte zum Ausdrucke kam. War das Finanzministerium mit

der Bemerkung des Handelsministeriums einverstanden, dann konnte der Akt seinen Weg weitergehen. Wenn das aber nicht der Fall war, dann erfolgte eine Gegenbemerkung. Diese Bemerkungen und Gegenbemerkungen gingen hin und her, bis eine Einigung erzielt war. Erst dann konnte dem Ministerpräsidenten berichtet werden. Daß alle diese verschiedenen Mitteilungen in den betreffenden Hilfsämtern erst noch reingeschrieben, protokolliert, indiziert, registriert werden mußten, was unvermeidlich war, wenn man einen Akt jemals wieder finden wollte, übergehe ich hier.

Der mit den bureaukratischen Formen Unvertraute wird entsetzt die Hände über den Kopf zusammenschlagen und fragen: mußte das sein. Ja es mußte sein.

Es ist eine in Laienkreisen vielfach verbreitete Ansicht, daß man der Schwerfälligkeit unserer Verwaltungsmaschine durch Vereinfachung der mechanischen Formen hätte beikommen können. Aber das wird niemals entscheidend sein. Apparate, die auf die Dauer berechnet sind und daher so konstruiert sein müssen, daß, wenn ein Beamter fortfällt, ein anderer sich hinsetzen und, ohne die Maschine zum Stillstande zu bringen, weiterarbeiten kann, bedürfen gewisser mechanischer Formen. Jede Bank, jedes größere Geschäftshaus, das nicht auf die zwei Augen eines Menschen gestellt oder in seinen Einzelheiten von einem Menschen nicht mehr übersehen werden kann, hat seine bureaukratischen Formen, seine „Akten", nur heißen sie dort Briefe oder Geschäftsstücke. Die Ursache der Schwerfälligkeit in der als Beispiel erwähnten Verhandlung liegt nicht so sehr im mechanischen Apparat, als darin, daß zwei getrennt verwaltete Staaten, von denen insbesondere der eine mit dem größten Mißtrauen darüber wachte, daß nur ja nicht irgendwo etwas geschehe, was seine Selbständigkeit berühren könnte, gemeinsame Entschlüsse

fassen sollten. Der gemeinsame Kriegsminister konnte ohne die Hilfe der beiden Regierungen nicht einen Heller ausgeben, denn das gemeinsame Kabinett hatte keine Finanzhoheit. Die Ministerpräsidenten konnten wieder nichts tun ohne die Finanzminister. Dazu kam noch, daß die eine Regierung in Wien, die andere in Budapest war. Bei dieser Konstruktion der Staatsmaschine waren alle sogenannten Verwaltungsreformen, die sich nie mit dem Grundübel, sondern nur mit den technischen Verwaltungsformen befaßt haben, vergebliche Bemühungen.

Vollständig entzogen war dem Einflusse der beiden Staaten auch die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina. Ebenso, wie der Minister des Äußern, stand auch der Chef der bosnisch-herzegowinischen Verwaltung, der gemeinsame Finanzminister, außerhalb der beiden Staaten. Wollte ein Staat der Monarchie auf die Verwaltung der beiden Länder Einfluß nehmen, so war das, da ein vernünftig geregelter Weg dazu fehlte, nur auf Um- und Schleichwegen möglich. Dieser Zustand brachte von selbst einen unaufrichtigen Zug in die Art hinein, wie Österreich und Ungarn in Bosnien und der Herzegowina auftraten. Da Ungarn im Wandeln solcher Wege eine ungleich größere Geschicklichkeit besaß als Österreich, darf es nicht wundernehmen, daß in den beiden Ländern der ungarische — übrigens auch durch die geographische Lage begünstigte — Einfluß stetig im Zunehmen begriffen war. Ungarn betrieb schon Jahre vor dem Kriege das System der „friedlichen Durchdringung" dieser Länder. Planmäßig wurden Bosnien und die Herzegowina in den wirtschaftlichen Interessenkreis Ungarns hineingezogen. Über die Einzelheiten dieses Systems können wir heute, da der Krieg den ganzen künstlichen Bau zerstört hat, hinweggehen. Es genügt die Tatsache festzustellen, daß der Einfluß Österreichs auf Bosnien und die Herzegowina hinter dem Einfluß Ungarns weit zurückstand.

Ich hatte im Eingange dieses Abschnittes von dem Einfluß gesprochen, den die Wandlung des Staatsgedankens in der Monarchie auf die Verwaltung genommen hat. Der alte österreichische Staatsgedanke, im Wesen nichts anderes als der in die praktische Politik übersetzte und ihr angepaßte habsburgische Hausmachtgedanke, war infolge der dualistischen Umgestaltung der Monarchie gefallen. In Ungarn hatte sich ein eigener magyarischer Staatsgedanke entwickelt; in Österreich trat an seine Stelle der von den deutschliberalen Parteien entwickelte, nunmehr auf die „im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder" beschränkte, auf der deutschen Vorherrschaft beruhende österreichische Staatsgedanke. Wir haben ihn im Verlaufe der neueren Geschichte Österreichs mit dem gleichzeitigen Entstehen und Wachsen der von den nichtdeutschen Nationen entwickelten eigenen Staatsgedanken langsam abbröckeln gesehen, bis er schließlich nur in einem kleinen Kreise gleichsam wie eine Erinnerung an vergangene Tage kümmerlich fortlebte. Naturgemäß hatte sich der alte österreichische Staatsgedanke oder, richtiger gesagt, der habsburgische Hausmachtgedanke, in jenen Kreisen am längsten erhalten, die neuen politischen Ideen, insbesondere der neuen Nationalitätenpolitik, verhältnismäßig fern standen. Eine solche Gruppe war die Beamtenschaft des auswärtigen Amtes.

Schon der Umstand, daß das auswärtige Amt, wie früher dargestellt wurde, organisationsgemäß dem unmittelbaren Einflusse der Parlamente und der Regierungen der beiden Staaten entrückt war, erschwerte das Eindringen des neuen Geistes. Dazu kam, daß an seiner Spitze stets ein Aristokrat stand, der nicht allein infolge seiner dienstlichen, sondern auch seiner sozialen Stellung dem Monarchen und dem Hofe besonders nahe stand. Dieses Verhältnis zum Monarchen und seiner Umgebung brachte

es mit sich, daß sich der Minister des Äußern vor allem als Diener des Monarchen, als Diener des Staates aber nur insoweit fühlte, als es das Treueverhältnis zum Monarchen forderte. Diese Auffassung war nicht nur bei jenen auswärtigen Ministern vorhanden, die hochadeligen deutschen Familien entstammten. Auch die Abkömmlinge nichtdeutscher aristokratischer Familien dachten nicht viel anders. Das Nationalbewußtsein dieser Kreise ist allgemein überhaupt ein Gefühl zweiter Ordnung. An erster Stelle steht das Standesbewußtsein. Der deutsche Aristokrat fühlt sich dem ungarischen oder polnischen Aristokraten näher, als dem eigenen bürgerlichen Volksgenossen. Die gleichen Standesansichten, die gleiche Erziehung und gesellschaftliche Lebensform, die mannigfachen Wechselheiraten, die dazu geführt haben, daß die hochadeligen Familien der Monarchie fast alle untereinander verwandt sind, ergaben eine Fülle rein menschlicher Gemeinsamkeiten. Auch die Berufe der Männer wiesen kaum Verschiedenheiten auf. Man saß als kleiner Herrscher auf seinem Gute oder war allenfalls noch Beamter oder Offizier. Arzt oder Ingenieur wurde nur der, der aus der Art schlug. Wenn ein Graf den andern kennen lernte, genügte die Namensnennung, um sich sofort auf dem gleichen Boden zu finden und mindestens eine gemeinsame Tante festzustellen.

Alle diese Beziehungen schlangen ohne Rücksicht auf nationale Verschiedenheiten ein gemeinsames Band um diese Gruppen, das sie einerseits aneinanderschloß, andererseits von der übrigen Menschheit schied. Daher kam es auch, daß — wie schon früher erwähnt wurde — die Aristokratie keine Fühlung mit dem eigenen Volke hatte. Wenn einzelne Versuche gemacht wurden, so führten sie zu keinem dauernden Erfolg, denn die übrigen Volksgenossen fühlten instinktiv heraus, daß bei der Stärke des Standesgefühls kein unbedingter Verlaß auf das National-

gefühl sein konnte. Ich sage dies ohne ethische Wertung, sondern als bloße Feststellung einer Tatsache. In den historischen Tatsachen begründete, durch jahrhundertelange Züchtung erworbene Eigenschaften sind eben stärker, als der Wille des einzelnen. Die Masse kann eben — trivial gesagt — nicht aus ihrer Haut hinaus. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß in allen aus der Monarchie hervorgegangenen Teilstaaten die Aristokratie von der Teilnahme an der politischen Führung ausgeschaltet wurde.

Eine Ausnahme bildeten nur die aus dem ungarischen Hochadel hervorgegangenen auswärtigen Minister. Das hat seine Gründe darin, daß der ungarische Hochadel — überhaupt politisch viel regsamer als seine übrigen Standesgenossen in der Monarchie — in Ungarn die Führung hatte, es demnach nicht allein standesgemäß, sondern auch den eigenen Interessen förderlich war, nicht Standes-, sondern Nationalitätspolitik zu machen.

Eine derartige Denkungsweise des Chefs hätte an sich schon hingereicht, einen starken Einfluß auf die ihm unterstehende Bureaukratie zu üben. Dazu kam aber noch, daß die Mehrzahl der Beamten des diplomatischen Dienstes ebenfalls aristokratischen Familien oder mindestens solchen Familien angehörten, deren Ehrgeiz darin bestand, es ihren Vorbildern gleich zu tun. Infolgedessen fand die Denkweise des Chefs in seinen Untergebenen einen wohl vorbereiteten Boden. Bezeichnend für die Verhältnisse und nur aus ihnen zu erklären ist die bevorzugte Stellung der diplomatischen Beamten gegenüber den übrigen Beamten des auswärtigen Dienstes.

Der auswärtige Dienst setzte sich aus drei Beamtengruppen zusammen. Die Beamten des Ministeriums des Äußern in Wien, die auswärts in Verwendung stehenden, meist der Aristokratie angehörenden Diplomaten und die fast durchwegs aus

bürgerlichen Kreisen hervorgegangenen Konsulatsbeamten. Die bevorzugte Stellung der in der dienstlichen und gesellschaftlichen Wertung an der Spitze stehenden Diplomaten ging soweit, daß die leitenden Stellen in der Gruppe der Beamten des Ministeriums fast ausschließlich mit Diplomaten besetzt wurden. Ebenso wurde die sogenannte hohe Politik im Ministerium vom Chef und einigen auserwählten Diplomaten hinter verschlossenen Türen gemacht. Bis auf höchst seltene vereinzelte Ausnahmen durften sich die Beamten des Hauses mit wirtschaftlichen Problemen, Fragen des internationalen Rechtes und ähnlichen, vom Standpunkte einer höheren Lebensauffassung minder wichtigen Dingen befassen.

Dieser im Auswärtigen Amte herrschende feudale Geist verbunden mit der durch die staatsrechtliche Konstruktion der Monarchie bedingten Sonderstellung der gemeinsamen Zentralämter brachte es mit sich, daß die äußere Politik im großen und ganzen eine Angelegenheit des Monarchen und des Ministers des Äußern war, auf die Einfluß zu nehmen schon wegen der Unzugänglichkeit der Materie für einen Außenseiter — worunter auch die Minister der beiden Staaten und die Parlamentsmitglieder zu verstehen sind — nahezu unmöglich war. So erhielt sich der habsburgische Hausmachtgedanke in diesem Kreise noch bis in eine Zeit, da die übrige Welt der Monarchie sich gründlich umgestaltet hatte. Aus den veröffentlichten Aktenstücken über die Behandlung der serbischen Frage leuchtet dieser Gedanke überall hervor. Die ganze Auffassung der politischen Lage und der zu verfolgenden Absichten ist getragen von dem alten diplomatischen Geiste: Serbien muß vernichtet, Gebiete dieses Landes sollen an die Nachbarn verteilt, der Rest unter den von einer Annexion kaum zu unterscheidenden Einfluß der Monarchie gestellt werden. Wie diese Pläne, wenn sie gelungen wären, auf die innere

Politik der Monarchie gewirkt hätten, war nicht einmal Gegenstand der Erwägung. Es war der alte verhängnisvolle Glaube, daß ein Staat um so mächtiger und kräftiger sei, je mehr Quadratkilometer er umfaßt. Nur der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza machte seine — freilich durch die magyarische Brille gesehenen — Bedenken gegen die Erwerbung serbischer Gebiete geltend. Es war äußere Politik im Sinne des habsburgischen Hausmachtgedankens, der sich in der Vermehrung des väterlichen Grundbesitzes erschöpft. Für diese Denkungsweise war die großserbische Bewegung lediglich nur die Bosheit eines auf Raub erpichten unbequemen Nachbars, dem man je eher je lieber das Handwerk legen wollte. Daß es sich hierbei auch um soziologische Erscheinungen einer gründlich veränderten Zeit handelte, blieb dieser Denkungsweise verborgen.

Nur aus diesem Geiste ist auch die Hoffnung zu erklären, daß der Streit sich auf die Monarchie und Serbien, schlimmstenfalls noch auf Rußland werde einschränken lassen, wie ein Streit zwischen zwei Gutsnachbarn, der die anderen Nachbarn nichts angeht. Daß durch diesen Streit Volksbewegungen von unvorhersehbarer Stärke und Größe nahezu auf dem ganzen Erdball entfesselt werden könnten, denen die Regierungen machtlos gegenüberstehen, wurde nicht in Rechnung gestellt.

Der auswärtige Dienst war vom habsburgischen Hausmachtgedanken beherrscht. Aber dieser Gedanke konnte keinen Staatsgedanken ersetzen. Er war eine Erscheinung aus früheren Tagen, die in die neue Zeit hineinragte und nur dank der Abgeschlossenheit von der Außenwelt ein eigenes Leben weiterführen konnte. In den beiden Staaten der Monarchie hatte er seine Kraft verloren. An seine Stelle waren andere Vorstellungen über die Gestaltung der staatlichen Entwicklung erwacht und zu Kräften gekommen. Es war das Verhängnis der Monarchie,

daß ihre äußere Politik nach Grundsätzen geführt wurde, die in ihren beiden Staaten keine Wurzeln mehr hatten. Da die gemeinsame Verwaltung von einem Gedanken erfüllt war, der nichts mehr gemein hatte mit den beiden Staaten der Monarchie, so kann man mit Berechtigung sagen, daß ihr ein eigentlicher Staatsgedanke gefehlt hat.

Ein völlig anderes Bild bot die Verwaltung der beiden Staaten der Monarchie.

Wir haben die innere Entwicklung der Monarchie nach ihrer dualistischen Umgestaltung verfolgt und gesehen, daß allein Ungarn einen eigenen Staatsgedanken zu entwickeln vermocht hat. In Österreich hat der alte habsburgische Staatsgedanke noch eine Zeitlang in der Form eines auf der deutschen Vorherrschaft ruhenden österreichischen Staatsgedankens weitergelebt, bis er, fortwährend an werbender Kraft verlierend, gegenüber den immer mehr erstarkenden, sich von der Monarchie abkehrenden Staatsgedanken der nichtdeutschen Nationen zu politischer Einflußlosigkeit herabsank.

Dieser Gang der Entwicklung konnte nicht ohne Einfluß auf die Verwaltung bleiben. Die rascheste und gründlichste Wandlung machte Ungarn durch. Mit der Trennung von Österreich wurde auch die Verwaltung in den Dienst des neuen ungarischen, auf der magyarischen Vorherrschaft gegründeten Staatsgedankens gestellt. Die ungarische Verwaltung hatte ein klares Ziel vor Augen, die Erhaltung und Ausgestaltung des ungarischen Staates im Sinne der ungarischen Selbständigkeit gegenüber Österreich und der Führung der Magyaren gegenüber den anderen Nationen. Im Geiste dieser Grundsätze wurde die Verwaltung aufgebaut und — ohne Rücksicht auf die Mittel — alles von ihr ferngehalten, was auf die Arbeitsrichtung des staatlichen Apparates ablenkend hätte einwirken können. So

viel vielleicht vom politischen Standpunkt gegen diese Richtung eingewendet werden kann, es ist nicht zu leugnen, daß der Apparat selbst dadurch an Kraft gewann. Wie eine Magnetnadel stets nach Norden weist, so hielt der ungarische Staatsgedanke immer die Richtung fest, in der sich die ungarische Verwaltungsmaschine zu bewegen hatte. Die Folge davon war, daß die politischen Führer des Staates in der Verwaltung immer ein geeignetes Hilfsmittel ihrer Politik fanden. Wenn vielfach über die ungarische Verwaltung abfällig geurteilt wurde, so hatte das die Ursache darin, daß sie technische Mängel aufwies. Hier war sie verbesserungsbedürftig. Ihr Geist war aber im Sinne des magyarischen Staatsideales gerichtet. Das gleiche gilt für die ungarische Landwehr, die Honved, die zu einer national-ungarischen Armee geworden war.

Anders lagen die Verhältnisse in Österreich.

Die Träger des habsburgischen Hausmachtgedankens waren, wie bereits früher ausgeführt wurde, die alte österreichische Beamtenschaft und die Armee. Ihr Rückgrat waren die deutschen Beamten und Offiziere. Die Assimilationskraft der ganzen Organisation war so stark, daß auch die Nichtdeutschen, die Beamte und Offiziere wurden, in den Bannkreis deutscher Kultur und Sitte gerieten und — wenn sie auch vielfach ihre Nationalität nicht aufgaben — vorwiegend deutsch dachten und fühlten. Dieses deutsche Denken und Fühlen ist natürlich nicht in dem Sinne zu verstehen, daß sie nunmehr nationale Deutsche waren, sondern sie entwickelten sich geradezu zu einer neuen Nationalität, dem Österreicher, der sich der deutschen Sprache als Vermittlungssprache bediente und widerspruchslos die deutsche Kultur als die damals unendlich reichere Kultur in sich aufnahm. Es waren das jene Männer in der Bureaukratie und im Heere, die, wenn sie nach ihrer Nationalität gefragt wurden,

antworteten: ich bin kroatischer oder tschechischer Abstammung, aber ich bin vor allem Österreicher. Wenn sie auch ihre ursprüngliche Nationalität nicht vollkommen aufgaben, so lehnten sie doch jeden überlauten Nationalismus ihrer Volksgenossen energisch ab, stets darauf hinweisend, daß es Pflicht des Beamten und Offiziers sei, vor allem Österreicher zu sein. Vielfach in deutschen Schulen erzogen, lebten sie jahrzehntelang in der Verwaltung oder Armee mit deutschen oder gleichgesinnten nichtdeutschen Kameraden zusammen. Die deutsche Dienstsprache in Verwaltung und Armee war das einigende Band, das sich um sie geschlungen hatte. Sie fühlten sich als die Stütze des Staates und des Thrones. Das Ergebnis war ein österreichischer Patriotismus, der mitunter zwar — besonders in neuerer Zeit — zu Konflikten mit den eigenen Volksgenossen führte, jedoch nicht ohne weiteres zu entwurzeln war. Verwaltung und insbesondere die Armee wiesen bis zum Untergange der Monarchie noch eine stattliche Anzahl von Offizieren und Beamten dieser Denkungsart auf.

Mit der dualistischen Umgestaltung der Monarchie zog sich dieser Geist des Österreichertums auf die österreichische Reichshälfte zurück, die zunächst noch im alten, früher die ganze Monarchie beherrschenden Geiste regiert wurde. Wie stark er noch wirkte, ist daraus zu ersehen, daß auch Beamte magyarischer Abkunft, deren Denken und Fühlen die Wendung in Ungarn nicht entsprach, mit der alten österreichischen Verwaltung aus Ungarn abzogen und nach Österreich gingen. Darauf sind die magyarischen Namen zurückzuführen, denen man noch heute in der österreichischen Verwaltung begegnet.

Das Erwachen des Nationalismus in Österreich konnte natürlich diese „österreichischen" Beamten und Offiziere nicht unbeeinflußt lassen. Je stärker das Nationalgefühl wurde, desto

mehr geriet ihr österreichischer Patriotismus in einen inneren Konflikt mit den nationalen Forderungen ihres eigenen Volkes. Schließlich waren sie ja auch Menschen und konnten den nationalen Gefühlen ihres Volksgenossen gegenüber nicht dauernd teilnahmslos bleiben. Dazu kam noch, daß die nationale Agitation aus begreiflichen Gründen auch die Beamtenschaft für ihre Ideen zu gewinnen suchte.

Von Jahr zu Jahr drang der nationale Gedanke immer tiefer in die nichtdeutsche, aber noch immer „österreichische" Beamtenschaft. Da der Nationalismus der nichtdeutschen Nationen im Wesen eine die gegebene Staatsform zersetzende Wirkung ausübte, blieb der Regierung die Gefahr, die mit seinem Eindringen in die Bureaukratie verbunden war, nicht verborgen. War doch die Beamtenschaft und die Armee immer mehr zu der einzigen Klammer geworden, die die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder zusammenhielt. Die Regierung trachtete daher, den neuen Geist nach Möglichkeit von ihnen fernzuhalten. Bei der gemeinsamen Armee war das noch möglich. Der Offizier, der bald in einer deutschen, bald in einer polnischen, ungarischen oder bosnischen Garnison diente, konnte in seiner Nation nicht so Wurzel fassen, wie der seßhaftere Beamte. Schon zwischen gemeinsamer Armee und Landwehr ergab sich in dieser Beziehung ein Unterschied. Der Offizier der gemeinsamen Armee durchwanderte im Laufe seiner Dienstzeit fast die ganze Monarchie. Der Landwehroffizier war auf Österreich beschränkt. Tatsächlich konnte man beobachten, daß das Eindringen des nationalen Gedankens in die Armee am frühesten und am stärksten bei der Landwehr eintrat. Ein erstarkendes Nationalgefühl beim Offizier oder Beamten wurde als eine den Bestand des Staates gefährdende Eigenschaft angesehen und der, der sie hatte, verlor in den Augen der Regierung an

Verläßlichkeit. Von „oben" wurde diese Auffassung als Grundsatz der Staatsauffassung nach „unten" weitergegeben und die Vorgesetzten teils offen, teils durch zarte Winke angewiesen, gegenüber diesem Geiste den alten österreichischen Patriotismus zu pflegen und bei ihren Untergebenen zur Geltung zu bringen. Bei der Wehrmacht konnten zufolge des bereits erwähnten häufigen Ortswechsels ihrer Angehörigen und insbesondere dank der militärischen Disziplin noch Erfolge erzielt werden. Die Beamtenschaft erwies sich dem Eindringen des neuen Geistes weitaus zugänglicher. Hierdurch kam die Beamtenschaft in eine immer schwierigere Lage.

Dem nichtdeutschen Beamten war es wohl gestattet, seine Nationalität zu behalten und seine Muttersprache zu pflegen, Dinge, die man ihm wohl oder übel nicht verbieten konnte. An den politischen Bestrebungen seiner Genossen sollte er aber nicht teilnehmen. Hier eine Grenze zu ziehen, ist natürlich unmöglich. Der Beamte ist nebenbei auch Mensch und Glied gesellschaftlicher Gruppen. Mit der übrigen Bevölkerung verbinden ihn — insbesondere, wenn sein Dienstort innerhalb des Gebietes seiner Nation liegt —, zahlreiche Bande der Verwandtschaft, Freundschaft, Geselligkeit. Wirtschaftliche Beziehungen spinnen Fäden hinüber und herüber. Der Gegensatz seiner politischen Ansichten zu denen seiner Umgebung konnte bei diesem Eingesponnensein in soziale Beziehungen über ein bestimmtes Maß nicht vergrößert werden, ohne zu schweren Konflikten mit der Umgebung zu führen. Wenn im Anfange ein vorsichtiges Fernhalten von der Politik genügte, um weder oben anzustoßen, noch bei seiner sozialen Umgebung Mißtrauen zu erregen, so wurde mit dem Wachsen des Nationalismus dieses Lavieren immer schwieriger. Je stärker die nichtbeamtete und darum in ihrer politischen Meinungsäußerung freie Umgebung ihre nationalen

Gefühle betonte, desto mehr stach der nationale Indifferentismus des Beamten von ihr ab. Nun genügte es, um sich das Vertrauen der Volksgenossen zu erhalten, nicht mehr, daß der Beamte nicht gegen seine Nation auftrat, sondern es wurde positives politisches Handeln von ihm gefordert, wenn er seinem Volke nicht als Abtrünniger verdächtig werden wollte. Dabei erweiterte sich mit der Zunahme des Nationalismus der Begriff des politischen Handelns immer mehr. Der nationale Gedanke wurde in Dinge und Beziehungen hineingetragen, die früher mit ihm nichts zu tun gehabt hatten. Wenn ein Turn- oder Gesangverein, der als unpolitische Vereinigung bisher allen Raum geboten hatte, sich allmählich in eine nationale Unternehmung umgewandelt hatte, so kam der ihm von früher her angehörende Beamte in die schwierige Lage, jetzt plötzlich — oft vielleicht gegen seinen Willen — nationale Farbe bekennen zu müssen, da sowohl das Verbleiben in dem Vereine wie das Austreten zu einer politisch bedeutungsvollen Äußerung geworden war. Wollte er nicht in einen scharfen Gegensatz zu seiner Umgebung geraten, so mußte er den nationalen Bestrebungen Zugeständnisse machen.

So bewegte er sich, da der Nationalismus ununterbrochen zunahm, auf einer Linie, an deren Ende eine Tafel mit der Aufschrift „Hochverrat" stand. Da es die Kraft des Durchschnittsmenschen übersteigt, seiner Überzeugung oder gar nur den Befehlen der vorgesetzten Stellen zuliebe sich mit allen den Menschen zu überwerfen, die ihm lieb und teuer sind, sich vielleicht gar nationaler Ächtung auszusetzen, so hing es zum guten Teil nicht einmal von ihm ab, wie weit und wie schnell er sich auf dieser Linie vorwärts bewegte. Dazu kam noch, daß auch die vorgesetzten Stellen nicht in der Lage waren, die Grenze, bis zu welcher der Beamte noch gehen konnte, scharf zu ziehen

und diese Grenze dauernd zu erhalten. Auch in ihre Reihen zog der nationale Gedanke ein. Bei der Regierung selbst wechselten nach ihrer Zusammensetzung und nach der politischen Konstellation die Ansichten. Denn man darf sich nicht vorstellen, daß der Nationalismus in einer geraden Linie aufwärts stieg. Die allgemeine Richtung war wohl nach aufwärts, aber sie bewegte sich in einer Wellenlinie. Auf einen Wellenberg kam ein Wellental und umgekehrt. Eine nationale Betätigung, die heute ganz harmlos war, konnte nach einem Regierungs- oder Ministerwechsel, ja manchmal nach einem bloßen Wechsel des unmittelbaren Vorgesetzten äußerst verdächtig werden. Wie sich die Ansichten in dieser Beziehung änderten, möchte ich an zwei kleinen Beispielen zeigen.

Die Rumänen und Ruthenen in der Bukowina hatten ihre nationalen Vereine, in denen sie ihr Volkstum pflegten. Bei besonderen Gelegenheiten trugen sie ihre nationalen Abzeichen. Nun kam plötzlich ein mit den Verhältnissen nicht vertrauter Landespräsident in die Bukowina. Er kam mit den Rumänen in einen politischen Konflikt und verbot das bisher nie beanstandete Tragen rumänischer nationaler Abzeichen. Die Begründung für dieses Verbot war der Umstand, daß die Nationalfarben der Bukowiner Rumänen gleich waren mit den Farben des Königreiches Rumänien. Nun möchte ich daran erinnern, daß, wie früher bereits erwähnt wurde, ein rumänischer Irredentismus in der Bukowina nicht bestand. Die Folge dieser Maßnahme war, daß auf einmal die rumänische Trikolore in Massen auf den Straßen von Czernowitz auftauchte. Leute, denen es bisher nie eingefallen war, das dreifarbene Bändchen zu tragen, wandelten mit diesem Schmuck im Knopfloch selbstbewußt während der Korsozeit durch die Straßen. Frauen und Mädchen brachten, wo es halbwegs ging, die nationalen Bänder

an ihren Kleidern an. Kurz, es kam zu großartigen Kundgebungen, gegen die die Polizei einschritt.

Alljährlich veranstalteten die verschiedenen Nationen in Czernowitz einen Ball. Bei dem guten gesellschaftlichen Einvernehmen, das zwischen den Nationen damals bestand, war es allgemein üblich, daß die nationalen Bälle auch von den anderen Nationen besucht wurden. Deutsche, Polen, Ruthenen tanzten ebenso ruhig auf dem Rumänenball, wie Rumänen auf den Bällen der anderen Nationen. Eine gesellschaftliche nationale Trennung gab es nicht. In einem Winter war plötzlich der rumänische Ball von der Landesregierung verfehmt. Da ich mich an die Gründe nicht mehr erinnern kann, dürften sie nicht von welterschütternder Bedeutung gewesen sein. Einer meiner Bekannten, ein junger Beamter der Bukowiner Landesregierung, der den Ball besucht hatte — nicht aus politischen Gründen, sondern weil „sie" dort war — wurde wenige Tage später strafweise in ein elendes Bukowiner Provinznest versetzt. Er kam nach einigen Monaten natürlich wieder nach Czernowitz. Die Strafe war also nicht so schrecklich. Aber er hatte immerhin für die nationale Sache gelitten und war, wenn auch ein kleiner, so doch immerhin ein Märtyrer. Das heiterste aber an der Sache war, daß er eigentlich überhaupt gar kein Rumäne war, sondern lediglich in gesellschaftlichen Beziehungen zu rumänischen Kreisen stand. Nunmehr schwenkte er vollständig ins rumänische Lager über. Im nächsten Jahre konnte er — nachdem sich die politische Lage geändert hatte — zu seiner Befriedigung auf dem Rumänenballe den als offiziellen Gast erschienenen Landespräsidenten begrüßen.

Diese Zustände brachten den Beamten in dauernde Unsicherheit, die gerade bei den charaktervollsten Männern zu schweren inneren und äußeren Konflikten führte. Dazu kam noch,

daß das ideale Ziel, dem alle Opfer gebracht werden sollten — der alte österreichische Staatsgedanke —, mit dem Wachsen des nationalen Gedankens immer schemenhafter wurde und daher den von außen eindringenden Gedanken immer weniger Gegengewicht entgegengesetzt werden konnte. Diese Entwicklung führte dazu, daß der Beamte, um zwischen den Klippen durchzukommen, einer besonderen Geschicklichkeit bedurfte. Die nächste Folge war, daß an Stelle von Charakterfestigkeit und Gesinnungstreue Schlauheit trat, denn die tägliche Beobachtung zeigte, daß der am besten abschnitt, der sich nach innen anders zeigte, als nach außen und diese Verschiedenheit geschickt zu verschleiern verstand. Von hier bis zur Charakterlosigkeit ist nur mehr ein Schritt. Es tauchten immer mehr Gestalten auf, die nach oben einen bedientenhaften österreichischen Patriotismus vortäuschten, im Innern aber vom Staate bereits abgefallen waren.

Inzwischen ging die Entwicklung der nichtdeutschen Nationen weiter. Dadurch stieg ihr und ihrer Vertreter politischer Einfluß. Je stärker dieser Einfluß wurde, je kräftiger die nationalen Abgeordneten ihre Volksgenossen stützen konnten, desto mehr neigten die Beamten der nationalen Idee zu, bis schließlich, als ein solches Beginnen nicht mehr mit allzu großen Gefahren verbunden war, auch die Zaghaften ins nationale Lager übergingen. Zuerst trat diese Wendung bei den polnischen Beamten ein, als die Verwaltung Galiziens den Polen vollkommen ausgeliefert worden war. Nach und nach folgten die anderen nichtdeutschen Nationen nach. Da diese Entwicklung bei den einzelnen Nationen nicht gleichen Schritt hielt, ergab sich noch der weitere Übelstand, daß das Maß, in dem der einzelne Beamte national bewußt sein durfte, nicht bei allen Nationen gleich war. Was bei den Polen bereits selbstverständlich schien, war bei den Tschechen noch ein Überschreiten der zulässigen Gren-

zen. Das brachte ein weiteres Element der Unsicherheit in die Beurteilung des Verhaltens. Schließlich aber kam es dahin, daß bei den nichtdeutschen Beamten Nationalbewußtsein nicht mehr eine anrüchige Sache war. Der Staat war froh, wenn sie sich wenigstens soviel an Gemeinsinn bewahrt hatten, als zur Aufrechterhaltung der Verwaltung unbedingt notwendig war. So hatte denn auch die Wendung, die in der Staatsauffassung der nichtdeutschen Nationen im Laufe der Zeit eingetreten war. eine Umgestaltung der Denkrichtung ihrer der Verwaltung angehörenden Volksgenossen herbeigeführt. Damit war ein Teil der Kraft, mit der der Staat zusammengehalten wurde, gelähmt und der Nationalismus an der ersten Stufe angelangt, die zur weiteren Machtentfaltung die Voraussetzung war.

Anders war die Lage der deutschen Beamten.

Dadurch, daß lange Zeit hindurch in fast allen Provinzen des Reiches die deutsche Sprache die Verwaltungssprache war, genossen sie eine bevorzugte Stellung. Ihnen war der Konflikt zwischen Muttersprache und Dienstsprache erspart. Solange die deutsche Vorherrschaft bestand, deckte sich Volks- und Staatsgefühl. Sie fühlten sich — außer in den nationalen Kampfgebieten — in ihrem Volkstum nicht bedroht. Von den nichtdeutschen Beamten wurde Mittun an der nationalen Arbeit verlangt, denn ihre Nationen wollten die Kulturdistanz, die sie von den Deutschen trennte, raschestens verringern. Auf eine solche Mitarbeit des deutschen Beamten kam es nicht an. Die deutsche Kultur, die nicht Versäumtes nachzuholen hatte, ging den normalen Entwicklungsschritt. Diese Lage bot keinen Anlaß zu nationalen Bestrebungen in größerem Umfange.

Die Umstände, die anfangs dazu beitrugen, den deutschen Beamten eine vorteilhaftere Stellung zu verschaffen, erwiesen sich in der Folge als eine Quelle schwerer Nachteile.

Mit der fortschreitenden Entwicklung der nichtdeutschen Nationen, dem immer weiteren Vordringen ihrer Sprachen, vermehrte sich die Zahl der nichtdeutschen nationalen Beamten. Immer größere Gebiete der nichtdeutschen Länder wurden, da die Landessprachen teils gesetzlich, teils — wie der österreichische Fachausdruck lautete — „via facti" immer mehr auch zu der Sprache der Behörden wurden, für die deutschen Beamten unzugänglich. Aus Galizien waren die deutschen Beamten schon längst verschwunden. Nun verschwanden sie auch aus den tschechischen Gebieten Böhmens und Mährens. Der gleiche Vorgang fing an in Krain, dem Küstenlande und Dalmatien sich abzuspielen. Wo sie sich noch erhielten, wurden sie, die den österreichischen Staatsgedanken vertraten und dadurch der nationalen Entwicklung im Wege standen, ohne es zu wollen, zu Feinden der Nation, unter der sie lebten. Je mehr der österreichische Staatsgedanke verblaßte, desto mehr schwand auch der Staatszweck, dem sie dienten. Der Vorteil, den sie früher dadurch genossen, daß sich bei ihnen Staats- und Volksgefühle deckten, schwand ebenfalls. Sie waren ärmer geworden. Während der nichtdeutsche Beamte in den nationalen Zielen ein neues Ideal vor sich sah, das ihn den Verlust des österreichischen Staatsgefühles nicht nur verschmerzen ließ, sondern das er gegenüber der werbenden Kraft des neuen Zieles freudig über Bord warf, gab es für den deutschen Beamten keinen Ersatz für das schwindende österreichische Staatsgefühl. Wenn die Deutschen in ihrer Politik ebenfalls als Nation mit eigenen, auf die Monarchie keine Rücksicht nehmenden Zielen aufgetreten wären, hätte der deutsche Beamte hier Halt und Zweck gefunden. Da diese Wendung in der deutschen Politik nicht eingetreten war, verlor er den inneren Halt und klammerte sich an einen imaginären Patriotismus, den er sich mehr einredete, als er an ihn

glaubte. Dadurch kam er auch mit dem Teil der eigenen Volksgenossen in Konflikt, der sich der deutschnationalen Richtung angeschlossen hatte.

Wir haben früher gesehen, daß die deutschnationale Politik im Vergleich mit den übrigen Nationen sehr zahm war, denn sie hatte die letzte Schlußfolgerung einer auf dem eigenen Volksinteresse aufgebauten Politik nicht gezogen und hielt immer noch an der Monarchie fest. Dadurch verlor die ganze Richtung an werbender Kraft. Die Beamten, die sich ihr anschlossen, fanden hier nicht das Vollgefühl nationalen Willens, wie ihre nichtdeutschen Kameraden bei ihren nationalen Bestrebungen. Dazu kam, daß der national gesinnte deutsche Beamte plötzlich die Erfahrung machte, daß sein Nationalbewußtsein in den herrschenden Kreisen auf dasselbe oder sogar stärkere Übelwollen stieß, als früher das seiner nichtdeutschen Amtsgenossen.

Solange das Deutschtum des deutschen Beamten seine negative Funktion, nämlich kein Nationalgefühl zu sein, erfüllt hatte, solange war er der vollkommene, verläßliche, „österreichische" Beamte. Sobald aber auch er anfing, national zu fühlen, ereilte ihn dasselbe Schicksal, wie seine slawischen und romanischen Kollegen, er näherte sich dem Hochverrate. Das Deutschtum war solange bevorzugt, als es als Werkzeug des habsburgischen Hausmachtgedankens dienen konnte. Sobald es an sich selbst zu denken anfing, war es diesem Gedanken genau so unbequem wie das Slawentum. Die Deutschen in Österreich durften Deutsche sein, aber beileibe nicht so weit, um ihnen zu Bewußtsein kommen zu lassen, daß es noch ein großes deutsches Volk auf der Welt gibt, dessen Zweig sie sind. Trotz aller Bündnisfreundschaft hatten die Habsburger es nie vergessen, daß die Hohenzollern sie aus Deutschland verdrängt hatten und ohne sie — eigentlich gegen sie — ein Deutsches Reich entstanden war.

Ich erinnere mich noch sehr gut an die Zeit, wo man in Österreich für das Absingen der „Wacht am Rhein" hinter Schloß und Riegel gesetzt wurde.

Das Ergebnis war ein trauriges. Der nichtdeutsche Beamte konnte schließlich noch den Deutschen spielen, um sich ins rechte Licht zu setzen. Dem deutschen Beamten blieb zum Spielen nichts mehr übrig. Er war entwurzelt und klammerte sich ängstlich an ein imaginäres Österreichertum, das ihm unter den Händen zerschmolz. Die konsequente Absage des Deutschen Reiches an die österreichischen Deutschen ließ die herrschenden Kreise schließlich erkennen, daß von dort nichts zu fürchten war. Das erleichterte die Lage der deutschen Beamten einigermaßen, aber es brach ihnen vollständig das Rückgrat.

Wesentlich trug zu der schwierigen Lage der deutschen Beamten bei, daß die deutschen Abgeordneten den großen Fehler begingen, sich — im Gegensatz zu den slawischen Abgeordneten — um ihre Volksgenossen in der Beamtenschaft nicht zu kümmern. Die polnischen und tschechischen Abgeordneten standen in ständiger Fühlung mit den polnischen und tschechischen Beamten. Die Polen verfügten sogar über eine förmliche Organisation. Die polnischen Beamten des Finanzministeriums zum Beispiel hatten regelmäßige nationale Zusammenkünfte, an denen auch ihre Politiker teilnahmen. Sie unterhielten rege Beziehungen auch mit den polnischen Beamten der anderen Zentralstellen. Hinter jedem polnischen Beamten eines Ministeriums stand der ganze Polenklub. Wehe, wenn ihm ein Haar gekrümmt worden wäre. Das war dann eine Sache der ganzen Nation, eine politische Sache. Es gab Herren bei uns im Finanzministerium, die bei ihrer fachlichen Qualifikation ohne diese Rückendeckung nicht eine Woche hätten bleiben können. Ähnlich waren die Verhältnisse bei den Tschechen. Wenn ein deutscher

Beamter beim deutschen Nationalverbande des Abgeordnetenhauses Schutz gesucht hätte, wäre er wahrscheinlich mit dem größten Erstaunen empfangen worden. Gewiß ist es nicht das Ideal einer Verwaltung, daß sich die Abgeordneten in die innersten Personalangelegenheiten der Behörden einmengen. Aber da es die anderen taten, war die Zurückhaltung der deutschen Abgeordneten nicht bloß eine arge Benachteiligung der deutschen Beamten, sondern auch eine Schädigung der deutschen Volksinteressen. Nur wer jahrelang mitten in der österreichischen Verwaltung gestanden ist, weiß, was es für die nationale Sache bedeutet, wenn die Nation auch in den Behörden ihre Leute hat. Die nichtdeutschen Abgeordneten wußten, daß für diese Zwecke auch der untergeordnete Beamte ein wichtiges Werkzeug ist und sie widmeten ihm die gleiche Aufmerksamkeit, wie den obersten Würdenträgern.

Mit der Zeit erkannten die deutschen Beamten der Zentralstellen, insbesondere die, die aus der Provinz gekommen waren — der Wiener hatte ein aus der Geschichte dieser Stadt erklärliches schwachentwickeltes Nationalgefühl —, daß sie der nationalen Organisation der nichtdeutschen Kollegen gegenüber im Nachteile waren. Es fanden sich nun eine Reihe deutscher, aus Deutschböhmen stammenden Beamten der Ministerien zu zwanglosen Zusammenkünften ein. Der Zweck war, miteinander in Fühlung zu kommen und gemeinsame Interessen gemeinsam zu wahren. Dabei hoffte man, daß die Beamten aus den anderen deutschen Ländern sich in ähnlicher Weise zusammenfinden und schließlich eine Gesamtorganisation aller deutschen Beamten der Ministerien zustande kommen würde.

Gleich bei der ersten Zusammenkunft wurde von dem Einberufer der Versammlung darauf hingewiesen, daß eine Teilnahme deutscher Abgeordneter nicht stattfinden werde, um der

Sache nicht eine allzu politische Bedeutung zu geben. Diesen Standpunkt hatte er nicht aus dem Grunde vertreten, weil er die Fühlungnahme mit den deutschen Abgeordneten grundsätzlich ablehnte, sondern weil er wußte, daß dann der größte Teil der Geladenen nicht erscheinen würde. Aber auch dieser Hinweis reichte nicht hin, um vielen verschüchterten Gemütern Mut zu machen.

Ich hatte es übernommen, eine Reihe von Herren einzuladen. Ich hatte nur geringen Erfolg. Die einen wanden sich in verlegenem Lächeln. Ich sah, wie unangenehm ihnen die Sache war. Endlich gestanden sie, daß sie es mit ihrer Stellung nicht vereinbar fänden, daß die Sache oben mißliebig bemerkt werden könnte usw. Die Schlaueren sagten zu und kamen nicht, da sie bedauerlicherweise jedesmal verhindert waren.

Ich bin weit davon entfernt, ihnen daraus einen Vorwurf zu machen. Die ganze Unternehmung war nicht ganz ungefährlich. Es war nicht ausgeschlossen, daß, wenn sie aufkam, sie einem dienstlich schaden konnte. Dabei wußten sie, daß niemand da war, der sie gegebenenfalls geschützt hätte. Wer nicht infolge entsprechenden finanziellen Rückhaltes oder Mangel an bureaukratischem Ehrgeiz und wirtschaftlicher Bescheidenheit sich die Unabhängigkeit gewahrt hat, dessen Dasein hängt als Beamter in hohem Maße von dem Wohlwollen seiner Vorgesetzten ab. Von so jemandem unter den damals herrschenden Verhältnissen nationales Selbstbewußtsein zu verlangen, ist eine Forderung, die — gar, wenn der Betreffende Frau und Kinder hat — menschliche Kraft übersteigt.

Im weiteren Verlaufe dieser Zusammenkünfte ließ sich natürlich die Berührung mit politischen Kreisen nicht ganz vermeiden. Die Beziehungen unter uns hatten sich gefestigt. Die Ängstlichen waren abgefallen. Es blieb ein Stock von Teilnehmern übrig, die über den nötigen inneren Halt verfügten,

um nun auch Beziehungen mit den Abgeordneten anzuknüpfen. Aber die Abgeordneten zeigten selbst kein allzu großes Interesse an der Sache. Lediglich ein Abgeordneter — übrigens selbst Beamter — erschien öfters in unserem Kreise. Zu einer Vereinigung sämtlicher deutschen Beamten der Zentralstellen kam es nicht mehr.

Ich habe diese Geschichte erzählt, nicht weil ich ihr an sich eine so große Bedeutung beimesse, sondern weil sie bezeichnend ist für die Lage der deutschen Beamten in Österreich. Der deutsche Beamte hatte den inneren Halt verloren. Deutscher sollte er nicht sein und Österreicher konnte er auch kaum sein, denn über das Schwinden des österreichischen Staatsgedankens konnte ihm auch die — gerade von den Besten betriebene — Autosuggestion nicht im Zweifel lassen. Gewiß gab es auch Ausnahmen, aber sie waren eben Ausnahmen.

Das Fehlen eines Staatsgedankens kam vor allem in den Ministerien zum Ausdruck.

In der Provinz war die Tätigkeit der Behörden vorwiegend ausführende Facharbeit. Wenn sie auch von der Politik nicht unberührt blieben, die Frage der obersten Ziele des Staates stand nicht in unmittelbarem Zusammenhange mit ihrer amtlichen Tätigkeit. Anders war es in den Ministerien. Hier, von wo die Richtlinien für die Verwaltung ausgehen sollten, stand man alle Augenblicke vor Fragen, die, je nachdem das Bild war, das man sich von der Zukunft Österreichs machte, verschieden zu beantworten waren. Selbst in scheinbar nebensächlichen Dingen war die Beantwortung dieser Grundfrage entscheidend für die Erledigung. Gerade die Gewissenhaftesten, die es mit dem Staate am besten meinten, standen vor den schwersten Gewissenszweifeln. Eine Lösung gab es natürlich nicht, weil niemand wußte, wohin das Staatsschiff segelte. Es

wäre ganz verfehlt zu glauben, daß die Männer, die in den Ministerien arbeiteten, diese Sachlage nicht erkannt hätten. Ich habe während einer nahezu achtjährigen Dienstzeit im österreichischen Finanzministerium Beamte aller Zentralstellen arbeiten gesehen und kennen gelernt. Die Mehrzahl beurteilte die Lage ganz richtig. Aber sie standen hilf- und machtlos da. Der einzelne Beamte, auch der höchste, konnte die Frage nicht beantworten, wie Österreich denn hätte regiert werden können. Die Kabinette lavierten hin und her. Die Schicksalsfrage stellte keines. So blieb denn den Beamten der Ministerien nichts anderes übrig, als ohne Staatsgedanken zu arbeiten, das heißt, sich gerade an die herrschende Strömung zu halten, wobei es oft nicht einmal leicht war, ihre Richtung zu erkennen, denn es war ein beliebtes Mittel, in gefährlicheren Fragen die Entscheidung einem Beamten zu überlassen, der dann, je nachdem die Sache ausfiel, seine Pflicht getan oder einen großen Fehler gemacht hatte. Diese Unsicherheit pflanzte sich, da auch die Oberen die praktische Verwertbarkeit dieses Mittels, um sich einer unangenehmen Verantwortung zu entziehen, erkannt hatten, nach unten fort.

In der günstigeren Lage waren auch hier jetzt die nichtdeutschen nationalistisch gesinnten Beamten. Sie hatten für ihr Handeln eine Richtschnur, nämlich die nationalen Interessen ihres Volkes. Ihre Schwierigkeiten bestanden nur darin, ihr Handeln nicht in allzu großen Gegensatz mit den Interessen des Staates kommen zu lassen. Natürlich gab es auch noch nichtdeutsche Beamte in den Ministerien, die österreichische Beamte im früher erwähnten Sinne waren. Aber ihre Zahl schmolz von Tag zu Tag, bis sie schließlich nur mehr zu den Ausnahmen gezählt werden konnten. Die, die der neuen Richtung folgten, betrachteten sich als Vertreter der Nation in der Zentral-

stelle. Dadurch war ihrer Tätigkeit die Richtung gegeben. Ständige Verbindung mit ihren Abgeordneten hielt sie auf dem laufenden über die politische Lage und sicherte ihnen den notwendigen Rückhalt. Die deutschen Beamten aber standen, trotzdem sie an Zahl die anderen übertrafen, ohne Verbindung mit ihrem Volke, ohne ein sichtbares Staatsziel hilflos da. Ein Teil erkannte die Lage. Er gab jede Hoffnung auf und beschränkte sich darauf, seine Arbeit mehr oder weniger pünktlich zu erledigen und in der täglichen Kleinarbeit eine gewisse Befriedigung zu suchen, im übrigen aber mit dem Ende der Amtsstunden die Bureautüre zu schließen und dem Vergnügen zu leben. Andere wieder warfen sich auf den Ehrgeiz. Ihnen ging es nicht um eine Förderung des Staates, sondern um rasche Beförderung, Orden, Macht und Einfluß. Die Ehrlichen unter den Verständigen waren am übelsten dran. Sie erschöpften sich in einer Arbeit, deren Fruchtlosigkeit sie einsahen. Sie hatten die Kraft zur Erkenntnis, aber nicht die Kraft zum Leichtsinn und litten schwer unter diesen Verhältnissen. Merkwürdig war, daß die Erkenntnis von dem von Tag zu Tag näher kommenden Verderben mit der Höhe der Rangklassen abnahm. Die Ursache mag sein, daß sie, die schon seit Jahrzehnten die Prophezeiung vom Zerfall der Monarchie hörten, nun, da er bisher noch immer nicht gekommen war, nicht mehr an ihn glaubten. Die Wirklichkeit schien ihnen recht zu geben. Freilich vergaßen sie dabei, daß bei historischen Entwicklungen ein paar Jahrzehnte keine Rolle spielen. Jeder, der die Verhältnisse in der Monarchie gekannt hatte, wußte, daß, wenn nicht unerwartet eine unvorhersehbare Wendung kommt, der Zerfall der Monarchie nicht mehr aufzuhalten war. Ob der Prozeß, um zu einem Abschluß zu gelangen, wenn der Krieg nicht gekommen wäre, noch fünfzehn, zwanzig oder dreißig Jahre gebraucht hätte, konnte natür-

lich niemand sagen. Nun und der Zerfall der Monarchie in zwanzig Jahren ist für einen alten Herrn, der sich dem Ende seiner Dienstzeit nähert, eben kein Zerfall mehr.

In wie hohe Kreise das Verkennen der Lage reicht, beweist eine Unterredung, die ich im Frühling 1918 mit einem aktiven österreichischen Minister hatte. Wir sprachen über die Stimmung der österreichischen Deutschen. Im Laufe des Gespräches machte ich die Bemerkung, daß bei einem Zerfalle der Monarchie die Deutschen am wenigsten zu verlieren hätten — die Wandlung, die Wilsons Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker durchmachen sollte, konnte ich damals nicht voraussehen —, da sie Anlehnung an ihre Volksgenossen im Reiche fänden. Der Minister fuhr entrüstet auf — es war nicht Pose, sondern tiefste Überzeugung — und erwiderte: „Wie können Sie so etwas sagen, so weit sind wir, Gott sei Dank noch nicht." — In wenigen Monaten waren wir soweit.

Diese Zustände in den Ministerien hatten aber noch eine weitere böse Folge. Die Qualität der fachlichen Leistungen nahm in erschreckender Weise ab.

Der Volkswitz legte einem hohen österreichischen Staatsfunktionär, dem ein Übelstand in der Verwaltung gemeldet wird, folgende Worte in den Mund: (lebhaft) „Da muß etwas geschehen." — Längere Pause, Nachdenken, dann: (resigniert) „Da kann man nichts machen."

Dieser Witz enthielt eine tiefe Wahrheit. Jeder, der in einem österreichischen Ministerium gearbeitet hat, hat seine Wahrheit hundertmal erfahren. Fast bei jeder größeren Aktion, deren Wichtigkeit und Notwendigkeit außer Zweifel stand, überzeugte man sich früher oder später, daß wirklich nichts zu machen war. Jede wichtigere Frage mündete schließlich in die österreichische Schicksalsfrage. Und wenn man die nicht beantworten konnte,

gab's keine Lösung. Ungeheure Arbeit wurde oft zwecklos verschwendet, bis man sich überzeugte, daß ohne vorherige Lösung des österreichischen Problems der ganze Bau keine Grundlage hatte. Die Folge war, daß nach solchen Erfahrungen gerade die ernstesten Köpfe es sich reiflich überlegten, wenn sie tiefgehende Studien für die Bearbeitung eines Problems machen sollten. Die Welt ahnt nicht, welche ungeheure Menge geistiger Arbeit ungenützt in den Archiven der Ministerien schlummert. Die mit den Verhältnissen nicht vertraute Öffentlichkeit glaubte, daß, weil die Ministerien oft zu den brennendsten Problemen schwiegen, sie von der Sache keine Notiz genommen hatten. Sie schwiegen, weil sie der Öffentlichkeit nicht sagen konnten, daß sie nach ernstem gründlichen Studium und reiflicher Überlegung zu dem Ergebnis gekommen waren, daß wirklich nichts zu machen sei.

Dem gründlichen gewissenhaften Arbeiter gegenüber behielt unter diesen Verhältnissen der Routinier recht, der leicht und rasch über schwierige Probleme hinwegzugleiten wußte. Die Folge davon war das Sinken der Achtung vor gründlicher, insbesondere wissenschaftlicher, erschöpfender Arbeit. Denn schließlich entscheidet ja im praktischen Leben der Verwaltung doch der Erfolg über die Richtigkeit der Methoden. Ein auf tiefgründigen Studien aufgebautes Referat zwang den Referenten und Approbanten zu langwieriger Lektüre und — was oft das unangenehmste war — zu grundsätzlicher Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen. Nach aller Mühe war's dann doch meist überflüssiger Zeit- und Kraftaufwand gewesen, denn eine grundsätzliche Stellungnahme war nicht möglich. Um wieviel bequemer hatte es da der oberflächliche Arbeiter, der, ohne seinem Vorgesetzten eine grundsätzliche Entscheidung aufzunötigen, mit wenigen Zeilen dem Kern der Sache aus dem Wege ging und

die Frage in irgendeiner halbwegs befriedigenden Form — wenn auch nur für den Augenblick — löste. Es gab Leute, die auf diesem Gebiet eine ans Fabelhafte grenzende Virtuosität entwickelten, die ihre Kunst soweit trieben, daß man das Aus-dem-Wege-gehen kaum merkte. Mit verhältnismäßig wenig Arbeit brachten sie es zuwege, die Dinge zur Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten zu erledigen. Daß später einmal, vielleicht erst nach Jahren, die vernachlässigten Probleme — und dann mit erhöhter Macht — wieder auftauchten und um so energischer nach Lösung rufen würden, focht sie nicht weiter an. Sie erwarben sich bald den Ruf als äußerst geschickt und in allen Lagen verwendbar und hielten sich schließlich selbst für die Ganzgescheiten. Vielleicht waren sie es auch.

Fand diese Arbeitsmethode bei Problemen Anwendung, deren Lösung von der grundsätzlichen Anschauung über die Zukunft der Monarchie abhing, so war das schon sehr bedenklich, obwohl auch hier ein gewaltiger Unterschied ist, ob man eine Sache nach gründlichem Studium und reiflicher Überlegung oder nach leichtsinnigem Vernachlässigen aller bedeutungsvollen Umstände auf sich beruhen läßt. Aber die Versuchung lag nahe, um sich Mühe zu ersparen, diese Methode auch dort anzuwenden, wo ehrlicher gründlicher Arbeit Erfolg winkte. Immer mehr trat an die Stelle der alten Gediegenheit flache Routine.

Am zersetzendsten aber wirkte das Eindringen nationaler Gesichtspunkte bei der inneren Organisation der Ministerien.

Solange die deutsche Vorherrschaft bestand und die Verwaltung auch in den Ländern eine deutsche war, setzte sich die Beamtenschaft der Ministerien aus deutschen und solchen nichtdeutschen Beamten zusammen, die deutsche Bildung genossen hatten und — wenn auch ohne Aufgeben ihrer Nationalität — in kultureller Beziehung zu Deutschen geworden waren. Die

Ministerien ergänzten sich aus den befähigten Beamten der Unterbehörden. Wenn bei der Berufung in die Ministerien auch Beziehungen verschiedenster Natur vielfach maßgebend waren, so kann doch im allgemeinen gesagt werden, daß die Beamtenschaft der Ministerien eine qualitative Auslese der ganzen österreichischen Beamtenschaft war. Unter ein gewisses Niveau konnte auch das Protektionskind nicht sinken, wenn es sich im Dienste überhaupt halten wollte. Nun veränderte sich allmählich die Lage.

Das Erstarken des Nationalismus führte dazu, daß in den Ländern die nichtdeutschen Sprachen immer mehr in die Verwaltung eindrangen. Die Verwaltung in Galizien war ganz polnisch geworden. In den tschechischen Teilen Böhmens und Mährens war die Sprache der Behörden in immer größerem Umfange tschechisch. In Dalmatien fing die kroatische, in Krain und Teilen des Küstenlandes die slowenische Sprache an, die Verwaltung zu beherrschen. Daneben — teils schon von alters her — war auch auf vielen Gebieten die italienische die Behördensprache. Immer mehr Angelegenheiten kamen in die Ministerien, die von nichtdeutschen Akten begleitet waren. Wenn auch ein großer Teil der Beamten in den Ministerien außer der deutschen Sprache noch eine oder die andere Landessprache beherrschte, Leute, die alle acht Sprachen Österreichs in ihrer Gewalt hatten, gab es natürlich nicht. Man suchte diesem Übelstande durch Übersetzer abzuhelfen. Beamte der Ministerien, die eine nichtdeutsche Sprache vollkommen beherrschten, wurden zu Übersetzern bestellt und hatten neben ihrer sonstigen Arbeit die Aufgabe, die in der betreffenden Sprache einlangenden Akten zu übersetzen. Diese Einrichtung war aber auch nur ein mangelhaftes Aushilfsmittel. Eine wörtliche schriftliche Übersetzung ganzer Aktenkonvolute war, schon wegen des damit

verbundenen Zeitverlustes, nicht möglich. Die Hilfe des Übersetzers beschränkte sich in der Regel darauf, daß man mit dem Akt zu ihm ging, er den Akt durchging und einem erzählte, was drin stand. Dabei suchte man in Notizen die wesentlichsten Umstände festzuhalten. Freilich konnte man auf diesem Wege nur eine mangelhafte Kenntnis des Sachverhaltes gewinnen. Diese Entwicklung machte es schon aus technischen Gründen notwendig, in größerem Umfange nichtdeutsche Beamte in die Ministerien zu berufen. Gelöst war damit das Problem natürlich auch nicht. Man trachtete nach Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß in jedem Departement Herren mit Sprachkenntnissen eingeteilt waren. Da es sich aber um mindestens fünf nichtdeutsche Sprachen handelte — rumänisch und ruthenisch waren noch nicht so tief in die Verwaltung gedrungen —, war es unmöglich, jedes Departement so auszustatten, daß für jede Sprache ein Vertreter vorhanden gewesen wäre. Aber selbst, wenn das durchführbar gewesen wäre, scheiterte die Sache am Departementsvorstande, der niemals alle Sprachen beherrschen konnte und daher in Angelegenheiten, die sich auf nichtdeutsche Vorakten gründeten, sich in der Mehrzahl der Fälle bei der Beurteilung des in den Vorakten enthaltenen Tatsachenbestandes auf seinen Hilfsarbeiter blind verlassen mußte. Man versuchte eben hier wieder einmal Unmögliches. Es gab für die österreichische Verwaltung nur zwei Wege. Wollte man eine zentralistische Verwaltung, dann war sie nur in einer Sprache möglich. Wollte man die nichtdeutschen Sprachen in der Verwaltung zur Geltung kommen lassen, dann war die Dezentralisation der Verwaltung eine selbstverständliche Notwendigkeit. Aber da stand man eben, wie immer bei allen wichtigeren österreichischen Verwaltungsfragen, wieder vor dem österreichischen Hauptproblem: Zentralismus oder Föderalismus. Da sich in den maßgebenden

Kreisen niemand im klaren war, was man wollte, oder richtiger gesagt, das, was man wollte, nicht konnte und das, was man konnte, nicht wollte, so wählte man einen Mittelweg, der niemanden befriedigte und überdies die Verwaltung stetig verschlechterte.

Zu den technischen Gründen, die die Berufung nichtdeutscher Beamter in Ministerien notwendig machte, trat aber noch ein weiterer, besonders bedeutungsvoller Grund.

Mit ihrem Erstarken erkannten die nichtdeutschen Nationen, daß eine notwendige Voraussetzung für ihren Einfluß im Staate ein entsprechender Einfluß auf die Zentralverwaltung ist. Sie sahen daher in dem Überwiegen des deutschen Elementes in den Ministerien ein Hindernis ihrer politischen Entwicklung. Ihr Bestreben ging daher folgerichtig dahin, eine entsprechende nationale Vertretung in der Beamtenschaft der Ministerien zu besitzen. Die Berufung eigener Volksgenossen in die Ministerien wurde daher zu einer politischen Forderung der nationalen Parteien. Dieser Forderung konnten die Regierungen auf die Dauer nicht widerstehen. Abgesehen davon, daß dieser Forderung bei der grundsätzlichen Gleichheit aller Völker und Sprachen in Österreich — die deutsche Sprache war als Staatssprache nicht gesetzlich festgelegt — die Berechtigung nicht abgesprochen werden konnte, brauchte die Regierung immer bald diese, bald jene Nation, um sich zu erhalten. Übernahmen gar Parlamentarier Portefeuilles, so erblickte der betreffende nationale Minister — mit Ausnahme der deutschen Minister, die sich fast stets einer manchmal übel angebrachten Objektivität befleißigten — es als eine seiner wichtigsten Aufgaben, möglichst viele eigene Volksgenossen in sein Ministerium zu ziehen. Bekannt ist das Vorgehen des tschechischen Finanzministers Dr. Kaizl, der diese Methode im großen Stile betrieb und tschechische Beamte in großer

Zahl ins Finanzministerium berief. Hierbei sah er weniger auf die fachliche als auf die politische Eignung seiner Leute und ging soweit, unter anderen auch — es ist kein Märchen, sondern eine historische Tatsache — einen gewesenen Volksschullehrer als Sektionsrat ins Finanzministerium zu berufen.

Diese Entwicklung hatte die bedenklichsten Folgen.

Früher war — abgesehen von der in der Protektion gelegenen Fehlerquelle — für die Auswahl der Beamten nicht nur bei der Berufung in ein Ministerium, sondern auch für die Besetzung der Stelle eines Departements- oder Sektionsvorstandes in den Ministerien die persönliche Eignung maßgebend. Der in Betracht kommende Beamte stand im Wettbewerb mit der ganzen Schar entsprechend qualifizierter Kollegen. Die Auslese erfolgte daher im allgemeinen aus dem Kreise der Geeignetsten ohne Rücksicht auf die nationale Zugehörigkeit. Nun trat der Fall ein, daß für einen bestimmten Posten ein Pole oder Tscheche von den Parteien gefordert und von der Regierung auch zugestanden wurde. Damit war das im allgemeinen höher qualifizierte deutsche Element ausgeschaltet und die Auslese erfolgte nur mehr in dem kleineren Kreise der polnischen oder tschechischen Beamten. Die Folge war, daß ein Mann auf einen Posten kommen konnte, für den er früher nie in Betracht gezogen worden wäre. Verstärkt wurde diese Wirkung noch durch folgenden Umstand.

Ich will den nichtdeutschen Nationen des gewesenen Österreich nicht nahe treten, aber ihre Bildungsmittel standen nicht auf der Höhe der deutschen. Das ist kein Vorwurf, sondern die bloße Feststellung einer — bei der Kürze ihrer kulturellen Entwicklung und bei der im Verhältnis zum deutschen Volke geringen Volkszahl begreiflichen — geschichtlichen Tatsache. Die deutschen Universitäten, die auf der ganzen großen deutschen

Wissenschaft fußten, standen weit über den nichtdeutschen und die Anforderungen, die sie an ihre Schüler stellten, waren weit höhere. Dazu kam noch, daß manche juristischen Fakultäten nichtdeutscher Universitäten sich bei den Prüfungskandidaten mit Absicht mit bescheideneren Anforderungen begnügten, als es an den deutschen Universitäten üblich war, um rasch eine größere Zahl akademisch gebildeter Volksgenossen und damit eine wirksame Konkurrenz gegen die deutschen Beamten zu schaffen.

Mit den fortschreitenden Erfolgen der nationalen Bewegung wurden die Forderungen nach nichtdeutschen Beamten in den Ministerien immer energischer und größer. Die Folge davon war, daß in letzter Zeit ein förmlicher nationaler Schlüssel bei der Besetzung leitender Stellen in den Ministerien zur Anwendung kam und die Nationen einzelne Stellen geradezu als „nationalen Besitzstand" in Anspruch nahmen. Wohin man, vom fachlichen Standpunkte betrachtet, bei dieser Methode kam, kann man sich vorstellen. So wurde beispielsweise durch Jahre eine Sektion des Finanzministeriums durch einen Herrn geleitet, der die deutsche Sprache so mangelhaft beherrschte, daß er ständig einen jüngeren Beamten zugeteilt haben mußte, der ihm bei der Stilisierung von Änderungen oder Zusätzen in den Referaten behilflich war. Damit hätte man sich schließlich noch abfinden können, wenn er ein ausgezeichneter Fachmann gewesen wäre. Aber er war außerdem jeder fachlichen und allgemeinen Bildung bar. Er verstand es nur, die Kenntnisse und die Arbeit anderer entsprechend zu verwerten. Ich sage das nicht als Tadel, denn ich halte diese Fähigkeit unter den gegebenen Verhältnissen im Interesse der Sache gelegen. Er machte seinen Hilfsarbeitern gegenüber auch kein Hehl aus seinen Unkenntnissen und ließ sich willig belehren. Dieser Herr, der in jüngeren Jahren wegen mangelnder Eignung bei Beförderungen über-

gangen worden war, kam auf den hohen Posten nur aus dem Grunde, weil der nationale Schlüssel die Besetzung dieser Stelle mit einem Angehörigen seiner Nationalität forderte und kein anderer Mann, der diese Bedingungen erfüllt hätte, zu dieser Zeit im Finanzministerium zur Verfügung stand.

Diese Zustände verschlechterten begreiflicherweise die Verwaltung immer mehr. Es war ein beliebtes Schlagwort, das Schlagwort von der schlechten österreichischen Verwaltung, besonders wenn man sie mit der preußischen verglich. Ich will die Frage hier unerörtert lassen, ob es für einen Staat ein Glück ist, wenn er eine ausgezeichnete Verwaltung mit der Preisgabe der freiheitlichen Erziehung seiner Bürger erkauft und sich zu einem — wenn auch modernen, technisch ausgezeichnet konstruierten — Polizeistaat entwickelt. Die Katastrophe, die über das deutsche Volk hereingebrochen ist, scheint mir das Gegenteil zu beweisen. Die österreichische Verwaltung mit der preußischen zu vergleichen, ist von vornherein vollkommen verfehlt, weil beide auf ganz anderen Voraussetzungen ruhten. Die preußische Verwaltung war für einen national einheitlichen Staat zugeschnitten. Sie baute Schritt für Schritt einen deutschen Staat auf. Dort, wo sie vor nationalen Problemen stand — in der Polenfrage —, hat sie versagt. Hierbei ist noch gar nicht auf die grundlegenden Verschiedenheiten in der historischen Entwicklung der beiden Staaten Rücksicht genommen. Wenn man also die preußische und österreichische Verwaltung vergleichen will, so müßte man eigentlich den Vergleich dort ansetzen, wo ähnliche Voraussetzungen gegeben sind, nämlich dort, wo sie beide auch nationale Probleme zu lösen hatten.

Es liegt mir vollkommen fern, die Mängel der österreichischen Verwaltung beschönigen zu wollen, aber das Urteil wird vorsichtiger, wenn man sich vor Augen hält, daß es dieser Ver-

waltung durch die Jahrhunderte doch gelungen ist, aus so disparaten Elementen, wie sie in der Monarchie vereinigt waren, einen modernen Staat aufzubauen. Ich habe Urteile aus verschiedenen Kreisen über die italienische Verwaltung in den durch den Frieden von St. Germain an Italien abgetretenen österreichischen Gebieten gehört, die darin übereinstimmen, daß die österreichische Verwaltung weitaus besser war. Wenn so nur die Südtiroler Deutschen urteilen würden, könnte man dieses Urteil als befangen ablehnen. Aber selbst die italienische Bevölkerung ist der gleichen Ansicht. Im ehemaligen österreichischen, nun italienischen Süden kursiert das Sprichwort: Der österreichische Amtsschimmel war ein Rennpferd im Vergleiche zum italienischen. Auf vielen Gebieten haben die Italiener, als sie mit der Absicht kamen, nunmehr der Bevölkerung den Segen einer modernen Verwaltung zu bringen, zu ihrem Erstaunen Einrichtungen vorgefunden, die den ihrigen weit überlegen waren.

Vergegenwärtigt man sich die Hemmungen, mit denen die österreichische Verwaltung im Laufe der Jahrhunderte gekämpft hat, so kann man ihr die Anerkennung nicht versagen. Es ist eine Summe von Kulturarbeit geleistet worden, die erst jetzt zutage tritt. Die aus der Monarchie hervorgegangenen Nationalstaaten kommen schon jetzt — im weiteren Verlaufe der Ereignisse wird es in immer stärkerem Maß der Fall sein —, wenn auch widerwillig zur Erkenntnis, daß sie die Möglichkeit, selbständige Staaten zu bilden, überhaupt erst der vielgeschmähten österreichischen Verwaltung danken. Letzten Endes ist das, was hier geleistet wurde, deutsche Arbeit gewesen. Kaum ist je ein Wort treffender gewesen, als das Wort, daß die österreichischen Deutschen der Kulturdünger der Monarchie waren. Wenn man tiefer in die Dinge hineinsieht, so kommt man zur Erkenntnis, daß die in der letzten geschichtlichen Periode eingetretene unleug-

bare Verschlechterung der österreichischen Verwaltung ihre Wurzel nicht eigentlich in der Verwaltung selbst hatte, nicht eine Art inneren Verfalls des Apparates, sondern eine Folge der geschilderten Umgestaltung der politischen Verhältnisse war.

Wenn auch kein Zweifel besteht — den Nachweis glaube ich erbracht zu haben —, daß die Verschlechterung der Verwaltung ohne Lösung der großen österreichischen Probleme dauernd nicht aufzuhalten war, so wäre es doch ebenso zweifellos möglich gewesen, das Tempo des Niederganges zu verlangsamen. Schon das wäre ein Gewinn gewesen. Vielleicht wäre bei einer besseren Organisation zu verhindern gewesen, daß fünf Herren in einem Salon des Auswärtigen Amtes den Krieg beschließen. Die Möglichkeiten sind unabsehbar. Nun wird der Außenstehende einwenden, daß es doch Sache der Minister gewesen wäre, wenigstens soweit es sich um technische Fragen handelte, den Betrieb zu verbessern.

Einer der Hauptgründe, daß die Minister überhaupt kaum dazu kamen, sich mit der Organisation ihrer Ressorts eingehender zu beschäftigen, war der rasche Wechsel der Kabinette. Ich habe während einer nicht ganz achtjährigen Tätigkeit im Finanzministerium acht Minister mitgemacht [1]).

Das ergibt eine Durchschnittslebensdauer für den Finanzminister von kaum einem Jahre. In dieser kurzen Zeit kann selbst ein aus der Bureaukratie des Finanzministeriums hervorgegangener Finanzminister, der den Apparat kennt, nichts unternehmen. Übernahm nun ein mit dem Finanzressort unvertrauter Außenseiter das Portefeuille, was häufig vorkam, so reichte das Jahr gar nicht aus, um das Gebiet, das ihm zur Verwaltung

1) Vom April 1908 bis Dezember 1917 waren Finanzminister: Dr. v. Bilinski, Dr. Meyer, v. Zaleski, Dr. Frh. v. Engel, Dr. v. Leth, Marek, Dr. Frh. v. Spitzmüller und Dr. Frh. v. Wimmer.

übergeben war, näher kennen zu lernen. Gewiß ist, daß ein genial veranlagter Laie sich auch in fremde Materien einzuarbeiten vermag, und dann vielleicht Hervorragenderes leistet, als der Fachmann, der oft vor lauter Fachwissen die großen Linien nicht sieht. Aber Österreich war nicht allzu reich mit Genies gesegnet. Ich habe mehr Gelegenheiten gehabt, die Hilflosigkeit solcher Männer kennen zu lernen, als ihre Genialität. Die Zeit, die seit dem Zusammenbruche vergangen ist, ist noch zu kurz, um Einzelheiten erzählen zu können. Ich kann heute nur sagen, es waren starke Stücke, die ich in dieser Beziehung erlebt habe.

Ein wesentliches Hindernis war für die Minister die Inanspruchnahme durch Empfänge und Konferenzen, die derart überhand genommen hatten, daß sie gewöhnlich erst in den Abendstunden in die Lage kamen, sich ihrem eigentlichen Geschäfte zu widmen. In den Vormittagsstunden und meist auch am Nachmittage reichte einer dem anderen die Türe. Man kann ruhig sagen, daß neun Zehntel dieser Besuche nichts als Zeitvergeudung waren. Gewiß hätte sich ein großer Teil dieser Störer bei einiger Energie abschütteln lassen, aber das Kommen der übrigen hing mit den wirren politischen Verhältnissen zusammen, in denen Dinge zu Problemen wurden, die in einem anderen Staate einem untergeordneten Verwaltungsorgane zur Entscheidung überlassen worden wären. Hier zeigte sich der Mangel eines Staatssekretärs.

Die Ministerien waren in der Weise konstruiert, daß die einzelnen Departements nach Materien in Gruppen — Sektionen genannt — zusammengefaßt waren, an deren Spitze die Sektionschefs standen. Sie unterstanden unmittelbar dem Minister, der also der Punkt sein sollte, in dem einerseits alle Fäden zusammenlaufen und andererseits die Verbindung der Sektionen

untereinander gegeben sein sollte. Diese Aufgabe konnte der Minister unter den gegebenen Verhältnissen nicht erfüllen. Dies hätte nur ein den Sektionschefs übergeordneter Staatssekretär — als Dauernder in der Erscheinungen Flucht — tun können. Es wurde auch öfters an die Schaffung von Staatssekretärstellen gedacht. Aber hier war wieder die leidige Politik das Hindernis. Nicht mit Unrecht wurde gegen diesen Plan der Einwand erhoben, daß bei unseren politischen Verhältnissen die Staatssekretärposten wieder Gegenstand des politischen Kuhhandels geworden wären. Die einzelnen Nationen hätten bei der Besetzung dieser Stellen die Einhaltung eines nationalen Schlüssels gefordert und jeder einzelne Staatssekretärposten wäre zum Streitobjekt zwischen den Nationen geworden. Zum Schlusse wäre dann die Besetzung nicht nach der persönlichen Eignung, sondern nach der nationalen Zugehörigkeit erfolgt. Ohne den Zweck zu erreichen, wäre die Verwaltung verteuert und umständlicher gemacht worden. Das ist wieder ein Beispiel dafür, wie wichtige Fragen der Verwaltung an dem österreichischen Hauptprobleme scheiterten.

Dazu kam noch, daß die Minister von den großen politischen Fragen nahezu ausgeschaltet waren. Seit die Entwicklung der inneren Politik parlamentarische Kabinette unmöglich gemacht hatte und an der Spitze der Verwaltung aus der Bureaukratie hervorgegangene Minister standen, wurde die innere Politik fast ausschließlich vom Ministerpräsidenten gemacht, der sich meist gar nicht die Mühe gab, seine Kollegen im Ministerrat entsprechend zu informieren. Das Verhältnis dieser Minister zum Ministerpräsidenten war überhaupt mehr das eines Vorgesetzten zu seinen Untergebenen. Ich habe Zeiten mitgemacht, wo Ministerpräsidenten den Ministern einfach Aufträge gaben, die kaum mehr die äußerliche Form eines Ersuchens wahrten. Daß

der Ministerpräsident verfassungsmäßig ein primus inter pares war, daran dachte niemand. Insbesondere waren im Kabinette des Grafen Stürgkh die einzelnen Ressortminister eigentlich nichts anderes als seine Sektionschefs. Nun ergibt sich dieselbe Frage, die ich vorhin bei der Besprechung des Verhältnisses zwischen dem gemeinsamen Minister des Äußern und den Ministern der beiden Staaten der Monarchie gestellt habe: warum ließen sich die Minister eine solche Behandlung gefallen? Ich habe die Frage dort nicht vollständig beantwortet. Hier will ich es ausführlicher tun.

Der ehemalige österreichische Handels- und Finanzminister Dr. Spitzmüller hat die Stellung der österreichischen Ressortminister in seiner mehrfach erwähnten Schrift als „ärmlich" bezeichnet. Ich wüßte keine bessere Bezeichnung. Ihre Stellung war wirklich im wahrsten Sinne des Wortes ärmlich. Der mit der Ministerschaft verbundene äußere Glanz konnte nur Fernerstehende täuschen. Ich habe eine Reihe von österreichischen Ministern an der Arbeit gesehen und kann nur sagen, daß das Gefühl, das ich dabei hatte, meist das des Bedauerns war.

Dies gilt natürlich nur für die aus der Bureaukratie hervorgegangenen Minister. Da jedoch in der letzten Zeit parlamentarische Kabinette nicht mehr zustande kamen und infolgedessen mit sogenannten Beamtenkabinetten regiert werden mußte, trifft diese armselige Stellung geradezu auf die Minister schlechtweg zu. Fragen wir uns nach der Ursache dieser Erscheinung, so kommen wir zu der Erkenntnis, daß sie in der ganzen Herkunft dieser Männer liegt.

Zu Ministern wurden Männer aus der höheren Bureaukratie, meist Sektionschefs der betreffenden Ministerien, ernannt, an deren Spitze sie nun treten sollten. Meist waren es Männer in vorgerückten Jahren, die langsamer oder schneller die

bureaukratische Stufenleiter emporgestiegen waren. Wie jeder Beruf auf die Charakterbildung wirkt, so natürlich auch der eines Verwaltungsbeamten. Ein im Verwaltungsdienste verbrachtes Leben mit seinem Zwang, sich fremden Meinungen anzupassen, Hemmungen nicht durch Kampf, sondern durch geschicktes Umgehen zu überwinden, schafft Charaktere, denen meist jene Eigenschaften fehlen, die im rauheren politischen Kampfe die Voraussetzungen für den Erfolg sind. Ich sage das nicht, um einen Tadel auszusprechen, sondern ich nehme die Dinge ganz natürlich und selbstverständlich, wie sie eben sind. An die mehr oder weniger stille Facharbeit gewöhnt, nach innen wohl mit Verantwortung belastet, nach außen aber immer durch den Minister gedeckt, fällt es einem solchen Manne schwer, nun plötzlich gleichsam auf der Straße zu arbeiten. Aus dem Schatten des Bureaus ist er mit einem Male in das Licht der Öffentlichkeit gestellt. Bisher war sein Name nur den Fachgenossen und nur jenen nichtbureaukratischen Kreisen bekannt, die mit seinem Sondergebiet in Berührung kamen. Nun wandert sein Name durch alle Blätter, die vor aller Augen Kritik an dem neuen Manne üben, und zwar Kritik von der sachlichen Beurteilung seines Ressorts angefangen bis zum rücksichtslosesten persönlichen Angriff. Menschen, die nie in der Öffentlichkeit gestanden sind, deren Handeln oder Denken niemals in der Presse diskutiert wurde, haben eine Art Keuschheitsgefühl, das sie die Berührung mit dieser Seite der Außenwelt scheuen und jeden persönlichen Angriff schmerzhaft empfinden läßt. Dieser plötzliche Wechsel der Lage ist nur zu leicht geeignet, das Gemüt zu verwirren und Zaghaftigkeit und Ängstlichkeit selbst bei Männern hervorzurufen, denen in ihrem früheren Berufe Tatkraft und Zielbewußtheit nicht gefehlt hat. Für den Beruf des Politikers und des Ministers ist eine dicke Haut eine not-

wendige Ausrüstung für den Lebenskampf. Die Atmosphäre, in der die oberste Schichte der Bureaukratie lebte, war jedoch eher geeignet, eine dünne empfindliche Haut zu entwickeln. Es gab wohl Ausnahmen, deren Organismus die Eignung besaß, sich der geänderten Lebensform anzupassen und die den neuen Lebensbedingungen angemessenen Organe zu entwickeln aber sie waren die Ausnahmen. Abgesehen von dieser notwendigen, ich könnte sagen, körperlichen Umwandlung, erforderte jedoch das Ministeramt eine völlige Umstellung des Blicks. Ein Sektionschef betrachtet letzten Endes die Dinge immer vom Standpunkte seiner Sektion, das heißt eines Sondergebietes, auch wenn er nicht ein beschränkter Bureaukrat ist. Das muß auch so sein, weil sonst eine vertiefte Spezialarbeit kaum möglich ist. Beim Minister rücken aber die Dinge in eine ganz andere Perspektive. Er muß nicht nur das ganze Ressort überblicken, sondern es auch als Teil der Gesamtverwaltung und diese wieder als Teil der Gesamtpolitik des Staates sehen. Diese Betrachtungsweise zwingt, da die menschliche Leistungsfähigkeit Grenzen hat, zur Vernachlässigung der unwichtigen Einzelheiten und Festhaltung der großen Linien. Es ist im Wesen derselbe Unterschied, wie zwischen einem Meister, der mit feinem Pinsel entzückende Porträtminiaturen schafft, und dem, der mit breitem Pinsel große Wände mit Fresken bedeckt. Der Vergleich ist auch in dem Sinne gemeint, als er kein Urteil über den Wert beider Arten des Schaffens enthält. Wollte man die Pinsel der beiden Meister vertauschen, das Ergebnis wäre in der Regel der Fälle kein erfreuliches.

Dieser geistigen Umstellung waren die Beamtenminister meist nicht gewachsen. Der Fernstehende ist geneigt, darin etwas Tadelnswertes zu erblicken, aber mit Unrecht, denn er ahnt nicht, welche gewaltige Anforderungen sie an das menschliche Gehirn

stellt. Ich möchte daher — wenn auch vielleicht mit einiger Übertreibung — sagen, daß, je tüchtiger als Fachmann ein Sektionschef ist, desto ungeeigneter ist er für den Minister. Womit jedoch keineswegs auch gesagt sein soll, daß mangelhafte Fachkenntnisse die richtige Voraussetzung für den Minister sind, wie anscheinend in Österreich mitunter geglaubt wurde. Es ist eben ein grundsätzlicher Unterschied zwischen den geistigen Eigenschaften eines tüchtigen Ministers und denen eines tüchtigen Sektionschefs. Diese grundsätzliche Verschiedenheit ist bei uns leider viel zu wenig erkannt worden und man hat dadurch auf beiden Seiten Schaden angerichtet. Der Verwaltung entzog man hervorragende Kräfte, der Regierung gab man schlechte Minister.

Darauf ist die bei uns so häufige Erscheinung zurückzuführen, daß Beamtenminister, auf die man auf Grund ihrer Vergangenheit große Hoffnungen setzte, außerordentlich enttäuscht haben. Ich habe Gelegenheit gehabt, solche Männer arbeiten zu sehen. Sie ertranken förmlich in Akten, weil sie sich von ihrer früheren Arbeitsmethode nicht losreißen konnten. Es fehlte ihnen der rasche, das Ganze überschauende Blick, der sofort unterscheidet, was als vom Standpunkte des Ministers unwichtiges Detail den Mitarbeitern überlassen werden kann und was der eigenen Entscheidung vorbehalten bleiben muß. Sie arbeiteten mit derselben Genauigkeit, mit der sie als Sektionschefs gearbeitet hatten. Ich sah Minister an den Entwürfen gleichgültiger Noten rein stilistische Änderungen vornehmen. Ja einer ging soweit, daß er eine im Akte vorkommende Addition am Rande mit Bleistift nochmals durchrechnete, um sich von ihrer Richtigkeit zu überzeugen. Diese Art der Arbeit, die schon ein Sektionschef nur mit außerordentlichem Zeitaufwand leisten kann, machte es dem Minister bei dem Umfange seiner Geschäfte unmöglich, den wirklich wichtigen Angelegenheiten seine volle

Aufmerksamkeit zu widmen. Die Akten stauten sich im Arbeitszimmer des Ministers. Dadurch erwuchs neue Arbeit, da in der Zwischenzeit sich oft die Sachlage änderte und eine Umarbeitung der Erledigungsentwürfe notwendig machte. Das wirkte wieder lähmend auf die Referenten und ihre Hilfsarbeiter. Kurz die ganze Maschine arbeitete keuchend mit einem riesigen Arbeitsverlust und geringem Nutzeffekte. Dabei rieben sich diese Minister im Dienste auf.

Daß solche Minister nicht die richtigen Männer sind, um im Parlament ihren Mann zu stellen, ist begreiflich. Sie wurden mitunter wohl als Fachmänner geachtet, aber sie fanden keinen geistigen Kontakt mit dem Hause. Da ihnen jeder Rückhalt an einer Partei fehlte, mußten sie sich erst durch ihre Persönlichkeit eine Stellung verschaffen, was meistens schon aus dem Grunde nicht gelingen konnte, weil sie entweder überhaupt keine Redner waren oder — nur gewöhnt, in interministeriellen Konferenzen in kleinem Raume unter Gleichgestellten oder Gleichgesinnten das Wort zu ergreifen — den richtigen Ton nicht finden konnten, um auf die Volksvertretung Eindruck zu machen. Ich habe Minister von hervorragendem fachlichen und allgemeinen Wissen gekannt, die im Parlamente geradezu klägliche Figuren machten, die jeder erste beste politische Agitator aus der Provinz in der Technik der Massenbehandlung turmhoch überragte.

Solche Männer hatten dem Ministerpräsidenten gegenüber einen schweren Stand. Über Antrag des Ministerpräsidenten vom Kaiser ins Kabinett berufen, ohne jeden Boden in der politischen Welt, waren sie geradezu seine Geschöpfe, deren Leben von ihm abhing. Es war in Österreich nicht üblich, daß Beamtenminister auf ihre früheren Sektionschefsposten zurückkehrten. Ich erinnere mich lediglich an einen Ausnahmefall, der übrigens auch nicht geeignet war, zu einer Wiederholung

einzuladen. Wenn nun seine Uhr abgelaufen war, gab es nur die Möglichkeit, auf einem der Posten in der Verwaltung, die für einen Minister in Betracht kamen, unterzukommen oder aber in den Ruhestand zu treten. Da die Zahl dieser Posten gering, bei den häufigen Kabinettwechseln die der gewesenen Minister ziemlich groß war, gab es meist mehr Bewerber als Stellen. Der parlamentarische Minister kehrt nach seiner Demission wieder dahin zurück, woher er gekommen ist, ins politische Leben. Für ihn ist die Ministerschaft eine — angenehme oder unangenehme — Episode. Für den Beamtenminister bedeutet sie, wenn er nicht eine Wiederverwendung im Staatsdienste findet, das Fallen in eine Versenkung. Österreich hat eine Reihe gewesener Minister aufzuweisen gehabt in noch leistungsfähigem Alter, jedoch zu alt, um einen neuen Beruf anzufangen, die tatenlos umhergingen und in Vereinsmeierei einen kümmerlichen Ersatz für ihr früheres Wirken suchten. Dazu kam noch die mit der Versetzung in den Ruhestand verbundene finanzielle Frage.

Der Ruhegehalt eines Ministers betrug in Österreich, wenn der Minister samt sonstiger vorausgegangener Staatsdienstzeit eine Gesamtdienstzeit von 35 Jahren aufweisen konnte, 20 000 K. Das war das höchste, was er an Ruhegehalt erreichen konnte. Das ist ein Betrag, mit dem selbst vor dem Kriege eine Familie in Wien nur sehr bescheiden leben konnte. Nun darf nicht vergessen werden, daß der Mann, der plötzlich auf diese Einkünfte gesetzt wurde, aus einer hervorragenden, mit gewissem äußeren Glanz verbundenen Stellung kam und daher ganz andere Ansprüche an das Leben zu stellen gelernt hatte, als es der Fall gewesen wäre, wenn er ruhig als Sektionschef ausgedient hätte. Wenn er über kein eigenes Vermögen verfügte, hingegen erwachsene Kinder hatte, so konnte sich die Notwendigkeit ergeben, daß Ihre Exzellenz, die Gattin des Mi-

nisters, der bisher ein Automobil zur Verfügung stand, mit der Markttasche einkaufen gehen mußte. Der Einwand, den man heute vielleicht machen wird, daß es Leute gebe, die nicht einmal das hatten, wird dadurch erledigt, daß diese Leute eben nicht den Schritt von oben nach unten gemacht haben und daher ihre Lage nicht so bitter empfinden. Hatte der Minister noch nicht 35 Dienstjahre hinter sich, so erfuhr sein Ruhegehalt, wenn nicht der Kaiser sich seine Wiederverwendung vorbehielt, eine entsprechende Verminderung. Ich erinnere mich an einen Fall, wo ein Minister, der vorher nicht Staatsbeamter, sondern Rechtsanwalt war, nach mehrjähriger Ministerschaft mit dem normalmäßigen Ruhegenuß von beiläufig 9000 K. in den Ruhestand hätte treten müssen. Der Betreffende hatte seine Advokatur aufgegeben, war bereits ein älterer, nicht mehr ganz gesunder Herr und wäre somit vor der Notwendigkeit gestanden, seine seither verlaufenen Klienten wieder zusammenzusuchen, um leben zu können. Im Gnadenwege erhöhte ihm an Stelle der beim Abgang üblichen Ordensauszeichnung der Kaiser den Ruhegehalt auf 20 000 K. Bei den aus der Beamtenschaft hervorgegangenen Ministern war es üblich geworden, daß auch, wenn sie nicht in Staatsdienste zurückkehrten, der Kaiser sich die „Wiederverwendung vorbehielt", so daß sie den vollen Ruhegehalt von 20 000 K. erhielten.

Von größter Bedeutung aber war, daß die Frage, ob der demissionierende Minister wieder in den Staatsdienst zurückkehrte oder ob der Kaiser sich seine Wiederverwendung vorbehielt, eigentlich vom Ministerpräsidenten abhing. Die Sache spielte sich in der Weise ab, daß der Ministerpräsident anläßlich der Demission einen Vortrag an den Kaiser erstattete, in dem er seine Anträge bezüglich des künftigen Schicksals der Minister stellte. Da ein Minister nicht gut zum Kaiser betteln gehen

konnte, war er einfach auf das Wohlwollen des Ministerpräsidenten angewiesen. Dies hatte natürlich die vollkommene Abhängigkeit des Ministers vom Ministerpräsidenten zur Folge. Jede tiefgehende Differenz mit dem Ministerpräsidenten konnte seine Zukunft in der empfindlichsten Weise schädigen. Der aus der Beamtenschaft hervorgegangene Minister mußte daher trachten, mit dem Ministerpräsidenten auf gutem Fuße zu stehen. Kamen dann noch verschiedene Eitelkeiten dazu, wie die Sehnsucht, möglichst rasch Wirklicher Geheimer Rat zu werden, den Freiherrnstand oder einen hohen Orden zu erhalten, so verstärkte sich die Abhängigkeit noch weiter, denn auch die Auszeichnungen wurden an die Minister vom Kaiser nur über einen entsprechenden Antrag des Ministerpräsidenten verliehen. Ich habe einen Ministerpräsidenten gekannt, der die Mitglieder seines Kabinetts zwar sehr höflich, aber durchaus als seine Untergebenen behandelte.

Daß solche Männer nicht die Eignung besitzen, im Kabinett eine eigene Meinung zum Ausdruck zu bringen oder gar ein großzügiges Programm für die Lösung des Lebensproblems der Monarchie zu entwerfen und zu vertreten, ist bei diesen Verhältnissen nicht zu verwundern.

So sah, wenn man hinter die Kulissen blickte, die Lage aus, in die mancher verdiente Staatsdiener geriet, wenn der sogenannte ehrenvolle Ruf an ihn erging, ein Portefeuille zu übernehmen. Es kam daher häufig der Fall vor, daß hohe Staatsbeamte, die die Sache durchschauten, sich mit aller Macht gegen diese neue Würde sträubten. Brauchte man den Mann wirklich — weil gerade kein anderer für den Posten paßte —, so wurden allerhand Pressionsmittel ausgeübt, um ihn willfährig zu machen. Man fing mit dem Appell an seine Vaterlandsliebe an und ging, wenn das nicht half, bis zum Wunsch — gleich Befehl — des Kaisers.

Die Mitteilung, es sei der direkte Wunsch seiner Majestät, wirkte bei vielen staats- und kaisertreuen Beamten, die glaubten, ihrer Beamtenpflicht untreu zu werden, wenn sie nicht nachgegeben hätten. Ich habe einen Minister gekannt, der während seiner Amtszeit jede Kabinettskrise mit sichtlicher Freude begrüßte, weil er von ihr die Erlösung von seinem bürdevollen Amte erhoffte.

Die so dachten, waren gerade die besten Charaktere. Aber es gab auch solche, die am Portefeuille klebten, Himmel und Hölle in Bewegung setzten und alle jene Schleichwege gingen, deren es in Österreich eine Fülle gab, um im neuen Kabinett wieder ein Unterkommen zu finden. Es gab im Ruhestand befindliche Minister, die Jahre hindurch die viele freie Zeit, über die sie verfügten, dazu verwendeten, um wieder ein Portefeuille zu erlangen. Ihnen war die politische Richtung des Kabinetts ganz gleichgültig, wenn sie ihm nur angehörten. Der heiterste Fall war ein Minister, der, als der Ministerpräsident dem Kaiser die Gesamtdemission des Kabinetts anbieten wollte, erklärte, daß er für seine Person keinen Grund zur Demission einsehe und bleibe. Der Ministerpräsident sah sich schließlich gezwungen, ihm ein befristetes Ultimatum zu stellen, nach dessen fruchtlosem Ablauf er beim Kaiser die Enthebung des Widerspenstigen vom Amte beantragen würde. Das wirkte und der Minister bat um seine Entlassung.

Die geschilderte Lage der aus der Beamtenschaft hervorgegangenen Minister — und in der letzten Zeit bestanden die Kabinette fast durchwegs aus solchen — konnte ihnen weder nach innen noch nach außen eine feste Stellung verleihen. Es würde zu weit führen, hier alle die Wirkungen, die diese Verhältnisse ausstrahlten, zu verfolgen — sie könnten ein eigenes umfangreiches Werk füllen —, nur einen Punkt möchte ich noch berühren, das war der Verkehr mit der Presse.

Man mag über die Presse denken, wie man will. Man mag auf sie mit der Bewunderung des Alltagslesers für sein Leibblatt, man mag mit Haß und Spott auf sie blicken, über die Tatsache kommt man nicht hinweg, daß sie nun einmal da ist und keine Aussicht besteht, daß sie ihre Tätigkeit einstellen wird. Ich will hier — ohne für die Auswüchse der Presse blind zu sein — die Frage übergehen, ob das moderne Leben ohne Tagespresse überhaupt noch denkbar wäre. Für den positiv arbeitenden Staatsmann reicht die rein verneinende Kritik, mag sie auch in der Form noch so unterhaltsamer Kauserie auftreten, nicht aus. Für ihn gibt es nur eines: mit ihr als einer gegebenen Tatsache zu rechnen und sich danach einzurichten.

Die Beamtenminister, denen im Gegensatz zu den parlamentarischen Ministern jede Erfahrung im Verkehre mit der Presse fehlte, verstanden es nicht, mit ihr in ein richtiges Verhältnis zu kommen. Hier wirkte — unbewußt — noch der alte Polizeistaat nach, dem der Mann, der etwas drucken läßt, schon von vornherein verdächtig ist. Es ist eine Beobachtung, die man immer wieder machen kann, daß Menschen, die sich niemals literarisch betätigt haben, eine gewisse, mit Ehrfurcht gemischte Angst vor dem gedruckten Wort haben. Ähnliche Gefühle, wenn auch in verdünnter Form, brachten diese Minister der Presse entgegen. Dies führte dazu, daß sie eigentlich nur zwei Methoden im Verkehre mit der Presse kannten, nämlich entweder den Zeitungsmann von oben herab als minderwertig zu behandeln oder aber ihm eine schlecht angebrachte, von ihm übrigens weder geforderte noch geschätzte Unterwürfigkeit zu bezeugen. Da sich keine dieser Methoden auf die Dauer konsequent durchführen ließ, entstand ein unaufhörlicher Wechsel dieser beiden Methoden, was womöglich noch schlechter war.

Erschwert wurde die Haltung der Minister freilich durch

den Umstand, daß der Apparat der Ministerien für den Verkehr mit der Presse nicht eingerichtet war. Es fehlte an einem entsprechend organisierten Pressedienst. Für diesen Dienst eignet sich — wenige Ausnahmen abgerechnet — der Beamte überhaupt nicht. Ihm, der an eine streng geregelte Laufbahn gewöhnt ist, fehlt das Verständnis für das ungebundenere Leben des Zeitungsmannes. Er, der seine Aufgaben mit trockener Sachlichkeit behandelt — vielleicht sogar behandeln muß —, kann es nicht begreifen, daß man auch trockene Dinge in anregender Form darstellen kann und muß. Hier liegen zwei — ich könnte fast sagen künstlerische — Gegensätze vor. Diese Gegensätze kommen im persönlichen Verkehre in einem Mißtrauen des Bureaukraten dem Journalisten gegenüber zum Ausdruck. Dies, verbunden mit der Scheu vor der Zeitung überhaupt, führt dazu, daß der Beamte dem Journalisten am liebsten aus dem Wege geht, oder, wenn ihn sein Beruf zum dienstlichen Verkehre zwingt, in ängstlicher diplomatischer Zurückhaltung sein Heil sucht. Diese Methode kann solange genügen, als die Behörde lediglich der gebende und die Zeitung lediglich der nehmende Teil ist. In dem Augenblick aber, wo die Behörde die Presse braucht — und das war bei den Ministerien der Fall — versagt sie. Auf die Dauer ist ein vertrauter Verkehr mit Journalisten unmöglich, wenn man ihnen lediglich mit Geheimniskrämerei entgegenkommt. Der Journalist sucht Anregung und wenn er immer nur langweiliges nichtssagendes Aktendeutsch zu hören bekommt, so gibt er es auf. Hingegen wird er selbst mitteilsam, wenn er auf der anderen Seite Verständnis und Entgegenkommen findet. Hierbei ist eine überängstliche Zurückhaltung überdies gar nicht notwendig, denn kein Vertreter eines großen Blattes läßt — schon aus eigenem Interesse, um sich seine Quelle nicht selbst endgültig zu verstopfen — den mit ihm

dienstlich verkehrenden Staatsfunktionär absichtlich durch eine Indiskretion aufsitzen. Ich kann hier nicht näher darauf eingehen, wie sich der Pressedienst hätte organisieren lassen. Über dieses Thema ließe sich viel sagen. Die Haupturſache der vollkommen verfehlten Art des Verkehrs mit der Presse erblicke ich darin, daß die Bedeutung des Zeitungswesens sowohl für die innere wie für die äußere Politik bei uns nie erfaßt wurde. Insbesondere hatte man keine Ahnung, welchen Machtfaktor die auswärtige Presse darstellte. Ich erinnere nur an den Spott, mit dem das von der englischen Regierung eingeleitete Unternehmen Lord Northcliffes bei uns aufgenommen wurde. Der Krieg wird in dieser Beziehung wohl manchem die Augen geöffnet haben.

Das Ergebnis war, daß die Minister die richtige Fühlung mit der Presse nicht gefunden und damit ein wirkungsvolles Mittel zur Festigung ihrer äußeren Stellung nicht verwendet haben.

Ohne Parteirückhalt, ohne Fühlung mit der Öffentlichkeit, innerlich schwach, von der Gunst der Ministerpräsidenten abhängig, so sahen in der letzten Zeit — wenige Ausnahmen abgerechnet — unsere Minister aus. Überblicken wir das ganze Bild der österreichischen Verwaltung, wie es sich vor dem Krieg darstellte, so sehen wir, daß auch sie an dem Fehlen eines Staatsgedankens krankte und daß aus dieser letzten Wurzel alle Mängel und Übel herkamen. Lange Zeit hatte der alte habsburgische Hausmachtgedanke, in ihr eine Zuflucht findend, Widerstand geleistet, bis er auch hier im Begriffe war, den eindringenden neuen Ideen zu erliegen.

VI. Die Stellung des Deutschen Reiches zur Oesterreichisch-ungarischen Monarchie.

Die Stellung des Deutschen Reiches zur Österreichisch-ungarischen Monarchie war für ihr Schicksal von außerordentlicher Bedeutung. Insbesondere aber gilt das für das Schicksal der österreichischen Deutschen. Wenn ich früher hervorgehoben habe, daß die Deutschen die einzige Nation waren, die bis zum Schlusse den habsburgischen Hausmachtgedanken vertreten und darüber ihre eigenen Interessen vergessen haben, so ist diese Politik zum großen Teile auf die Haltung des Deutschen Reiches gegenüber der Monarchie zurückzuführen.

Bismarcks weitschauender Blick hatte erkannt, daß ein einiges Deutschland solange nicht möglich ist, als Habsburger und Hohenzollern miteinander um die Führung des deutschen Volkes ringen. Für beide Häuser war kein Raum in den deutschen Landen. Eines von beiden mußte weichen. Er entschied sich für die Hohenzollern, erstens weil er erkannt hatte, daß die Habsburger — schon wegen ihrer nichtdeutschen Besitzungen — außerstande waren, ein einiges Deutschland zu schaffen, und zweitens, weil er ein Preuße war. Mit der Verdrängung der Habsburger aus Deutschland — 1866 — war das nächste Ziel erreicht. Nun mußte die Wunde, die diesem Hause geschlagen worden war, vernarben, denn noch war Frankreich, das nächste Hindernis der Einigung, zu überwinden, und ein Fortglühen des habsburgischen Zornes hätte den letzten Schritt zum Ziel un-

möglich gemacht. Also möglichste Milde gegen den überwundenen Gegner. Schwere Widerstände galt es zu überwinden, vor allem die seines Königs, der vom Siege berauscht, ohne Bismarcks Blick für die Zukunft den Sieg im weitesten Sinne ausnützen wollte. Die Versöhnungspolitik gelang und führte schließlich zum Bündnis mit der Monarchie.

Diese Politik war notwendig, um die Schaffung des Deutschen Reiches zu ermöglichen, sie mußte die Deutschen Österreichs opfern. Wir sind gewöhnt, das Deutsche Reich als das zu betrachten, als was wir es vor dem Kriege und dann im Kriege gesehen haben, als eine trotz allen inneren staatlichen Selbständigkeiten festgefügte Einheit. Daß aber die Teile in vierzig Jahren so zusammenwachsen würden, daß selbst der unglücklich ausgegangene Krieg sie nicht nur nicht voneinander lösen, sondern noch fester verschmelzen lassen werde — ein Kriegsergebnis, das weiterblickende Franzosen heute mit Recht als eine halbe Niederlage des siegreichen Frankreich erkennen — war damals nicht vorhersehbar. Eine Einbeziehung der österreichischen Deutschen in das Einigungsprogramm hätte das ganze Unternehmen wahrscheinlich zum Scheitern gebracht, denn zum Gegensatz Hohenzollern — Habsburg hätte sich noch der österreichische Katholizismus gesellt. Eine weitere Post in der Rechnung war die Erwägung, daß Österreichs Deutsche — damals bestand ja noch die deutsche Vorherrschaft in Österreich — eine besondere Aufgabe als Rückendeckung für das Deutsche Reich zu erfüllen hatten. Sie hatten die Aufgabe, eine auf die Einflüsse der slawischen Nationen der Monarchie zurückzuführende, Deutschland feindliche Politik zu verhindern. Solange die österreichischen Deutschen in Österreich und die Magyaren in Ungarn die Führung in der Monarchie hatten, konnte mit Sicherheit angenommen werden, daß eine Wendung der Monarchie ins feindliche Lager unmöglich

sei. Um diese Haltung der österreichischen Deutschen möglich zu machen, mußte das junge Deutsche Reich sich auf den Standpunkt des Verzichtes auf die deutschen Gebiete Österreichs stellen. Ich erinnere nur daran, was schon früher erwähnt wurde, daß nach 1866 mit einer kräftigen deutschen Irredenta in Österreich gerechnet und von manchen Seiten sogar der Zerfall der Monarchie prophezeit worden war. Diesen Erwartungen galt es mit allem Nachdruck entgegenzutreten und alles zu tun, um den Nachbarn zur Überzeugung zu bringen, daß das Deutsche Reich wirklich keine Ansprüche auf die deutschen Gebiete Österreichs erhebe. Ich kann nicht nachdrücklich genug hervorheben, daß wir die damalige Lage des Deutschen Reiches und seine sich daraus ergebende Politik nicht mit unseren heutigen Augen betrachten dürfen, sondern uns in diese Zeit zurückversetzen müssen. Diese Absage des Deutschen Reiches an die österreichischen Deutschen ist mit der vollen damals notwendigen Gründlichkeit geschehen. Alle Anlehnungsversuche wurden, selbst mit empfindlicher Verletzung der Gefühle der österreichischen Deutschen, ebenso energisch wie deutlich abgelehnt. Wie gründlich dies geschehen ist, beweist die Tatsache, daß es zu einer deutschen Irredenta in Österreich nicht gekommen ist.

Die Notwendigkeit, diese Politik erkannt zu haben, ist die große Tat Bismarcks. Aber jede Politik ist nur denkbar als Rechnung, die auf bestimmten Voraussetzungen ruht. Die klügste Politik kann, wenn sich diese Voraussetzungen ändern, zu einer verfehlten Politik werden, wie jede Rechnung falsch wird, wenn andere Faktoren an die Stelle der früheren treten. Diese Bismarcksche Politik gründete sich auf die Voraussetzungen: Unmöglichkeit der Schaffung des Reiches bei unversöhnlichem Hasse der Habsburger, Ungewißheit über die Festigkeit des Reichsbaues und Vorherrschaft der Deutschen in Österreich.

Solange diese Voraussetzungen bestanden, solange war diese Politik richtig, war sie die einzige Politik für das Deutsche Reich.

Nun trat die Wendung in der Politik der Monarchie ein. Die deutsche Vorherrschaft in Österreich schmolz von Tag zu Tag zusammen, die magyarische Vorherrschaft in Ungarn — noch mit Gewalt erhalten — wurde mit dem Erstarken der slawischen Nationen immer widernatürlicher. Gleichzeitig wuchsen die Teile des Deutschen Reiches immer mehr zu einem starken einheitlichen Organismus zusammen. Mit dieser Veränderung der Voraussetzungen war der Augenblick gekommen, die Politik des Deutschen Reiches der Monarchie gegenüber einer Revision zu unterziehen.

Ich weiß nicht, ob Bismarck in der letzten Zeit seiner Wirksamkeit diese Wandlung bereits erkannt hat. Vielleicht wird uns darüber der in Aussicht gestellte dritte Band seiner Gedanken und Erinnerungen Aufschluß geben. Wenn es auch nicht der Fall wäre, es täte seiner Größe keinen Abbruch, denn man schrieb, als Bismarck seine Entlassung erhielt, den 20. März 1890. In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts waren die Linien der Entwicklung der inneren Verhältnisse der Monarchie noch nicht so deutlich sichtbar, wie zehn oder zwanzig Jahre später. Auch war das Reich noch jung und hatte genug mit sich selbst zu tun. Aber daß den Nachfolgern des großen Kanzlers der Blick für diese Entwicklung fehlte, war vielleicht das Verhängnis Deutschlands und des deutschen Volkes.

Mit der Schaffung des Deutschen Reiches war die erste Stufe der politischen Zusammenfassung des deutschen Volkes erreicht. So groß die Leistung war, sie war kein Endziel, durfte kein Endziel sein. Zehn Millionen Deutsche, in unmittelbar angrenzenden geschlossenen Gebieten wohnend, standen außerhalb

des Reiches. Das sind nicht versprengte Volkssplitter, auf die ein Nationalstaat verzichten kann, unter Umständen sogar verzichten muß. Deutschland ohne die österreichischen Deutschen war eine unfertige Sache. Mit der Schaffung des Deutschen Reiches war das Problem der Vereinigung des deutschen Volkes in einem Staate nur vorläufig gelöst. Gewiß eine notwendige vorläufige Lösung, aber eben doch nur eine vorläufige Lösung. Wenn Deutschland auf die deutschen Schweizer verzichtet hat, so ist das ein Standpunkt. Es ist zu lange her, daß sie sich vom Reiche gelöst haben. Sie hatten sich selbst losgerissen, waren in Groll geschieden. Eine Jahrhunderte währende Trennung, das Zusammenleben mit Romanen in einem eigenartigen, nur unter den besonderen geographischen Voraussetzungen möglichen Staatswesen hat sie im Laufe der Zeit trotz gemeinsamer Sprache mit ihren Brüdern im Reiche fast zu einer eigenen Nation gemacht. Und was die Hauptsache ist, sie selbst sehnten sich nicht zum Reiche zurück. Anders die österreichischen Deutschen. Sie waren ohne, ja gegen ihren Willen aus dem Reiche hinausgedrängt worden. Sie waren die Opfer des Gegensatzes zwischen Hohenzollern und Habsburgern. Der Hinauswurf galt den Habsburgern und die österreichischen Deutschen mußten mitgehen. Ihr Ausscheiden aus Deutschland hatte sich in der neuesten Zeit abgespielt, zur Entwicklung einer „österreichischen" Nation hat — abgesehen von anderen Momenten — die Zeit gefehlt. Die Sehnsucht nach dem Reiche schlummerte — teils unbewußt — in ihren Seelen.

Nachdem das Deutsche Reich geschaffen, die erste Stufe auf dem Wege zur Vereinigung des deutschen Volkes erreicht war, gab es kein anderes natürliches politisches Ziel, als nun auch die zweite und letzte Stufe zu erreichen, nämlich auch die österreichischen Deutschen mit dem Reiche zu vereinigen. Nur

ein einziges Moment hätte vielleicht das Bescheiden auf der ersten Stufe, den dauernden Verzicht auf die österreichischen Deutschen begründen können, wenn nämlich zu erwarten gewesen wäre, daß die österreichischen Deutschen mit den übrigen Nationen — mindestens Österreichs — zu einer neuen Nation, den „Österreichern" zusammenzuwachsen. Nur halbwegs scharfer politischer Blick mußte aber sehen, daß das nicht nur zu erwarten war, daß die Monarchie nichts weniger als im Begriffe war, zu einer Art neuen großen Schweiz zu werden, sondern, daß die Entwicklung auf den Untergang der österreichischen Deutschen gerichtet war. Damit war der einzig mögliche Grund — ich sage absichtlich mögliche Grund, denn auch er war nicht unbedingt stichhaltig — für den Verzicht auf die österreichischen Deutschen gefallen.

Das deutsche Volk hat einen großen Mann hervorgebracht, der seinen Schicksalsweg erkannt und es bis zur ersten Stufe seiner politischen Entwicklung geführt hat. Dann kamen Zwerge, die sich mit dem Erreichten begnügten.

Ein Verhängnis war es auch, daß der Schaffung des Reiches ein beispiellos rasches wirtschaftliches Aufblühen folgte. Aus dem kleinen Mann war in wenigen Jahrzehnten ein reicher Herr geworden. Diese Entwicklung erweckte den Anschein, als sei nunmehr politisch alles erreicht und als handle es sich für das deutsche Volk um nichts anderes mehr als um einen möglichst guten Platz an der wirtschaftlichen Sonne. Ein häßlicher Zug nach Vermehrung der materiellen Güter erfaßte einen großen Teil des deutschen Volkes im Reiche. Das rasche Reichwerden hatte alle bösen Erscheinungen des Emporkömmlings im Gefolge. An Stelle des Ringens um ideale Güter trat das befriedigte Lächeln des erfolgreichen Geschäftsmannes, der sich erhaben dünkt über die sogenannten Ideale. Vergebens erhoben

sich die Stimmen der Besten des Volkes, die voll Sorge in die Zukunft blickend, zur Einkehr mahnten. Sie fanden kein Gehör, denn die Ziffern in allen statistischen Kolonnen straften sie scheinbar Lügen.

So paradox es klingt, aber ein Volk kann nicht allein davon leben, daß es immer besser lebt. Es ist ein völliges Verkennen einzelpsychologischer und soziologischer Erfahrung, wenn man glaubt, daß Idealismus ein überflüssiger, ja hindernder Ballast in der Aufwärtsentwicklung sei. Nüchterner Realismus tötet den Einzelnen wie das Volk. Die sogenannte Realpolitik ist, wenn sie sich nicht mit Augenblickserfolgen begnügen will, falsch, denn sie gründet sich auf unvollständige Voraussetzungen, indem sie mit unausrottbaren höheren Gefühlen nicht rechnet, die die Menschheit als Ganzes, seit wir ihre Geschichte kennen, trotz gegenteiliger Einzelerfahrungen erfüllen. Sie ist ebenso falsch, wie eine idealistische Politik, die die Wirklichkeiten des Lebens vernachlässigt. Das Deutsche Reich hatte, trotz aller Phrasen in Zeitungen und Büchern sein ideales Ziel verloren. Was waren die Worte vom deutschen Gedanken in der Welt, von Deutschlands Zukunft auf dem Wasser und wie alle die schönen Schlagworte heißen, in den Ohren der meisten anderes, als eine Variation des Themas vom Platze an der Sonne? Schließlich lief alles darauf hinaus, neue Erwerbsmöglichkeiten und damit neue Gewinnmöglichkeiten zu schaffen. Diesen Zwecken diente letzten Endes die Kolonialpolitik, diente die Flotte, diente — ohne es selbst zu wissen — die Armee.

Ich höre den Einwand, den man mir machen wird. Und England? Man verkennt England, wenn man alles auf seinen „Krämergeist" zurückführt. Das ist eines von jenen Kriegsschlagworten, das zur Anfachung des Kriegswillens seine Dienste getan haben mag, aber zum Verständnis des englischen Volkes

nichts beiträgt. Dieselben Menschen, die an den englischen Krämergeist glauben, glauben ebenso daran, daß die Engländer die Vernichtung Deutschlands nur aus dem Grunde angestrebt haben, weil der deutsche Fleiß sie gezwungen hätte, entweder die deutsche Arbeitshast mitzumachen oder ihre Vorstellung vom lebenswerten Leben, nämlich Arbeit, aber auch Zeit zu Sport und behaglichem edlen Lebensgenuß, aufzugeben. Sind das nicht sich widersprechende Gedanken? Welche Lebensauffassung ist die höhere, die, die als Sinn des Lebens atemlose Arbeit um des Gütererwerbes willen erklärt, Arbeit, bis der Körper auf dem errafften Reichtum müde zusammensinkt oder in lärmenden rauchigen sogenannten Vergnügungslokalen zu künstlichem Genusse aufgestachelt wird, oder die, die in der Arbeit nur das Mittel sieht, um Zeit und Raum für Kulturgenüsse zu schaffen? England glaubt an seine Weltmission. Jeder einzelne Engländer lebt in der Überzeugung, daß es für die Menschheit das größte Glück wäre, „am englischen Gedanken zu genesen". Ob dieser Gedanke richtig ist oder nicht, ist gleichgültig. Der Glaube an ihn genügt und versetzt Berge. An dem Tage, da das englische Volk ihn verliert, beginnt sein Untergang.

Der zweite Einwand, den man mir machen wird, ist der, daß nicht das ganze deutsche Volk so gedacht hat, wie ich es geschildert habe. Gewiß, es gab — gottlob — noch Deutsche in großer Zahl, für die es höhere Ziele gab, als dem Wachsen des Bankguthabens mit tiefster Befriedigung zuzusehen. Aber sie waren nicht diejenigen, die den „Kurs" bestimmten. Die Richtung der politischen Entwicklung wurde von denen bestimmt, deren Endziel Gütererwerb war, Gütererwerb, auch wenn dabei die Seele stirbt. Wenn sie das deutsche Volk wären, dann würde ich seinem Untergange keine Träne nachweinen. Lieber sehe ich mein Volk in Ehren von diesem Stern verschwinden,

als sich langsam in jenen schnoddrigen, blasierten, hochfahrenden, protzigen, unkultivierten Typus verwandeln, dem wir an allen möglichen Orten begegnet sind, von Scham erfüllt, daß diese Leute sich auch Deutsche und Volksgenossen eines Goethe nennen dürfen. Dieser Geist breitete sich immer weiter aus und die Gefahr bestand, daß unter seinem Gifthauch das wahre Deutschtum zugrunde geht, das Deutschtum unserer Dichter und Denker, das weder einer Kommandostimme noch des Säbelrasselns bedarf, um die Menschheit von seinem Ewigkeitswert zu überzeugen. Vielleicht bedeutet die furchtbare Katastrophe, die über das deutsche Volk hereingebrochen ist, die Rettung vor dem moralischen Niedergang.

Geblendet durch den wachsenden Wohlstand, sah das deutsche Volk nicht, daß seine politische Aufgabe mit der Reichsgründung noch nicht vollendet war. Sein Unglück war, daß ihm nach Bismarck kein wahrhaft großer Führer erstanden ist, der ihm rechtzeitig die Augen geöffnet hätte. Das, was Führer war, glaubte seine Pflicht am besten zu erfüllen, indem es eine Politik trieb, die, ihrer Äußerlichkeiten entkleidet, im Wesen nichts anderes war, als ein großzügiges Streben nach immer neuen Erwerbsmöglichkeiten. Die übrigen aber wandten sich immer mehr von der Politik ab, in dem Glauben, daß das Schicksal des Reiches in diesen Händen am besten aufgehoben sei, und freuten sich, wie herrlich weit man es gebracht hatte. Diese Abkehr von der Politik gerade jener, die nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht gehabt hätten, ein Wort mitzureden, hat es möglich gemacht, daß die Distanz zwischen wirtschaftlicher und politischer Entwicklung immer größer wurde.

Für Deutschland gab es nach der Erstarkung des Reiches nur eine Politik: die 10 Millionen ausgestoßener Stammesbrüder wieder zu gewinnen. An die Erweiterung afrikanischer

Kolonien, an die Erwerbung von Südseeinseln dachte man, aber die österreichischen Deutschen wurden vergessen. Es ist ganz unbegreiflich und nur aus dem unpolitischen Geist des deutschen Volkes zu erklären, daß die Politik des Reiches soweit von ihrem natürlichen Wege abweichen konnte.

Das Zusammenwachsen des Reiches und der Niedergang der deutschen Vorherrschaft in Österreich fielen zeitlich zusammen. Damit war der Augenblick gegeben, der Politik der Monarchie gegenüber eine andere Richtung zu geben. Ein scheinbares Hindernis war der Bündnisvertrag. Dieses Hindernis zu beseitigen und einen sanften Übergang zu der neuen Orientierung zu finden, wäre übrigens nur eine Sache einfachster politischer Technik gewesen. Abgesehen davon war der Bündnisvertrag kündbar und damit der Weg gewiesen, wie das Reich sich auch moralisch seiner Pflichten gegenüber der Monarchie hätte entledigen können. Daß man große nationale Ziele trotz solchen Vorträgen verfolgen kann, beweist übrigens — ohne sein Vorgehen verteidigen zu wollen — Italien. Selbstverständlich hätte Hand in Hand mit dieser Wendung eine Verständigung mit den Großmächten, insbesondere mit England erfolgen müssen.

Über die Macht Englands hatte man sich im Reiche einer argen Täuschung hingegeben. Hiebei verstehe ich unter Macht nicht so sehr seine militärische Kraft im Augenblicke eines Kriegsausbruches, als die Kraftquellen, aus denen England zu schöpfen vermag, wenn es auf Sein oder Nichtsein ankommt. Unter diese Kraftquellen sind ebenso die zähe, auch durch anfängliche Mißerfolge nicht zu beugende Energie seines Volkes zu rechnen, die z. B. die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ermöglicht hat, wie seine wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Fähigkeit, nahezu die ganze Welt zu Bundesgenossen zu gewinnen, das heißt in den Dienst seiner Ziele zu stellen. Einer solchen

Macht gegenüber war der Gedanke, einmal mit ihr „abrechnen" zu müssen, eine verfehlte Idee. Wohl sind — auch von der deutschen Regierung gefördert — Verständigungsversuche von Volk zu Volk unternommen worden. Sie täuschten aber nicht darüber hinweg, daß im deutschen Volke immer tiefer der Glaube eindrang, daß die Erde für Deutschland und England zu klein geworden sei, daß Deutschlands weitere Entwicklung nur über Englands Leiche führe. Die ganze deutsche Flottenpolitik, der die offen eingestandene Absicht zugrunde lag, eine Flotte wenigstens von einer solchen Größe zu schaffen, die es England „riskant" machen würde, Deutschland anzugreifen, war der sichtbare Beweis für diese Auffassung. Die Frage ist hier ohne Bedeutung, wen die Schuld an der Entstehung und dem Wachsen dieses Glaubens trifft. Er war nicht nur gefährlich, sondern auch falsch.

Gefährlich war er, weil bei der günstigen Lage Englands, der ungünstigen Lage Deutschlands und bei dem Entwicklungsvorsprung, den England insbesondere bezüglich seiner Flotte Deutschland gegenüber hatte, ein Einholen oder gar Überholen ohne vorherige kriegerische Auseinandersetzung nicht zu erwarten war. Es war zu einem anerkannten Glaubenssatz geworden, daß Englands Beherrschung der Meere ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands sei. Auch dieser Glaubenssatz war — wenigstens in der verbreiteten allgemeinen Fassung — unrichtig. Jeder Kenner weiß, daß der deutsche Kaufmann in den englischen Kolonien nicht anders behandelt wurde, als der englische. Seine Unrichtigkeit beweist übrigens auch die rasche und gewaltige Entwicklung des deutschen Außenhandels. Das Hindernis der Beherrschung der Meere durch England verminderte sich im Wesen eigentlich mehr auf ein moralisches Problem. Dem in die Welt hinausziehenden deutschen Kaufmann

war es unbehaglich, überall der englischen Flagge zu begegnen und er hätte es — wenn sie ihn in seinen Geschäften auch nicht hinderte — lieber gesehen, statt der englischen seine Flagge zu finden. Hier eine Änderung herbeizuführen, wäre nur möglich gewesen, wenn Englands Herrschaft über die Meere gebrochen würde. Es ist meiner Auffassung nach vollkommen verfehlt, England — wie es immer wieder geschieht — aus seiner Seeherrschaft einen moralischen Vorwurf zu machen. Wenn man einen Vorwurf erheben will, so müßte er weiter nach rückwärts verlegt werden. England ohne Beherrschung der Seewege nach seinen Kolonien wäre nicht mehr England. In dem Augenblick, wo seine Seeherrschaft gebrochen ist, wo die Meere in dem Sinne frei wären, daß eine andere Macht Englands Verbindungen mit den Kolonien abzuschneiden vermag, hat England aufgehört, der Staat zu sein, der es heute ist, dann wird es zu einem Portugal. Ich will die Frage ununtersucht lassen, ob das nicht doch ein Verlust für die Menschheitskultur wäre. Soviel ist aber gewiß, man kann von einem machtvollen Staate nicht erwarten, daß er sich widerstandslos in seinen Untergang fügt. Man müßte also, wenn man Vorwürfe machen will, England den Vorwurf machen, daß es England ist und England bleiben will. Auf seine Seeherrschaft könnte es nur dann verzichten, wenn ein wahrer Völkerbund — nicht der schwache Ansatz zu einem solchen, wie er in Versailles geschmiedet wurde — die Menschheit umschlingt, der ihm die gleiche Sicherheit für seine Wege sichert wie heute seine Flotte. Jeder nüchtern Denkende mußte unter den vor dem Kriege gegebenen Verhältnissen wissen, daß der Versuch, die „Freiheit der Meere" durchzusetzen, gleichbedeutend mit dem Versuche war, England zu vernichten. Ebenso mußte er wissen, daß England sich mit allen seinen Kräften dagegen wehren würde.

Der Glaube, daß Deutschlands weitere Entwicklung nur über Englands Leiche führt, war auch falsch, weil es für Deutschland Ausbreitungsmöglichkeiten gab, ohne mit England in Konflikt zu geraten.

Wenn auch die Stellung Englands viel mächtiger war als die Deutschlands, so war doch seine Lage eine viel gefährlichere. Zu Lande gab es für das englische Inselvolk keine weiteren Entwicklungsmöglichkeiten. Nicht nur seine Zukunft, sondern auch seine Gegenwart lag im wahrsten Sinne des Wortes auf dem Wasser. Deutschland hingegen war eine Kontinentalmacht. Seine Entwicklung auf dem Kontinent besaß schon aus dem Grunde, weil zehn Millionen Deutsche außerhalb des Reiches standen, außerordentliche Möglichkeiten. Vor Ausschöpfung der kontinentalen Möglichkeiten Überseepolitik zu betreiben, war ein Vorwegnehmen der notwendigen Entwicklungsstufen, das nur begreiflich wird durch den allzu raschen Aufschwung, der Deutschland seine Kräfte überschätzen ließ.

Deutschland hätte England überzeugen müssen, daß es nicht die Absicht habe, dessen Weltstellung zu zerstören, dafür aber freie Hand auf dem Kontinent verlangen können. Dieser Politik hätten auch Opfer gebracht werden müssen. Zunächst wäre nach einer Auseinandersetzung mit England das deutsche Flottenprogramm bis zu einer Grenze einzuschränken gewesen, daß die deutsche Flotte für England keine Bedrohung bedeutet. Dies hätte natürlich in durchaus ehrlicher Weise und ohne jede Hinterhältigkeit geschehen müssen. Als Preis wäre zunächst die englische Anerkennung Deutschösterreichs als deutsche Interessensphäre zu fordern gewesen, das heißt, England hätte zustimmen müssen, daß im Falle der Auflösung der Monarchie ihre deutschen Gebiete Deutschland zufallen. Diese Verständigung mit England hätte mit dem Ziele ausgestaltet werden müssen, schließlich zu

einem Bündnis der beiden Staaten zu gelangen. Ich glaube nicht, daß England eine solche Politik abgelehnt hätte, denn sie hätte ihm große Vorteile gebracht.

Wenn auch England in der Lage war, den Wettstreit mit Deutschland auszuhalten, so war er doch auch für England mit gewaltigen Kraftanstrengungen verbunden. England nahm die deutsche Gefahr durchaus nicht leicht. Eine ganze Literatur drückt deutlich die Besorgnis aus, die das englische Volk hegte. Ich erinnere nur daran, wieviel in England über die Gefahr einer deutschen Invasion geschrieben wurde, welchen Eindruck die erfolgreichen Zeppelinfahrten schon im Frieden gemacht haben. Diese Besorgnisse zwangen England zu gewaltigen Flottenrüstungen und zu jener Politik der Ententen, die den Namen „Einkreisungspolitik" erhalten hat. Der Vorsprung, den die englische Flotte der deutschen gegenüber hatte, verhinderte zunächst wohl ein Eingeholtwerden durch die deutsche Flotte, aber das war nur möglich durch gewaltige Aufwendungen. Außerdem war es nie vorhersehbar, ob nicht ein unerwarteter technischer Fortschritt das vorhandene Flottenmaterial entwertet und dadurch den englischen Vorsprung wett macht. Zum Teil ist dies ja durch die Tauchboote geschehen. Trotz allen Anstrengungen mußte England damit rechnen, gegebenenfalls noch rechtzeitig, bevor der Kraftunterschied zwischen ihm und Deutschland sich allzusehr vermindert hätte, einen Entscheidungskampf herbeiführen zu müssen. Hierbei kam auch noch in Betracht, daß dieser Kampf — wie es ja auch geschehen ist — sich auch auf dem Lande abspielen würde. Um ihn halbwegs aussichtsreich führen zu können, mußte an die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gedacht werden, eine Leistung, deren Größe wir, die wir an die allgemeine Wehrpflicht bereits seit einigen Generationen gewöhnt sind, kaum richtig beurteilen können. Alle diese Lasten

hätte sich England durch eine Verständigung mit Deutschland ersparen können.

Von größter Bedeutung aber war, daß die Ausbreitung eines Deutschlands, das den Nachweis erbracht hat, Englands Seeherrschaft nicht brechen zu wollen, auf dem Kontinent durch Erwerbung der deutschösterreichischen Gebiete englische Interessen nicht berührt hätte. England wäre also des Wettkampfes, der, wie der Krieg bewiesen hat, auch ihm die schwersten Opfer auferlegt hat, ledig gewesen, ohne seine Interessen preisgeben zu müssen. Diesen offenbaren Vorteilen gegenüber wäre die englische Politik, die sich stets von Klugheit leiten ließ, nicht blind geblieben. Durch das Zusammengehen mit dem Deutschen Reiche hätte sich dann für England die Möglichkeit ergeben, ohne seine Seeherrschaft bedroht zu sehen, seine Macht außerordentlich zu steigern. England und Deutschland — die stärkste Seemacht und die stärkste Landmacht — hätten sich, ohne sich gegenseitig stören zu müssen, wunderbar ergänzt. Beide Staaten im Bunde miteinander hätten, zumal vor dem erst im Kriege eingetretenen militärischen Erstarken der Vereinigten Staaten, Europa und die Welt beherrscht. Die Umwandlung der Vereinigten Staaten in eine Militärmacht wäre im Frieden kaum durchsetzbar gewesen, auch nicht durch den Hinweis auf Japan. Wahrscheinlich hätte der deutsch-englische Bund auf die Vereinigten Staaten eine so gewaltige Anziehungskraft ausgeübt, daß sie — schon weil dadurch die japanische Gefahr erledigt gewesen wäre — sich ihm angeschlossen hätten. Damit wäre ein Block geschaffen gewesen, dem gegenüber die übrige Welt nicht mehr viel zu sagen gehabt hätte. Hier hätte der Keim zum wahren Völkerbund gelegt werden können. Natürlich hätte alles dies nur geschehen können unter steter aufrichtiger Anerkennung der englischen Seeherrschaft. In diesem Bunde hätte sich für Deutsch-

land die Möglichkeit ergeben, seine Interessensphäre über Deutschösterreich hinaus auf die baltischen Provinzen, ja vielleicht auf einen Teil des europäischen Rußland auszudehnen.

Daß das russische Reich in seiner damaligen Form nicht auf die Dauer bestehen bleiben konnte, mußte ein weiterer Blick erkennen. Rußland hatte sich in eine eigenartige Entwicklung gleichsam verrannt, aus der ohne Katastrophe ein Ausweg kaum mehr denkbar war. Ein Reich dieses Umfanges mit Völkern so verschiedener Kulturstufe war anders als durch den Zarismus kaum zusammenzuhalten. Diese Herrschaftsform war jedoch bei der demokratischen Denkungsart, die die Kulturwelt — als Folge des geistigen und wirtschaftlichen Fortschrittes — erfaßt hatte, immer mehr zu einem Anachronismus geworden. Rußland war in die Lage geraten, daß ohne Zarismus sein Bestand unmöglich war, gleichzeitig es aber nur eine Frage der Zeit sein konnte, daß der Zarismus als Staatsform nicht mehr haltbar war. Rußland war eben eine aus veralteten Formen aufgebaute Herrschaft. Es hatte das Unglück, daß seine innere politische Entwicklung mit seiner territorialen Ausdehnung nicht Schritt gehalten hatte. So war es denn an einem Punkte angelangt, wo es den Weg zur Demokratie nicht mehr finden konnte, ohne in Trümmer zu gehen. Hier liegt die Ursache aller inneren Kämpfe, die Rußland in der letzten Zeit seiner Geschichte durchgemacht hat. Ob dieser Gang der Entwicklung eine andere Richtung hätte nehmen können, wenn es große politische Führer gehabt hätte, oder ob er in der seelischen Konstruktion des russischen Volkes begründet und daher unabwendbar war, läßt sich heute nicht mehr entscheiden. Gewiß ist, daß der Krieg nicht die Ursache des russischen Chaos war. Auch ohne Krieg wäre es menschlicher Voraussicht nach — vielleicht nur später — zu demselben Ergebnis gekommen. Eine andere Lösung in milderer Form wäre nur

möglich gewesen durch friedliche „Durchdringung" durch andere Staaten, so daß Rußland zu einer Art Persien geworden wäre. Hier hätten sich für Deutschland gewaltige Möglichkeiten gegeben.

Im Einvernehmen mit England wäre geradezu die Möglichkeit gegeben gewesen, das europäische und asiatische Rußland als neues Interessengebiet — eventuell unter Heranziehung der Vereinigten Staaten — gleichsam aufzuteilen. Natürlich hätte eine solche Ausbreitung in der Welt nicht lediglich als „Herrschaft" oder „Eroberung" auftreten dürfen, sondern sie hätte als Kulturtat geschehen müssen.

Ich will den Gedanken, da er ja heute wertlos ist, nicht fortspinnen. Aber diese kurzen Andeutungen dürften genügen, um zu zeigen, welche unbegrenzten Möglichkeiten es hier gab.

Man wird mir dagegen einwenden, daß derartige Gedanken im deutschen Volke nicht zu finden waren.

Ich unterschätze keineswegs die Bedeutung sogenannter Volksstimmung. Aber jeder nüchterne Beobachter weiß — und der Krieg hat es hüben und drüben deutlich bewiesen —, daß große politische Führer Gedanken und Stimmungen in einem Volke wecken können, besonders dann, wenn diese Gedanken und Stimmungen in der natürlichen Entwicklungsrichtung eines Volkes gelegen sind. Es handelt sich dann nur darum, latente Kräfte in Wirksamkeit zu setzen. Wenn ein Mann in Deutschland — natürlich einer in führender Stellung und von den maßgebendsten Faktoren gefördert — mit solchen Gedanken aufgetreten wäre, ich glaube, er hätte bald die ganze Nation als Gefolgschaft gehabt.

Der erste Schritt auf dem Wege dieser Politik wäre, nach vernünftiger Auseinandersetzung mit England, gewesen, planmäßig den Gedanken der Wiedergewinnung der deutschösterreichischen Länder in die Welt zu setzen. Ich sage: Wiedergewinnung,

denn nicht unter dem Titel der Eroberung hätte dieser Gedanke auftreten dürfen, sondern nur als Rückforderung des einstigen Besitzes, als „Erlösung der Brüder", genau so wie es Italien gemacht hatte. Der Menschheit hätte ununterbrochen mit allen Mitteln der Agitation gesagt werden müssen, daß Deutschland nur sein Recht verlangt, dasselbe Recht, das andere Nationalstaaten geltend machen. Die innere Politik Deutschlands wäre von selbst nachgefolgt. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß dieser Gedanke die ganze Begeisterungsfähigkeit des deutschen Volkes entflammt hätte. Gerade das deutsche Volk, das für ideale Ziele vielleicht leichter zu gewinnen ist, als manches andere Volk, hätte den Gedanken mit seiner ganzen Gründlichkeit und Zähigkeit verfolgt. Damit wäre dem deutschen Volke ein großes nationales Ziel gewiesen gewesen, auf dessen Erreichung sich alle Kräfte eingestellt hätten.

Eine solche deutsche Politik hätte auch die österreichischen Deutschen zur Besinnung gebracht oder besser gesagt, es wäre nicht dazu gekommen, daß sie sich in der, wie sich gezeigt hat, aussichtslosen Idee erschöpft hätten, aus Österreich einen deutschorientierten Staat machen zu wollen. Die österreichischen Deutschen hätten dasselbe getan, was die österreichischen Italiener getan haben, sie wären Irredentisten geworden. Das hätte Opfer, Märtyrer gekostet. Aber jedes Opfer, jeder Märtyrer wäre ein neues Werbemittel für die große Sache gewesen. Einer solchen gewaltigen Bewegung gegenüber, die von hüben und drüben sich unaufhörlich verstärkt hätte, wäre jeder Widerstand in der übrigen Welt ebenso unterblieben, wie er dem italienischen Irredentismus gegenüber unterblieben ist. Deutschland hätte Deutschösterreich geistig erobert und nur auf den günstigen Augenblick zu warten gebraucht, wo dieser Eroberung die politische gefolgt wäre.

Hand in Hand mit dieser Bewegung hätte das deutsche Volk auf das Gebiet der geistigen Eroberungen gelenkt werden müssen. Es hätte, wozu es sowohl die geistigen Anlagen wie die Mittel besaß, auf die Entwicklung seiner geistigen Macht seine ganze Kraft aufwenden müssen. Aufgabe einer wahrhaft großen Führung wäre es gewesen, Deutschland über die Denkungsweise der demokratischen Völker der Welt aufzuklären und auf den Widerspruch hinzuweisen, in den es — nicht aus mangelnder Befähigung hierzu, sondern aus einer gewissen künstlich gezüchteten sondernationalen Beschränktheit — zur übrigen Welt immer mehr geriet. Hier ist nicht der Raum, auf dieses Thema näher einzugehen. Ich muß mich mit Andeutungen begnügen. Ich möchte in diesem Zusammenhange nur auf den Eindruck verweisen, den das Verhalten der deutschen Vertreter auf der letzten Haager Friedenskonferenz gemacht hat. Dieses Verhalten bedeutete in seinen Folgen für Deutschland fast so viel, wie ein verlorener Krieg. Das fortwährende Reden von der „gepanzerten Faust", von „Gott, der mit dem deutschen Volke noch etwas Besonderes vorhat", vom „deutschen Wesen, an dem die Welt genesen müsse" und ähnlichen, zum mindesten überflüssigen Dingen war eine ununterbrochene Materiallieferung für alle Gegner des deutschen Volkes. Verbunden mit einer großzügigen auswärtigen Politik in dem früher besprochenen Sinne hätte Deutschland jeden idealen Gedanken sofort aufgreifen und durchbilden müssen, um der Welt zu zeigen, daß das deutsche Volk seinen Ehrgeiz hineinsetzt, ein Hort aller großen Menschheitsgedanken zu sein. An diesem Wesen wäre die Menschheit vielleicht genesen. Und das deutsche Volk hätte dazu die Eignung gehabt. Es hätte sich nur darum gehandelt, die schlummernden Kräfte zu wecken. Hier liegt auch die einzige Möglichkeit für die Zukunft. Das deutsche Volk muß sich zurückfinden zum wahren Idealis-

mus, nicht zu dem „in schimmernder Wehr" und mit „trockenem Pulver" einherschreitenden mittelalterlichen Hohenzollernidealismus, oder es wird untergehen. An eine Wiedereroberung seiner einstigen Stellung auf dem Wege der Gewalt ist nach allem, was sich ereignet hat, nicht mehr zu denken. Nur geistig kann es seine Gegner von heute überwinden. Vom Eindringen dieser Erkenntnis in die führenden Schichten hängt die Zukunft ab.

Welche Folgen das Aufgeben der österreichischen Deutschen für das deutsche Volk gehabt hat, haben Versailles und Saint Germain bewiesen. Wenn wir heute mit gerechter Entrüstung darüber klagen, daß das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker gilt, nur nicht für das deutsche, so ist eine von den Ursachen auch das frühere Verhalten des Deutschen Reiches seinen Stammesbrüdern gegenüber. Jetzt nach einem unglücklichen Kriege, nach jahrzehntelangem Schweigen, konnte die plötzliche Forderung nach Vereinigung aller Deutschen keinen starken Eindruck machen. Jetzt mußte sie den Anschein erwecken, als hätte man sich ihrer nur erinnert, um mit ihrer Hilfe einen Ersatz für die durch den unglücklichen Kriegsausgang erlittenen Verluste zu finden. Nicht allein die feindliche und neutrale, sondern auch die österreichische Öffentlichkeit war für diese Forderung unvorbereitet. Nur darauf ist es zurückzuführen, daß die Frage des Anschlusses Deutschösterreichs an das Deutsche Reich in Deutschösterreich Gegenstand einer Debatte sein konnte, daß sich Gruppen finden konnten, die gegen den Anschluß auftraten und damit dem Gedanken seine Stoßkraft nahmen. Wäre eine jahrzehntelange Anschlußpolitik vorausgegangen, dann wäre eine Bewegung von einer solchen elementaren Kraft entstanden, daß es sehr fraglich ist, ob die Entente — schon ihren eigenen Völkern gegenüber — die Kraft gehabt hätte, den Anschluß zu verhindern. Daß die Verhinderung des Anschlusses für die Entente selbst heute nicht so einfach

war, geht daraus hervor, daß sie, trotzdem Deutschland und Deutschösterreich vollkommen wehrlos sind und sich alles hätten gefallen lassen müssen, es dennoch nicht gewagt hat, expressis verbis den Anschluß zu verbieten, sondern geschickte Umwege gewählt hat, um ihn unmöglich zu machen. Man darf eben nicht vergessen, daß auch die Regierungen der Gegner nicht als absolute Herrscher auftreten können, sondern von den Meinungen ihrer Völker abhängen. Wenn die Entente daher zur Verhinderung des Anschlusses den direkten Weg vermieden hat, so geschah es nicht aus zarter Rücksicht für uns, sondern, weil die offenkundige Verleugnung des Selbstbestimmungsrechtes dem deutschen Volke gegenüber sie in einen, wenn auch heute nur schwachen, so doch für die Folge nicht bedeutungslosen Gegensatz zu ihren eigenen Völkern bringen konnte. Heute konnte sie es wagen, denn ihre Völker hatten vorher niemals etwas davon gehört, daß das Deutsche Reich Ansprüche auf seine Stammesgenossen in Österreich erhebe und die österreichischen Deutschen in der Sehnsucht nach der Vereinigung mit dem Mutterlande eines Sinnes seien. Sie konnten daher auch in der Ablehnung dieser Forderung nicht eine so tiefe Verletzung des Gerechtigkeitsgefühles empfinden, wie dies etwa der Fall gewesen wäre, wenn die italienischen nationalen Ansprüche unbefriedigt geblieben wären.

Die verfehlte Richtung der Politik des Deutschen Reiches ist nicht allein eine der Ursachen gewesen, die zum Kriege geführt haben, sondern sie hatte auch das verhängnisvolle Ergebnis, daß Deutschland sich mit den schlechtesten Bundesgenossen verband, die in Europa überhaupt zu finden waren. Sie hat dazu geführt, daß die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie als eine Lebensnotwendigkeit Deutschlands angesehen wurde. Diese Auffassung hatte die Folge, daß, statt an die

Lösung des Bündnisses zu denken, dieses immer mehr vertieft wurde. Deutschland verkettete sich mit der Monarchie so sehr, daß es schließlich in den Strudel mitgerissen wurde, ohne jedoch dabei ein wirkungsvolles Gegengewicht gegen die sich immer mehr verstärkenden Kräfte der Ententestaaten zu gewinnen. Diese Lage ließ sogar die Türkei — ein hoffnungsloses, überlebtes und mit Rücksicht auf seine islamitische Grundlage zu neuem Leben in Europa nicht mehr erweckbares Staatswesen — und Bulgarien — den am meisten geschwächten Balkanstaat — als wünschenswerte Bundesgenossen erscheinen. So fügten sich denn Ursachen und Folgen in einer verhängnisvollen Kette aneinander und führten schließlich in eine Lage, der auch die fast übermenschliche Kraft des Deutschen Reiches nicht mehr gewachsen war.

VII. Krieg und Untergang.

Trotz der zahlreichen „Enthüllungen" über die Entstehung des Krieges ist hier vieles noch in Dunkel gehüllt. Was uns bis heute an Material geboten wird, sind zum größten Teile Mitteilungen einzelner, an den Ereignissen in irgendeiner Form beteiligter Persönlichkeiten. Auch ohne an ihrer Wahrheitsliebe zu zweifeln und ohne den Wert ihrer Veröffentlichungen herabzusetzen, können sie von einer voraussetzungslosen Forschung nur mit jener Vorsicht aufgenommen werden, die gegenüber subjektiven Äußerungen über historische Ereignisse geboten erscheint. Dazu kommt noch, daß die Absicht der Sieger, die an der Kriegführung unmittelbar Beteiligten persönlich zur Verantwortung zu ziehen, diesen Männern eine Angeklagtenrolle zugewiesen hat, infolgedessen schon aus diesem Grunde bei ihren Äußerungen nicht unbedingte Objektivität von vornherein vorausgesetzt werden kann. Eine weitere Erschwerung liegt überdies noch darin, daß die Archive der Gegner bisher verschlossen blieben, wir demnach immer nur von der einen Seite geliefertes Beweismaterial besitzen. Auch das bisher veröffentlichte Aktenmaterial kann, wenn ihm auch vielleicht höherer Erkenntniswert als den Ausführungen einzelner zukommt, nicht kritiklos hingenommen werden. In dieser Beziehung verweise ich nur darauf, daß bereits die seinerzeitige österreichisch-ungarische Regierung ein Rotbuch[1]) über

1) Österreichisch-ungarisches Rotbuch, diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Volksausgabe. Abdruck der öffentlichen Ausgabe mit einer Einleitung. Wien 1915.

den Kriegsausbruch veröffentlicht hat, das ohne unmittelbare Aktenfälschung, nur durch entsprechende Auswahl der veröffentlichten Urkunden, die Ereignisse in einem ganz anderen Lichte erscheinen läßt, als die von der Regierung der Republik seither veröffentlichten diplomatischen Aktenstücke[1]). Wir müssen uns daher damit bescheiden, daß wir eine vollkommene Aufhellung der Ereignisse, die zum Kriege geführt haben — wenn überhaupt — erst von einer wahrscheinlich nicht allzu nahen Zukunft erwarten dürfen. Immerhin bietet aber das bisherige Material doch hinreichende Anhaltspunkte, um manche Ereignisse heute schon klar überschauen zu können.

Ein solches Ereignis ist die Entstehung des Krieges zwischen der Monarchie und Serbien. Hier bietet das Rotbuch der Republik Österreich Daten, die — wenn damit auch noch lange nicht alles über die Ursachen des Weltkrieges gesagt ist — Licht über den Verlauf der unmittelbar zum Kriege mit Serbien führenden Ereignisse breiten.

Sehen wir von allen Einzelheiten ab, so ergibt sich aus diesem Material als Kern die Tatsache, daß die Ermordung des Thronfolgerpaares von der österreichisch-ungarischen Regierung zum Anlaß zu einer endgültigen Abrechnung mit Serbien genommen wurde. Der Gang der Verhandlungen zeigt, daß es sich der Regierung nicht um eine etwa im diplomatischen Wege zu erzielende Abrechnung handelte, sondern, daß sie bewußt eine kriegerische Auseinandersetzung mit Serbien herbeiführen wollte. Weiter ergibt sich, daß die Regierung nicht im Zweifel

1) Republik Österreich, Staatsamt für Äußeres. Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914, Ergänzungen und Nachträge zum österreichisch-ungarischen Rotbuch, I., II. u. III. Teil, 28. Juni bis 27. August 1914. Wien 1919. Staatsdruckerei. Vergl. auch „Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges". Mit Ermächtigung des Leiters des deutschösterreichischen Staatsamtes für Äußeres auf Grund aktenmäßiger Forschung dargestellt von Dr. Roderich Gooß, Wien 1919.

darüber war, daß der Krieg mit Serbien zu einer Verwicklung mit Rußland führen konnte, ja, daß sie diese Möglichkeit direkt in ihre Rechnung eingestellt hatte. Das vorliegende Material beweist ferner, daß die maßgebenden Entschlüsse über das Vorgehen der Monarchie gegen Serbien in einem gemeinsamen Ministerrate von fünf Personen gefaßt wurden, nämlich dem gemeinsamen Minister des Äußern Grafen Berchthold, dem österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza, dem gemeinsamen Finanzminister Dr. Ritter von Bilinski und dem gemeinsamen Kriegsminister Feldzeugmeister Ritter von Krobatin. Teilgenommen haben an diesem Ministerrate noch der Chef des Generalstabes General der Infanterie Conrad von Hötzendorf und der Stellvertreter des Marinekommandanten Konteradmiral von Kailer. Den beiden letztgenannten kommt jedoch — wenn auch ihre Ansichten gewiß von allergrößtem Einfluß waren —, da sie nicht Mitglieder des gemeinsamen Kabinetts waren, demnach kein Stimmrecht in der Versammlung besaßen, nur die Rolle von Gutachten abgebenden Sachverständigen zu. Die ganze verfassungsrechtliche Verantwortung für die gefaßten Beschlüsse trifft daher die erstgenannten fünf Herren, wobei sich der Vorsitzende des Ministerrates, der gemeinsame Minister des Äußern Graf Berchtold, als derjenige erwies, der die Angriffpolitik gegen Serbien in Antrag brachte und für sie die Zustimmung der übrigen Mitglieder des Ministerrates zu gewinnen suchte. Mit Ausnahme des Grafen Tisza, der anfangs anderer Meinung war, schließlich sich aber den Ansichten der übrigen anschloß, fand er für seine Absichten die volle Zustimmung der Mitglieder des Ministerrates. Die Folge der Beschlüsse des Ministerrates war die Überreichung des bekannten Ultimatums und die Kriegserklärung an Serbien, wobei sich gleichfalls als

erwiesen ergibt, daß das Ultimatum nur scheinbar die Möglichkeit einer friedlichen Lösung der Krise offen ließ, in Wirklichkeit nur als eine äußerliche Form angesehen wurde, um die Herbeiführung des kriegerischen Konfliktes diplomatisch besser vorzubereiten.

Dies ist der Sachverhalt, wie er sich aus dem vorliegenden Aktenmaterial in einer einen Zweifel ausschließenden Weise ergibt.

Wenn man sich das Bild der inneren Lage der Monarchie vor Augen hält, wie sie vor Kriegsausbruch war, so erscheint es unbegreiflich, daß an die Möglichkeit, einen Krieg herbeizuführen, überhaupt gedacht werden konnte. Da nicht angenommen werden kann, daß den fünf den Krieg beschließenden Herren jede Kenntnis von dem inneren Zustande der Monarchie gefehlt hat, oder daß sie von Blutdurst getrieben einfach ein Völkermorden anzetteln wollten, bleibt nur die Erklärung übrig, daß sie den Krieg gegen Serbien für notwendig gehalten haben.

Wir haben früher das Verhältnis geschildert, das sich im Laufe der Zeit zwischen Serbien und der Monarchie entwickelt hatte. Es war das Verhältnis vollster Feindschaft zwischen den beiden Staaten. Wenn auch nach dem vorliegenden Beweismaterial die serbische Regierung an der Ermordung des Thronfolgerpaares nicht beteiligt gewesen ist[1]), so wußte im Süden doch jedes Kind, daß die serbische Regierung der großserbischen Bewegung wohlwollend gegenüberstand und, wenn sie sie offi-

1) Der Sektionsrat im Ministerium des Äußern von Wiesner wurde nach Sarajevo entsendet, um in die Untersuchungsakten Einsicht zu nehmen. Über das ihm von den Zivil- und Militärbehörden vorgelegte Material spricht er sich in seinem an das Ministerium des Äußern erstatteten telegraphischen Berichte vom 13. Juli 1914 (abgedruckt unter Nummer 17 der von der Republik Österreich herausgegebenen diplomatischen Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914) folgendermaßen aus: „Mitwissenschaft serbischer Regierung an der Leitung des Attentates oder dessen Vorbereitung und Beistellung der Waffen durch nichts er-

ziell auch nicht förderte, doch bereit war, aus dieser Bewegung im gegebenen Augenblicke Vorteil zu ziehen. Die Bewegung auf Lostrennung der südslawischen Gebiete und ihre Vereinigung mit dem Königreiche hatte einen derartigen Umfang angenommen, daß ihre Nichtbeachtung nicht mehr möglich war, wenn die Monarchie nicht einfach selbst ihre Existenzberechtigung aufgeben wollte. Das südslawische Problem war an einem Punkte der Entwicklung angelangt, wo es mit elementarer Kraft zu einer Lösung drängte.

Ob in diesem Stadium eine friedliche Lösung, das heißt eine Lösung ohne Zertrümmerung der Monarchie, noch möglich war — Ungarn hätte sich gutwillig kaum gefügt, und ohne die ungarischen südslawischen Gebiete gab es keine Lösung — läßt sich heute nicht sagen. Die leitenden Kreise in der Monarchie sahen ein, daß die gegebene Lage länger nicht mehr haltbar und eine Auseinandersetzung mit Serbien unvermeidbar war.

Diese Auffassung war an sich durchaus nicht falsch, aber sie beging den Fehler, nur einen Teil des Problems zu berücksichtigen. Sie übersah, daß der Gegensatz zwischen der Monarchie und Serbien nicht eine lediglich zwischen diesen beiden Staaten schwebende Frage, die sich durch eine Auseinandersetzung — sei es friedlich, sei es kriegerisch — hätte lösen lassen, sondern nur ein Teil des großen österreichisch-ungarischen Problems war, für das es nur zwei Lösungsmöglichkeiten gab: Vollkommene Umgestaltung der Monarchie oder ihre Auflösung. Aus

wiesen oder auch nur zu vermuten. Es bestehen vielmehr Anhaltspunkte, dies als ausgeschlossen anzusehen". — Dieses Urteil gewinnt noch dadurch an erhöhtem Werte, daß Herr von Wiesner kein zünftiger Diplomat war. Er war ursprünglich Richter und dann Staatsanwalt in Wien und trat später in den Dienst des Ministeriums des Äußern über, wo er dem Rechtsdepartement zugewiesen war. Wir haben also in seiner Äußerung nicht die eines juristischen Laien vor uns, sondern die eines richterlichen Fachmannes, der die Kenntnis und Erfahrung besaß, um ein solches Aktenmaterial sachlich prüfen zu können.

dieser schiefen Auffassung heraus erfolgte das politische Vorgehen der Monarchie nach der Ermordung des Thronfolgerpaares.

Befangen in der Meinung, daß es sich lediglich um einen Gegensatz zu Serbien handle, ist dem in den alten diplomatischen Denkformen lebenden Sinn der Gedanke sehr naheliegend, den Gegensatz durch die Vernichtung Serbiens endgültig aus dem Wege zu schaffen. Also Serbien niederschlagen, dann würde die Monarchie endlich Ruhe haben. Wären die Dinge wirklich so einfach gewesen, diese Lösung wäre zwar nicht sehr human, aber wenigstens nicht ganz unvernünftig gewesen. Dabei war man sich der mit diesem Vorgehen verbundenen Gefahr, wenn auch vielleicht nicht in ihrer ganzen Größe — man rechnete wohl mit einem Konflikt mit Rußland, nicht aber mit der Entfesselung eines Weltkrieges — so doch immerhin soweit bewußt, daß es sich gegebenenfalls um Sein oder Nichtsein der Monarchie handeln könne. Es war eine Politik, die alles auf eine Karte setzte, nicht so sehr aus Leichtsinn, als aus der Erwägung, daß die Monarchie, wenn sie der serbischen Wühlarbeit weiter ruhig zusähe, ohnehin ihrem Untergang entgegengehe, demnach das — wenn auch gefährliche — Unternehmen zu wagen sei. Dazu kam noch der Glaube, daß der Augenblick verhältnismäßig günstig sei, ja, daß vielleicht niemals ein so günstiger Augenblick wiederkehren werde. Also: Krieg mit Serbien unter allen Umständen.

Ich habe die Politik der Monarchie bis zu diesem Punkte leidenschaftslos und ohne Berührung der Schuldfrage geschildert. Nach der Wendung aber, die die politische Auffassung der Völker genommen hat, ist sie jedoch nicht zu übergehen.

Es ist nicht zu verwundern, daß das Denken der Völker, über die eine derartige Katastrophe hereingebrochen ist, wie dieser Krieg, von der furchtbaren Frage aufgewühlt wird: Mußte

das sein? Letzten Endes hängt die Antwort natürlich von einer Weltanschauungsfrage — Determinismus oder Indeterminismus — ab. Aber in dem leidenschaftlichen Sehnen, eine Ursache des ganzen Unheiles zu finden, klammert sich das Denken an die jüngsten, unmittelbar veranlassenden Ursachen, an jene Ursachen, die den Stein ins Rollen gebracht haben. Läßt man die Ursachenkette an dieser Stelle beginnen, dann ist es zweifellos die letzte österreichisch-ungarische Regierung gewesen, die den Krieg mit Serbien — den rollenden Stein — vorsätzlich in Bewegung gesetzt hat. Damit sind wir bei der Verantwortlichkeit jener Männer angelangt, aus denen sich diese Regierung zusammengesetzt hat.

Es ist, nach der Furchtbarkeit des Erlebens vollkommen begreiflich, jedoch ganz verfehlt, zu glauben, daß diese Männer ohne wesentliche innere Beschwerden, im Übermut, gleichsam zu ihrem Vergnügen einen Krieg angezettelt haben. So einfach ist die Schuldfrage nicht. Man muß ihnen ohne weiteres soviel guten Glauben zubilligen, daß sie wirklich von der Notwendigkeit der kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien überzeugt waren. Ihre Schuld liegt wo anders.

Wenn wir heute das Protokoll jenes verhängnisvollen gemeinsamen Ministerrates lesen, so überläuft uns ein Schauer des Entsetzens. Die Menschen wandern wie immer durch die Straßen Wiens. Jeder geht ahnungslos seinen Zielen nach. Ein Sommertag, wie viele andere, liegt über der Stadt. Und während Millionen in der Meinung leben, Herren ihres Selbst zu sein, sitzen in einem Salon des Auswärtigen Amtes fünf Männer um einen Tisch und beschließen, daß die Millionen draußen nichts mehr zu verlieren haben und daher zu den Waffen greifen müssen.

Hier liegt die furchtbare Schuld. Es stand jedem frei,

der Meinung zu sein, daß nur ein Krieg die Monarchie noch retten könne. Der Gedanke aber, daß die Übereinstimmung von fünf Leuten genüge — wobei einer, Graf Tisza, überdies nur mit halbem Herzen dabei war — um Millionen dieser Meinung zu unterwerfen und ihnen alle Folgen einer solchen Meinung auf die Schultern zu legen, ist von unfaßbarer Furchtbarkeit.

Man wird dagegen einwenden: Der Kaiser mußte ja noch zustimmen. Das ist durch jenen Zusatz auf dem den Krieg beschließenden Protokolle geschehen, den wir nur mit Schaudern lesen können: „Ich habe den Inhalt des Protokolls zur Kenntnis genommen. Wien, am 5. August 1914. Franz Joseph." Das ändert aber nichts an der Verantwortlichkeit des Kabinetts. Oder glaubt jemand, daß Kaiser Franz Joseph Serbien den Krieg erklärt hätte, wenn der Ministerrat eine friedliche Lösung beschlossen hätte?

Der zweite Einwand lautet: Verfassungsmäßig ist der Kaiser zur Kriegserklärung berechtigt, also ist alles staatsrechtlich in Ordnung.

Gewiß, staatsrechtlich war alles in Ordnung. Die Paragraphen konnten zufrieden sein, aber über die europäische Menschheit brach das größte Unglück herein, das die Geschichte kennt. Was ist das für ein Recht, das die Erhöhung der Biersteuer an die Zustimmung zweier Häuser des Parlaments bindet, die Entscheidung der Frage aber, ob Höllenqualen und Tod sich auf Millionen herabsenken dürfen, einer Gruppe von der Größe einer Bridgepartie überläßt! Indem man dies als Recht gelten ließ, wurde der Satz „fiat iustitia, pereat mundus" in einer noch nie dagewesenen Wörtlichkeit erfüllt. Dann aber kommt das große Erstaunen, wenn die Leidenschaften jahrelang zu Tode gemarterter Menschen gegen ein solches Recht mit Urgewalt alles

vernichtend und zerstörend emporschäumen. Nur bornierte Unwissenheit oder zynische Heuchelei vermag nach solchen Erlebnissen sich darüber zu wundern, daß Revolutionen die Dinge nicht mit Samthandschuhen anfassen. Alle die Opfer der Revolutionen sind ein verschwindender Bruchteil von dem, was unter Gasbomben und Flammenwerfern sein Leben lassen mußte.

Soweit die bisherigen Veröffentlichungen einen Einblick in den Gang der zum Kriege führenden Ereignisse gestatten, ist nirgends eine Spur davon zu bemerken, daß den kriegbeschließenden Herren der Widerspruch in der Behandlung einer Biersteuererhöhung und einer Kriegserklärung zum Bewußtsein gekommen wäre. Das Protokoll, das die Verhandlungen des verhängnisvollen Ministerrates im üblichen kühlen Diplomatenstil festhält, schließt — als handelte es sich um die Sitzung eines Ballkomitees — mit der Feststellung des Vorsitzenden, „daß erfreulicherweise in allen Fragen vollständige Einmütigkeit erzielt worden sei". Davon, daß einer der Teilnehmer sich die Frage vorgelegt hätte, ob denn diese Einmütigkeit eine ausreichende Begründung sei, Millionen in den Tod zu schicken, und ob diese Millionen diese Einmütigkeit auch erfreulich finden werden, ist kein Wort zu lesen.

Gewiß ist, daß wichtige diplomatische Fragen nicht auf der Straße erledigt werden können. Aber es wäre bei gutem Willen leicht möglich gewesen, die Völker der Monarchie zu befragen. Mangels entsprechender verfassungsrechtlicher Bestimmungen fehlte es freilich an einer bequemen Schablone, nach der diese Befragung hätte vorgenommen werden können. Hier hätten die Gehirne eben selbständig denken müssen. Man hätte die Parlamente zu geheimen Sitzungen oder mindestens die Vertreter sämtlicher Parteien zu vertraulicher Beratung zusammenberufen — eine unmittelbare Kriegsgefahr bestand nicht: sie wurde ja

erst erzeugt — und ihnen das Material — natürlich mit mannhafter Offenheit nicht den eigenen Wünschen entsprechend gefärbt — vorlegen und so den Volkswillen befragen können. Ich gebe zu, daß dann vielleicht das ganze Problem der Monarchie aufgerollt und damit ihre Auflösung begonnen hätte. Aber, wenn die Völker solche Konsequenzen hätten ziehen wollen, so wäre es nur ihr gutes Recht gewesen, denn es ist nicht einzusehen, daß fünf Herren das Recht haben sollten, die Völker zu zwingen, zu ihrem vermeintlichen Glück in einer politischen Verbindung zusammen zu leben.

Es gab aber noch andere Möglichkeiten. Die Vertreter der Völker konnten im Sinne der Anregung Greys beschließen, die ganze serbische Frage unter Hinweis auf den Mord und unter Vorlage des Materials mit ehrlicher Offenheit den Großmächten vorzutragen und die Lösung gleichsam von einem Gerichtshofe der Kulturwelt zu fordern. Mein Verstand vermag es nicht einzusehen, warum der Gang zu einer Konferenz eine Demütigung der Monarchie hätte bedeuten müssen. Ich glaube nicht, daß bei der Stimmung, die nach dem Thronfolgermorde in den Kulturstaaten gegen Serbien bestanden hat, die Konferenz beschlossen hätte, die südslawischen Gebiete der Monarchie Serbien zuzuerkennen. Und wenn als letzte Möglichkeit die Vertreter der österreichisch-ungarischen Menschheit den Krieg beschlossen hätten, dann hätte man wenigstens in einem gewissen Umfange von dem Kriegswillen der Völker sprechen und ihnen die Folgen dieses Willens anlasten können.

Solche Gedanken scheinen den fünf Herren überhaupt nicht gekommen zu sein. Sie zweifelten offenbar nicht einen Augenblick daran, daß sie allein dazu berufen seien, über das Schicksal der Völker der Monarchie zu entscheiden. Diese Denkungsweise erklärt sich aus dem alten Gutsbesitzergedanken, für den der

Staat samt seinen Bewohnern nichts anderes ist als eine Domäne, über die der Eigentümer — der Herrscher — nach Gutdünken verfügt. Sie aber waren die vom Eigentümer eingesetzten Gutsverwalter, die die Felder so bewirtschafteten, wie sie es im Sinne ihrer Gutsverwalterpflichten am zweckentsprechendsten hielten, niemandem andern für ihr Tun verantwortlich als dem Gutsherrn. Die Völker hatten sich dieser Auffassung zu fügen. Jede Auflehnung gegen diese Auffassung war Verbrechen. Hiebei ergab sich noch die Sonderbarkeit, daß denen, die sich gefügt hatten, auch noch eine besondere Verantwortung aufgebürdet wurde.

Die Entente steht auf dem Standpunkte, daß das „österreichische Volk", das ist in der Terminologie der Entente das „deutsche Volk" in Österreich, an dem Kriege mit die Schuld trägt, weil es nichts getan habe, um die verhängnisvollen Entschlüsse seiner Regierung zu verhindern. Nebenbei sei bemerkt — und das kann nicht oft genug wiederholt werden —, daß unter den fünf Teilnehmern des Ministerrates bloß Graf Stürgkh ein Deutscher war[1]). Daraus also, daß die österreichischen Deutschen, die, ohne gefragt zu werden, in einen Krieg getrieben wurden, dem Herrscher die Treue hielten, daß sie nicht Revolution gemacht haben, nicht zum Feinde übergegangen sind, wird noch ihre besondere Schuld abgeleitet. Es ist wohl eine der unsinnig-

1) Graf Berchtold, dessen Name vielleicht den Glauben erwecken könnte, er sei ein Deutscher, ist ungarischer Staatsbürger. Er ist wohl ein Mann deutscher Bildung und beherrscht die ungarische Sprache so mangelhaft, daß er gezwungen war, in der ungarischen Delegation um Entschuldigung zu bitten, daß er deutsch spreche. In Österreich und Ungarn begütert, österreichischer und ungarischer Staatsbürger, Mitglied des österreichischen und ungarischen Herrenhauses, mußte er, als in Ungarn diese Doppelstellung durch ein Gesetz unmöglich gemacht worden war, sich für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden. Da er die ungarische Staatsbürgerschaft gewählt hat, kann er dem deutschen Volke nicht auf die Rechnung gesetzt werden.

sten Ideen, ein Volk dafür verantwortlich zu machen, daß es sich gegen jene Faktoren, die nach geschriebenem Recht und tatsächlicher Gewalt den Ausdruck des Staatswillens darstellen, nicht aufgelehnt hat. Sie bestimmt geradezu die durch Strafolgen sanktionierte Pflicht des Volkes, gegebenenfalls sich gegen seine Herren zu erheben. Ich weiß nicht, ob den Ententestaaten das Eindringen dieser Auffassung von Staatsbürgerpflichten in ihr politisches Leben recht sein wird.

Wir sehen also wieder, daß die — trotz allen parlamentarischen Einrichtungen — in der Monarchie herrschende Staatsauffassung vom Staate als Sache der Regierenden die eigentlich tiefere Ursache des ganzen Unheils war. Daß die Männer, die über das Schicksal der Monarchie entschieden, von dieser Staatsauffassung erfüllt waren, ist ihre schwere Schuld. Wenn die erzürnte Menschheit sie nun zur Verantwortung ziehen will, so ist das nur die Kehrseite der Machtfülle, die sie für sich in Anspruch genommen haben. Dadurch, daß sie von der schicksalsschweren Entscheidung alle anderen ausgeschlossen und sich selbst als die namens der Monarchie Zeichnungsberechtigten erklärt haben, müssen sie es als notwendige logische Folge in Kauf nehmen, wenn ihnen allein nunmehr die ganze Verantwortlichkeit für das mißlungene Unternehmen auferlegt wird. Hier zeigt sich wieder einmal deutlich, daß die Teilung der Verantwortlichkeiten in einem Staate nicht allein ein sogenanntes Zugeständnis an die Staatsbürger bedeutet, sondern auch im Interesse der Staatslenker gelegen ist.

Die Frage ist naheliegend, inwieweit die Haltung der deutschen Reichsregierung von Einfluß auf die entscheidenden Entschlüsse der österreichisch-ungarischen Regierung war, denn es dürfte wohl keinem Zweifel begegnen, daß diese Entschlüsse nicht gefaßt worden wären, wenn die deutsche Reichsregierung der

Monarchie in unzweideutiger Weise eröffnet hätte, daß sie in einem bewaffneten Konflikte mit Serbien auf deutsche Hilfe nicht zu rechnen habe.

Diese Frage ist heute kaum zu beantworten, da auch über dem, was sich zwischen den Regierungen der beiden Reiche abgespielt hat, noch tiefes Dunkel liegt. Die letzten Aktenveröffentlichungen der Republik Österreich lassen das Verhalten der deutschen Reichsregierung in einem unklaren Licht erscheinen. Nach diesem Urkundenmaterial stellt sich die Sache so dar, daß die deutsche Regierung der österreichisch-ungarischen ihre Unterstützung zugesichert, im übrigen aber die Frage, wie der Konflikt mit Serbien zu erledigen sei, als eine interne Angelegenheit der Monarchie betrachtet hat, in die sich einzumengen die deutsche Regierung sich nicht berufen fühlte. Dieses Verhalten der deutschen Regierung, wie es sich aus der Aktenveröffentlichung ergibt, hat der reichsdeutschen Presse den Anlaß gegeben, gegen die damalige Reichsregierung den Vorwurf zu erheben, sie habe sich vollkommen im Schlepptau der Monarchie befunden. Manche Blätter gingen so weit, daß sie die Reichsregierung, die sich einfach für die Ziele der Monarchie habe willenlos einspannen lassen, geradezu einer unbegreiflichen Einfältigkeit ziehen. In der Beziehung war jedoch die Presse eines Sinnes, daß sie in der Veröffentlichung eine Entlastung der damaligen Reichsregierung erblickte.

Wenn auch bei dem kargen Quellenmaterial bei der Beurteilung dieser Auffasung die größte Vorsicht am Platze ist, so kann doch schon heute gesagt werden, daß diese Darstellung des Sachverhalts wenig Wahrscheinlichkeit hat. Eine solche Naivität, wie sie hier vorausgesetzt wird, kann den damaligen Reichsbehörden füglich nicht zugemutet werden. Das Deutsche Reich war Bundesgenosse der Monarchie, war bereit — und hatte dies auch

offen erklärt — sich auch im Ernstfall an ihre Seite zu stellen. Einem solchen Bundesgenossen kann doch die Politik des Freundes nicht vollkommen gleichgültig sein. Es müßte geradezu angenommen werden, die deutsche Regierung habe, obwohl sie wußte, daß die Politik der Monarchie das Deutsche Reich eventuell in einen Krieg, zum mindesten mit Rußland, treibt, es dennoch der Monarchie vollkommen frei gelassen, nach ihrem Gutdünken diese Lage zu schaffen. Eine derartige Haltung bei den Leitern der deutschen auswärtigen Politik anzunehmen, ist wohl nicht gut möglich.

Wie nun auch diese Frage zu entscheiden ist, ob die deutsche Regierung an dem Ausbruch des Krieges mit Serbien beteiligt war oder nicht, an der Tatsache wird dadurch nichts geändert, daß die Monarchie den Krieg mit Serbien bewußt herbeigeführt hat. Nun nahm das Schicksal seinen Lauf.

Wenn wir uns die innere Lage der Monarchie vor Kriegsausbruch vor Augen halten, so ist es eigentlich zu verwundern, daß sie noch die Kraft zu den gewaltigen Leistungen fand, die der Krieg von ihr forderte. Zum Erstaunen des Auslandes — und teilweise auch des Inlandes — trat der für den Fall eines Krieges mit Sicherheit erwartete sofortige Zerfall der Monarchie nicht ein. Es hatte den Anschein, als erwiesen sich alle Behauptungen von ihrer inneren Schwäche als unrichtig und als sei sie zu neuem kraftvollen Leben erwacht. Wie der Ausgang des Krieges bewiesen hat, war dies jedoch eine Täuschung. Was für neues Leben gehalten wurde, war nur das Aufflackern der letzten Kräfte.

In dem Abschnitte, der die Verwaltung der Monarchie schildert, wurde darauf hingewiesen, daß die Zivilverwaltung und insbesondere die Armee noch verhältnismäßig lange den zerstörenden Kräften, die aus der Politik in sie einströmten, Wider-

stand entgegenzusetzen vermochte. In ihnen war noch ein Stück Kapital von dem alten österreichischen Beamtentum und der alten kaiserlichen Armee. Als mit Kriegsausbruch alle verfassungsmäßigen Freiheiten aufgehoben wurden, war der Regierung die Möglichkeit gegeben, alle diese noch vorhandenen Kräfte noch einmal zusammenzuraffen. Es gab kein Parlament, in dem der nationale Streit hätte zutage treten können. Es gab keine Pressefreiheit, die die verschiedenen Meinungen hätte zum Ausdruck bringen können. Männer, auf deren Gesinnung man sich nicht unbedingt verlassen konnte, wurden durch Internierung und Konfinierung, wie die österreichischen Fachausdrücke lauten, unschädlich gemacht. Jede Regung gegen das herrschende System war zum Verbrechen gegen die Kriegsmacht des Staates geworden und damit von den schwersten Strafen bedroht. Mit einem Schlage war der alte, längst totgeglaubte Polizeistaat wieder erstanden. Da das militärische Interesse nunmehr das Staatsinteresse an sich geworden war, entwickelte sich eine Militärherrschaft, der alles unterworfen war. Durch die Verlängerung der Landsturmpflicht bis zum 50. Lebensjahre, durch die immer weiter herabgesetzten Ansprüche bezüglich der Kriegsdiensttauglichkeit, durch die militärische Organisation der für Kriegszwecke arbeitenden Betriebe — und das waren bei dem Umfange, den der Krieg angenommen hatte, fast alle industriellen Betriebe — stand fast jeder Mann vom 17. bis zum 50. Lebensjahre unter militärischer Gewalt, denn er war entweder als Soldat eingerückt, oder, als in seinem Zivilberufe unentbehrlich, von der Einrückung enthoben. Dadurch war die gesamte männliche Bevölkerung gleichsam atomisiert und ein Widerstand zunächst unmöglich gemacht.

Dieser nicht zu leugnende augenblickliche Erfolg des Systems war scheinbar seine beste Begründung. Eine Militärherrschaft

setzte ein, die alles unter ihre Gewalt beugte. Geblendet von der Machtfülle, die sie besaßen, bemächtigte sich der leitenden militärischen Kreise bis herunter zum Unteroffizier ein Taumel, in dem es kaum mehr Hemmungen gab. Es würde zu weit führen, hier Einzelheiten anzuführen. Wer sich für sie interessiert, findet überreiches Material in der Presse, in den letzten Verhandlungen des österreichischen Reichsrates und in denen der deutschösterreichischen Nationalversammlung.

Da man auf diese Weise den Staat in einem Maße in die Hand bekam wie nie zuvor, hielt man für innere Festigkeit, was bloß äußere Gewalt war. Dieser Zustand ließ den Glauben entstehen, daß nunmehr die Möglichkeit gegeben sei, das österreichische Problem über die Köpfe der Völker hinweg mit Gewalt zu lösen. Ich glaube zwar nicht, daß derartige Fragen mit Gewalt überhaupt lösbar sind. Wenn aber eine solche Möglichkeit bestanden hat, so wurde sie schon von vornherein durch die Art der Lösung vernichtet, an die gedacht wurde.

Die leitenden Kreise sahen ein, daß die Monarchie in ihrer bisherigen Form nicht weiter bestehen kann. Aber der Schluß, der aus dieser Erkenntnis gezogen wurde, war verfehlt, indem man glaubte, in der Rückkehr zu dem deutsch gerichteten zentralistischen Staate die Lösung zu finden. So schritt man denn ans Werk.

Über die Durchführungspläne der Regierung wurde zunächst in der Öffentlichkeit nichts bekannt. Inzwischen wurde jedoch im Ministerium des Innern eifrig an den notwendigen Verfügungen gearbeitet. Man war sich darüber klar, daß die Neuordnung in dem erwähnten Sinne parlamentarisch nicht durchführbar gewesen wäre. Infolgedessen sollte sie durch ein Oktroi erfolgen. Der Grundgedanke war die Festlegung der deutschen Sprache als Staatssprache, die straffere Zusammenfassung der

Länder und die Lösung des deutschböhmischen Streites in einer die Deutschen befriedigenden Weise.

Diese Lösungsform war jedoch von Haus aus verfehlt, denn sie war wieder in dem irrigen Gedanken befangen, daß es sich bloß um eine österreichische Frage handelt. Nun war aber schon wegen des Südslawenproblems an eine Neuordnung ohne Ungarn nicht zu denken. Ich sehe vollkommen davon ab, daß jeder Kenner Österreichs sich kaum vorstellen konnte, wie denn eine solche Neuordnung bei Wiederkehr normaler Verhältnisse aufrecht zu halten gewesen wäre. Die im Kriege aufgerichtete Gewaltherrschaft konnte doch nicht ein dauernder Zustand sein. Wenn man einmal wieder zu einem verfassungsmäßigen Leben zurückkehrte, war nicht zu erwarten, daß die nichtdeutschen Nationen die inzwischen eingetretene Veränderung ruhig hinnehmen würden. Neue furchtbare Kämpfe wären die voraussichtliche Folge gewesen. Daß man die Nationen nicht gewaltsam niederhalten konnte, hatte die Vergangenheit bereits erwiesen. Aber selbst, wenn alle Pläne gelungen wären, das Lebensproblem der Monarchie wäre nicht gelöst gewesen, da den Magyaren nichts ferner lag als das Aufgeben ihrer Vorherrschaft.

Die Regierung scheint sich gewissen Bedenken nicht verschlossen zu haben, denn obwohl die notwendigen Verordnungsentwürfe fertiggestellt waren und in der Öffentlichkeit ihre Publikation täglich — je nach der nationalen Zugehörigkeit mit verschiedenen Gefühlen — erwartet wurde, scheute sich die Regierung, diesen letzten Schritt zu tun. Die Sache blieb Theorie, obwohl die Regierung von verschiedenen Seiten zu rascherem Handeln gedrängt wurde.

Besonders stark war das Drängen der Armeeleitung. Sie hatte die üblen Folgen der zerstörenden Kräfte des nationalen Streites aus erster Hand kennen gelernt. Vom rein militä-

rischen Standpunkte ist daher die Forderung nach Maßnahmen, die eine straffe Zusammenfassung der österreichischen Völker ermöglichen sollten, ganz begreiflich. Aber befangen in ihren fachlichen Gesichtspunkten sah sie nur die eine Seite der Frage. Die Geschichte hat hinlänglich oft bewiesen, daß selbst die besten Herrführer, wenn sie anfangen, sich politisch zu betätigen, in die primitivsten Irrtümer verfallen. In ihrem Wirkungsbereiche daran gewöhnt, daß mit Gewalt nahezu alles zu erreichen ist, halten sie diese Methode auch im politischen Leben für ohne weiteres anwendbar und Erfolg versprechend. Wir haben in dieser Beziehung die unglaublichsten Dinge erlebt. Unter dem Titel der Wahrnehmung militärischer Interessen — schließlich war in diesem Kriege alles mit militärischen Interessen in Verbindung zu bringen — trat die Armeeleitung mit den phantastischsten Forderungen an die Regierung heran. So wurde ein ganzes Unterrichtsprogramm entworfen, dessen Durchführung gefordert wurde. An der Spitze stand die militärische Ausbildung der Jugend. Offiziere sollten als Lehrer fungieren. Alles sollte aus der Schule ausgeschaltet sein, was irgendwie an eine selbständige Regung der Geister erinnerte. An den Universitäten sollten Generalstabsoffiziere militärische Fächer lehren. Wenn z. B. ein Kandidat bei einer juristischen Prüfung in den militärischen Fächern nicht entsprochen hätte, sollte er, auch wenn er in den juristischen Fächern die beste Zensur erhielte, reprobiert werden. An den Reichsgrenzen sollten Gebietsstreifen enteignet werden — die Verordnungsentwürfe waren bereits fertiggestellt — und Truppen dort, nach Art der ehemaligen Militärgrenze, angesiedelt werden. Permanente Feldbefestigungen sollten errichtet und auf diese Weise das Reich dauernd gegen Angriffe geschützt werden.

Das sind nur zwei Beispiele für den Wahnsinn, bis zu

dem sich ein hemmungslos arbeitender Militarismus zu versteigen vermag. Mitteleuropa durch einen mit Geschützen gespickten Stacheldrahtzaun von der übrigen Menschheit abgesperrt, das sollte die Zukunft sein. Als ich von diesen Plänen erfuhr, kam ich zur Erkenntnis, daß, wenn alles das Wirklichkeit werden sollte, nichts mehr übrig bleibt, als Harakiri zu machen, da, um eine Verminderung des „Menschenmaterials" zu verhindern, auch beabsichtigt war, die Auswanderung zu verbieten.

Zu denen, die auf eine rasche Durchführung der Neuordnung des Staates drängten, gehörte auch ein großer Teil der deutschen Abgeordneten. Vor mir liegt ein Exemplar der als Handschrift gedruckten „Forderungen der Deutschen Österreichs zur Neuordnung nach dem Kriege". Der Inhalt dieses Programms baut sich auf einem Einleitungssatze auf, der den ganzen großen Irrtum enthüllt, in den das deutsche Volk geführt worden war, nämlich: „Wir haben heute die Gewißheit, daß wir den ungeheuren Kampf gegen eine ganze Welt von Feinden zu einem siegreichen Ende führen werden."

Die wichtigsten Forderungen sind: Engstes Bundesverhältnis zum Deutschen Reiche, Schaffung eines Kaisertums Österreich, das in Zukunft zielbewußt deutsch regiert werden müsse, Schaffung einer festgefügten deutschen Mehrheit in der Volksvertretung, zu diesem Zwecke Sonderstellung von Galizien, der Bukowina und Dalmatiens durch Ausscheidung der Vertreter dieser Länder aus dem österreichischen Reichsrate, enger Zusammenschluß der Sudetenländer, Alpenländer und des Küstenlandes (!) zu einem einheitlichen Verwaltungsgebiete, in Galizien, der Bukowina und Dalmatien Einführung einer Militärverwaltung, auch in den sondergestellten Gebieten (Galizien, Bukowina, Dalmatien) Pflicht der Behörden zur Annahme deutscher Eingaben und ihrer Erledigung in deutscher Sprache,

Festlegung der deutschen Sprache als Staatssprache im ganzen Verwaltungsgebiete, Hintanhaltung der Errichtung neuer nichtdeutscher Mittel- und Hochschulen, Regelung des Verhältnisses zwischen den Deutschen und den anderen Völkern Österreichs unter dauernder Wahrung der führenden staatlichen und kulturellen Stellung des Deutschtums. Überprüfung des staatsrechtlichen Verhältnisses zu Ungarn, Einheitlichkeit der auswärtigen Angelegenheiten und der gesamten Wehrmacht, Festlegung der deutschen Sprache als Sprache der gemeinsamen Behörden und der gesamten Wehrmacht, Ausschluß der unter Militärverwaltung gestellten Gebiete von einer Vertretung in den Delegationen, militärische Verwaltung in Bosnien und der Herzegowina, Wirtschafts- und Zollgemeinschaft mit dem Deutschen Reiche, in der Balkanpolitik Sicherung des Zuganges zum Ägäischen Meere.

Was wir hier sehen, ist im Grunde nichts anderes als der alte, auf Österreich reduzierte habsburgische Hausmachtgedanke. Es bedarf wohl heute kaum eines Beweises, daß dieser Gedanke, selbst im Falle eines Sieges, auf die Dauer nicht durchsetzbar gewesen wäre. Zog man den Fall der Niederlage in den Kreis der Berechnung, dann war er überhaupt nicht mehr diskutierbar. Wenn es sich bei diesem Programm lediglich um eine durch die nachfolgenden Ereignisse überholte politische Idee handeln würde, hätte ich es als eine Reminiszenz aus vergangenen Tagen gar nicht erwähnt. Aber es war von ernsten Folgen begleitet.

Dieses deutsche Programm für die Neugestaltung Österreichs hatte wieder einmal den Sinn der Deutschen von der Wirklichkeit abgelenkt. In der Zeit, da für dieses Programm geworben wurde, war für den Klarsehenden der Ausgang des Krieges kaum mehr zweifelhaft. Die nichtdeutschen Nationen

waren im stillen eifrigst beschäftigt, die Vorbereitungen für den Moment der Auflösung der Monarchie zu treffen. Die Entente hatte damals bereits einzelnen von ihnen, wie den Tschechen, umfassende Zusagen bezüglich ihrer Selbständigkeit gemacht. Hier war kein Raum mehr für ein Österreich unter deutscher Vorherrschaft. Psychologisch ist das Entstehen des erwähnten Programms begreiflich. Jahrelang sahen die Deutschen ihre Macht unaufhörlich schwinden. Nun schien der Augenblick gekommen, um die einstige Stellung wieder zu gewinnen. Über die Möglichkeit täuschte die momentane Allmacht hinweg, die die Regierung in dem militarisierten Staate besaß. Es hatte den Anschein, als genügte der bloße Wille der Regierung, um alles das in die Wirklichkeit zu übersetzen, was hier erträumt wurde.

Die Täuschung über die wirkliche Lage war die Ursache, daß wieder einmal — und nun zum letztenmal — das deutsche Volk in Österreich es versäumt hatte, an sich selbst und an seine Rettung zu denken. Es fehlte an Männern, die die Deutschen darüber aufgeklärt hätten, daß es jetzt keine andere Politik mehr gab, als an die Bestellung des eigenen Hauses zu denken, als zu retten, was noch zu retten war. Alle Vorbereitungen hätten getroffen werden müssen, um Deutschösterreich als selbständigen Staat erstehen zu lassen. Noch bestand die Möglichkeit, sich mit den anderen Nationen auseinanderzusetzen. Ich glaube, daß in diesem Stadium der Entwicklung von den Tschechen und Südslawen noch manches zu erreichen gewesen wäre. So traf der Zusammenbruch das deutsche Volk in Österreich unvorbereitet.

Während die anderen Nationen sofort bei der Sache waren und ihre eigenen Staaten errichteten, vergingen Wochen, bis die deutschen Abgeordneten sich soweit gesammelt hatten, um zu einer Nationalversammlung zusammenzutreten.

Es wird oft davon gesprochen, daß noch während des Krieges die Möglichkeit bestanden habe, Österreich neu aufzubauen. Ich glaube nicht daran. Ungarn — das heißt das von den Magyaren geführte Ungarn — war während des Krieges Österreich gegenüber mächtiger denn je geworden. Unter den beiden Staaten war das Agrarland Ungarn der Kriegsgewinner. Während Wien bereits hungerte, lebte Budapest in Üppigkeit. Wenn schon das frühere Ungarn für eine Neuordnung der Monarchie nicht zu haben war, das Ungarn des Krieges hätte niemals die magyarische Vorherrschaft zugunsten der Gesamtheit aufgegeben. Und ohne Ungarn gab es keine Lösung des Problems. Wenn die österreichische Regierung einen Fehler begangen hatte, so war es der, daß sie bei Kriegsausbruch das Parlament nicht einberufen hatte.

Maßgebend für das Verhalten des damaligen österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh war die Meinung, daß das Parlament eine Haltung einnehmen würde, die die Kriegführung unmöglich gemacht und eine sofortige Niederlage herbeigeführt hätte. Bei der unter dem überwältigenden Eindruck der Kriegserklärung damals herrschenden Stimmung war das nicht zu erwarten. Damals herrschte — infolge der mangelnden Kenntnis der Dinge — bei allen Nationen allgemein der Glaube, daß die Monarchie überfallen worden sei und sich ihres Lebens wehren müsse. Alle, selbst die Tschechen, überboten sich an Loyalitätskundgebungen. Als Beispiel sei nur erwähnt, daß nicht nur die deutschen, sondern auch die tschechischen Mitglieder der Staatsschuldenkontrollkommission die verfassungswidrig aufgenommenen Kriegsanleihen gegengezeichnet haben. Im Rausche dieser Stimmung war nahezu mit Gewißheit zu erwarten, daß das Parlament mit der Regierung gehen würde. Wenn nun auch gewiß ist, daß diesem Rausche bald die Er-

nüchterung gefolgt wäre, so wäre ein einheitliches Auftreten aller Nationen doch deswegen von unschätzbarem Werte gewesen, weil damit den nichtdeutschen Nationen die Möglichkeit benommen gewesen wäre, die Verantwortung für den Krieg mit Erfolg abzulehnen. Die Tschechen und die Südslawen wären genau so „schuld" am Kriege gewesen, wie die Deutschen, und die stille Wandlung zum Gegner der Monarchie und schließlich zum Bundesgenossen der Entente wäre unmöglich gemacht oder mindestens ungeheuer erschwert worden.

Während die deutschen Führer von dem Wiedererstehen der deutschen Vorherrschaft träumten, nahmen die Ereignisse ihren Lauf. Ich gehe auf den Streit der Meinungen, ob während des Krieges Möglichkeiten für einen erträglichen Frieden bestanden haben und versäumt worden sind, hier nicht ein. Trotz der vielen Stimmen, die wir bisher für und wider zu hören Gelegenheit hatten, sind die Ereignisse noch so in Dunkel gehüllt, daß ein gerechtes Urteil heute noch nicht möglich ist. Für die rückschauende Betrachtung ist die Niederlage eine abgeschlossene Tatsache. Auch die Frage, ob die österreichisch-ungarische Front noch einige Zeit zu halten gewesen wäre, ist von untergeordneter Bedeutung. Aufzuhalten wäre der Lauf der Entwicklung doch nicht mehr gewesen, denn die Monarchie war am Ende ihrer Kräfte angelangt.

Es ist ein beliebtes Schlagwort geworden, das Manifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918, in dem die Reichsratsabgeordneten aller Nationen aufgefordert wurden, gemeinsam mit der Regierung als Nationalräte Österreich als Bundesstaat neu aufzubauen, als das Signal zur Auflösung zu bezeichnen und ihm die ganze Schuld am Zerfall der Monarchie zu geben.

Ich sehe davon ab, daß das Manifest von vornherein aus dem Grunde kein Lösungsmittel war, weil es sich nur auf Öster-

reich bezog und ausdrücklich hervorhob, daß durch diese Neugestaltung „die Integrität der Länder der ungarischen heiligen Krone in keiner Weise berührt wird". Damit war eine Lösung des südslawischen Problems und damit des ganzen Lebensproblems der Monarchie unmöglich gemacht. Kaiser Karl soll darauf aufmerksam gemacht worden sein, ein Einbeziehen Ungarns aber mit der Begründung abgelehnt haben, daß er durch den abgelegten ungarischen Krönungseid an die Anerkennung der Unversehrtheit Ungarns gebunden sei. Gewiß einer der schwersten inneren Konflikte, in die ein rechtlich denkender Monarch geraten kann. Aber ich glaube, daß dem Manifest eine zu große Bedeutung beigelegt wird.

Es steht außer Zweifel, daß manche der österreichischen Nationen mit einer nationalen Autonomie im Verbande der Monarchie vollkommen zufrieden gewesen wäre und die Erlangung der vollen staatlichen Selbständigkeit ihre Erwartungen übertroffen hatte. Insbesondere gilt das für die Südslawen. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit nichtdeutschen Politikern über diese Frage zu sprechen, und sie haben mir daraus kein Hehl gemacht. Aber die Ereignisse waren stärker als alle Beteiligten. Der Lauf der Ereignisse spielte sich mit einer Raschheit, gleichsam wie ein Naturereignis ab, in den es kein Eingreifen mehr gab. Selbst wenn es gelungen wäre, wirklich die Verhandlungen über die bundesstaatliche Neuordnung, sei es im Sinne des Manifestes unter der Führung der Nationalräte, sei es, indem die Regierung die Zügel in der Hand behalten hätte, in Gang zu bringen, die Sache wäre zunächst an den Tschechen gescheitert. Die Entente hatte die Tschechen als kriegführende Macht und Bundesgenossen bereits anerkannt. Die Tschechen wären, auch wenn sie gewollt hätten — was übrigens durchaus nicht der Fall war —, nicht mehr in der Lage gewesen, an einer Neu-

ordnung Österreichs oder der Monarchie teilzunehmen. Das gleiche gilt für die Polen. Italien gegenüber war die Entente durch den Londoner Vertrag, der Italien die Brennergrenze und umfangreiche Gebiete des Küstenlandes und Istriens zugesichert hatte, gebunden. Italien, dessen Kriegsziel ja die Zerstörung der Monarchie war, hätte seine Ansprüche zugunsten einer Neuordnung Österreichs gewiß nicht aufgegeben. Wie weit die Zusagen der Entente an Rumänien gingen, ist nicht bekannt. Aber jedenfalls wurden Rumänien für seinen Eintritt in den Krieg von der Entente gleichfalls bindende Zusicherungen bezüglich der Erwerbung von österreichisch-ungarischen Gebieten gemacht, auf die Rumänien ebenfalls nicht verzichtet hätte. Daß die Entente Serbien, das so schwere Opfer im Kriege gebracht hatte, zugunsten der Monarchie hätte leer ausgehen lassen, ist sicherlich nicht anzunehmen. Wer wäre also übriggeblieben? Eigentlich nur die Deutschen.

Das Manifest war eine bedeutungslose Episode im Todeskampfe der Monarchie, denn ihre Stunde war abgelaufen. Die Gelegenheiten, die Monarchie als ein neues, allen seinen Völkern Raum bietendes Staatswesen zu schaffen, waren unwiederbringlich versäumt. Nur zwei Wege hat es für die Monarchie gegeben: Die Lösung eines großen Menschheitsproblems zu finden oder unterzugehen. Da sie den Weg zur Höhe nicht gefunden hat, mußte sie in den Abgrund sinken.

v. Lettow-Vorbeck, Meine Erinnerungen aus Ostafrika. Ein stattlicher Band auf holzfreiem Papier mit Vierfarbenbildnis, 20 Zeichnungen, 21 Gefechtsskizzen in Faksimile und 2 bunten Karten. Preis geheftet 28.50 M., gebunden 35 M.

v. Lettow-Vorbeck, Heia Safari! Deutschlands Kampf in Ostafrika. Der deutschen Jugend unter Mitwirkung seines Mitkämpfers Hauptmann von Ruckteschell erzählt. Mit einem farbigen Bildnis, 38 Abbildungen und einer Karte. Preis gebunden 13.50 M.

v. Tirpitz, Erinnerungen. 526 Seiten, mit Bildnis des Verfassers. Preis geheftet 25 M., gebunden 35 M.

v. Stein, General und Kriegsminister a. D., **Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges.** Mit Bildnis des Verfassers. Preis geheftet 10 M., gebunden 14.50 M.

Frhr. v. Hausen, Generaloberst, **Erinnerungen an den Marnefeldzug.** Mit Bildnis des Verfassers, 3 Karten und 6 Kartenskizzen. Preis geheftet 15 M., gebunden 20 M.

v. Gleich, Generalmajor, **Die alte Armee und ihre Verirrungen.** Eine kritische Studie. 2. Auflage. Preis geheftet 4 M., gebunden 6 M.

v. Hase, Fregattenkapitän a. D., **Die zwei weißen Völker** (The two white nations!) Deutsch-englische Erinnerungen eines deutschen Seeoffiziers. Mit 23 Abbildungen auf Kunstdruckpapier und 2 farbigen Gefechtsskizzen. Preis geheftet 15 M., gebunden 22 M.

K. F. Koehler, Verlag, Leipzig

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 657 173 1